

Difu goes Europe

Kommunen und ihre Beratungsbedarfe
in ausgewählten europäischen Ländern

von Christoph Hagen
und Werner Heinz



Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

Impressum

Autoren

Dipl.-Geogr. Christoph Hagen
Dr. phil. Dipl.-Ing. Werner Heinz

Redaktion

Klaus-Dieter Beißwenger

Textverarbeitung, Graphik und Layout

Christoph Hagen, Sigrid Künzel

Deutsches Institut für Urbanistik GmbH

Postfach 12 03 21, 10593 Berlin
Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin
Telefon: (0 30) 3 90 01-0
E-Mail: difu@difu.de
Internet: <http://www.difu.de>

© Deutsches Institut für Urbanistik GmbH 2009
Berlin, Mai 2009

Der Text ist als Kurzfassung im März 2009 beim Deutschen Institut für Urbanistik GmbH in der Reihe Difu-Papers erschienen (ISSN 1864-2853, Schutzgebühr: 5,- Euro).

Inhaltsverzeichnis

I. Problemstellung und Untersuchungsansatz	5
I.1 Methodisches Vorgehen	6
I.2 Auswahl der in die Studie einbezogenen Nationalstaaten	6
I.3 Kontaktierte nationale Experten	8
I.4 Schriftliche Befragung kommunaler Spitzenverbände	9
I.5 Literatur- und Internetrecherchen	11
I.6 Aufbau des Berichtes	11
II. Ergebnisse der Literatur- und Internetrecherchen	12
II.1 Kommunen im Verwaltungsaufbau	12
II.1.1 Einführender Überblick	12
II.1.2 Länderübersichten	20
II.2 Struktur und Aufgaben der kommunalen Spitzenverbände	72
II.2.1 Einführender Überblick	72
II.2.2 Länderübersichten	76
II.3 Forschungs- und Beratungsinstitute	107
II.3.1 Einführender Überblick	107
II.3.2 Länderübersichten	112
III. Ergebnisse der schriftlichen Befragung	181
III.1 Übergeordnete Ergebnisse	181
III.2 Länderspezifische Ergebnisse	189
IV. Fazit und Ausblick	216
IV.1 Zusammenfassung der Ergebnisse	216
IV.2 Kommunale Forschungs- und Beratungsbedarfe	217
IV.3 Ausblick	218
V. Literaturverzeichnis	220
Anhang	227

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Forschungsdesign	6
Abb. 2:	Die Staaten der Untersuchung	7
Abb. 3:	Nationale Experten/Ansprechpartner	8
Abb. 4:	Einwohnerzahl der untersuchten Länder	13
Abb. 5:	Hauptaufgaben der kommunalen Spitzenverbände	75
Abb. 6:	Kommunale Herausforderungen der näheren Zukunft	183
Abb. 7:	Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten	187
Abb. 8:	Möglichkeiten zur Schließung der Diskrepanz/Empfehlungen zur Verbesserung der Situation	188

Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Zusammenstellung der angeschriebenen Verbände	10
Tab. 2:	Fläche und Einwohner der Untersuchungsländer	12
Tab. 3:	Verwaltungsaufbau und Regierungssystem der Untersuchungsländer	14
Tab. 4:	Verwaltungsaufbau der untersuchten Staaten	14
Tab. 5:	Verteilung der Bevölkerung nach Gemeinde-Größenklassen	16
Tab. 6:	Einnahmen der Kommunen	19
Tab. 7.1-14:	Verteilung der Bevölkerung nach Gemeinde-Größenklassen	20-71
Tab. 8:	Kommunale Spitzenverbände der Untersuchung	74
Tab. 9:	Trägerschaften ausgewählter Forschungs- und Beratungsinstitute	108
Tab. 10:	Institute in kommunaler Trägerschaft	109
Tab. 11:	Mitarbeiterzahl der Forschungs- und Beratungsinstitute	111
Tab. 12:	Aktuelle zentrale Themen der Städte	182
Tab. 13:	Kooperationspartner von kommunalen Verbänden und Städten in den Untersuchungsländern	184
Tab. 14.1-13:	Aktuelle Situation, zukünftige Herausforderungen der Städte	190-214
Tab. 15.1-13:	Aufgabenspektrum der Gemeindeverbände	190-214
Tab. 16.1-13:	Kooperation mit Forschungs- und Beratungseinrichtungen	190-215
Tab. 17.1-13:	Handlungsbedarf	191-215

I. Problemstellung und Untersuchungsansatz¹

Städte und Gemeinden in Europa stehen vor einer Vielzahl von Veränderungen und Herausforderungen. Diese betreffen ökonomische, soziale und ökologische Rahmenbedingungen wie auch kommunale Handlungsfelder, Strukturen, Organisations- und Arbeitsformen. Infolge unterschiedlicher nationaler Entwicklungspfade und Verfassungssysteme weisen die Rollen und Handlungsspielräume von Städten und Gemeinden zwar deutliche Unterschiede auf, dennoch besteht inzwischen ein nationalstaatenübergreifender, von maßgeblichen kommunalen Vertretungskörperschaften wie dem Deutschen Städtetag (DST), dem Österreichischen Städtebund oder Städtenetzwerken wie EUROCITIES immer wieder betonter Konsens, der auf eine Stärkung der kommunalen Position zielt.

Die Kommunen bedürfen in dieser Situation – und dies nicht nur in Staaten, in denen Städte und Gemeinden erst vor vergleichsweise kurzer Zeit den Status selbstständiger Akteure erhalten haben – einer doppelten Unterstützung: zum einen in Form einer politischen Lobby-Institution zur Vertretung kommunaler Interessen gegenüber nationalen und supranationalen Akteuren, zum anderen in Form einer fach- und sachgerechten Betreuung und Beratung im Hinblick auf eine Vielzahl sich ändernder sektoraler Herausforderungen und Entwicklungen.

Während die politische Repräsentanz von Städten und Gemeinden in der Regel durch einen oder mehrere kommunale Spitzenverbände gewährleistet ist, werden Beratungs- und Betreuungsleistungen von verschiedenen Seiten zur Verfügung gestellt: von staatlichen oder halbstaatlichen Einrichtungen, von Hochschulen und privaten Büros sowie in einigen EU-Beitrittsländern auch von international tätigen Beratern. Diese Einrichtungen und Akteure sind vielfach nur sektoral und nicht auf das breite kommunale Handlungsspektrum ausgerichtet. Oft stehen sie zudem für Interessen, die mit denen der kommunalen Ebene nur ansatzweise deckungsgleich sind. Ein Institut wie das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), dessen Arbeit als kommunales Forschungs- und Beratungsinstitut nicht nur durch die Belange der Städte und Gemeinden bestimmt, sondern auch an deren vielfältigen sektoralen Bedarfen und Problemen orientiert ist, gilt daher oft als wünschenswertes Vorbild. Besonderes Interesse wurde hier in jüngerer Zeit von Vertretern französischer, schweizer, aber auch ungarischer Städte geäußert.

Vor diesem Hintergrund war es Ziel der vorliegenden Studie, in mehreren Nationalstaaten Europas zu untersuchen:

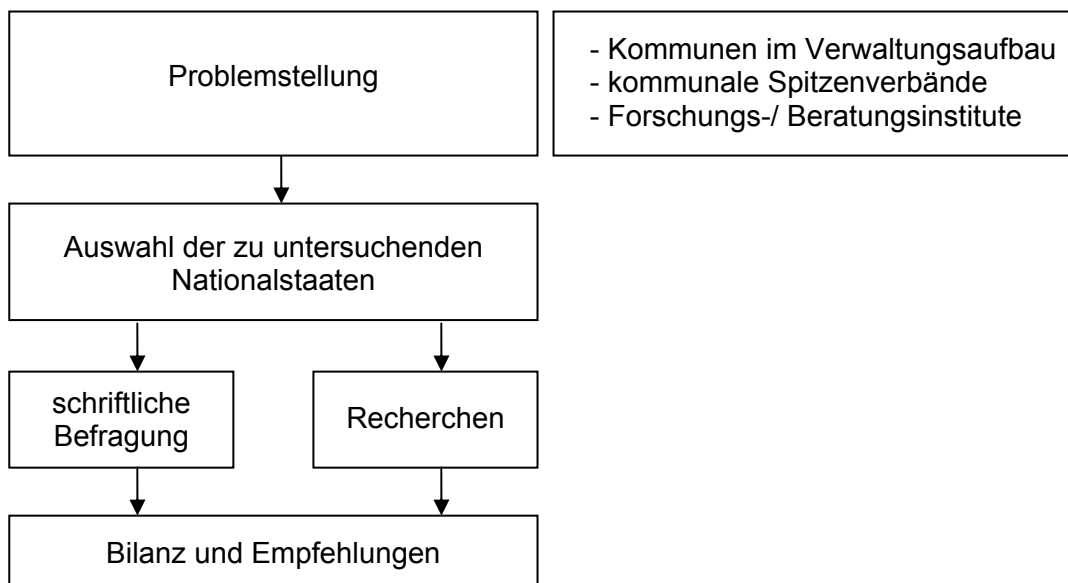
- mit welchen konkreten Herausforderungen und Problemen die dortigen Kommunen konfrontiert sind,
- welche Stellung und Funktion Städte und Gemeinden im jeweiligen Verwaltungsaufbau bzw. Verfassungssystem einnehmen,
- welche kommunalen Vertretungskörperschaften/Lobby-Organisationen bestehen,
- welche Forschungs- und Beratungseinrichtungen zur Verfügung stehen,
- welche Lücken es zwischen kommunalen Nachfragen und diesen Angeboten gibt,
- ob und inwieweit Bedarf an kommunal getragenen Einrichtungen – wie beispielsweise dem Deutschen Institut für Urbanistik – besteht und wie dieser im Einzelnen formuliert wird.

¹ Die vorliegende Studie ist das Ergebnis einer im Deutschen Institut für Urbanistik Mitte 2008 abgeschlossenen Untersuchung.

I.1 Methodisches Vorgehen

Die vorliegende Studie wurde im Zeitraum September 2007 bis Februar 2008 durchgeführt. Zur Bearbeitung der Untersuchungsfragen wurden mittels einer Literatur- und Internetrecherche sowie einer schriftlichen Befragung Informationen über Kommunen, kommunale Spitzenverbände sowie bestehende Forschungs- und Beratungsinstitute in 14 ausgewählten europäischen Staaten erhoben. Abb. 1 skizziert das Forschungsdesign der Untersuchung. Im Folgenden werden die einzelnen methodischen Schritte des Projektes kurz erläutert.

Abb. 1: Forschungsdesign



I.2 Auswahl der in die Studie einbezogenen Nationalstaaten

Die Auswahl der in die Studie einbezogenen Nationalstaaten erfolgte durch Gespräche mit der Spitze des Deutschen Städtetages.

Maßgebliche Auswahlkriterien waren zum einen eine ausgewogene Verteilung im europäischen Raum und zum anderen das Vorhandensein einer vielfältigen Städtelandschaft. Kleinere Staaten mit einer vergleichsweise geringen Zahl von Städten (wie z.B. Portugal, Belgien, Baltische Staaten) wurden nicht in die Untersuchung einbezogen.

Von den osteuropäischen Beitrittsländern waren zunächst nur Ungarn und Polen vorgesehen. Angesichts der Tatsache, dass gerade in den Beitrittsländern die kommunalen Strukturen vergleichsweise gering entwickelt und daher größere Unterstützungsbedarfe zu erwarten sind, wurden mit der Tschechischen Republik und Rumänien zwei weitere Beitrittsländer aufgenommen.²

Insgesamt wurden die folgenden 14 Nationalstaaten für die Untersuchung ausgewählt: Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechische Republik und Ungarn.

² Es war nicht auszuschließen, dass gerade in den Beitrittsländern die Zeit des Umbruchs und der Neuorientierung genutzt wurde, neue innovative Strukturen aufzubauen.

Abb. 2: Die Staaten der Untersuchung



Quelle: eigene Bearbeitung;
http://www.mygeo.info/landkarten/europa/clipart_europa_bw.png

I.3 Kontaktierte nationale Experten

Auf der Grundlage bereits bestehender Kontakte von Difu-Mitarbeitern wurden in den ausgewählten Untersuchungsländern nationale Experten angesprochen, um Informationen über die jeweiligen kommunalen Spitzenverbände und die relevanten Forschungs- und Beratungsinstitute in den jeweiligen Ländern zu erhalten. Für einige Länder, in die keine persönlichen Kontakte bestanden, wurden Experten auf der Grundlage von Internet-recherchen angesprochen.

Abb. 3: Nationale Experten/Ansprechpartner

Dänemark:	Hans Skifter Andersen (SBI Danish Building Research Institute)
Finnland:	Manninen Asta (Urban Facts, Stadt Helsinki)
Frankreich:	Prof. Christian Lefèvre (Techniques Territoires et Sociétés LATTS)
Großbritannien:	Prof. Rob Atkinson (Cities Research Centre, Universität von West-England)
Italien:	Maria Baroni (ANCI IDEALI)
Niederlande:	Niels Hatzmann (SEV Realisatie)
Österreich:	Heidrun Feigelfeld (SRZ Stadt + Regionalforschung GmbH)
Polen:	Prof. Dr. Pawel Swianiewicz (Universität Warschau) Jerzy Adamski (Institute of Urban Development, Krakau)
Rumänien:	Ileana Tiganus (Rumänischer Bund lokaler Behörden FALR)
Schweden:	Ole Damsgaard (NORDREGIO)
Schweiz:	Dr. Ernst Hauri (Bundesamt für Wohnungswesen)
Spanien:	Oriol Nel·lo, Josep Báguena Latorre (Katalonische Regionalregierung)
Tschechien:	Prof. Dr. Michal Illner (Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik)
Ungarn:	Dr. Iván Tosics (Metropolitan Research Institute)

I.4 Schriftliche Befragung kommunaler Spitzenverbände

In den 14 Untersuchungsstaaten wurden insgesamt 20 kommunale Verbände einer schriftlichen Befragung unterzogen (vgl. Tab.1). Der versandte Fragebogen gliedert sich in vier Abschnitte (vgl. Anhang). Zunächst wurden Angaben zum Verband (Mitglieder, Beschäftigtenzahl, Finanzierung, Aufgabenspektrum) erhoben. Im zweiten Teil ging es um die aktuellen Probleme der Städte sowie um die wichtigsten künftigen Herausforderungen. Der dritte Teil behandelte die Forschungs- und Beratungssituation der Städte. Hierzu wurde nach Institutionen gefragt, mit denen Städte und/oder Verbände kooperieren, sowie nach Kooperationsthemen. Abschließend sollten die gegenwärtige Situation eingeschätzt sowie mögliche Verbesserungsvorschläge genannt werden.

Von den 20 angeschriebenen Verbänden beteiligten sich nur 13 an der Befragung. Der Rücklauf verlief zudem recht schleppend. Ohne weitere Aufforderung schickten lediglich vier Verbände einen ausgefüllten Fragebogen zurück. Durch mehrmaliges telefonisches und elektronisches Nachhaken konnte dieses Ergebnis deutlich – wenn auch nicht zufriedenstellend – verbessert werden. Mit Ausnahme von Spanien hat sich aus jedem der in die Studie einbezogenen Staaten ein kommunaler Spitzenverband an der Befragung beteiligt.

Tab. 1: Zusammenstellung der angeschriebenen Verbände

Land	Verband	Teilnahme
Dänemark	Gemeindeverband Kommunernes Landsforening (KL)	X
Finnland	Verband der Städte, Gemeinden und Regionen Finnlands Suomen Kuntaliitto r.y.	X
Frankreich	Verband der Bürgermeister Frankreichs Association des maires de France (AMF)	
	Versammlung französischer Gemeinschaften Assemblée des communautés de France (AdCF)	
	Vereinigung der Bürgermeister der französischen Großstädte Association des Maires de Grandes Villes de France (AMGVF)	X
Großbritannien	Verband der lokalen Gebietskörperschaften Local Government Association (LGA)	X
	Nationaler Verband der Kommunalräte National Association of Local Councils (NALC)	
Italien	Nationaler Verband der italienischen Gemeinden Associazione Nazionale dei Comuni Italiani (ANCI)	X
Niederlande	Niederländischer Gemeindeverband Vereniging van Nederlandse Gemeenten (VNG)	X
Österreich	Österreichischer Städtebund	X
	Österreichischer Gemeindebund	
Polen	Polnischer Städteverband Związek Miast Polskich (ZMP)	
	Union der polnischen Metropolen Unia Metropolii Polskich (UMP)	X
Rumänien	Rumänischer Bund lokaler Behörden Federația Autorităților Locale din România (FALR)	X
Schweiz	Schweizerischer Städteverband	X
	Schweizerischer Gemeindeverband	
Spanien	Spanischer Verband der Städte und Provinzen Federación Española de Municipios y Provincias (FEMP)	
Schweden	Schwedischer Verband der Gemeinden und Regionen Sveriges Kommuner och Landsting (SKL)	X
Tschechische Republik	Verband der Tschechischen Städte und Gemeinden Svaz měst a obcí České republiky (SMO ČR)	X
Ungarn	Ungarische Nationalvereinigung lokaler Gebietskörperschaften Települési Önkormányzatok Országos Szövetsége (TÖOSZ)	X

I.5 Literatur- und Internetrecherchen

Ziel der Recherche waren länderspezifische Informationen zu den drei Themenbereichen:

- Stellung der Kommunen im Verwaltungsaufbau sowie verfassungsrechtlich definierte Funktion von Städten und Gemeinden

Die aus der einschlägigen Literatur für jedes Land gewonnenen Informationen über Größenverteilung und Stellung der Kommunen im nationalen Verwaltungsaufbau wurden in länderspezifischen Datenblättern zusammengefasst.

- Vorhandensein und Rolle kommunaler Verbände und/oder Lobby-Organisationen

Einschlägige Informationen wurden über Internetrecherchen und die Befragung nationaler Experten (siehe Abb. 3) erzielt. Zusätzliche Angaben wurden im Rahmen der schriftlichen Befragung erhoben (vgl. Fragebogen im Anhang).

- Rechtsform, inhaltliche Schwerpunkte und Aktivitäten kommunaler Forschungs- und Beratungseinrichtungen

Die Zusammenstellung von nationalspezifischen Forschungs- und Beratungsinstituten verfolgte zwei Ziele. Zum einen sollte untersucht werden, ob bereits mit dem Deutschen Institut für Urbanistik vergleichbare Institutionen existierten. Zum anderen sollten inhaltliche Ansatzpunkte für den Aufbau erforderlicher Beratungsstrukturen identifiziert werden. Von Interesse waren vor allem Einrichtungen, die ein breiteres Spektrum kommunal-relevanter Themenfelder bearbeiten und die zugleich einen direkten Kontakt zu Kommunen bzw. kommunalen Spitzenverbänden unterhalten. Dabei wurden staatliche, kommunale, universitäre und private Institutionen erfasst. Grundlage der Zusammenstellung waren die Befragung der nationalen Experten (vgl. Abb. 3) sowie Literatur- und Internetrecherchen.

I.6 Aufbau des Berichtes

Der vorliegende Bericht gliedert sich in vier Abschnitte. In Abschnitt I werden Ausgangslage und Fragestellung des Projektes sowie methodisches Vorgehen erläutert. Die Ergebnisse der Untersuchung werden in Abschnitt II und III dargestellt. Abschnitt II erklärt die Ergebnisse der Literatur- und Internetrecherche, Abschnitt III die Ergebnisse der schriftlichen Befragung der kommunalen Spitzenverbände. In Abschnitt IV werden die zentralen Ergebnisse der Untersuchung kurz zusammengefasst und Empfehlungen zum weiteren Vorgehen formuliert.

Ein besonderes Darstellungsmittel der Untersuchung sind die „Datenblätter“, in denen die Ergebnisse der einzelnen Recherchen differenziert dargestellt werden. Hierzu wurden drei Typen von Datenblättern erstellt:

- (1) Kommunen im nationalen Verwaltungsaufbau,
- (2) Kommunale Spitzenverbände,
- (3) Forschungs- und Beratungsinstitute.

Im Anhang finden sich Fragebogen und Anschreiben der schriftlichen Befragung sowie eine Liste der Personen, die in den jeweiligen kommunalen Spitzenverbänden an der Befragung mitgewirkt haben.

II. Ergebnisse der Literatur- und Internetrecherchen

Die Darstellung der Ergebnisse der Recherchen zur Stellung der Kommunen im Verwaltungsaufbau, den kommunalen Spitzenverbänden sowie den Forschungs- und Beratungsinstituten folgt jeweils dem gleichen Schema: einleitender Überblick, länderspezifische Darstellungen.

II.1 Kommunen im Verwaltungsaufbau

II.1.1 Einführender Überblick

Fläche und Einwohner der Länder

Die 14 Staaten der Untersuchung unterscheiden sich bezüglich ihrer Fläche sowie ihrer Einwohnerzahl erheblich (vgl. Tab. 2). Die Landesflächen reichen von ca. 41.000 qkm (Niederlande, Schweiz, Dänemark) bis zu ca. 547.000 qkm (Frankreich). Die Einwohnerzahlen bewegen sich zwischen fünf Millionen (Dänemark, Finnland) und über 60 Mio. (Frankreich). Dabei ist die Verteilung der Länder nach Größengruppen relativ gleichmäßig. Jeweils etwa ein Drittel der untersuchten Länder lässt sich als bevölkerungsreich, bevölkerungsarm oder im mittleren Bereich einordnen (vgl. Abb.4).

Tab. 2: Fläche und Einwohner der Untersuchungsländer

	Fläche (in qkm)	Einwohner (in Mio.)	Einwohnerdichte (Ew./qkm)
Dänemark	43.094	5,4	125,30
Finnland	338.145	5,2	15,38
Frankreich	547.026	60,6	110,78
Großbritannien	243.000	60,0	246,91
Italien	301.277	58,5	194,17
Niederlande	41.528	16,3	392,51
Österreich	83.858	8,2	97,78
Polen	312.685	38,2	122,17
Rumänien	237.500	21,7	91,37
Schweden	449.964	9,0	20,00
Schweiz	41.293	7,5	181,63
Spanien	505.992	43,0	84,98
Tschechien	78.866	10,2	129,33
Ungarn	93.030	10,1	108,57
Durchschnitt	236.947,29	27,21	143,61

Quellen: Fläche: Schley et al. 2004, S. 229 ff.;
Einwohner: Statistisches Amt der Europäischen
Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51 (Angaben für das Jahr 2005);
Einwohnerdichte: eigene Berechnung.

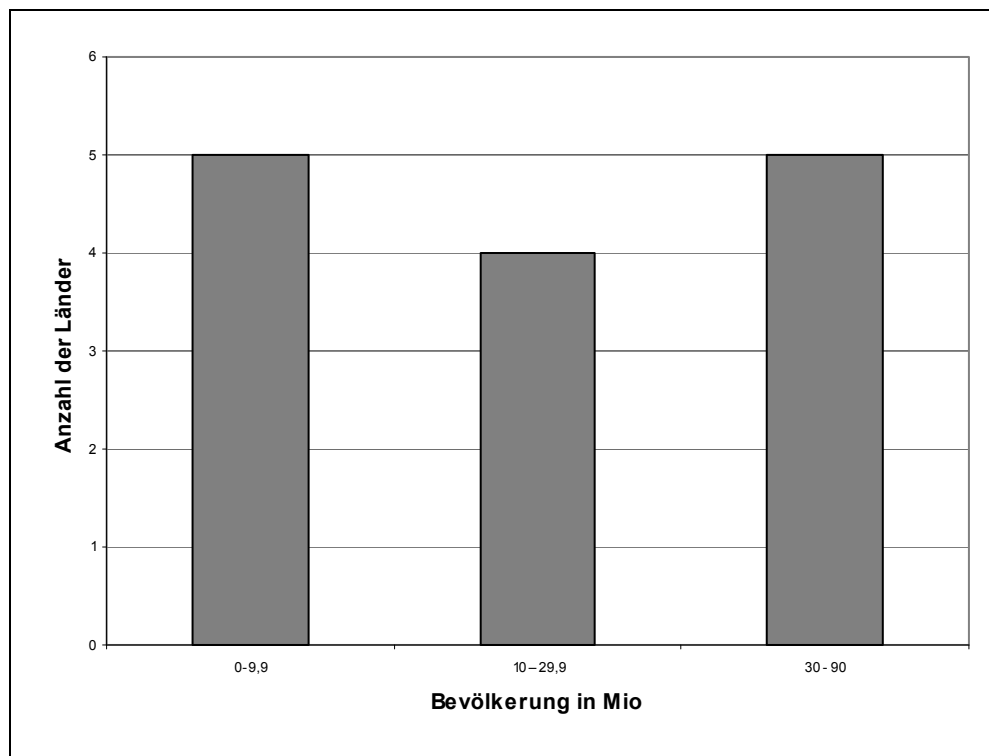
Auch in Bezug auf ihre Fläche lassen sich drei Gruppen von Staaten unterscheiden: kleinere, mittlere und größere Länder mit einem deutlichen Überhang bei der Gruppe der Kleineren (diese machen etwa die Hälfte aus). Die Einwohnerdichte der Untersuchungsländer reicht von 15 Ew./qkm in Finnland bis zu 392 Ew./qkm in den Niederlanden.

Unterschiede bestehen auch beim Verstädterungsgrad. Dieser liegt in Rumänien bei etwa 54%, in Finnland und Polen knapp über 60%, während er in Großbritannien, Dänemark, den Niederlanden und Schweden bei über 80% liegt (vgl. Tab. 5).

Verwaltungsaufbau

In allen in die Untersuchung einbezogenen Staaten, von denen neun als Republiken (Finnland, Frankreich, Italien, Österreich, Polen, Rumänien, Schweiz, Tschechien und Ungarn) und fünf als Monarchien (Dänemark, Großbritannien, Niederlande, Schweden, Spanien) konstituiert sind³, besteht ein parlamentarisch-demokratisches Regierungssystem. Zwei der Staaten sind Föderalstaaten (Österreich und die Schweiz), die zwölf anderen so genannte Einheitsstaaten. Vier von diesen – Dänemark, Schweden, Großbritannien und Tschechien – weisen einen zweigliedrigen Staatsaufbau auf, die anderen acht verfügen jeweils über drei Ebenen. (vgl. Tab. 3 und 4).

Abb. 4: Einwohnerzahl der untersuchten Länder



Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51
(Angaben für das Jahr 2005).

³ Vgl. Schley u.a. 2004.

Tab. 3: Verwaltungsaufbau und Regierungssystem der Untersuchungsländer

	Verwaltungs- aufbau	Regierungssystem
Dänemark	Einheitsstaat	Konstitutionelle Monarchie mit parlamentarisch-demokratischem Regierungssystem
Finnland	Einheitsstaat	Parlamentarische Republik
Frankreich	Einheitsstaat	Parlamentarische Präsidialdemokratie
Großbritannien	Einheitsstaat	Parlamentarische Monarchie
Italien	Einheitsstaat	Parlamentarische Republik
Niederlande	Einheitsstaat	Konstitutionelle Monarchie mit parlamentarischer Demokratie
Österreich	Föderalstaat	Parlamentarisch-demokratische Republik
Polen	Einheitsstaat	Parlamentarische Demokratie
Rumänien	Einheitsstaat	Parlamentarisch-demokratische Republik
Schweden	Einheitsstaat	Konstitutionelle Monarchie
Schweiz	Föderalstaat	Parlamentarische Bundesrepublik
Spanien	Einheitsstaat	Parlamentarische Monarchie
Tschechien	Einheitsstaat	Parlamentarische Demokratie
Ungarn	Einheitsstaat	Parlamentarische Demokratie

Quellen: Verwaltungsaufbau: Dexia 2006.
Regierungssystem: Schley et al. 2004.

Tab. 4: Verwaltungsaufbau der untersuchten Staaten

	1. Ebene ^{a)}	2. Ebene ^{b)}	3. Ebene ^{c)}
Dänemark	-	5 ^{d)}	98 ^{e)}
Finnland ^{f)}	20	5	446
Frankreich	26	100	36.784
Großbritannien	3	34	404 ^{g)}
Italien ^{h)}	20	103	8.101
Niederlande	-	12	458
Österreich	9	-	2.358
Polen	16	373 ⁱ⁾	2.4789 ^{j)}
Rumänien ^{k)}	8	41	3.136
Schweden	-	20	290
Schweiz	26 ^{l)}	-	2.763 ^{m)}
Spanien ⁿ⁾	19	50	8.109
Tschechien	-	14	6.249 ^{o)}
Ungarn	7 ^{p)}	19	3.145

Quelle: Falls nicht anders angegeben: Dexia 2006, S. 6 (Angaben für das Jahr 2005).

- a) Regionen: Finnland, Frankreich, Italien, Polen, Rumänien, Spanien, Ungarn
 Provinzen: Niederlande
 „devolved nations“ (Schottland und Wales), „devolved territory“ (Nordirland)
 Länder: Österreich
 Kantone: Schweiz
- b) Departments: Frankreich
 Kreise: Großbritannien, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechien, Ungarn
 Provinzen: Finnland, Italien, Niederlande, Spanien
 Regionen: Dänemark
- c) Städte und Gemeinden
- d) Ministry of the Interior and Health 2005, S. 13.

- e) Ebenda.
- f) Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 21.
- g) Drei Typen von „unitary authorities“: Großstädtische Distrikte, London boroughs (32 Londoner Bezirke und City of London), nicht-großstädtische Distrikte; Aufteilung der Zuständigkeiten auf zwei Verwaltungsebenen (counties und districts) ohne hierarchisches Verhältnis bei zweistufigen Kommunalverwaltungen; vgl. Johnson 1988, S. 23 ff.
- h) Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Dexia 2006.
- i) Swianiewicz 2005, S. 102 f.
- j) Ebenda.
- k) Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 153.
- l) 20 Voll- und 6 Halbkantone; Linder 2003, S. 511.
- m) Bundesamt für Statistik (BFS) 2008.
- n) Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 16 f.
- o) Verband der Tschechischen Städte und Gemeinden: <http://www.smocr.cz>.
- p) Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 24 f.

Zahl und Größe der Kommunen

In Bezug auf die Zahl ihrer Städte und Gemeinden lassen sich die Staaten der Untersuchung zwei Gruppen zuordnen:

- Zum einen Staaten mit einer sehr großen Zahl von Kommunen (mehrere Tausend) bei einer relativ geringen durchschnittlichen Einwohnerzahl (weniger als 10.000). Zu dieser Gruppe gehören die romanischen Länder Frankreich, Italien, Spanien, die osteuropäischen Staaten Ungarn, Tschechien und Rumänien sowie Österreich und die Schweiz (vgl. Tab. 5).

- Zum anderen Staaten wie den skandinavischen Ländern oder Großbritannien mit relativ großen Kommunen bei einer nur geringen Gesamtzahl. Die durchschnittliche Einwohnerzahl der Kommunen ist in Großbritannien mit ca. 148.000 Einwohnern mit Abstand am größten, gefolgt von Dänemark mit 55.000 und den Niederlanden mit ca. 35.000 Einwohnern (vgl. Tab. 5).

Italien und Spanien weisen jeweils zwei Millionenstädte auf, in sieben weiteren Staaten gibt es jeweils eine Stadt mit mehr als einer Millionen Einwohnern. Über eine relativ große Zahl von Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern (jeweils über 50) verfügen Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen und Spanien. In allen anderen in die Untersuchung einbezogenen Staaten ist die Zahl der Städte und Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern vergleichsweise gering (vgl. Tab. 5).

Tab. 5: Verteilung der Bevölkerung nach Gemeinde-Größenklassen

	Zahl der Gemeinden	Durchschnittliche Einwohnerzahl	Verstädterungsgrad (in %)	Gemeinde-Größenklassen				
				≥ 1 Mio.	500.000 – 999.000	100.000 – 499.999	50.000 – 99.999	0 – 49.999
Dänemark	98	55.102	85,6	-	1	3	4	90
Finnland	446	11.659	61,1	-	1	5	9	417
Frankreich	36.784	1.648	76,7	1	1	35	61	36.686
Großbritannien	404	148.515	89,7	1	2	55	109	237
Italien	8.101	10.554	67,6	2	4	37	101	7.957
Niederlande	458	35.590	80,2	-	2	23	40	397
Österreich	2.358	3.478	66,0	1	-	6	6	2.345
Polen	2.478	15.416	62,1	1	4	34	61	2.378
Rumänien	3.136	6.920	53,7	1	-	24	21	3.090
Schweden	290	31.035	84,2	-	1	12	32	245
Schweiz	2.763	2.714	75,2	-	-	5	3	2.755
Spanien	8.109	5.303	76,7	2	4	53	62	7.989
Tschechien	6.249	1.632	73,5	1	-	4	16	6.228
Ungarn	3.145	3.211	66,3	1	-	8	12	3.124

Quellen: Vgl. Tabelle „Verwaltungsaufbau der untersuchten Staaten“ (Angaben zur 3. Ebene); Durchschnittliche Einwohnerzahl: eigene Berechnung; Datengrundlage: Zahl der Gemeinden (s.o.); Einwohner: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51 (Angaben für das Jahr 2005); Verstädterungsgrad: United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division 2006, S. 33 (Angaben für das Jahr 2005); Gemeinde-Größenklassen: <http://www.citypopulation.de>.

Unterschiedliche kommunale Verfassungssysteme

Alle in die Untersuchung einbezogenen Staaten verfügen über lokale Gebietskörperschaften, die ein Recht auf Selbstverwaltung bezüglich ihrer Angelegenheiten besitzen.⁴ Beim Grad der Autonomie, der den Kommunen in den einzelnen Ländern zugestanden wird, bestehen allerdings deutliche Unterschiede.⁵ Eine Ausnahme bildet Großbritannien, wo es aufgrund einer fehlenden schriftlichen Verfassung keine verfassungsmäßige Garantie der kommunalen Selbstverwaltung gibt.⁶

Insgesamt lassen sich in Europa vier unterschiedliche Kommunalverfassungssysteme unterscheiden⁷: Das skandinavische Modell der unabhängigen Gemeinde, das französische Modell der staatlich überwachten Gemeinde, die Gemeinde als Verwaltungseinheit in Großbritannien (Praxis des „local self-government“) sowie das deutsch-schweizer Modell der selbstverwalteten Gemeinde.⁸

In den skandinavischen Ländern können die Gemeinden auf eine lange Tradition kommunaler Selbstverwaltung seit dem 14. Jahrhundert zurückblicken. Die Gemeinden sind von der staatlichen Ebene weitgehend unabhängig, und die Möglichkeiten des Gesetzgebers, auf der kommunalen Ebene einzugreifen, sind deutlich eingeschränkt. Das Ergebnis ist eine umfassende Selbstverwaltung, die auch die innere Kommunalverfassung (Wahlsystem, Bestimmungen zu den exekutiven Organen) einbezieht. Mit Ausnahme der dänischen Gemeinden besitzen die Kommunen eine in der Verfassung garantierte Allzuständigkeit. Auch der Grad der Finanzautonomie ist in den Ländern Skandinaviens sehr hoch.⁹ Deutlich wird dies bei einem europaweiten Vergleich der kommunalen Einnahmenstrukturen (vgl. Tabelle 6). Danach weisen Kommunen in Schweden, Finnland und Dänemark den größten Anteil an eigenen Einnahmen auf. Groß sind auch die Zuständigkeitsbereiche der Kommunen in den skandinavischen Ländern. Ein großer Teil der öffentlichen Beschäftigung wie auch der öffentlichen Ausgaben entfallen damit auf die kommunale Ebene. Für diese Situation wurde der Begriff des „lokalen Wohlfahrtsstaats“ geprägt.¹⁰

Die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland und der Schweiz geht bis ins 13. Jahrhundert zurück, wurde dann im 19. Jahrhundert durch die Stein-Hardenberg'schen Reformen neu belebt und ist heute umfassend verfassungsrechtlich gewährleistet. Die Kommunen besitzen autonome Rechtssetzungshoheit und eigene Finanzhoheit und nehmen in diesem Modell eine Doppelrolle ein: zum einen als dezentralisiert-partizipative Verwaltung, zum anderen als Teil der Staatsverwaltung.¹¹

Das französische Modell findet sich in den romanischen Ländern Frankreich, Spanien und Italien, in den Benelux-Staaten, in Griechenland sowie in den osteuropäischen EU-Beitrittsstaaten. Nach diesem Modell, das seinen Ursprung in der französischen Revolution hat, sind die Gemeinden in den hierarchischen Staatsaufbau integriert und werden vom Staat mit autonomen Rechten ausgestattet. Die Angelegenheiten der Kommunen werden als Teil

⁴ Martínez Soria 2007, S. 1016.

⁵ Martini 1992, S. 203.

⁶ Ebenda, S. 192; Atkinson et al. 2007.

⁷ Hierbei wird auf die Systematik von Martínez Soria 2007 zurückgegriffen; eingehendere Darstellungen zur Kommunalpolitik und kommunalen Selbstverwaltung im europäischen Vergleich: Page 1992, Page 1987, Hesse 1991.

⁸ Martínez Soria 2007, S. 1018 ff.

⁹ Ebenda, S. 1019.

¹⁰ Rose/Stahlberg 2005, S. 83.

¹¹ Martínez Soria 2007, S. 1020; eingehende Darstellung zur kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland: Walter-Rogg et al. 2005.

der Staatsverwaltung verstanden.¹² Die Zuständigkeiten der Gemeinden sind Ergebnis der Übertragung von Befugnissen durch den Staat auf die unteren Verwaltungsebenen.¹³ Die Gemeinden unterstehen damit einer umfassenden Staatsaufsicht. Frankreich gilt als Prototyp des Zentralstaates,¹⁴ aber auch hier haben Reformen seit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts die Situation verändert. Mit den Gesetzen zur Dezentralisierung in den Jahren 1982 und 1983 sind in Frankreich einerseits die staatlichen Aufsichtsbefugnisse deutlich beschränkt worden, andererseits ist es zu einer Ausweitung der Aufgabenbereiche der Gemeinden gekommen.¹⁵ Da die Gemeinden Südeuropas keine Alleinzuständigkeit für die Ausführung vieler ihrer Hauptaufgaben besitzen, kommt es in vielen Bereichen zu Überschneidungen mit der Zentralregierung.¹⁶ Typisches Merkmal der Staaten des französischen Modells ist die geringe Einwohnerzahl vieler Gemeinden, die eine effektive Aufgabenerfüllung problematisch macht. So werden viele Aufgaben durch kommunale Zusammenschlüsse oder eine Kooperation kommunaler und staatlicher Akteure wahrgenommen.¹⁷

In Großbritannien existiert keine schriftliche Verfassung. Eine verfassungsrechtliche Garantie der kommunalen Selbstverwaltung ist damit nicht gegeben. Die Zuweisung der Aufgaben der Kommunen erfolgt durch Gesetze, es herrscht die sog. „ultra-vires-Doktrin“. ¹⁸ Die Gemeinden besitzen keine Allzuständigkeit. Ungeachtet dieser Bedingungen besteht eine lange Tradition der lokalen Verwaltung, in der sich für die Gemeinden in der Praxis anerkannte Freiräume entwickelt haben.¹⁹ Aus dem Fehlen verfassungsmäßig garantierter Rechte und der Regelung der kommunalen Aufgaben und Kompetenzen durch Gesetze ergibt sich eine starke Abhängigkeit der Kommunen vom Parlament. Deutlich wird dies auch in der eingeschränkten kommunalen Finanzautonomie und ihrer Abhängigkeit von staatlichen Finanzzuweisungen. Die starke Abhängigkeit von der Zentralregierung wurde in besonderem Maße zwischen 1979 und 1997 spürbar: über die starke Beschneidung kommunaler Kompetenzen durch konservative Regierungen.²⁰

Kommunalen Einnahmen

Ein Vergleich der kommunalen Einnahmenstrukturen in den untersuchten Ländern zeigt deutliche Unterschiede hinsichtlich des Verhältnisses von eigenen Einnahmen aus Steuern und Gebühren auf der einen und staatlichen Zuweisungen auf der anderen Seite. So ist der Anteil der staatlichen Zuweisungen in den skandinavischen Ländern und der Schweiz relativ gering, die Kommunen in den Niederlanden und in Großbritannien sind hingegen in erheblichem Maße von staatlichen Zuweisungen abhängig.

¹² Martínez Soria 2007, S. 1020.

¹³ Lefèvre 2000, S. 284.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Martini 1992, S. 189 f.

¹⁶ Page 1991, S. 37.

¹⁷ Martini 1992, S. 190.

¹⁸ Ebenda, S. 192.

¹⁹ Martínez Soria 2007, S. 1021.

²⁰ Wilson 2005, S. 155 f.

Tab. 6: Einnahmen der Kommunen (in %)

	Steuern	Gebühren	Staatliche Zuweisungen	Sonstige
Dänemark ^{a)}	59,0	19,0	22,0	-
Finnland ^{b)}	52,0	25,0	15,0	8,0 ^{c)}
Frankreich ^{d)}	45,0	33,0	31,0	-
Großbritannien ^{e)}	50,0 ^{f)}	2,0	48,0	-
Italien ^{g)}	52,5	11,9	26,0	9,6
Niederlande ^{h)}	8,0	8,0	84,0	-
Österreich ⁱ⁾	22,0	12,0	37,0 ^{j)}	30,0 ^{k)}
Polen ^{l)}	55,0	2,0	42,0	-
Rumänien ^{m)}	66,0	-	25,0	9,0 ⁿ⁾
Schweden ^{o)}	66,0	8,0	22,0	4,0
Schweiz ^{p)}	50,3	26,6	16,1	7,0 ^{q)}
Spanien ^{r)}	37,0	12,0	38,0	13,0
Tschechien ^{s)}	46,7	9,4	39,4	4,5
Ungarn ^{t)}	29,0	24,0	42,0	5,0

Quelle: eigene Zusammenstellung aus den folgenden Unterlagen:

- a) Angaben für 2004 aus: Werner/Shah 2005, S. 3.
- b) Angaben für 2002 aus: Association of Finnish Local and Regional Authorities und Ministry of the Interior 2003, S. 7.
- c) Kreditaufnahmen, andere Einnahmen.
- d) Alle Angaben zu den kommunalen Einnahmen: Borraz/Le Galés 2005, S. 16 (Angaben für Gemeinden über 10 000 Einwohner).
- e) Local Government Association o.J.
- f) 25% „council tax“, 25% „non domestic rate“.
- g) Angaben für 2005 aus: Brosio/Piperno 2007.
- h) Angaben für 1995 aus: van den Berg u.a. 1998, S. 261.
- i) Angaben für 2005 aus: Kommunalkredit Austria AG u.a. 2008.
- j) Ertragsanteile (Ertragsanteile sind Einnahmen aus dem Finanzausgleich).
- k) Einnahmen aus Leistungen, Besitz, wirtschaftlichen Tätigkeiten, Transfereinnahmen Träger öffentlichen Rechts und sonstige Einnahmen.
- l) Angaben für 2001 aus: Wegener 2003, S. 64.
- m) Angaben für 2000 aus: Pop 2002, S. 365.
- n) Unter anderem Zuschüsse für Kapitalanlagen aus externen Darlehen.
- o) Angaben für 2002 aus: Werner/Shah 2005, S. 3.
- p) Arbeit 2003, S. 57.
- q) Vermögenserträge und Konzessionen.
- r) Angaben für 2001: European Union 2007, S. 135.
- s) Angaben für 2004 aus: MF ČR 2005.
- t) Angaben für 2005 aus: OECD 2007.

II.1.2 Länderübersichten

Dänemark



Quelle: CIA 2008.

Dänemark zählt sowohl hinsichtlich der Fläche (43.094 qkm)²¹ als auch der Einwohner (5,4 Mio.)²² zu den kleinsten der untersuchten Staaten. Nach der im Jahr 2007 umgesetzten Kommunalreform hat sich die Zahl der Kommunen von 271 auf 98 reduziert. Außerdem wurden im Zuge dieser Reform die 14 Landkreise aufgelöst und durch 5 Regionen ersetzt.²³ Etwa 63% der Kommunen haben weniger als 50.000 Einwohner. Die Hauptstadt Kopenhagen ist mit 503.699 Einwohnern²⁴ die größte Stadt Dänemarks. Der Verstädterungsgrad liegt bei 85,6%²⁵, die durchschnittliche Größe der Kommunen bei ca. 55.000 Einwohnern.²⁶

Tab. 7.1: Verteilung der Bevölkerung nach Gemeinde-Größenklassen in Dänemark

Einwohner	Anzahl der Kommunen
≥ 1 Mio.	-
500.000 – 999.999	1
100.000 – 499.999	3
50.000 – 99.000	4
0 – 49.999	90

Quelle: <http://www.citypopulation.de/Denmark.html>
(Angaben für das Jahr 2007).

²¹ Schley et al. 2004, S. 229.

²² Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51 (Angabe für das Jahr 2005).

²³ Ministry of the Interior and Health 2005, S. 13.

²⁴ Københavns Kommune Concernservice Ledelsesinformation 2007 (Angabe für das Jahr 2007).

²⁵ United Nations. Department of Economic and Social Affairs. Population Division 2006, S. 33 (Angabe für das Jahr 2005).

²⁶ Eigene Berechnung; Datengrundlage: vgl. Tab. 5.

Dänemark

Fläche:	43.094 qkm ²⁷
Einwohner (in Mio.):	5,4 (2005) ²⁸
Verstädterungsgrad:	85,6% (2005) ²⁹
BIP (in Mrd. EUR):	208,5 (2005) ³⁰
BIP pro Kopf (in EUR):	31.890 (2005) ³¹
Regierungssystem:	Konstitutionelle Monarchie mit parlamentarisch-demokratischem Regierungssystem ³²
Verwaltungsaufbau:	Einheitsstaat; ³³ - 5 Regionen (regioner) ³⁴ - 98 Kommunen (kommuner) ³⁵
Ebenen & Kompetenzen:	Staat: Gesetzgebungskompetenz (Grönland und die Färöer besitzen eigene gesetzgebende Gewalt); zuständig für die Verwaltung auf staatlicher Ebene;³⁶ übernimmt Aufgaben, deren Übertragung an Regionen und Kommunen nicht angemessen wäre; kann Aufgaben an Regionen und Kommunen delegieren;³⁷ Regionen: übernehmen Aufgaben von überörtlicher Bedeutung; Regionalrat als regierendes Gremium wird direkt gewählt; Subventionierung durch Staat und Kommunen;³⁸ Kommunen: zuständig für die meisten bürgerrelevanten Aufgaben.³⁹
Kommunen (Zahl):	98 Gemeinden (kommuner) (2007) ⁴⁰
Verfassungsrechtliche Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung:	§82 Verfassung des Königreichs Dänemark (1953) „Das Recht der Gemeinden, unter Aufsicht des Staates ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen, wird durch Gesetz geregelt.“ ⁴¹

²⁷ Schley et al. 2004, S. 229.

²⁸ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51.

²⁹ United Nations. Department of Economic and Social Affairs. Population Division 2006, S. 33.

³⁰ Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Dexia 2006.

³¹ Ebenda.

³² Schley et al. 2004, S. 229.

³³ Ebenda, S. 230.

³⁴ The Ministry of the Interior and Health 2005, S. 13.

³⁵ Ebenda.

³⁶ Ausschuss der Regionen (2005).

³⁷ Ministry of the Interior and Health 2005, S. 30 f.

³⁸ Ebenda, S. 28 ff.

³⁹ Ebenda, S. 22 f.

⁴⁰ Gemeindeverband Dänemark: <http://www.kl.dk>.

⁴¹ Deubert und Liegmann 1989, S. 54.

Aufgabenzuteilung:	keine Allzuständigkeit; Aufgabenverteilung durch den Gesetzgeber; ⁴²
Gemeindeaufsicht:	begrenzte allgemeine staatliche Aufsicht ⁴³
Maßgebliche Kompetenzen:	- Katastrophenschutz⁴⁴ - Wirtschafts- und Tourismusförderung - Raumordnung (Stadtplanung) - Sozialleistungen - Arbeitslosengeld und Beschäftigungsprogramme - Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen - Gesundheitswesen - Kinder- und Altenbetreuung - Grundschulwesen - Kultur (u.a. Stadtbüchereien, Sporteinrichtungen) - Umweltschutz - kommunale Straßen - Beteiligung an regionalen Verkehrsunternehmen
Kommunale Einnahmen:	- Steuern: 59% - Gebühren: 19% - staatliche Zuweisungen: 22%⁴⁵ Gemeinden besitzen das Recht, Steuern zu erheben und den Steuersatz festzulegen (Lohn- und Einkommensteuer, Grundstückssteuer)⁴⁶
Organe:	Gemeinderat (Bürgerrepräsentationen):⁴⁷ - wird direkt gewählt; - bestimmt Mitglieder der Fachausschüsse; - ist verpflichtet, Finanzausschuss einzusetzen; Fachausschüsse: - zuständig für die Verwaltung; - unterstützen Gemeinderat bei der Vorbereitung von Entscheidungen; Bürgermeister (borgmester): - wird vom Gemeinderat gewählt; - steht der Verwaltung und dem Gemeinderat vor.

⁴² Deubert und Liegmann 1989, S. 66.

⁴³ Ebenda, S. 84.

⁴⁴ Alle Angaben zu den maßgeblichen Kompetenzen: Ausschuss der Regionen 2005.

⁴⁵ Angaben für 2004 aus: Werner und Shah 2005, S. 3.

⁴⁶ Ministry of the Interior and Health 2002, S. 31; Deubert und Liegmann 1989, S. 80.

⁴⁷ Alle Angaben zu den Organen: Ministry of the Interior and Health 2002, S. 10 ff.

Finnland



Quelle: CIA 2008.

Finnland gehört mit 338.145 qkm⁴⁸ zu den größeren europäischen Staaten, mit 5,2 Mio. Einwohnern⁴⁹ ist es gleichzeitig das bevölkerungsärmste Land der Untersuchung. Als Einheitsstaat untergliedert sich Finnland in fünf Provinzen, 20 Regionen und 446 Gemeinden.⁵⁰ Im Vergleich zu den anderen Ländern Skandinaviens (Dänemark und Schweden) weist Finnland eine größere Zahl an Kommunen auf, wobei über 96% der Kommunen weniger als 50.000 Einwohner aufweisen (vgl. Tab. 7.2). Die durchschnittliche Einwohnerzahl der Kommunen beträgt ca. 11.659.⁵¹ Die Hauptstadt Helsinki ist mit 564.000 Einwohnern⁵² die größte Stadt Finnlands. Die Verstädterungsrate liegt bei 61,1%.⁵³

Tab. 7.2: Verteilung der Bevölkerung nach Gemeinde-Größenklassen in Finnland

Einwohner	Anzahl der Kommunen
≥ 1 Mio.	-
500.000 – 999.999	1
100.000 – 499.999	5
50.000 – 99.000	9
0 – 49.999	431

Quelle: <http://www.citypopulation.de/Finland.html>
(Angaben für das Jahr 2006).

Finnland

Fläche:	338.145 qkm ⁵⁴
Einwohner (in Mio.):	5,2 (2005) ⁵⁵
Verstädterungsgrad:	61,1% (2005) ⁵⁶
BIP (in Mrd. EUR):	157,4 (2005) ⁵⁷
BIP pro Kopf (in EUR):	30.005 (2005) ⁵⁸
Regierungssystem:	Parlamentarische Republik ⁵⁹
Verwaltungsaufbau:	Einheitsstaat, ⁶⁰ - 5 Provinzen (läänit) und unabhängige Provinz Åland - 20 Regionen (maakunnan liitto) - 446 Gemeinden (kunta)

⁴⁸ Schley et al. 2004, S. 241.

⁴⁹ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51 (Angabe für das Jahr 2005).

⁵⁰ Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 20 f.

⁵¹ Eigene Berechnung; Datengrundlage: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51; Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 20 f.

⁵² <http://www.citypopulation.de/Finland.html> (Angabe für das Jahr 2006).

⁵³ United Nations. Department of Economic and Social Affairs. Population Division 2006, S. 33 (Angabe für das Jahr 2005).

⁵⁴ Schley et al. 2004, S. 241.

⁵⁵ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51.

⁵⁶ United Nations. Department of Economic and Social Affairs. Population Division 2006, S. 33.

⁵⁷ Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Dexia 2006.

⁵⁸ Ebenda.

⁵⁹ Schley et al. 2004, S. 241.

⁶⁰ Alle Angaben zum Verwaltungsaufbau: Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 20 f.

Ebenen & Kompetenzen:	Staat: Gesetzgebungskompetenz (Provinz Åland besitzt auch eigene Gesetzgebungskompetenz); allgemeine Verwaltung des Landes; Aufsicht über kommunale Behörden;⁶¹ Regionen: erfüllen überörtliche Aufgaben; Regionalrat als gemeinsame kommunale Behörde; Mitglieder des Regionalrates werden von den Kommunen der Region gewählt; verantwortlich für die Planung und Entwicklung der Regionen;⁶² Kommunen: gesetzlich geregelte Kompetenzen und allgemeine Zuständigkeiten im Rahmen der Gemeindeverwaltung.⁶³
Kommunen (Zahl):	446 Gemeinden (kunta) (2007) ⁶⁴
Verfassungsrechtliche Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung:	§ 121 Grundgesetz Finnlands „Finnland ist in Gemeinden unterteilt, deren Verwaltung auf der Selbstverwaltung durch ihre Einwohner zu beruhen hat. Die allgemeinen Grundlagen der Gemeindeverwaltung und die den Gemeinden zu übertragenden Aufgaben werden durch Gesetz geregelt.“⁶⁵
Aufgabenzuteilung:	Allzuständigkeit nach Gemeindegesetz (alle zur Selbstverwaltung gehörenden sowie durch Gesetz besonders zugewiesenen Angelegenheiten) ⁶⁶
Gemeindeaufsicht:	staatliche Aufsicht hauptsächlich durch Genehmigungsvorbehalte (hier auch Zweckmäßigkeitskontrolle); keine Unterscheidung zwischen eigenen und übertragenen Aufgaben; ⁶⁷
Maßgebliche Kompetenzen:	- Wirtschaftsförderung⁶⁸ - Raumplanung - Gesundheitsschutz und soziale Sicherheit - Bildungswesen (Schulverwaltung, Erwachsenenbildung usw.) - Jugendschutz - Kultur - Freizeit und Erholung - Umweltschutz - Instandhaltung der Straßen, Wasser- und Stromversorgung usw.

⁶¹ Vataja 1988, S. 4.

⁶² Holstila 2007, S. 128.

⁶³ Vataja 1988, S. 3 f.

⁶⁴ Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 20 f.

⁶⁵ Grundgesetz Finnlands § 121. Erlassen am 11. Juni 1999 in Helsinki (<http://www.finlex.fi/pdf/saadkaan/S9990731.PDF>).

⁶⁶ Deubert und Liegmann 1989, S. 67.

⁶⁷ Deubert und Liegmann 1989, S. 84.

Kommunale Einnahmen:	- Steuern: 52% - Gebühren: 25% - staatliche Zuweisungen: 15% - sonstige: 8%⁶⁹ Gemeinden besitzen das Recht, Steuern zu erheben und den Steuersatz festzulegen (u.a. Einkommensteuer)⁷⁰
Organe:	Gemeinderat (kunnanvaltuusto): Mitglieder werden direkt gewählt; beschlussfassendes Gremium; bestimmt Gemeindevorstand und Bürgermeister;⁷¹ Gemeindevorstand (kunnanhallitus): wird vom Gemeinderat aus seiner Mitte gewählt; verantwortlich für die Verwaltung und die Finanzen; Ausschüsse: werden vom Gemeinderat eingesetzt; setzen sich aus Mitgliedern des Gemeinderates und interessierten Bürgern zusammen; bereiten Entscheidungen des Gemeinderates vor; Bürgermeister (ylipormestari): leitet die Verwaltung; bereitet die Entscheidungen des Gemeindevorstandes vor.

⁶⁸ Alle Angaben zu den maßgeblichen Kompetenzen: Ausschuss der Regionen 2005.

⁶⁹ Angaben für 2002 aus: The Association of Finnish Local and Regional Authorities/The Ministry of the Interior 2003, S. 7.

⁷⁰ Holstila 2007, S. 127; Deubert und Liegmann 1989, S. 80.

⁷¹ Alle Angaben zu den Organen: Vataja 1988, S. 8 ff.

Frankreich



Quelle: CIA 2008.

Frankreich ist mit 547.026 qkm⁷² und 60,6 Mio. Einwohnern⁷³ der größte der in die Untersuchung einbezogenen Staaten Europas. Als Einheitsstaat gliedert sich Frankreich in 26 Regionen (davon vier überseeische) und 100 Departments (davon vier überseeische) sowie 36.784 Kommunen.⁷⁴ 99% der Gemeinden weisen eine Einwohnerzahl von weniger als 50.000 auf. Paris ist mit ca. 2,1 Mio. Einwohnern⁷⁵ größte Stadt des Landes. Die Durchschnittsgröße der Kommunen beträgt ca. 1.600 Einwohner.⁷⁶ Die Verstädterungsrate liegt bei 76,7%.⁷⁷

Tab. 7.3: Verteilung der Bevölkerung nach Gemeinde-Größenklassen in Frankreich

Einwohner	Anzahl der Kommunen
≥ 1 Mio.	1
500.000 – 999.999	1
100.000 – 499.999	35
50.000 – 99.000	61
0 – 49.999	36.686

Quellen: <http://www.citypopulation.de/France-Cities.html>
(Angaben für das Jahr 2005);
<http://www.tageo.com/index-e-fr-cities-FR.htm>.

⁷² Schley et al. 2004, S. 245.

⁷³ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51 (Angabe für das Jahr 2005).

⁷⁴ Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Dexia 2006.

⁷⁵ <http://www.citypopulation.de/France-Cities.html> (Angabe für das Jahr 2005).

⁷⁶ Eigene Berechnung (Datengrundlage: vgl. Tab. 5).

⁷⁷ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33 (Angabe für das Jahr 2005).

Frankreich

Fläche:	547.026 qkm ⁷⁸
Einwohner (in Mio.):	60,6 (2005) ⁷⁹
Verstädterungsgrad:	76,7% (2005) ⁸⁰
BIP (in Mrd. EUR):	1.710,0 (2005) ⁸¹
BIP pro Kopf (in EUR):	27.272 (2005) ⁸²
Regierungssystem:	Parlamentarische Präsidialdemokratie ⁸³
Verwaltungsaufbau:	Einheitsstaat, ⁸⁴ - 26 Regionen, davon 4 überseeische (régions) - 100 Departments, davon 4 überseeische (départements) - 36.784 Kommunen (communes)
Ebenen & Kompetenzen:	Staat: Gesetzgebungskompetenz; nachgeordnete Dienststellen der Ministerien auf regionaler und lokaler Ebene;⁸⁵ Präfekt: Vertreter des Staates (von der Regierung ernannt) im Department bzw. der Region; kontrolliert den Generalrat (gewähltes Organ der Departments); zuständig für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Respektierung der staatlichen Gesetze; achtet auf Vollzug der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung;⁸⁶ Regionen: selbständige Gebietskörperschaften; Regionalrat wird direkt gewählt; Zuständigkeiten vor allem im ökonomischen Bereich (Wirtschaftsförderung);⁸⁷ Departments: selbständige übergemeindliche Gebietskörperschaften; Generalrat wird direkt gewählt; zuständig für Sozialhilfe, Bau und Unterhalt der Schulen (Sekundarstufe I), überörtlichen Schülertransport;⁸⁸ Gemeinden: Zuständigkeit für alle kommunalen Angelegenheiten; Wahrnehmung verschiedener Funktionen im Namen des Staates (z.B. Standesamtsregister, Wählerverzeichnisse);⁸⁹

⁷⁸ Schley et al. 2004, S. 245.

⁷⁹ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51.

⁸⁰ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33.

⁸¹ Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Dexia 2006.

⁸² Ebenda.

⁸³ Schley et al. 2004, S. 245.

⁸⁴ Alle Angaben zum Verwaltungsaufbau für das Jahr 2005: Dexia 2006, S. 6

⁸⁵ Hoffmann-Martinot 2005, S. 325.

⁸⁶ Kempf 2003, S. 341 f.

⁸⁷ Ebenda, S. 342.

⁸⁸ Hoffmann-Martinot 2005, S. 328.

⁸⁹ Ebenda, S. 325.

Kommunen (Zahl):	36.784 Kommunen (communes) (2005) ⁹⁰
Verfassungsrechtliche Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung:	Art. 72 Verfassung der Republik Frankreich (1958) ⁹¹ „I) Gebietskörperschaften der Republik sind die Gemeinden, die Departments und die überseeischen Gebiete. Jede andere Gebietskörperschaft wird durch Gesetz geschaffen. II) Die Körperschaften verwalten sich selbst durch gewählte Räte und nach Maßgabe der Gesetze.“
Aufgabenzuteilung:	Allzuständigkeit (einfachgesetzlich) ⁹²
Gemeindeaufsicht:	- Rechtsaufsicht durch Verwaltungsgerichte - Finanzaufsicht durch regionale Rechnungshöfe ⁹³ - fehlende Abgrenzung/Überlappung der Zuständigkeitsbereiche zwischen den einzelnen Ebenen ⁹⁴
Maßgebliche Kompetenzen:	- Wirtschaftsförderung (direkte und indirekte Hilfen an Firmen) ⁹⁵ - Stadtplanung (Bauleit- und Flächennutzungsplanung, Baugenehmigungen) - Sozial- und Gesundheitswesen - Bildung (Finanzierung, Bau und Unterhalt der Vor- und Grundschulen) - Kultur (Kunstschulen, Stadtarchive, städtische Museen) - Umweltschutz (Abwasserentsorgung, Trinkwasserversorgung, Abfuhr und Beseitigung von Hausmüll)
Kommunale Einnahmen:	- Steuern: 45% ⁹⁶ - Gebühren: 33% - staatliche Zuweisungen: 31% Gemeinden erheben Gewerbesteuer, Steuer auf bebaute Grundstücke, Wohnungssteuer, Grundsteuer; können Hebesätze der Gewerbesteuer festlegen. ⁹⁷

⁹⁰ Dexia 2006, S. 6.

⁹¹ Deubert und Liegmann 1989, S. 54.

⁹² Ebenda, S. 66.

⁹³ Ebenda, S. 84.

⁹⁴ Hoffmann-Martinot 2005, S. 335.

⁹⁵ Alle Angaben zu den maßgeblichen Kompetenzen: Ausschuss der Regionen 2005; Hoffmann-Martinot 2005, S. 337.

⁹⁶ Alle Angaben zu den kommunalen Einnahmen: Borraz und Le Galés 2005, S. 16 (Angaben für Gemeinden über 10.000 Einwohner).

⁹⁷ <http://www.kommunaler-wettbewerb.de/kofi/seiten/fr-000.html>

Organe:	Gemeinderat (conseil municipal): direkt gewählte Gemeindevertretung; zuständig für alle wesentlichen Angelegenheiten der Gemeinde (jedoch nicht für die Benennung der leitenden Gemeinde- beamten);⁹⁸ Bürgermeister (maire): sitzt dem Gemeinderat vor; leitet die Gemeindeverwaltung; wird vom Gemeinderat gewählt; besitzt eigene Befugnisse (Personalhoheit, Polizeigewalt); führt die Beschlüsse des Gemeinderates aus; übt vom Gemeinderat delegierte Kompetenzen aus; Vertreter des Staates (z.B. zuständig für Ausführung der Gesetze, Standesamt, Durchführung von Wahlen).⁹⁹
----------------	---

⁹⁸ Fromont 1988, S. 84.

⁹⁹ Ebenda; Kempf 2003, S. 340 f.

Großbritannien



Quelle: CIA 2008.

Mit 60 Mio. Einwohnern¹⁰⁰ und einer Fläche von 243.000 qkm¹⁰¹ zählt Großbritannien hinsichtlich Bevölkerung und Fläche zu den größten europäischen Staaten. Die Gesamtzahl der Kommunen ist mit 404¹⁰² vergleichsweise niedrig. Das Vereinigte Königreich besteht aus den vier Landesteilen England, Wales, Schottland und Nordirland.¹⁰³ Die durchschnittliche Ein-

¹⁰⁰ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51 (Angabe für das Jahr 2005).

¹⁰¹ Schley et.al. 2004, S. 253.

¹⁰² Dexia 2006, S. 6.

¹⁰³ Dexia 2006, S. 6.

wohnerzahl der Kommunen beträgt ca. 148.000.¹⁰⁴ Als größte Stadt Großbritanniens weist London eine Einwohnerzahl von 7.517.700 auf¹⁰⁵. Der Verstädterungsgrad liegt bei 89,7%.¹⁰⁶

Tab. 7.4: Verteilung der Bevölkerung nach Gemeinde-Größenklassen in Großbritannien

Einwohner	Anzahl der Kommunen
≥ 1 Mio.	1
500.000 – 999.999	2
100.000 – 499.999	55
50.000 – 99.000	109
0 – 49.999	237

Quelle: <http://www.citypopulation.de/UK-Cities.html>
(Angaben für das Jahr 2005).

Großbritannien

Fläche:	243.000 qkm ¹⁰⁷
Einwohner (in Mio.):	60 (2005) ¹⁰⁸
Verstädterungsgrad:	89,7% (2005) ¹⁰⁹
BIP (in Mrd. EUR):	1.790,7 (2005) ¹¹⁰
BIP pro Kopf (in EUR):	29.751 (2005) ¹¹¹
Regierungssystem:	Parlamentarische Monarchie ¹¹²
Verwaltungsaufbau:	Einheitsstaat; ¹¹³ - Schottland, Wales (devolved nations), Nordirland (devolved territory) - 34 Grafschaften (counties) - 404 Bezirke (239 districts, 165 unitary authorities) ¹¹⁴
Ebenen & Kompetenzen:	Staat: ¹¹⁵ Gesetzgebungskompetenz (eigene Gesetzgebungsbefugnisse des schottischen Parlaments); Parlament besitzt absolute Souveränität und steht sowohl auf zentraler als auch auf lokaler Ebene über jeder Verwaltungsinstitution; Grafschaften (counties) und Distrikte (districts): Zuständigkeitsverteilung zwischen Grafschaften (z.B. Erziehung und Soziale Dienste) und Bezirken (z.B. sozialer Wohnungsbau, Erholung, Abfallentsorgung);

¹⁰⁴ Eigene Berechnung (Datengrundlage: vgl. Tab. 5).

¹⁰⁵ <http://www.citypopulation.de/UK-Cities.html> (Angabe für das Jahr 2005)

¹⁰⁶ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33 (Angabe für das Jahr 2005).

¹⁰⁷ Schley et.al. 2004, S. 253.

¹⁰⁸ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51.

¹⁰⁹ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33.

¹¹⁰ Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Dexia 2006.

¹¹¹ Ebenda.

¹¹² Schley et.al. 2004, S. 253.

¹¹³ Alle Angaben zum Verwaltungsaufbau für das Jahr 2005: Dexia 2006, S. 6.

¹¹⁴ Drei Typen von „unitary authorities“: Großstädtische Distrikte, London boroughs (32 Londoner Bezirke und City of London), nicht-großstädtische Distrikte; Aufteilung der Zuständigkeiten auf zwei Verwaltungsebenen (counties und districts) ohne hierarchisches Verhältnis bei zweistufigen Kommunalverwaltungen; vgl. Johnson 1988, S. 23 ff.

	Einheitsbehörden (Unitary Authorities) und Großstädtische Distrikte (Metropolitan Districts) erbringen alle wesentlichen Dienstleistungen;
Kommunen (Zahl):	404 (2005) ¹¹⁶
Verfassungsrechtliche Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung:	- keine verfassungsmäßige Garantie der kommunalen Selbstverwaltung - Allmacht des Parlaments, Rahmen, Ausmaß und Bedingungen der kommunalen Selbstverwaltung zu regeln - Rechte und Zuständigkeiten werden durch Einzelgesetze definiert - Eingriffe in den gesetzlich geregelten Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung nur, wenn gesetzlich zugelassen¹¹⁷
Aufgabenzuteilung:	keine Allzuständigkeit; Aufgaben nur im Rahmen und nach Maßgabe gesetzlicher Zuteilung; ¹¹⁸
Gemeindeaufsicht:	Fachaufsicht: jedes Gesetz, das einer Gemeinde eine Aufgabe zuweist, regelt Aufsichtsmöglichkeiten durch Ministerien und Krone; gerichtliche Aufsicht im Einzelfall; Gemeinderecht muss von der Zentralverwaltung genehmigt werden; Ombudsmann-Prinzip: Kontrolle der Verwaltung im Einzelfall durch „Local Commissioner“ auf Beschwerde hin; Finanzaufsicht durch Zentralverwaltung;¹¹⁹
Maßgebliche Kompetenzen:	Grafschaften (Counties):¹²⁰ - Bildungswesen - soziale Dienste - Straßen und Verkehr - strategische Planung - Müllbeseitigung - Feuerschutz - Bibliotheken Bezirke (Districts) : - Stadtplanung - Wohnungswesen - Gesundheitswesen - Müllabfuhr Einheitsbehörden (Unitary Authorities) besitzen die Kompetenzen der Grafschaften und Bezirke¹²¹
Kommunale Einnahmen:	- Steuern: 50%¹²² - Gebühren: 2% - staatliche Zuweisungen: 48%¹²³ keine Finanzhoheit (Allmacht des Parlaments)¹²⁴

¹¹⁵ Alle Angaben zu den Ebenen & Kompetenzen: Wilson 2005, S. 157.

¹¹⁶ Dexia 2006, S. 6.

¹¹⁷ Deubert und Liegmann 1989, S. 54.

¹¹⁸ Ebenda, S. 66.

¹¹⁹ Ebenda, S. 84.

¹²⁰ Alle Angaben zu den maßgeblichen Kompetenzen: Ausschuss der Regionen 2005.

¹²¹ Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 49; Johnson 1988, S. 24.

¹²² 25% „council tax“, 25% „non domestic rate“.

¹²³ Alle Angaben zu den Kommunalen Einnahmen: Local Government Association o.J.

Organe:	Bezirks-/Grafschaftsrat: wird direkt gewählt; zuständig für Beschlussfassung und Ausführung der Aufgaben;¹²⁵ Ausschüsse: beraten und bereiten Entscheidungen vor; geben Empfehlungen an den Rat; vier neue Modelle durch Kommunalgesetz (Local Government Act of 2000) eingeführt:¹²⁶ - direkt gewählter Bürgermeister mit Kabinett: Bürgermeister als politischer Vorsitzender unterstützt durch ein Kabinett, das aus Reihen der Ratsherren vom Bürgermeister bestimmt wird - direkt gewählter Bürgermeister und Ratsmanager (council manager): Führung durch den Bürgermeister; delegiert das Tagesgeschäft an den Ratsmanager; - Kabinett mit einem Vorsitzenden: Vorsitzender wird vom Rat bestimmt; Kabinett bildet sich aus Ratsherren, die durch den Vorsitzenden bestimmt oder vom Rat gewählt werden; Vorsitzender bestimmt den Geschäftsbereich des Kabinetts; Entscheidungen können vom Kabinett gemeinsam oder von einzelnen Mitgliedern bzw. dem Vorsitzenden getroffen werden; - zusätzliche Option für kleine Kommunen (weniger als 85.000 Einwohner): reformiertes Ausschuss-System (reformed committee system): Ratsherren außerhalb der Exekutive prüfen die Arbeit der Exekutive.¹²⁷
----------------	---

¹²⁴ Deubert und Liegmann 1989, S. 80.

¹²⁵ Johnson 1988, S. 27.

¹²⁶ Atkinson et al. 2007; ELG Research Team 2007.

¹²⁷ Die Räte waren verpflichtet, sich für einen Typus zu entscheiden. Bis 2007 entschieden sich für das "cabinet and leader model" 318 Räte, für das „mayor-cabinet model“ elf Räte und für das „mayor and council-manager model“ ein Rat (vgl. Atkinson et al. 2007).

Italien



Quelle: CIA 2008.

Sowohl bezüglich der Fläche (301.277 qkm)¹²⁸ als auch bezüglich der Einwohnerzahl (58,5 Mio.)¹²⁹ zählt Italien zu den größten europäischen Staaten. Italien ist als Einheitsstaat in 20 Regionen, 103 Provinzen und 8.101 Gemeinden unterteilt.¹³⁰ Über 98% der Gemeinden haben weniger als 50.000 Einwohner. Es gibt 144 Kommunen mit mehr als 50.000 Einwohnern, 43 Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern. Mit der Hauptstadt Rom (2,71 Mio.) und Mailand (1,3 Mio.) verfügt Italien über zwei Millionenstädte.¹³¹ Die durchschnittliche Einwohnerzahl der Kommunen beträgt ca. 10.000.¹³² Die Verstädterungsrate liegt bei 67,6%.¹³³

Tab. 7.5: Verteilung der Bevölkerung nach Gemeinde-Größenklassen in Italien

Einwohner	Anzahl der Kommunen
≥ 1 Mio.	2
500.000 – 999.999	4
100.000 – 499.999	37
50.000 – 99.000	101
0 – 49.999	7.957

Quelle: <http://www.citypopulation.de/Italy-Cities.html>
(Angaben für das Jahr 2007).

¹²⁸ Schley et al. 2004, S. 267.

¹²⁹ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51 (Angabe für das Jahr 2005).

¹³⁰ Dexia 2006, S. 6.

¹³¹ <http://www.citypopulation.de/Italy-Cities.html> (Angaben für das Jahr 2007).

¹³² Eigene Berechnung (Datengrundlage: vgl. Tab. 5).

¹³³ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33 (Angabe für das Jahr 2005).

Italien

Fläche:	301.277 qkm ¹³⁴
Einwohner (in Mio.):	58,5 (2005) ¹³⁵
Verstädterungsgrad:	67,6% (2005) ¹³⁶
BIP (in Mrd. EUR):	1417,2 (2005) ¹³⁷
BIP pro Kopf (in EUR):	24.214 (2005) ¹³⁸
Regierungssystem:	Parlamentarische Republik ¹³⁹
Verwaltungsaufbau:	Einheitsstaat; ¹⁴⁰ - 20 Regionen (regione) - 103 Provinzen (provincia) - 8.101 Gemeinden (comuni)
Ebenen & Kompetenzen:	Staat:¹⁴¹ ausschließliche Gesetzgebungsbefugnis und konkurrierende Gesetzgebungsbefugnis mit den Regionen; Vertretung des Zentralstaates in den Provinzen durch Präfekte; Regionen: Regionalrat wird z.T. direkt gewählt und von der Präsidentenliste bestimmt;¹⁴² können Gesetze dem Parlament vorschlagen; Gesetzgebungskompetenz in den Bereichen, die nicht dem Staat vorbehalten sind und nicht unter die konkurrierenden Befugnisse fallen; bekommt vom Staat Aufgaben delegiert; Rechtsaufsicht der Provinzen und Gemeinden; keine Finanzautonomie; Provinzen: Provinzrat wird direkt gewählt; zuständig für die dezentrale Wahrnehmung staatlicher Aufgaben und für überörtliche Verwaltungsaufgaben; gesetzgeberische Aufgaben in speziellen Bereichen; Kommunen: alle Funktionen, die sich auf die Bevölkerung und das relevante Territorium beziehen; Verwaltungsaufgaben obliegen nach dem Subsidiaritätsprinzip den Gemeinden (Artikel 118 der Verfassung), außer wenn sie zur Gewährleistung ihrer einheitlichen Ausführung auf die Provinzen, Stadtverbände, Regionen oder den Staat übertragen werden;

¹³⁴ Schley et al. 2004, S. 267.

¹³⁵ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51.

¹³⁶ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33.

¹³⁷ Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Dexia 2006.

¹³⁸ Ebenda.

¹³⁹ Schley et al. 2004, S. 267.

¹⁴⁰ Alle Angaben zum Verwaltungsaufbau für das Jahr 2005: Dexia 2006, S. 6.

Kommunen (Zahl):	8.101 (comuni) (2005) ¹⁴³
Verfassungsrechtliche Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung:	<u>Art. 114 Verfassung der Republik Italien (1947)</u>¹⁴⁴ „Die Republik ist in Regionen, Provinzen und Gemeinden gegliedert.“ <u>Art. 128 der Verfassung</u> „Die Provinzen und Gemeinden sind Selbstverwaltungskörperschaften im Rahmen der von den allgemeinen Gesetzen der Republik festgesetzten Grundsätze, die ihre Aufgaben bestimmen.“ <u>Art. 5 der Verfassung</u> „Die Republik ist eine Einheit und unteilbar, sie anerkennt und fördert die lokale Selbstverwaltung, sorgt für die weitestgehende Dezentralisierung der Verwaltung in den staatlichen Diensten und passt die Grundsätze und Methoden ihrer Gesetzgebung den Bedürfnissen der Selbstverwaltung und der Dezentralisierung an.“
Aufgabenzuteilung:	- Grundsatz der Allzuständigkeit¹⁴⁵ - Unterscheidung zwischen eigenen und übertragenen sowie rein staatlichen Aufgaben - eigene Aufgaben gliedern sich in freiwillige Aufgaben und Pflichtaufgaben
Gemeindeaufsicht:	- Rechtsaufsicht durch Regionalorgan¹⁴⁶ - Fachaufsicht in bestimmten Fällen - Rechtsaufsicht durch Präfekten - Fachaufsicht durch Provinzialverwaltungsausschuss; daneben Aufsicht durch Zentralregierung
Maßgebliche Kompetenzen:	- Wirtschaftsförderung: Planung und Regelung gewerblicher Aktivitäten, Einrichtung und Verwaltung von Industrie- und Gewerbegebieten¹⁴⁷ - Sozialleistungen - Stadtplanung und Flächennutzung - Wohnungswesen - Bildung (mit dem Erziehungswesen zusammenhängende Dienstleistungen) - Kinderkrippen, Kindergärten - Kultur (Museen, Ausstellungsräume, Kulturinitiativen, Theater) - Umweltschutz und Abfallwirtschaft - Organisation des örtlichen Verkehrs, Instandhaltung der Gemeindestraßen

¹⁴¹ Alle Angaben zu den Ebenen & Kompetenzen: Ausschuss der Regionen 2005.

¹⁴² Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 27.

¹⁴³ Dexia 2006, S. 6.

¹⁴⁴ Deubert und Liegmann 1989, S. 34.

¹⁴⁵ Alle Angaben zur Aufgabenzuteilung: Ebenda, S. 67.

¹⁴⁶ Alle Angaben zur Gemeindeaufsicht: Ebenda, S. 85.

¹⁴⁷ Alle Angaben zu den maßgeblichen Kompetenzen: Ausschuss der Regionen 2005.

Kommunale Einnahmen:	- Steuern: 52,5% - Gebühren: 11,9% - staatliche Zuweisungen: 26,0% - Sonstige: 9,6%¹⁴⁸ gewisse Steuerhoheit (Kommunalsteuer, Gewerbesteuer, Handelssteuer, Kurtaxen, Gebühren)¹⁴⁹
Organe:	Gemeinderat (consiglio comunale):¹⁵⁰ wird direkt gewählt; trifft die zentralen Entscheidungen; bestimmt den Haushalt; Gemeindeausschuss (giunta comunale): wird vom Bürgermeister aus dem Kreis der Mitglieder des Gemeinderates bestimmt; setzt Entscheidungen des Gemeinderates um; Bürgermeister überträgt ihm einige seiner Aufgaben; Bürgermeister (sindaco): wird direkt gewählt; bestimmt Vertreter (assessori) aus dem Kreis der Mitglieder des Gemeindeausschusses; leitet die Verwaltung.

¹⁴⁸ Angaben für 2005 aus: Brosio und Piperno 2007.

¹⁴⁹ Deubert und Liegmann 1989, S. 81.

¹⁵⁰ Alle Angaben zu den Organen: Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 27; Bobbio 2005, S. 33 ff.

Niederlande



Quelle: CIA 2008.

Die Niederlande gehören in Bezug auf die Landesfläche zu den kleineren, hinsichtlich der Einwohnerzahl zu den mittelgroßen europäischen Staaten (41.528 qkm¹⁵¹, 16,3 Mio.¹⁵²). Als Einheitsstaat ist das Land in zwölf Provinzen und 458 Gemeinden unterteilt.¹⁵³ Fast 86% der Gemeinden besitzt weniger als 50.000 Einwohner. Die größte Stadt ist die Hauptstadt Amsterdam (742.884 Einwohner)¹⁵⁴. Es gibt 65 Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern, 25 mit mehr als 100.000 Einwohnern. Die durchschnittliche Einwohnerzahl der Kommunen beträgt ca. 35.000.¹⁵⁵ Der Verstädterungsgrad ist mit 80,2%¹⁵⁶ einer der höchsten in Europa.

Tab. 7.6: Verteilung der Bevölkerung nach Gemeinde-Größenklassen in den Niederlanden

Einwohner	Anzahl der Kommunen
≥ 1 Mio.	-
500.000 – 999.999	2
100.000 – 499.999	23
50.000 – 99.000	40
0 – 49.999	397

Quelle: <http://www.citypopulation.de/Netherlands-Mun.html>
(Angaben für das Jahr 2007).

¹⁵¹ Schley et al. 2004, S. 303.

¹⁵² Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51 (Angabe für das Jahr 2005).

¹⁵³ Dexia 2006, S. 6.

¹⁵⁴ <http://www.citypopulation.de/Netherlands-Mun.html> (Angabe für das Jahr 2007).

¹⁵⁵ Eigene Berechnung (Datengrundlage: vgl. Tab. 5).

¹⁵⁶ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33 (Angabe für das Jahr 2005).

Niederlande

Fläche:	41.528 qkm ¹⁵⁷
Einwohner (in Mio.):	16,3 (2005) ¹⁵⁸
Verstädterungsgrad:	80,2% (2005) ¹⁵⁹
BIP (in Mrd. EUR):	505,6 (2005) ¹⁶⁰
BIP pro Kopf (in EUR):	30.991 (2005) ¹⁶¹
Regierungssystem:	Konstitutionelle Monarchie mit parlamentarischer Demokratie ¹⁶²
Verwaltungsaufbau:	Einheitsstaat, ¹⁶³ - 12 Provinzen (provincies) - 458 Kommunen (gemeenten)
Ebenen & Kompetenzen:	Staat: Gesetzgebungskompetenz; Verwaltungsbefugnisse in den Bereichen, die nicht auf Provinz- oder Gemeindeebene ausgeübt werden;¹⁶⁴ Provinzen: im wesentlichen Verwaltungs- und Durchführungskompetenzen; Provinzvertretungen werden direkt gewählt; Vorsitz durch Bevollmächtigten der Königin;¹⁶⁵ Kommunen: Regelung und Verwaltung der eigene Angelegenheiten; gesetzliche Pflichtaufgaben;¹⁶⁶
Kommunen (Zahl):	458 Gemeinden (gemeenten) ¹⁶⁷
Verfassungsrechtliche Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung:	<u>Art. 124 I Verfassung des Königreichs der Niederlande (1983)</u> ¹⁶⁸ „Die Befugnis zur Regelung und Verwaltung des Haushalts der Provinzen und Gemeinden wird deren Verwaltungen überlassen.“ ¹⁶⁹
Aufgabenzuteilung:	eigenverantwortlich auszuführende Selbstverwaltungsangelegenheiten; Aufgaben, die den Gemeinden von der Provinz zur Durchführung übertragen worden sind, und staatliche Auftragsangelegenheiten (Schwergewicht gemeindlicher Arbeit) ¹⁷⁰

¹⁵⁷ Schley et al. 2004, S. 303.

¹⁵⁸ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51.

¹⁵⁹ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33.

¹⁶⁰ Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Dexia 2006.

¹⁶¹ Ebenda.

¹⁶² Schley et al. 2004, S. 303.

¹⁶³ Alle Angaben zum Verwaltungsaufbau für das Jahr 2005: Dexia 2006, S. 6

¹⁶⁴ Ausschuss der Regionen 2005

¹⁶⁵ Lepszy 2003, S. 380.

¹⁶⁶ Ruiter 1988, S. 38 f.

¹⁶⁷ Dexia 2006, S. 6.

¹⁶⁸ Deubert und Liegmann 1989, S. 38.

¹⁶⁹ Mit „Haushalt“ sind „Angelegenheiten“ gemeint (vgl. Ebenda).

¹⁷⁰ Ebenda, S. 67.

Gemeindeaufsicht:	Aufsicht durch Provinzialverwaltung und Zentralbehörde; umfassendere Aufsicht bei übertragenen Aufgaben (Durchführung kann entzogen werden) ¹⁷¹
Maßgebliche Kompetenzen:	- öffentliche Ordnung und örtliche Polizei¹⁷² - Beschäftigung und Wirtschaft (mitverantwortlich für den Arbeitsmarkt sowie die Erhaltung und Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung auf lokaler Ebene) - Raumordnung und Städtebau (Gemeindebodennutzungsplan und Baugenehmigungen) - Bau und Verwaltung von Sozialwohnungen und Verwaltung des gemeindeeigenen Landes - soziale Unterstützung sowie Wiedereingliederung von Arbeitslosen, Unterstützung von Behinderten und Senioren - Gesundheits- und Hygienedienst - Verwaltung der öffentlichen Grundschulen - Umsetzung der Jugendpolitik - Förderung des Tourismus und Verwaltung der Sportanlagen - Kulturförderung - Umweltschutz - Gestaltung der Gemeindestraßen und -wege, Regelung des Verkehrs und der Parkmöglichkeiten - öffentlicher Personennahverkehr und Schulbusse
Kommunale Einnahmen:	- Steuern: 8% - Gebühren: 8% - staatliche Zuweisungen: 84%¹⁷³ Gemeinden können bestimmte Steuern eigenverantwortlich festsetzen (z.B. Grundsteuer)¹⁷⁴
Organe:	Gemeinderat (gemeenteraad): Mitglieder werden direkt gewählt; Legislativorgan; trifft die wichtigsten Entscheidungen;¹⁷⁵ Kollegium von Bürgermeister und Beigeordneten (burgemeester en wethouders): wird vom Gemeinderat aus seiner Mitte gewählt; Exekutivorgan; bereitet Entscheidungen des Gemeinderates vor und setzt sie um; führt die laufenden Geschäfte;¹⁷⁶ Bürgermeister (burgemeester): wird formell von der Regierung auf Vorschlag des Gemeinderats ernannt; steht dem Gemeinderat vor; leitet das Kollegium.¹⁷⁷

¹⁷¹ Deubert und Liegmann 1989, S. 85.

¹⁷² Alle Angaben zu den maßgeblichen Kompetenzen: Ausschuss der Regionen 2005.

¹⁷³ Angaben für 1995 aus: van den Berg et al. 1998, S. 261.

¹⁷⁴ Deubert und Liegmann 1989, S. 81; Denters und Klok 2005, S.66.

¹⁷⁵ Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 37.

¹⁷⁶ Lepsz 2003, S. 381.

¹⁷⁷ Ebenda.

Österreich



Quelle: CIA 2008.

Österreich zählt mit einer Fläche von 83.858 qkm¹⁷⁸ und 8,2 Mio. Einwohnern¹⁷⁹ zu den kleineren der untersuchten Staaten. Der Bundesstaat untergliedert sich in 9 Bundesländer und 2.358 Gemeinden.¹⁸⁰ Über 99% der Gemeinden haben weniger als 50.000 Einwohner. Lediglich 13 Städte haben mehr als 50.000, 7 Städte mehr als 100.000 Einwohner. Die Hauptstadt Wien (1,66 Mio. Einwohner)¹⁸¹ ist mit Abstand die größte Stadt Österreichs. Die durchschnittliche Einwohnerzahl der Kommunen beträgt ca. 3.400.¹⁸² Der Verstädterungsgrad liegt mit 66% unter dem europäischen Durchschnitt.¹⁸³

Tab. 7.7: Verteilung der Bevölkerung nach Gemeinde-Größenklassen in Österreich

Einwohner	Anzahl der Kommunen
≥ 1 Mio.	1
500.000 – 999.999	-
100.000 – 499.999	6
50.000 – 99.000	6
0 – 49.999	2.345

Quelle: <http://www.citypopulation.de/Oesterreich-Cities.html>
(Angaben für das Jahr 2007).

¹⁷⁸ Schley et al. 2004, S. 311.

¹⁷⁹ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51 (Angabe für das Jahr 2005).

¹⁸⁰ Dexia 2006, S. 6.

¹⁸¹ <http://www.citypopulation.de/Oesterreich-Cities.html> (Angabe für das Jahr 2007).

¹⁸² Eigene Berechnung (Datengrundlage: vgl. Tab. 5).

¹⁸³ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33 (Angabe für das Jahr 2005).

Österreich

Fläche:	83.858 qkm ¹⁸⁴
Einwohner (in Mio.):	8,2 (2005) ¹⁸⁵
Verstädterungsgrad:	66,0% (2005) ¹⁸⁶
BIP (in Mrd. EUR):	245,1 (2005) ¹⁸⁷
BIP pro Kopf (in EUR):	29.800 (2005) ¹⁸⁸
Regierungssystem:	Parlamentarisch-demokratische Republik ¹⁸⁹
Verwaltungsaufbau:	Föderalstaat; ¹⁹⁰ - Bund - 9 Bundesländer - 2.358 Gemeinden
Ebenen & Kompetenzen:	Bund: ¹⁹¹ Gesetzgebungskompetenzen nach Artikel 10 und 11 des Bundes-Verfassungsgesetzes; Bundesländer: eigene Legislative innerhalb des von der Verfassung vorgegebenen Rahmens (z.B. Raumordnung, Naturschutz, Baurecht); Vollzug bestimmter Bundesgesetze; Kommunen: eigener und vom Bund oder Land übertragener Wirkungsbereich; allgemeine Kompetenz für Angelegenheiten von ausschließlicher oder überwiegendem Gemeindeinteresse;
Kommunen (Zahl):	2.358 (2005) ¹⁹²
Verfassungsrechtliche Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung:	<u>Art. 115-120 Bundesverfassungsgesetz;</u> <u>Art. 116 I 1, 2 B-VG</u> ¹⁹³ „Jedes Land gliedert sich in Gemeinden. Die Gemeinde ist Gebietskörperschaft mit dem Recht auf Selbstverwaltung und zugleich Verwaltungssprengel.“
Aufgabenzuteilung:	- keine Allzuständigkeit (eigener Wirkungsbereich ergibt sich aus der Summe der Zuweisungsbestimmungen der Bundes- und Landesgesetze); - eigener und übertragener (Bund oder Land) Wirkungsbereich; - Möglichkeit der Übertragung von Aufgaben des eigenen

¹⁸⁴ Schley et al. 2004, S. 311.

¹⁸⁵ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51.

¹⁸⁶ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33.

¹⁸⁷ Rat der Gemeinden und Regionen Europas und Dexia 2006.

¹⁸⁸ Ebenda.

¹⁸⁹ Schley et al. 2004, S. 311.

¹⁹⁰ Alle Angaben zum Verwaltungsaufbau für das Jahr 2005: Dexia 2006, S. 6.

¹⁹¹ Alle Angaben zu den Ebenen & Kompetenzen: Ausschuss der Regionen 2005.

¹⁹² Ebenda.

¹⁹³ Deubert und Liegmann 1989, S. 55.

	Wirkungsbereichs auf Antrag der Gemeinde auf staatliche Behörde ¹⁹⁴
Gemeindeaufsicht:	- Aufsichtsrecht des Bundes und der Länder - keine Trennung nach Rechts- und Fachaufsicht - im übertragenen Wirkungsbereich besteht Weisungsrecht¹⁹⁵
Maßgebliche Kompetenzen:	- örtliche Sicherheitspolizei und örtliche Straßenpolizei¹⁹⁶ - örtliche Raumplanung - örtliche Baupolizei (Bauaufsicht) - soziale Dienste - örtliche Gesundheitspolizei (Gesundheitsaufsicht) - Kultur
Kommunale Einnahmen:	Steuern: 16% Gebühren: 9% Ertragsanteile¹⁹⁷: 28% Sonstige: 47%¹⁹⁸ keine Finanzhoheit (kein originäres Besteuerungsrecht)¹⁹⁹
Organe:	Gemeinderat:²⁰⁰ wird direkt gewählt; oberstes Organ der Gemeinde; Gemeindevorstand: wird vom Gemeinderat gewählt; bereitet Entscheidungen des Gemeinderates vor; Entscheidungsbefugnis in finanziellen, rechtlichen und wirtschaftlichen Belangen; Bürgermeister: wird entweder direkt gewählt oder vom Gemeinderat bestimmt (abhängig von den Ländergesetzgebungen); leitet Gemeindevorstand, Gemeinderat und Verwaltung; verantwortlich für die Umsetzung der übertragenen Aufgaben.

¹⁹⁴ Ebenda, S. 67.

¹⁹⁵ Deubert und Liegmann 1989, S. 86.

¹⁹⁶ Alle Angaben zu den maßgeblichen Kompetenzen: Ausschuss der Regionen 2005.

¹⁹⁷ Ertragsanteile sind Einnahmen aus dem Finanzausgleich (vgl. Adensame und Höferl 2004).

¹⁹⁸ Kommunalkredit Austria AG et al. 2008.

¹⁹⁹ Deubert und Liegmann 1989, S. 82.

²⁰⁰ Alle Angaben zu den Organen: Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 49; Rack 1988, S. 57 ff.

Polen



Mit einer Fläche von 312.685 qkm²⁰¹ und einer Bevölkerungszahl von 38,2 Mio.²⁰² ist Polen als Einheitsstaat in 16 Regionen, 308 Kreise und 65 Städte mit Kreisstatus sowie 2.478 Gemeinden unterteilt.²⁰³ Fast 96% der Gemeinden haben weniger als 50.000 Einwohner. Es gibt in Polen 100 Städte mit mehr als 50.000, 39 mit mehr als 100.000 Einwohnern. Die Hauptstadt Warschau ist mit 1,70 Mio. Einwohnern²⁰⁴ die mit Abstand größte Stadt des Landes. Die Durchschnittsgröße der Kommunen beträgt ca. 15.000 Einwohner.²⁰⁵ Der Verstädterungsgrad liegt bei 62,1%.²⁰⁶

Tab. 7.8: Verteilung der Bevölkerung nach Gemeinde-Größenklassen in Polen

Einwohner	Anzahl der Kommunen
≥ 1 Mio.	1
500.000 – 999.999	4
100.000 – 499.999	34
50.000 – 99.000	61
0 – 49.999	2.378

Quelle: <http://www.citypopulation.de/Poland-Cities.html>
(Angaben für das Jahr 2007).

²⁰¹ Schley et al. 2004, S. 315.

²⁰² Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51 (Angabe für das Jahr 2005).

²⁰³ Dexia 2006, S. 6.

²⁰⁴ <http://www.citypopulation.de/Poland-Cities.html> (Angabe für das Jahr 2007).

²⁰⁵ Eigene Berechnung (Datengrundlage: vgl. Tab. 5).

²⁰⁶ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33 (Angabe für das Jahr 2005).

Polen

Fläche:	312.685 qkm ²⁰⁷
Einwohner (in Mio.):	38,2 (2005) ²⁰⁸
Verstädterungsgrad:	62,1% (2005) ²⁰⁹
BIP (in Mrd. EUR):	243,4 (2005) ²¹⁰
BIP pro Kopf (in EUR):	6.378 (2005) ²¹¹
Regierungssystem:	Parlamentarische Demokratie ²¹²
Verwaltungsaufbau:	Einheitsstaat ²¹³ ; - 16 Regionen (województwa) ²¹⁴ - 308 Kreise und 65 Städte mit Kreisstatus (powiaty) ²¹⁵ - 2.478 Gemeinden (gminy) ²¹⁶
Ebenen & Kompetenzen:	Staat: Gesetzgebungskompetenz; Aufsicht über die lokalen Gebietskörperschaften;²¹⁷ Regionen: dritte territoriale Selbstverwaltungsebene mit dualistischer Struktur: direkt gewählte Amtsinhaber (Regionalrat) und vom Premierminister ernannte Gouverneure (klar getrennte Aufgabenbereiche; keine hierarchische Beziehung); Regulierung der Kommunal- und Kreishaushalte bezüglich Gesetzmäßigkeit (Rechtsaufsicht über kommunale Selbstverwaltung);²¹⁸ Kreise: zweite territoriale Selbstverwaltungsebene; Ausführung bestimmter gesetzlich festgelegter Aufgaben (staatliche Verwaltung kann Aufgaben an die Kreise übertragen, diese dürfen jedoch nicht gegen den Zuständigkeitsbereich der Kommunen verstoßen); können lokale Gesetze festlegen; Mitglieder des Kreises werden direkt gewählt;²¹⁹ Kommunen: grundlegende territoriale Selbstverwaltungseinheit; übertragener und eigener Wirkungskreis²²⁰

²⁰⁷ Schley et al. 2004, S. 315.

²⁰⁸ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51.

²⁰⁹ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33.

²¹⁰ Rat der Gemeinden und Regionen Europas und Dexia 2006.

²¹¹ Ebenda.

²¹² Schley et al. 2004, S. 315.

²¹³ Dexia 2006, S. 6.

²¹⁴ Ebenda.

²¹⁵ Swianiewicz 2005, 102 f.

²¹⁶ Ebenda.

²¹⁷ Ausschuss der Regionen 2005.

²¹⁸ Swianiewicz 2005, S. 102 f.

²¹⁹ Ebenda.

²²⁰ Kowalczyk 2000, S. 223

Kommunen (Zahl):	2.478 Gemeinden (gminy) (2005) ²²¹
Verfassungsrechtliche Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung:	<u>Artikel 163, Verfassung der Republik Polen</u>²²² „Kommunen übernehmen öffentliche Aufgaben, die nicht durch die Verfassung oder Gesetze den Organen anderer öffentlicher Behörden vorbehalten sind.“ <u>Artikel 164</u> „Die Kommunen (gmina) bilden die grundlegende Einheit der kommunalen Selbstverwaltung. Andere Einheiten regionaler und/oder kommunaler Selbstverwaltung werden durch Gesetze festgelegt. Die Kommune übernimmt alle Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung, die nicht anderen Einheiten der kommunalen Selbstverwaltung vorbehalten sind.“
Aufgabenzuteilung:	Allzuständigkeit (soweit nicht durch andere Gesetze geregelt) ²²³
Gemeindeaufsicht:	k.A.
Maßgebliche Kompetenzen:	- Gemeindeentwicklung²²⁴ - Liegenschaftsverwaltung - örtliches Wohnungswesen - Gesundheitsdienste, Sozialfürsorge - Schulwesen - Umweltschutz - Wasserversorgung und Abwasseraufbereitung - Strom-, Gas- und Wärmeversorgung - Unterhaltung der Mülldeponien - Unterhalt der Friedhöfe - lokales Straßennetz - öffentlicher Personennahverkehr
Kommunale Einnahmen:	- Steuern: 55% - Gebühren: 2% - staatliche Zuweisungen: 42%²²⁵ Gemeinden besitzen das Recht, Steuern zu erheben und Steuersatz festzulegen (Steuern auf Grund, Land- und Forstwirtschaft, Kraftfahrzeuge, Kleinunternehmen, Erbschaften, Hunde; Bemessungsgrundlage und maximale Höhe des Steuersatzes werden staatlich vorgegeben)²²⁶

²²¹ Dexia 2006, S.6.

²²² The Constitution of the Republic of Poland, Chapter VII: Local Government of 2nd April, 1997 (eigene Übersetzung): http://www.ccre.org/docs/constitution_poland_local_regional_government.doc.

²²³ Kowalczyk 2000, S. 223.

²²⁴ Alle Angaben zu den maßgeblichen Kompetenzen: Ausschuss der Regionen 2005.

²²⁵ Angaben für 2001 aus: Wegener 2003, S. 64.

²²⁶ Ebenda.

Organe:	Gemeinderat (rada gminy):²²⁷ wird direkt gewählt; besitzt legislative Kompetenz; bestimmt den Haushalt und legt Steuern fest; Gemeindevorstand (zarzd gminy): besteht aus Bürgermeister und seinen Vertretern; setzt die Entscheidungen des Gemeinderates um; Bürgermeister (burmistrz²²⁸): wird direkt gewählt; offizieller Repräsentant der Gemeinde; wird durch Vertreter, die vom Rat gewählt werden, unterstützt; Chef der Verwaltung (sekretarz gminy): wird vom Rat auf Vorschlag des Bürgermeisters ernannt.
----------------	---

²²⁷ Alle Angaben zu den Organen: Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 60.

²²⁸ „wójt“ in ländlichen Gemeinden, „prezydent miasta“ in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern.

Rumänien



Quelle: CIA 2008.

Rumänien zählt hinsichtlich Fläche und Einwohnerzahl zu den mittelgroßen Ländern der Untersuchung (237.500 qkm²²⁹, 21,7 Mio. Einwohner²³⁰). Als Einheitsstaat ist Rumänien in acht Entwicklungsregionen, 41 Kreise und 3.136 Kommunen unterteilt.²³¹ Über 98% der Gemeinden besitzen weniger als 50.000 Einwohner. Die Durchschnittsgröße der Kommunen liegt bei ca. 6.900 Einwohnern.²³² Die Hauptstadt Bukarest mit 1,92 Mio. Einwohnern²³³ ist mit Abstand die größte Stadt Rumäniens. Es gibt 55 Städte mit mehr als 50.000 und 25 Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern (vgl. Tab 7.9). Der Verstädterungsgrad liegt bei 53,7%.²³⁴

Tab. 7.9: Verteilung der Bevölkerung nach Gemeinde-Größenklassen in Rumänien

Einwohner	Anzahl der Kommunen
≥ 1 Mio.	1
500.000 – 999.999	-
100.000 – 499.999	24
50.000 – 99.000	21
0 – 49.999	3090

Quelle: <http://www.citypopulation.de/Romania.html>
(Angaben für das Jahr 2007).

²²⁹ Schley et al. 2004, S. 323.

²³⁰ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51 (Angabe für das Jahr 2005).

²³¹ Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 43 f.

²³² Eigene Berechnung (Datengrundlage: vgl. Tab. 5).

²³³ <http://www.citypopulation.de/Romania.html> (Angabe für das Jahr 2007).

²³⁴ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33 (Angabe für das Jahr 2005).

Rumänien

Fläche:	237.500 qkm ²³⁵
Einwohner (in Mio.):	21,7 (2005) ²³⁶
Verstädterungsgrad:	53,7% (2005) ²³⁷
BIP (in Mrd. EUR):	79 (2005) ²³⁸
BIP pro Kopf (in EUR):	3.676 (2005) ²³⁹
Regierungssystem:	Parlamentarisch-demokratische Republik ²⁴⁰
Verwaltungsaufbau:	Einheitsstaat, ³ - 8 Entwicklungsregionen, - 41 Kreise (Judete), - 3.136 Kommunen (Munizipalstädte, Städte, ländliche Gemeinden)
Ebenen & Kompetenzen:	Staat: Gesetzgebungskompetenz; Präfekt: Vertreter der Regierung auf Kreisebene; Leitung der Tätigkeiten der dezentralisierten Dienste der Ministerien und anderer Zentralorgane; überwacht die Gesetzmäßigkeit von Rechtsakten der Kreisräte, Kommunalräte und Bürgermeister; keine hierarchische Verbindung zwischen Präfekten und Kreisräten, Kommunalräten und Bürgermeistern;²⁴¹ Entwicklungsregionen: keine Verwaltungs- und Territorialeinheiten (keine Rechtspersönlichkeit); bilden den Rahmen zur Erarbeitung, Umsetzung und Bewertung der Politik zur regionalen Entwicklung sowie zur Erhebung von statistischen Daten;²⁴² Kreise: Kreisrat als öffentliche Verwaltungsbehörde für die Koordinierung der Tätigkeit der Lokalräte im Hinblick auf die Realisierung der öffentlichen Dienste, die auf Kreisebene von Interesse sind (Artikel 121 Absatz 1 der Verfassung);²⁴³ Kommunen: führen Aufgaben von lokaler Bedeutung aus;²⁴⁴

²³⁵ Schley et al. 2004, S. 323.

²³⁶ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51.

²³⁷ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33.

²³⁸ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 153.

²³⁹ United Nations Development Programme Romania, Country profile (http://www.undp.ro/profile_romania.php).

²⁴⁰ Schley et al. 2004, S. 323.

²⁴¹ Ausschuss der Regionen 2005.

²⁴² Ebenda.

²⁴³ Ebenda.

²⁴⁴ Coman et al. 2001, S. 359.

Kommunen (Zahl):	3.136 Kommunen - 2.825 ländliche Gemeinden (comune) - 208 Städte (orase) - 103 Munizipalstädte (municipii) ²⁴⁵
Verfassungsrechtliche Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung:	<u>Artikel 120, Verfassung Rumänien</u> ²⁴⁶ „(1) Die öffentliche Verwaltung in territorial-administrativen Einheiten basiert auf den Prinzipien der Dezentralisierung, der kommunalen Selbstverwaltung und der Entflechtung öffentlicher Dienstleistungen.“
Aufgabenzuteilung:	k.A.
Gemeindeaufsicht:	k.A.
Maßgebliche Kompetenzen:	- öffentliche Ordnung²⁴⁷ - Wirtschaftsentwicklung - Bodennutzungspläne - Wohnungswesen - soziale Hilfe - Gesundheitswesen - Bildungswesen - Kultur - Umweltschutz - Müllabfuhr - Pflege öffentlicher Anlagen - Energieversorgung - Wasserbewirtschaftung und Abwasserbeseitigung - Stadtverkehr, Straßen- und Wegenetz
Kommunale Einnahmen:	- Steuern: 66% - Gebühren: k.A. - staatliche Zuweisungen: 25% - sonstige: 9%²⁴⁸
Organe:	Gemeinderat (consiliul local):²⁴⁹ wird direkt gewählt; beratende Versammlung; beschließt den Haushalt; Bürgermeister (primarul): wird direkt gewählt; bildet die Exekutive und leitet die Verwaltung; delegiert einige seiner Verantwortungsbereiche an seinen Vertreter, der vom Gemeinderat bestimmt wird; Hauptkoordinator des Haushalts und verantwortlich für seine Umsetzung; koordiniert die kommunalen sozialen Dienste.

²⁴⁵ Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 43 f.

²⁴⁶ Constitution of Romania of 8 December 1991, as revised effective 29 October 2003 TITLE III - Public authorities SECTION 2 - Local public administration, http://www.ccre.org/docs/constitution_romania_local_public_administration.doc (eigene Übersetzung).

²⁴⁷ Alle Angaben zu den maßgeblichen Kompetenzen: Ausschuss der Regionen 2005.

²⁴⁸ Angaben für 2000 aus: Pop 2002, S. 365.

²⁴⁹ Alle Angaben zu den Organen: Council of European Municipalities and Regions o.J., S.43.

Schweden



Quelle: CIA 2008.

Schweden gehört flächenmäßig zu den größten Staaten Europas (449.964 qkm)²⁵⁰, von der Einwohnerzahl jedoch eher zu den kleineren (9 Mio.)²⁵¹. Schweden ist als Einheitsstaat in 18 Landkreise und zwei Regionen sowie 290 Kommunen unterteilt.²⁵² 84% aller Kommunen weisen weniger als 50.000 Einwohner auf. Die durchschnittliche Größe der Kommunen be-

²⁵⁰ Schley et al. 2004, S. 337.

²⁵¹ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51 (Angabe für das Jahr 2005).

²⁵² Schwedischer Verband der Gemeinden und Regionen: <http://www.skl.se>.

trägt ca. 31.000 Einwohner.²⁵³ Die Hauptstadt Stockholm ist mit 782.885 Einwohnern²⁵⁴ die größte Stadt Schwedens. Der Verstädterungsgrad liegt bei 84,2%²⁵⁵.

Tab. 7.10: Verteilung der Bevölkerung nach Gemeinde-Größenklassen in Schweden

Einwohner	Anzahl der Kommunen
≥ 1 Mio.	-
500.000 – 999.999	1
100.000 – 499.999	12
50.000 – 99.000	32
0 – 49.999	245

Quelle: <http://www.citypopulation.de/Sweden.html>
(Angaben für das Jahr 2006).

Schweden

Fläche:	449.964 qkm ²⁵⁶
Einwohner (in Mio.):	9,0 (2005) ²⁵⁷
Verstädterungsgrad:	84,2% (2005) ²⁵⁸
BIP (in Mrd. EUR):	288,0 (2005) ²⁵⁹
BIP pro Kopf (in EUR):	31.890 (2005) ²⁶⁰
Regierungssystem:	Konstitutionelle Monarchie ²⁶¹
Verwaltungsaufbau:	Einheitsstaat; ²⁶² - 20 Kreise: 18 Landkreise (Landsting) und 2 Regionen (regioner: Schonen/Skåne, West-Götaland/Västra Götaland) - 290 Kommunen (kommuner)
Ebenen & Kompetenzen:	Staat: Gesetzgebungskompetenz; ausschließliche (Justiz-, Außen-, Finanz- und Verteidigungs-politik), geteilte (Bildungswesen, Sozialfürsorge, Planungswesen) sowie allgemeine Zuständigkeit (öffentliche Ordnung, höheres Schulwesen, Straßennetz, Arbeitsmarktpolitik); ²⁶³ staatliche Kreisverwaltung repräsentiert Staat auf lokaler Ebene; zuständig für Katastrophenschutz und Rettungswesen, Lebensmittelüberwachung u.a.; ²⁶⁴ Kreise/Regionen: Kreisrat wird direkt gewählt; vor allem zuständig für das Gesundheitswesen (auch für Kultur, Verkehr, Tourismus); ²⁶⁵

²⁵³ Eigene Berechnung (Datengrundlage: vgl. Tab. 5).

²⁵⁴ <http://www.citypopulation.de/Sweden.html> (Angabe für das Jahr 2006).

²⁵⁵ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33 (Angabe für das Jahr 2005).

²⁵⁶ Schley et al. 2004, S. 337.

²⁵⁷ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51.

²⁵⁸ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33.

²⁵⁹ Rat der Gemeinden und Regionen Europas und Dexia 2006.

²⁶⁰ Ebenda.

²⁶¹ Schley et al. 2004, S. 337.

²⁶² Alle Angaben zum Verwaltungsaufbau für das Jahr 2005: Dexia 2006, S. 6; Swedish Association of Local Authorities and Regions o.J., S. 6.

	Kommunen: zuständig für Angelegenheiten der Bewohner der Gemeinden;²⁶⁶ keine hierarchische Beziehung zwischen Kommunen, Regionen und Kreisen;²⁶⁷
Kommunen (Zahl):	290 Gemeinden (kommuner) (2005) ²⁶⁸
Verfassungsrechtliche Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung:	<u>Kap. 1 § 1 II GG über die Regierungsform (1975)</u>²⁶⁹ „Die schwedische Volksregierung gründet sich auf freier Meinungsbildung und dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht. Sie wird verwirklicht durch eine repräsentative und parlamentarische Staatsform und durch kommunale Selbstverwaltung.“
Aufgabenzuteilung:	Festlegung des eigenen Wirkungskreises im Kommunalgesetz, der übertragenen Aufgaben in Spezialgesetzen ²⁷⁰
Gemeindeaufsicht:	Fach- und Rechtsaufsicht durch die Bezirksregierungen; staatliche Aufsicht durch juristischen Ombudsmann der Regierung; ²⁷¹
Maßgebliche Kompetenzen:	- öffentliche Ordnung und Sicherheit²⁷² - Notfalldienste - Beschäftigungsförderung - räumliche Planung und Bauwesen - Wohnungswesen - soziale Dienstleistungen - Bildungswesen und Kinderbetreuung - Alten- und Behindertenbetreuung - Gesundheitswesen - Kultur- und Freizeitwesen - Unterhalt öffentlicher Grünanlagen - Energieversorgung - Unterhalt des örtlichen Straßennetzes - Umweltschutz - Müllabfuhr und Abfallbewirtschaftung - Wasserver- und -entsorgung - öffentliche Verkehrsmittel
Kommunale Einnahmen:	- Steuern: 66% - Gebühren: 8 % - staatliche Zuweisungen: 22% - sonstige: 4%²⁷³

²⁶³ Ausschuss der Regionen 2005.

²⁶⁴ Swedish Association of Local Authorities and Regions o.J., S. 7.

²⁶⁵ Ebenda, S. 6 f.; Ausschuss der Regionen 2005.

²⁶⁶ Swedish Association of Local Authorities and Regions o.J., S. 6.

²⁶⁷ Ebenda.

²⁶⁸ Dexia 2006, S.6.

²⁶⁹ Deubert und Liegmann 1989, S. 55.

²⁷⁰ Ebenda, S. 68.

²⁷¹ Ebenda, S. 86.

²⁷² Alle Angaben zu den maßgeblichen Kompetenzen: Ausschuss der Regionen 2005.

	Gemeinden können eigene Steuern erheben und Steuersatz festlegen (Einkommensteuer) ²⁷⁴
Organe:	Gemeinderat (kommunfullmäktige):²⁷⁵ wird direkt gewählt; trifft alle wichtigen Entscheidungen (Beschlussorgan); erhebt Steuern, verabschiedet den Haushalt; Entscheidungsgewalt kann an Gemeindevorstand oder andere Ausschüsse delegiert werden; Gemeindevorstand (kommunstyrelsen): wird vom Stadtrat gewählt; bereitet Entscheidungen des Gemeinderats vor und setzt sie um; spezielle Ausschüsse (nämnd): setzen sich aus Mitgliedern des Gemeinderates zusammen, die vom Gemeinderat gewählt werden; Vorbereitung und Umsetzung von Entscheidungen.

²⁷³ Angaben für 2002 aus: Werner und Shah 2005, S. 3.

²⁷⁴ Deubert und Liegmann 1989, S. 82; Swedish Association of Local Authorities and Regions o.J.

²⁷⁵ Alle Angaben zu den Organen: Council of European Municipalities and Regions o.J.; S. 45; http://www.ccre.org/suede_en.htm.

Schweiz



Die Schweiz zählt mit 41.293 qkm²⁷⁶ und 7,5 Mio. Einwohnern²⁷⁷ zu den kleinsten Ländern der Untersuchung. Als Föderalstaat ist die Schweiz in 26 Kantone und 2.763 Gemeinden unterteilt.²⁷⁸ Über 99% der Gemeinden haben weniger als 50.000 Einwohner, lediglich acht Kommunen besitzen mehr als 50.000 Einwohner. Selbst die größte Stadt der Schweiz, Zürich, verfügt nur über 350.125 Einwohner.²⁷⁹ Der Verstädterungsgrad liegt bei 75,2%.²⁸⁰ Die durchschnittliche Einwohnerzahl der Kommunen liegt bei etwa 2.700.²⁸¹

Tab. 7.11: Verteilung der Bevölkerung nach Gemeinde-Größenklassen in der Schweiz

Einwohner	Anzahl der Kommunen
≥ 1 Mio.	-
500.000 – 999.999	-
100.000 – 499.999	5
50.000 – 99.000	3
0 – 49.999	2.755

Quelle: <http://www.citypopulation.de/Switzerland-Cities.html>
(Angaben für das Jahr 2007).

²⁷⁶ Schley et al. 2004, S. 341.

²⁷⁷ Bundesamt für Statistik (BFS) 2008.

²⁷⁸ Ebenda; Linder 2003, S. 511.

²⁷⁹ <http://www.citypopulation.de/Switzerland-Cities.html> (Angabe für das Jahr 2007).

²⁸⁰ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33 (Angabe für das Jahr 2005).

²⁸¹ Eigene Berechnung (Datengrundlage: vgl. Tab. 5).

Schweiz

Fläche:	41.293 qkm ²⁸²
Einwohner (in Mio.):	7,5 (2006) ²⁸³
Verstädterungsgrad:	75,2% (2005) ²⁸⁴
BIP (in Mrd. EUR):	299,4 (2005) ²⁸⁵
BIP pro Kopf (in EUR):	40.300 (2005) ²⁸⁶
Regierungssystem:	Parlamentarische Bundesrepublik ²⁸⁷
Verwaltungsaufbau:	Föderalstaat; ²⁸⁸ - Bund - 26 Kantone (20 Voll- und 6 Halbkantone) ²⁸⁹ - 2.763 Gemeinden (2005) ²⁹⁰
Ebenen & Kompetenzen:	Bund: Zuständigkeiten durch Verfassung bestimmt; Gesetzgebungskompetenz; Aufgaben, die nicht ausdrücklich Bundessache sind, fallen in die Zuständigkeit der Kantone;²⁹¹ Kantone: verfügen über eigene Verfassung;²⁹² zuständig für alle Bereiche, die nicht von der Bundesverfassung dem Bund zugewiesen bzw. von einem Bundesgesetz geregelt werden; Gemeinden: besitzen hohe Autonomie; selbständige Entscheidungs- und Handlungsfreiheit in allen Bereichen, die nicht in den kantonalen oder bundesrechtlichen Kompetenzbereich fallen;²⁹³
Kommunen (Zahl):	2.763 (2005) ²⁹⁴
Verfassungsrechtliche Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung:	Bundesverfassung (1874) erwähnt die Gemeinden nur am Rande; Entwurf der Expertenkommission zur Totalrevision der Bundesverfassung (1977) schlägt Aufnahme einer Autonomie- und Bestandsgarantie der Gemeinden vor;

²⁸² Schley et al. 2004, S. 341.

²⁸³ Bundesamt für Statistik 2008.

²⁸⁴ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33.

²⁸⁵ BayernLB 2008.

²⁸⁶ Ebenda.

²⁸⁷ Schley et al. 2004, S. 341.

²⁸⁸ Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 8 f.

²⁸⁹ Linder 2003, S. 511.

²⁹⁰ Bundesamt für Statistik (BFS) 2008b.

²⁹¹ Schweizerische Eidgenossenschaft 2008, S. 15

²⁹² Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 8 f.

²⁹³ Linder 2003, S. 511 f.

²⁹⁴ Bundesamt für Statistik (BFS) 2008b.

²⁹⁵ Deubert und Liegmann 1989, S. 56.

	Kantonsverfassungen enthalten sämtliche Bestimmungen über die Stellung der Gemeinden; ausdrückliche Garantie der kommunalen Selbstverwaltung in ca. der Hälfte, in den anderen Kantonen kommunales Selbstverwaltungsrecht als ungeschriebenes verfassungsmäßiges Recht;²⁹⁵ Gemeindekompetenzen sind von Kanton zu Kanton verschieden; Gemeindeautonomie nach Maßgabe des kantonalen Rechts gewährleistet; Gemeindeautonomie umfasst alle Bereiche, die durch Bund und Kantone nicht abschließend geregelt sind;²⁹⁶
Aufgabenzuteilung:	Allzuständigkeit; oft Generalklausel in Kantonsverfassung („politische, nicht juristische Garantie“, durch Gesetz kann jede Aufgabe entzogen werden); bisweilen nicht abschließende Aufzählung im Gemeindegesetz; Aufteilung in eigenen und übertragenen Wirkungskreis;²⁹⁷
Gemeindeaufsicht:	Staatsaufsicht auf Antrag oder von Amts wegen; Intervention auf Antrag: Rechtsaufsicht; Trennung zwischen Rechts- und Fachaufsicht (Zweckmäßigkeitskontrolle nur in besonderen Fällen);²⁹⁸
Maßgebliche Kompetenzen:	- Polizei;²⁹⁹ - Katastrophenschutz - Stadtplanung - Bildungswesen - Soziales - Energieversorgung - Gemeindestraßen
Kommunale Einnahmen:	- Steuern: 50,3% - Gebühren: 26,6% - staatliche Zuweisungen: 16,1% - Sonstige: 7,0%³⁰⁰ hohe finanzielle Unabhängigkeit durch eigene Steuerhoheit (vor allem Einkommen- und Vermögenssteuern)³⁰¹
Organe:	unterschiedliche Organisationen in den Kantonen;³⁰² - Bürger- und Gemeindeversammlung (Versammlung der stimmberechtigten Einwohner): oberstes Organ der Gemeinde; ersetzt das Gemeindeparlament; - Gemeinde- oder Stadtrat:

²⁹⁶ Ebenda.

²⁹⁷ Deubert und Liegmann 1989, S. 68.

²⁹⁸ Ebenda, S. 86.

²⁹⁹ Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 8.

³⁰⁰ Arbeit 2003, S. 57.

³⁰¹ Ebenda, S. 56.

³⁰² Alle Angaben zu den Organen: Hangartner 1988, S. 98 ff.; Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 8 f.

	wird direkt gewählt; kollegiale Organisation; stellt Anträge, vollzieht Beschlüsse der Bürgerversammlung und führt weniger wichtige Aufgaben aus; in größeren Kommunen ersetzt ein direkt gewähltes Gemeinde- parlament (Gemeinderat) die Gemeindeversammlung.
--	--

Spanien



Spanien zählt mit einer Fläche von 505.992 qkm³⁰³ und einer Einwohnerzahl von 43 Mio.³⁰⁴ zu den großen Ländern Europas. Das Gebiet des Einheitsstaates unterteilt sich in 17 Regionen und zwei autonome Städte, 50 Provinzen und 8.109 Kommunen.³⁰⁵ Der Verstädterungsgrad liegt bei 76,7%³⁰⁶. Fast 99% der Kommunen haben weniger als 50.000 Einwohner, es gibt aber auch 59 Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern. Mit Madrid (3,13 Mio. Einwohner) und Barcelona (1,6 Mio. Einwohner) besitzt Spanien zwei Millionenstädte.³⁰⁷ Die durchschnittliche Größe der spanischen Kommunen beträgt ca. 5.000 Einwohner.³⁰⁸

Tab. 7.12: Verteilung der Bevölkerung nach Gemeinde-Größenklassen in Spanien

Einwohner	Anzahl der Kommunen
≥ 1 Mio.	2
500.000 – 999.999	4
100.000 – 499.999	53
50.000 – 99.000	62
0 – 49.999	7.988

Quellen: <http://www.citypopulation.de/Spain-Cities.html>
(Angaben für das Jahr 2007);
Alba und Navarro 2003, S. 204.

³⁰³ Schley et al. 2004, S. 357.

³⁰⁴ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51 (Angabe für das Jahr 2005).

³⁰⁵ Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 15 f.

³⁰⁶ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33 (Angabe für das Jahr 2005).

³⁰⁷ <http://www.citypopulation.de/Spain-Cities.html> (Angaben für 2007).

³⁰⁸ Eigene Berechnung (Datengrundlage: vgl. Tab. 5).

Spanien

Fläche:	505.992 qkm ³⁰⁹
Einwohner (in Mio.):	43 (2005) ³¹⁰
Verstädterungsgrad:	76,7% (2005) ³¹¹
BIP (in Mrd. EUR):	905,5 (2005) ³¹²
BIP pro Kopf (in EUR):	20.864 (2005) ³¹³
Regierungssystem	Parlamentarische Monarchie ³¹⁴
Verwaltungsaufbau:	Einheitsstaat, ³¹⁵ - 17 Regionen (comunidades autonomas) und 2 autonome Städte Ceuta und Melilla (Ciudades autónomas) - 50 Provinzen (Provincias) - 8.109 Kommunen (Municipios)
Ebenen & Kompetenzen:	Staat: ³¹⁶ Gesetzgebungskompetenz in den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen (nach Artikel 149 der Verfassung); Regionen: Gesetzgebungskompetenz in den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen (nach Artikel 148 der Verfassung); zuständig für alle in der Verfassung nicht ausdrücklich dem Staat zugewiesenen Bereiche; Provinzen: übergemeindliche Gebietskörperschaften; Bereitstellung übergemeindlicher Leistungen; Entwicklung und Verwaltung der Provinz; Provinzialrat wird von den Gemeinderäten gewählt; eigener und übertragener Wirkungsbereich; Koordination gemeindlicher Dienstleistungen; rechtliche, wirtschaftliche, technische Unterstützung der Gemeinden; Kommunen: eigene und vom Staat übertragene Zuständigkeiten;
Kommunen (Zahl):	8.109 Kommunen (Municipios) (2005) ³¹⁷
Verfassungsrechtliche Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung:	<u>Art. 137 Verfassung des Königreichs Spanien (1978)</u> ³¹⁸ „Das Staatsgebiet ist in Gemeinden, Provinzen und die sich konstituierenden Autonomen Gemeinschaften gegliedert. Sie alle genießen Autonomie bei der Verfolgung ihrer jeweiligen Inter-

³⁰⁹ Schley et al. 2004, S. 357.

³¹⁰ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51.

³¹¹ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33.

³¹² Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Dexia 2006.

³¹³ Ebenda.

³¹⁴ Schley et al. 2004, S. 357.

³¹⁵ Alle Angaben zum Verwaltungsaufbau: Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 15 f.

³¹⁶ Alle Angaben zu den Ebenen & Kompetenzen: Sosa Wagner 1988, S. 120 ff.; Ausschuss der Regionen 2005.

³¹⁷ Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 15 f.

	essen.“ Art.140 S. 1, 2 Verf. Die Verfassung gewährleistet die Autonomie der Gemeinden. Diese besitzen die volle Rechtspersönlichkeit.“
Aufgabenzuteilung:	Allzuständigkeit; Eigene und übertragene Aufgaben; Eigene Aufgaben gegliedert in Pflichtaufgaben (je nach Größe der Gemeinde) und freiwillige Aufgaben ³¹⁹
Gemeindeaufsicht:	Eigener Wirkungskreis: Rechtsaufsicht; Übertragener Wirkungsbereich: auch Zweckmäßigkeitskontrolle; ³²⁰
Maßgebliche Kompetenzen:	- öffentliche Sicherheit³²¹ - Katastrophenschutz, Feuerwehr (Gemeinden über 20.000 Einwohner) - Stadtplanung - historisches und kulturelles Erbe - Sozialleistungen (Gemeinden über 20.000 Einwohner) - Gesundheitswesen - Verbraucherschutz - Bildungsbereich - Umweltschutz (Gemeinden über 50.000 Einwohner) - Wasserversorgung und öffentliche Beleuchtung - Reinigung und Abfallverwertung (Gemeinden über 5.000 Einwohner) - öffentliche städtische Verkehrsmittel (Gemeinden über 50.000 Einwohner) - Verkehrsregelung
Kommunale Einnahmen:	- Steuern: 37% - Gebühren: 12% - staatliche Zuweisungen: 38% - Sonstige: 13%³²² Gemeinden erheben Grundsteuer (Land, Gebäude), Gewerbesteuer, Kfz-Steuer, Mehrwertsteuer³²³
Organe:	Gemeinderat (Pleno):³²⁴ Mitglieder werden direkt gewählt; Beschlussfassungsorgan (legt den Haushalt fest, beschließt Verordnungen und kommunale Satzungen); kontrolliert die Organe der kommunalen Selbstverwaltung; Regierungsausschuss (Junta de gobierno local): Mitglieder werden vom Bürgermeister aus der Mitte des Gemeinderates bestimmt; unterstützt den Bürgermeister und hat einige exekutive Funktionen;

³¹⁸ Deubert und Liegmann 1989, S. 50.

³¹⁹ Ebenda, S. 68.

³²⁰ Ebenda, S. 86.

³²¹ Alle Angaben zu den maßgeblichen Kompetenzen: Ausschuss der Regionen 2005.

³²² Angaben für 2001: European Union 2007, S. 135.

³²³ Alba und Navarro 2003, S. 205 ff.

³²⁴ Alle Angaben zu den Organen: Alba und Navarro 2003, S. 208; Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 15.

	erfüllt die ihm vom Bürgermeister und Gemeinderat übertragenen Aufgaben; Bürgermeister (Alcalde): wird vom Rat gewählt; leitet den Regierungsausschuss; kann Mitglieder des Rats zur Unterstützung benennen; leitet den Gemeinderat und die lokale Exekutive.
--	---

Tschechische Republik



Quelle: CIA 2008.

Die Tschechische Republik gehört mit einer Fläche von 78.866 qkm³²⁵ und einer Einwohnerzahl von 10,2 Mio.³²⁶ zu den kleineren europäischen Ländern. Die Republik Tschechien gliedert sich als Einheitsstaat in 14 Regionen und 6.249 Gemeinden.³²⁷ Über 99% der Gemeinden haben weniger als 50.000 Einwohner, lediglich 21 Kommunen haben mehr als 50.000 Einwohner (vgl. Tab. 7.13). Die Hauptstadt Prag ist mit 1,19 Mio. Einwohnern³²⁸ die mit Abstand größte Stadt des Landes. Die durchschnittliche Größe der Kommunen beträgt ca. 6.000 Einwohner.³²⁹ Die Verstädterungsrate liegt bei 73,5%³³⁰.

Tab. 7.13: Verteilung der Bevölkerung nach Gemeinde-Größenklassen in Tschechien

Einwohner	Anzahl der Kommunen
≥ 1 Mio.	1
500.000 – 999.999	-
100.000 – 499.999	4
50.000 – 99.000	16
0 – 49.999	6.228

Quelle: <http://www.citypopulation.de/CzechRep.html>
(Angaben für das Jahr 2007).

³²⁵ Schley et al. 2004, S. 361.

³²⁶ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51 (Angabe für das Jahr 2005).

³²⁷ Verband der Tschechischen Städte und Gemeinden: <http://www.smocr.cz>.

³²⁸ <http://www.citypopulation.de/CzechRep.html> (Angabe für das Jahr 2007).

³²⁹ Eigene Berechnung (Datengrundlage: vgl. Tab. 5).

³³⁰ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33 (Angabe für das Jahr 2005).

Tschechische Republik

Fläche:	78.866 qkm ³³¹
Einwohner (in Mio.):	10,2 (2005) ³³²
Verstädterungsgrad:	73,5% (2005) ³³³
BIP (in Mrd. EUR):	99,7 (2005) ³³⁴
BIP pro Kopf (in EUR):	9.745 (2005) ³³⁵
Regierungssystem:	Parlamentarische Demokratie ³³⁶
Verwaltungsaufbau:	Einheitsstaat; ³³⁷ - 14 Regionen (kraje) - 6.249 Gemeinden (obec) ³³⁸
Ebenen & Kompetenzen:	Staat:³³⁹ Gesetzgebungskompetenz; zentrale Verwaltung des Staatsgebietes; Regionen: höhere territoriale Selbstverwaltungseinheit; Verwaltung ihrer Gebiet liegt im selbständigen Zuständigkeitsbereich; verfügt über eigene finanzielle Mittel; Zuständigkeiten können nur per Gesetz übertragen werden; Regionalrat wird direkt von der Bevölkerung gewählt; eigene (unabhängige) Zuständigkeiten (gesetzlich festgelegt) sowie vom Staat übertragener Zuständigkeitsbereich; Vorschlagsrecht für Gesetzesentwürfe an Abgeordnetenkammer und Verfassungsgericht; Kommunen: grundlegende territoriale Selbstverwaltungseinheit; Recht auf eigenen Besitz, eigene Einnahmen und unabhängigen Haushalt; eigene und vom Staat gesetzlich übertragene Zuständigkeiten (übertragener und eigener Wirkungskreis);
Kommunen (Zahl):	6.249 Gemeinden (obec) (20 statutarische Städte, 496 Städte und 5.733 Gemeinden) ³⁴⁰

³³¹ Schley et al. 2004, S. 361.

³³² Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51.

³³³ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33.

³³⁴ Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Dexia 2006.

³³⁵ Ebenda.

³³⁶ Schley et al. 2004, S. 361.

³³⁷ Dexia 2006, S. 6.

³³⁸ Verband der Tschechischen Städte und Gemeinden: <http://www.smocr.cz>.

³³⁹ Alle Angaben zu den Ebenen & Kompetenzen: Vodicka 2004, S. 277 f.

³⁴⁰ Verband der Tschechischen Städte und Gemeinden: <http://www.smocr.cz>.

Verfassungsrechtliche Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung:	Kap. 7, Art. 99 der Verfassung der Tschechischen Republik ³⁴¹ „Die Tschechische Republik gliedert sich in Kommunen, die die grundlegenden territorialen Selbstverwaltungseinheiten bilden und Regionen, die die übergeordneten territorialen Selbstverwaltungseinheiten bilden.“
Aufgabenzuteilung:	k.A.
Gemeindeaufsicht:	k.A.
Maßgebliche Kompetenzen:	allgemeine Zuständigkeiten der Gemeinden:³⁴² - Brandbekämpfung - Wirtschaftsförderung - Stadtplanung - Sozialhilfe und Jugendpolitik, Gesundheitswesen - Sport - Wasserversorgung und Abwasserreinigung - Fernwärmeversorgung - Abfallbewirtschaftung - Grünflächenverwaltung und -pflege, Friedhöfe - Umweltschutz - Verwaltung der kommunalen Infrastruktur und Straßen Zuständigkeiten, die bestimmten Gemeinden vom Zentralstaat übertragen wurden: - öffentliche Ordnung - Wohnungswesen - Bildungswesen (Vor- und Grundschulen) - Kultur - Landwirtschaft - Energieversorgung - kommunales Verkehrsmanagement (ÖPNV, Straßen- und Schienenverkehr)
Kommunale Einnahmen:	- Steuern: 46,7% - Gebühren: 9,4% - staatliche Zuweisungen: 39,4% - sonstige: 4,5%³⁴³ kein Recht, eigene Steuern zu erheben³⁴⁴
Organe:	Gemeinderat (zastupitelstvo obce):³⁴⁵ wird direkt gewählt; höchstes Entscheidungsgremium; Gemeindevorstand (rada obce): wird vom Gemeinderat aus seiner Mitte gewählt; Exekutivorgan;

³⁴¹ Constitution of the Czech Republic, Adopted 16 December 1992 - Last updated: 03 April 2007, Chapter Seven - Territorial Self-government (eigene Übersetzung) (http://www.ccre.org/docs/constitution_czech_republic_municipalities_regions.doc).

³⁴² Alle Angaben zu den maßgeblichen Kompetenzen: Ausschuss der Regionen 2005.

³⁴³ Angaben für 2004 aus: MF ČR 2005.

³⁴⁴ Lacina und Vajdova 2000, S. 279.

³⁴⁵ Alle Angaben zu den Organen: Illner 2003, S. 266 f.; Lacina und Vajdova 2002, S. 268.

	kann Ausschüsse bilden; Bürgermeister (starosta): wird vom Gemeinderat aus seiner Mitte gewählt; steht dem Gemeindevorstand und dem Gemeinderat vor; leitet die Verwaltung (in kleinen Gemeinden übernimmt der Bürgermeister die Aufgaben des Gemeindevorstandes).
--	--

Ungarn



Mit 93.030 qkm³⁴⁶ und 10,1 Mio. Einwohnern³⁴⁷ gehört Ungarn zu den kleineren Staaten Europas. Das Gebiet des Einheitsstaates Ungarn ist unterteilt in sieben Regionen, 19 Kreise/Provinzen und 3.145 Gemeinden.³⁴⁸ 99% der Gemeinden weisen eine Einwohnerzahl von weniger als 50.000 auf. Lediglich 20 Städte haben mehr als 50.000 Einwohner (vgl. Tab 9.14). Der Verstädterungsgrad ist mit 66,3%³⁴⁹ relativ niedrig. Die Hauptstadt Budapest mit 1,7 Mio. Einwohnern³⁵⁰ ist mit Abstand die größte Stadt Ungarns. Die durchschnittliche Größe der ungarischen Kommunen beträgt ca. 3.200 Einwohner.³⁵¹

Tab. 7.14: Verteilung der Bevölkerung nach Gemeinde-Größenklassen in Ungarn

Einwohner	Anzahl der Kommunen
≥ 1 Mio.	1
500.000 – 999.999	-
100.000 – 499.999	8
50.000 – 99.000	12
0 – 49.999	3.124

Quelle: <http://www.citypopulation.de/Hungary.html>
(Angaben für das Jahr 2007).

³⁴⁶ Schley et al. 2004, S. 373.

³⁴⁷ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51 (Angabe für das Jahr 2005).

³⁴⁸ Dexia 2006, S. 6.

³⁴⁹ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33 (Angabe für das Jahr 2005).

³⁵⁰ <http://www.citypopulation.de/Hungary.html> (Angabe für das Jahr 2007).

³⁵¹ Eigene Berechnung (Datengrundlage: vgl. Tab. 5).

Ungarn

Fläche:	93.030 qkm ³⁵²
Einwohner (in Mio.):	10,1 (2005) ³⁵³
Verstädterungsgrad:	66,3% (2005) ³⁵⁴
BIP (in Mrd. EUR):	88,8 (2005) ³⁵⁵
BIP pro Kopf (in EUR):	8.803 (2005) ³⁵⁶
Regierungssystem:	Parlamentarische Demokratie ³⁵⁷
Verwaltungsaufbau:	Einheitsstaat, ³⁵⁸ - 7 Regionen (régiók) - 19 Kreise/Provinzen (megyek) - 3.145 Gemeinden (települések)
Ebenen & Kompetenzen:	Staat: Gesetzgebungskompetenz; bestimmt rechtlichen Status, Aufgaben und Funktionen der Gebietskörperschaften;³⁵⁹ Regionen: statistische Einheiten ohne institutionelle Struktur; werden vom Rat für Regionalentwicklung verwaltet;³⁶⁰ zuständig für Regionalentwicklungspolitik; verwalten die Gemeinschaftsmittel;³⁶¹ Provinzen/Kreise: Kreisrat wird direkt gewählt; zuständig für Aufgaben, die die Kommunen nicht leisten können; keine hierarchische Beziehung zwischen Kreisen und Kommunen;³⁶² Kommunen: zuständig für die örtlichen Angelegenheiten; können Verordnungen und Verfügungen erlassen;³⁶³
Kommunen (Zahl):	3.145 Gemeinden (települések) ³⁶⁴
Verfassungsrechtliche Absicherung der kommunalen Selbstver-	Artikel 41, Verfassung der Republik Ungarn³⁶⁵ „(1) Das Territorium der Republik Ungarn gliedert sich in die Hauptstadt, die Komitate, die Städte und Gemeinden auf.

³⁵² Schley et al. 2004, S. 373.

³⁵³ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 2007, S. 51.

³⁵⁴ United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division 2006, S. 33.

³⁵⁵ Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Dexia 2006.

³⁵⁶ Ebenda.

³⁵⁷ Schley et al. 2004, S. 373.

³⁵⁸ Alle Angaben zum Verwaltungsaufbau für das Jahr 2005: Dexia 2006, S. 6.; Council of European Municipalities and Regions o.J. S. 24 f.

³⁵⁹ Ausschuss der Regionen 2005.

³⁶⁰ Soós 2003, S. 246.

³⁶¹ Ausschuss der Regionen 2005.

³⁶² Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 25.

³⁶³ Ausschuss der Regionen 2005.

³⁶⁴ Dexia 2006, S. 6.

³⁶⁵ Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz Nr. XX von 1949, Kapitel IX - Die örtlichen Selbstverwaltungen (http://www.ccre.org/docs/constitution_hungary_local_governments.doc).

waltung:	(2) Die Hauptstadt gliedert sich in Stadtbezirke. In den Städten können Stadtbezirke gebildet werden.” Artikel 42 „Den Gemeinschaften der wahlberechtigten Bürger der Gemeinde, der Stadt, der Hauptstadt und ihrer Stadtbezirke sowie des Komitats steht das Recht der örtlichen Selbstverwaltung zu. Die örtliche Selbstverwaltung ist die selbständige und demokratische Erledigung der die Gemeinschaft der wahlberechtigten Bürger betreffenden öffentlichen Angelegenheiten sowie die Ausübung der örtlichen Staatsgewalt im Interesse der Bevölkerung.” Artikel 43 „(1) Die Grundrechte der örtlichen Selbstverwaltungen (Artikel 44/A) sind gleich. Die Pflichten der Selbstverwaltungen können abweichend sein. (2) Die Rechte und Pflichten der örtlichen Selbstverwaltungen legt ein Gesetz fest. Die rechtmäßige Ausübung des Kompetenzbereichs der Selbstverwaltung wird gerichtlich geschützt; zum Schutz ihrer Rechte kann sich die Selbstverwaltung an das Verfassungsgericht wenden.”
Aufgabenzuteilung:	Aufgaben werden durch Gesetz festgelegt ³⁶⁶
Gemeindeaufsicht:	Rechtsaufsicht durch die Kreise; Parlament kann Gemeinderat auflösen; ³⁶⁷
Maßgebliche Kompetenzen:	- öffentliche Ordnung³⁶⁸ - Brandbekämpfung und -verhütung - Stadtplanung/Gemeindeentwicklung - Wohnungswesen - Erziehung und Bildung (Krippen, Kindergärten, Primar- und Sekundarschulen) - Schutz der Rechte nationaler und ethnischer Minderheiten - Gesundheitswesen (Zentren für medizinische Grundversorgung) - Kultur und Sport - Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung - Müllabfuhr - Verwaltung öffentlicher Anlagen und Friedhöfe - Infrastruktur - städtischer Verkehr
Kommunale Einnahmen:	- Steuern: 29% - Gebühren: 24% - staatliche Zuweisungen: 42% - Sonstige: 5%³⁶⁹ stark eingeschränkte Finanzautonomie³⁷⁰
Organe:	Gemeinderat (képviseleti-testület):³⁷¹ Mitglieder werden direkt gewählt; Leitung und Steuerung der Gemeinde (Erlass von Beschlüssen

³⁶⁶ Soós 2003, S. 245.

³⁶⁷ Ebenda, S. 246.

³⁶⁸ Alle Angaben zu den maßgeblichen Kompetenzen: Ausschuss der Regionen 2005.

³⁶⁹ Angaben für 2005 aus: OECD: Economic survey of Hungary 2007: Encouraging sub-national government efficiency (http://www.oecd.org/document/42/0,3343,en_2649_37427_38616362_1_1_1_37427,00.html)

³⁷⁰ Soós 2003, S. 246.

³⁷¹ Alle Angaben zu den Organen: Council of European Municipalities and Regions o.J., S. 24.

	und Anordnungen); Bürgermeister (polgarmester): wird direkt gewählt; sitzt dem Gemeinderat vor; setzt die Beschlüsse des Gemeinderates um und ist für die politische und administrative Leitung der Gemeinde zuständig; Gemeindedirektor: wird vom Gemeinderat ernannt; Unterstützung der Arbeit sowie Vorbereitung und Ausführung der Entscheidungen des Bürgermeisters und des Gemeinderates.
--	---

II.2 Struktur und Aufgaben der kommunalen Spitzenverbände

II.2.1 Einführender Überblick

Die im Rahmen der schriftlichen Befragung erhobenen Informationen über die kommunalen Spitzenverbände wurden durch eine Internetrecherche ergänzt. Damit werden alle 20 Verbände der 14 ausgewählten Nationalstaaten in der Darstellung erfaßt, also auch die, die sich nicht an der Befragung beteiligt haben.

Die Gegenüberstellung der kommunalen Spitzenverbände lässt sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede erkennen. In allen Staaten der Untersuchung besteht mindestens ein kommunaler Spitzenverband, in der Hälfte der Länder sind es sogar mehrere. In Bezug auf die Gründungszeitpunkte der einzelnen Verbände lassen sich drei etwa gleich große Gruppen unterscheiden: 1. Verbände, die bereits zu Beginn des letzten Jahrhunderts (1900–1920) gegründet wurden, 2. solche mit Gründungszeitpunkt zwischen 1946 bis 1988 und 3. zwischen 1989 und 2007 Gegründete. Keine Gründungen gab es zwischen den frühen 1920er-Jahren und dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Initiatoren von Verbandsgründungen waren ausnahmslos kommunale Akteure: Gemeinden oder Bürgermeister. Bisweilen waren neue Verbände auch das Ergebnis des Zusammenschlusses bestehender Spitzenverbände.

Die kommunalen Spitzenverbände unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Mitarbeiterzahl erheblich. Fünf der 20 Verbände der Untersuchung beschäftigen mehr als 200 Mitarbeiter, neun Verbände haben lediglich bis zu 20 Beschäftigte (vgl. Tab. 8). Deutliche Unterschiede bestehen auch bei den Mitgliederzahlen. Zwei Verbände haben weniger als 20 Mitglieder: Die Union der polnischen Metropolen vertritt zwölf Städte, der Rumänische Bund lokaler Behörden hat nur drei Mitglieder. Bei Letzteren handelt es sich allerdings um Städteverbände mit knapp 1.000 Mitgliedsgemeinden.³⁷² Bei jeweils sechs Verbänden liegen die Mitgliederzahlen zwischen 200 und 499 bzw. über 1.500.

Die Finanzierung der Verbände erfolgt aus Umlagen und Mitgliedsbeiträgen. Sieben der 20 Verbände geben weitere Einnahmequellen an (vgl. Tab. 8). In Bezug auf ihren Aufbau weisen die untersuchten Institutionen vielfach eine ähnliche Struktur mit vergleichbaren Organen auf: Mitgliederversammlung, Präsidium/Vorstand, Hauptausschuss und Verwaltung.

Wichtigste Aufgabe der Verbände ist die Interessenvertretung der Verbandsmitglieder und damit Lobbying. Von zwölf der 13 am Fragebogenrücklauf beteiligten Verbände wird diese Aufgabe als sehr wichtig oder wichtig bezeichnet. Auch die Aufgaben Beratung und Information sind für neun Verbände wichtig bzw. sehr wichtig. Weiterbildung und Forschung scheinen hingegen zu den weniger wichtigen Aufgaben zu zählen (vgl. Abb. 5).

Mehrere Verbände unterhalten eine internationale Abteilung. So bietet der dänische Gemeindeverband internationale Beratungsleistungen zum Aufbau kommunaler Strukturen in Zentral- und Osteuropa, Asien, Afrika und Latein-Amerika an. Der Niederländische Gemeindeverband verfügt über eine eigene Gesellschaft, die VNG-International. Auch der Österreichische Städtebund unterhält internationale Aktivitäten, die auf den Know-how-Transfer für Bürgermeister und kommunale Entscheidungsträger in Osteuropa abzielen. Dem

³⁷² Vgl. <http://www.fair.ro/?L=en> (Aufruf am 24.02.2009).

Schwedischen Verband der Gemeinden und Regionen (SALAR) ist die International Development Agency (SALA IDA) angegliedert.

Tab. 8: Kommunale Spitzenverbände der Untersuchung

Land	Verband	Gründung	Mitglieder	Mitarbeiter	Finanzierung
Dänemark	Gemeindeverband	1970	98	400	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge
Finnland	Verband der Städte, Gemeinden und Regionen Finnlands	1970	416	300	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge - andere Einnahmen (Publikationen, Beteiligungen, Immobilien)
Frankreich	Verband der Bürgermeister Frankreichs	1907	35.000	37	k.A.
	Versammlung französischer Gemeinschaften	1989	920	12	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge
	Verband der Bürgermeister der französischen Großstädte	1974	95	11	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge
Großbritannien	Verband der lokalen Gebietskörperschaften	1997	500	220	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge
	Nationaler Verband der Kommunalräte		10.000	31	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge - Verkauf von Publikationen
Italien ³⁷³	Nationaler Verband der italienischen Gemeinden	1901	7.000	k.A.	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge - Drittmittel
Niederlande	Niederländischer Gemeindeverband	1928	487	300	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge
Österreich	Österreichischer Städtebund	1915	247	20	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge - Anteile aus Ertragsanteilen
	Österreichischer Gemeindebund	1947	2.334	14	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge
Polen ³⁷⁴	Polnischer Städteverband	1917	265	28	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge
	Union der polnischen Metropolen	1990	11	7	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge
Rumänien ³⁷⁵	Rumänischer Bund lokaler Behörden	2001	3	2	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge - Drittmittel - Projekte, Zuschüsse
Schweden	Schwedischer Verband der Gemeinden und Regionen	2007	310	400	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge
Schweiz	Schweizerischer Städteverband	1897	125	7	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge - Einnahmen aus Dienstleistungen
	Schweizerischer Gemeindeverband	1953	1.911	7	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge - Verbandszeitschrift (Inserate, Abonnements) - Verkauf von Adressen und Publikationen
Spanien	Spanischer Verband der Städte und Provinzen	1981	7.204	104	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge
Tschechien	Verband der Tschechischen Städte und Gemeinden	1907	2.475	17	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge
Ungarn ³⁷⁶	Ungarische Nationalvereinigung lokaler Gebietskörperschaften	1989	1.707	10	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge

Quelle: Difu-Befragung, 2007; vgl. Kap. III.2.1 Länderübersicht der kommunalen Spitzenverbände.

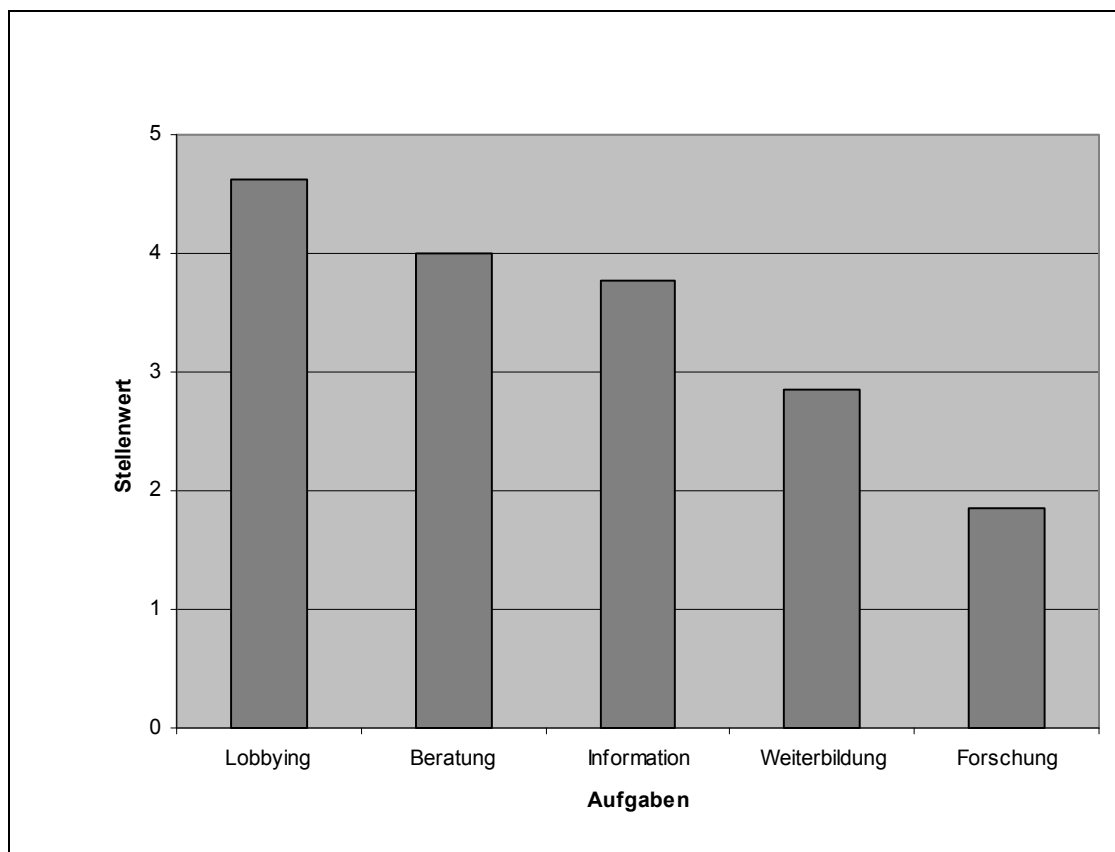
³⁷³ Die Vereinigung der italienischen Berggemeinden (Unione Nazionale Comuni Comunità Enti Montani UNCEM) wurde im Rahmen des Projektes nicht weiter betrachtet.

³⁷⁴ Auf die Union der ländlichen Gemeinden der Republik Polen (Związek Gmin Wiejskich Rzeczypospolitej Polskiej) wurde in der Untersuchung nicht weiter eingegangen.

³⁷⁵ Im Rumänischen Bund lokaler Behörden sind der Rumänische Gemeindeverband (Asociația Municipiilor din România AMR), der Verband der Rumänischen Städte (Asociația Orașelor din România AOR) und der Verband der Rumänischen Kommunen (Asociația Comunelor din România ACoR) zusammengeschlossen.

³⁷⁶ In Ungarn existieren sieben landesweite kommunale Spitzenverbände. Der erste und größte ist die Ungarische Nationalvereinigung lokaler Gebietskörperschaften (Települési Önkormányzatok Országos Szövetsége TÖÖSZ), auf den sich die weitere Betrachtung konzentriert.

Abb. 5: Hauptaufgaben der kommunalen Spitzenverbände



1: unwichtig, 5: sehr wichtig
Quelle: Difu-Befragung, 2007.

II.2.2 Länderübersichten

Dänemark

Der dänische Gemeindeverband (Kommunernes Landsforening) wurde 1970 durch den Zusammenschluss von drei Gemeindeverbänden gebildet und vertritt die Interessen aller 98 Kommunen Dänemarks. Mit einer Beschäftigtenzahl von ca. 400 gehört der Verband zu den größten Verbänden der untersuchten Staaten.

Finnland

Der Verband der Städte, Gemeinden und Regionen Finnlands (Suomen Kuntaliitto r.y.) vertritt die Interessen aller 416 Gemeinden Finnlands. Mit ca. 300 Mitarbeitern zählt der Verband zu den größten Verbänden der untersuchten Staaten.

Frankreich

In Frankreich existieren drei kommunale Spitzenverbände. Neben dem Verband der Bürgermeister Frankreichs (Association des maires de France), der im Jahre 1907 gegründet wurde und die Interessen von mehr als 35.000 Bürgermeistern vertritt, gibt es die 1974 eingerichtete Vereinigung der Bürgermeister der französischen Großstädte (Association des Maires de Grandes Villes), deren Mitglieder die größten Städte und kommunalen Zusammenschlüsse mit über 100.000 Einwohnern sind, sowie die 1989 gegründete Versammlung französischer Gemeinschaften (Assemblée des communautés de France) als Interessenvertretung interkommunaler Zusammenschlüsse.

Großbritannien

Die Interessen der Kommunen in England und Wales werden durch den Verband der lokalen Gebietskörperschaften (Local Government Association) und den Nationalen Verband der Kommunalräte (National Association of Local Councils) vertreten. Der Verband der lokalen Gebietskörperschaften entstand 1997 durch den Zusammenschluss zweier kommunaler Verbände und repräsentiert mit fast 500 Mitgliedern³⁷⁷ alle Kommunen in England und Wales. Der Nationale Verband der Kommunalräte besteht bereits seit 1947 und vertritt die Interessen von ca. 10.000 Stadt- und Gemeinderäten.

Italien

Die Interessen der italienischen Gemeinden werden durch den Nationalen Verband der italienischen Gemeinden (Associazione Nazionale dei Comuni Italiani) vertreten. Dieser wurde bereits 1901 gegründet und repräsentiert mit etwa 7.000 Mitgliedsgemeinden ca. 90% der Bevölkerung Italiens.³⁷⁸

Niederlande

Der Niederländische Gemeindeverband (Vereniging van Nederlandse Gemeenten) vertritt die Interessen aller niederländischen Gemeinden. Mit 300 Beschäftigten zählt der Verband zu den größten Verbänden der untersuchten Staaten.

³⁷⁷ Neben den 404 Kommunen in England und Wales zählen auch Feuer-, Verkehrs- und Nationalparkbehörden zu den Mitgliedern des Verbandes (vgl. <http://www.lga.gov.uk/lga/core/page.do?pagelid=21575>).

³⁷⁸ Vereinigung der italienischen Berggemeinden (Unione Nazionale Comuni Comunità Enti Montani UNCEM) wurde im Rahmen des Projektes nicht weiter betrachtet.

Österreich

In Österreich existieren zwei Kommunalverbände: Der Österreichische Städtebund, der die Interessen von 247 Gemeinden vertritt, sowie der Österreichische Gemeindebund, der 2.344 Gemeinden repräsentiert.

Polen

Die Interessen der Städte in Polen werden durch den Polnischen Städteverband (Związek Miast Polskich) vertreten, der 265 Mitgliedsstädte besitzt. Daneben gibt es die Union der polnischen Metropolen (Unia Metropolii Polskich) als Interessenvertretung von zwölf polnischen Großstädten.³⁷⁹

Rumänien

Die Interessen der rumänischen Gemeinden werden durch drei kommunale Spitzenverbände vertreten: den Rumänischen Gemeindeverband (Asociația Municipiilor din România AMR), den Verband der Rumänischen Städte (Asociația Orașelor din România AOR) und den Verband der Rumänischen Kommunen (Asociația Comunelor din România ACoR). Die drei Verbände sind im Rumänischen Bund lokaler Behörden (Federația Autorităților Locale din România) zusammengeschlossen.

Schweiz

Die Interessen der Kommunen in der Schweiz werden durch zwei Verbände vertreten, den Schweizerischen Städteverband und den Schweizerischen Gemeindeverband. Der Schweizerische Städteverband vertritt „die Kernstädte, die größeren Agglomerationsgemeinden sowie die regionalen Zentren“.³⁸⁰ Der Schweizerische Gemeindeverband ist der Dachverband der Gemeinden in der Schweiz. Etwa 70% aller Gemeinden und Städte der Schweiz sind in diesem Verband Mitglied.³⁸¹ Beide Verbände weisen mit nur sieben Mitarbeitern eine sehr niedrige Beschäftigtenzahl auf.

Schweden

Der Schwedische Verband der Gemeinden und Regionen (Sveriges Kommuner och Landsting) entstand 2007 durch den Zusammenschluss von Schwedischem Gemeindeverband und dem Verband Schwedischer Landkreise. Der Verband vertritt alle 290 Kommunen des Landes, die 18 Kreise und die zwei Regionen Schwedens. Mit ca. 400 Beschäftigten gehört der Verband zu den größten Verbänden der untersuchten Staaten.

Spanien

Die Interessen der spanischen Kommunen werden durch den Spanischen Verband der Städte und Provinzen (Federación Española de Municipios y Provincias) vertreten. Mitglieder des Verbandes sind 7.204 Kommunen (Gemeinden, Provinzen, Spanische Inseln) und damit fast 90% aller spanischen Kommunen.

Tschechische Republik

In der Tschechischen Republik gibt es einen nationalen Kommunalverband, den Verband der Tschechischen Städte und Gemeinden (Svaz měst a obcí České republiky). Dieser wurde

³⁷⁹ Des Weiteren existiert die Union der ländlichen Gemeinden der Republik Polen (Związek Gmin Wiejskich Rzeczypospolitej Polskiej), auf die in der Untersuchung nicht weiter eingegangen wurde.

³⁸⁰ <http://www.staedteverband.ch/SSV/Frame/ssv.htm>.

³⁸¹ <http://www.chgemeinden.ch/de/1-verband/1-Portrait.php?navid=1>.

1907 gegründet, hat heute 2.475 Mitglieder (Städte und Gemeinden) und vertritt damit etwa 40% der tschechischen Kommunen.

Ungarn

In Ungarn existieren sieben landesweite kommunale Spitzenverbände. Der älteste und größte ist die Ungarische Nationalvereinigung lokaler Gebietskörperschaften (Települési Önkormányzatok Országos Szövetsége TÖÖSZ), die mit ca. 1.700 Mitgliedern etwa 54% der Kommunen vertritt.

Dänemark

Name:	Dänischer Gemeindeverband Kommunernes Landsforening (KL)
Gründungsjahr:	1970 ³⁸²
Initiatoren:	drei ehemalige Gemeindeverbände (Fusion) ³⁸³
Mitglieder:	98 Kommunen ³⁸⁴
Finanzierung:	Umlagen/Mitgliedsbeiträge ³⁸⁵
Kernkompetenzen:	- Interessenvertretung in politischen, finanziellen und administrativen Angelegenheiten (Sprachrohr gegenüber Parlament, Regierung, EU, Medien)³⁸⁶ - jährliches Aushandeln des Finanzrahmens der Kommunen mit der Regierung - Vertretung der lokalen Verwaltungen in Verhandlungen mit Gewerkschaften als Verband der Arbeitgeber - Unterstützung und Dienstleistungen (u.a. Website, Informationsdienst, Trainingskurse, Konferenzen, Beratungsleistungen) - internationale Beratungsleistungen (Aufbau kommunaler Strukturen in Zentral- und Osteuropa, Asien, Afrika, Lateinamerika)
Organe:	Hauptversammlung: höchstes Gremium; tagt jährlich; Festlegung der Leitlinien;³⁸⁷ Rat: 131 Mitglieder; wird von der Hauptversammlung gewählt; Managementausschuss: 17 Mitglieder; wird von der Hauptversammlung gewählt; bildet Fachausschüsse; Vorstand: fünf Mitglieder; wird vom Managementausschuss bestimmt; Fachausschüsse: Löhne und Personal, Sozialwesen und Gesundheit, Schule und Kultur, Umwelt, Arbeitsmarkt und Wirtschaft, Internationale Angelegenheiten;
Zahl der Beschäftigten:	ca. 400 ³⁸⁸
Kontakt:	Weidekampsgade 10 PO Box 3370 DK- 2300 Copenhagen V Tel: +45 3370 3370 Fax: +45 3370 3051 E-Mail: kl@kl.dk Website: http://www.kl.dk (dänisch), http://www.lgdk.dk (english)
Präsident:	Erik Fabrin
Geschäftsführer:	Peter Gorm Hansen

³⁸² Difu-Befragung, 2007.

³⁸³ Ebenda.

³⁸⁴ Ebenda.

³⁸⁵ Ebenda.

³⁸⁶ Alle Angaben zu den Kernkompetenzen: Dänischer Gemeindeverband: <http://www.lgdk.dk>.

³⁸⁷ Alle Angaben zu den Organen: Dänischer Gemeindeverband: <http://www.lgdk.dk>; United Cities and Local Governments (UCLG): <http://www.cities-localgovernments.org/gold/Upload/KL%20Denmark.pdf>.

³⁸⁸ Difu-Befragung, 2007.

Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas:	ja ³⁸⁹
---	-------------------

³⁸⁹ http://www.ccre.org/membres_en.htm.

Finnland

Name:	Verband der Städte, Gemeinden und Regionen Finnlands Suomen Kuntaliitto r.y.
Gründung:	1970 ³⁹⁰
Initiatoren:	k.A. ³⁹¹
Mitglieder:	416 Gemeinden (kunta) ³⁹²
Finanzierung:	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge - andere Einnahmen (Publikationen, Beteiligungen, Immobilien) ³⁹³
Kernkompetenzen:	- Interessenvertretung (u.a. gegenüber Regierung, Parlament, Medien) ³⁹⁴ - Informations- und Erfahrungsaustausch (u.a. Website, Publikationen, Statistiken, Konferenzen) - Beratung (in allen Bereichen kommunaler Aktivitäten) - Weiterbildung - Forschung und Entwicklung
Organe:	Generalversammlung: höchstes Gremium des Verbandes; tagt alle vier Jahre; ³⁹⁵ Hauptausschuss: 101 Mitglieder; wird von der Generalversammlung gewählt; trifft Entscheidungen zu Finanzen, Mitgliederbeiträgen, Jahresplanung; Präsidium: 15 Mitglieder und 15 stellvertretende Mitglieder; wird vom Hauptausschuss ernannt; Repräsentation des Verbandes: Leitung der Verwaltung und der Finanzen; Präsidium der Kommission für kommunale Arbeitgeber: Kommission repräsentiert öffentliche Verwaltungen auf dem lokalen Arbeitsmarkt; Beiräte: erarbeiten Stellungnahmen zu bestimmten Themen; unterstützen das Präsidium;
Zahl der Beschäftigten:	ca. 300 ³⁹⁶
Kontakt:	Toinen Linja 14, PL 200 FI-00101 Helsinki Tel: +358 9 77 11 Fax: +358 9 77 12 291 E-Mail: info@kuntaliitto.fi Website: http://www.kuntaliitto.fi
Präsident:	Pekka Nousiainen
Geschäftsführer:	Risto Parjanne
Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas:	ja ³⁹⁷

³⁹⁰ Difu-Befragung, 2007.

³⁹¹ Ebenda.

³⁹² Verband der Städte, Gemeinden und Regionen Finnlands: <http://www.kunnat.net>.

³⁹³ Difu-Befragung, 2007; Open Society Institute- OSI/ Local Government and Public Service Reform Initiative – LGI: Association of Finnish Local and Regional Authorities; http://www.lgassociations.info/view_organizations.lga?org=29.

³⁹⁴ Alle Angaben zu den Kernkompetenzen: Verband der Städte, Gemeinden und Regionen Finnlands: <http://www.kunnat.net>.

³⁹⁵ Alle Angaben zu den Organen: Ebenda.

³⁹⁶ Difu-Befragung, 2007.

³⁹⁷ http://www.ccre.org/membres_en.htm.

Frankreich

Name:	Verband der Bürgermeister Frankreichs ³⁹⁸ Association des maires de France (AMF)
Gründung:	1907
Initiatoren:	Bürgermeister französischer Städte
Mitglieder:	mehr als 35.000 Bürgermeister sowie Präsidenten der übergemeindlichen Gemeindekörperschaften
Finanzierung:	k.A.
Kernkompetenzen:	- Vertretung der Interessen der Gemeinden - Informationsvermittlung (u.a. Monatszeitschrift, Newsletter, Leitfäden, Website) - Durchführung von Kongressen - Förderung der Information und Ausbildung der Bürgermeister und anderer Mitglieder der Gemeinderäte - Vermittlung von Experten/Sachverständigen
Organe:	Hauptversammlung: k.A. Präsidium (Bureau): 36 Mitglieder (Vorsitzende der Verbände auf Departementebene und Präsidenten übergemeindlicher Verbände); wird von der Hauptversammlung gewählt; besteht aus einem Präsidenten, einem ersten Vizepräsidenten, einem Generalsekretär, einem Schatzmeister und 32 weiteren Mitgliedern; Entscheidungsinstanz des Verbandes; Hauptausschuss (comité directeur): 96 Mitglieder (je ein Vertreter der Departements); unterstützt das Präsidium; beratende Rolle; Ausschüsse: bereiten die Entscheidungen des Präsidiums und des Hauptausschusses vor;
Zahl der Beschäftigten:	37
Kontakt:	41, Quai d'Orsay F-75343 Paris Cedex 07 Tel: +33 1 44 18 14 14 Fax: +33 1 44 18 14 15 E-Mail: amf@amf.asso.fr Website: http://www.amf.asso.fr
Präsident:	Jacques Pelissard
Geschäftsführer:	André Laignel
Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas:	nein ³⁹⁹

³⁹⁸ Alle Angaben zum Verband: Verband der Bürgermeister Frankreichs: <http://www.amf.asso.fr>.

³⁹⁹ http://www.ccre.org/membres_en.htm.

Frankreich

Name:	Vereinigung der Bürgermeister der französischen Großstädte Association des Maires de Grandes Villes (AMGVF)
Gründung:	1974 ⁴⁰⁰
Initiatoren:	Bürgermeister französischer Städte ⁴⁰¹
Mitglieder:	95 (größte Städte und kommunale Zusammenschlüsse mit über 100.000 Einwohnern) ⁴⁰²
Finanzierung:	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge ⁴⁰³
Kernkompetenzen:	- Interessenvertretung der größeren Städte ⁴⁰⁴ - Teilnahme an Parlamentsdebatten, Formulierung von Vorschlägen - Informationsvermittlung (Publikationen)
Organe:	Hauptversammlung: ⁴⁰⁵ k.A. Präsidium (Bureau): 22 Mitglieder; wird von der Hauptversammlung gewählt; neun Fachausschüsse: Stadtentwicklung; Europa und internationale Angelegenheiten; Verkehr; Finanzen; Erfahrungsaustausch; Neue Informations- und Kommunikationstechnologien; Wohnen; Sicherheit; Nachhaltige Entwicklung;
Zahl der Beschäftigten:	11 ⁴⁰⁶
Kontakt:	42, rue Notre-Dame des Champs F-75006 Paris Tel: +33 1 44 39 34 56 Fax: +33 1 45 48 98 54 E-Mail: amgvf@grandesvilles.org Website: http://www.grandesvilles.org
Präsident:	Michel Destot
Geschäftsführer:	Christian Lalu
Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas:	nein ⁴⁰⁷

⁴⁰⁰ Difu-Befragung, 2007.

⁴⁰¹ Ebenda.

⁴⁰² Ebenda.

⁴⁰³ Ebenda.

⁴⁰⁴ Alle Angaben zu den Kernkompetenzen: Vereinigung der Bürgermeister der französischen Großstädte: <http://www.grandesvilles.org>

⁴⁰⁵ Alle Angaben zu den Organen: Ebenda.

⁴⁰⁶ Difu-Befragung, 2007.

⁴⁰⁷ http://www.ccre.org/membres_en.htm.

Frankreich

Name:	Versammlung französischer Gemeinschaften ⁴⁰⁸ Assemblée des communautés de France (AdCF)
Gründung:	1989
Initiatoren:	k.A.
Mitglieder:	über 1.000 kommunale Gemeinschaften
Finanzierung:	Umlagen/Mitgliedsbeiträge ¹
Kernkompetenzen:	- Interessenvertretung interkommunaler Zusammenschlüsse - Förderung interkommunaler Kooperation - Organisation von Konferenzen - Beratung (z.B. Telefonunterstützung, spezifische Informations- und Gutachterleistungen) - Studien und Veröffentlichungen - Veranstaltungen
Organe:	Hauptversammlung: tagt jährlich; Entscheidungsgremium; Präsidium/Nationalbüro (Bureau national): 50 Mitglieder; wird von der Hauptversammlung alle sechs Jahre gewählt; verwaltet den Verband; wählt Präsidenten, Stellvertreter, Kassierer, Sekretär; Präsident setzt die Entscheidungen des Nationalbüros um; Fachausschüsse: werden vom Nationalbüro eingerichtet; analysieren und formulieren Vorschläge;
Zahl der Beschäftigten:	12
Kontakt:	191 rue Saint-Honoré F-75001 Paris Tel: +33 1 55 04 89 00 Fax: +33 1 55 04 89 01 E-Mail: adcf@adcf.asso.fr Website: http://www.intercommunalites.com
Präsident:	Marc Censi
Geschäftsführer:	Nicolas Portier
Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas:	nein ⁴⁰⁹

⁴⁰⁸ Alle Angaben zum Verband: <http://www.intercommunalites.com>.

⁴⁰⁹ http://www.ccre.org/membres_en.htm.

Großbritannien

Name:	Verband der lokalen Gebietskörperschaften Local Government Association (LGA)
Gründung:	1997 ⁴¹⁰
Initiatoren:	Zusammenschluss zweier kommunaler Verbände ⁴¹¹
Mitglieder:	ca. 500 ⁴¹²
Finanzierung:	Umlagen/Mitgliedsbeiträge ⁴¹³
Kernkompetenzen:	- Interessenvertretung, Beeinflussung der Regierung und der Öffentlichkeit⁴¹⁴ - Durchführung von thematischen Kampagnen (z.B. zur Verbesserung der Reputation von Kommunen, zur Förderung lokaler Demokratie) - Durchführung von Konferenzen und Seminaren - Informationsvermittlung (z.B. durch Publikationen, Rundbriefe, Website, täglichen Politikmonitoringservice)
Organe:	Hauptversammlung: tagt zweimal jährlich; fungiert als "Parlament" des Verbandes; entscheidet über den Haushalt; wählt die Amtsinhaber des Verbandes (Präsident, Chairman);⁴¹⁵ Vorstand (LGA Executive): 17 Mitglieder; koordinierende Rolle; bestimmt die strategische Ausrichtung; repräsentiert den Verband; Ausschüsse: bestimmen die strategische Ausrichtung von Schlüsselprojekten; Verwaltungsrat: vier Personen;
Zahl der Beschäftigten:	ca. 220 ⁴¹⁶
Kontakt:	Local Government House Smith Square UK-SW1P 3HZ London Tel: +44 207 664 31 21 Fax: +44 207 664 31 28 E-Mail: info@lga.gov.uk Website: http://www.lga.gov.uk
Präsident:	Lord Best
Geschäftsführer:	Paul Coen
Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas:	ja ⁴¹⁷

⁴¹⁰ Difu-Befragung, 2007.

⁴¹¹ <http://www.connet.org/uk/cid/organisation.jsp?id=889>

⁴¹² Difu-Befragung, 2007; Neben den 404 Kommunen in England und Wales zählen auch Feuer-, Verkehrs- und Nationalparkbehörden zu den Mitgliedern des Verbandes (vgl. <http://www.lga.gov.uk/lga/core/page.do?pagelid=21575>).

⁴¹³ Ebenda.

⁴¹⁴ Alle Angaben zu den Kernkompetenzen: Verband der lokalen Gebietskörperschaften: <http://www.lga.gov.uk>.

⁴¹⁵ Alle Angaben zu den Organen: Ebenda.

⁴¹⁶ Laffin 2007.

⁴¹⁷ http://www.ccre.org/membres_en.htm.

Großbritannien

Name:	Nationaler Verband der Kommunalräte ⁴¹⁸ National Association of Local Councils (NALC)
Gründung:	1947
Initiatoren:	k.A.
Mitglieder:	ca. 10.000 Stadt- und Gemeinderäte
Finanzierung:	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge - Verkauf von Publikationen
Kernkompetenzen:	- Interessenvertretung der Mitglieder gegenüber Regierung, Parlament, Parteien, Medien und durch Kooperation mit anderen kommunalen Verbänden (z.B. Verband der lokalen Gebietskörperschaften) - Unterstützung und Beratung der Mitglieder (z.B. durch Best-practice-Beispiele, Rechtsberatung, Weiterbildung zu Rechtsfragen) - Pressemitteilungen und Publikationen - spezielle Unterstützung größerer kommunaler Räte - Konferenzen - Weiterbildung
Organe:	Hauptversammlung: Bezirksverbände entsenden Vertreter; tagt jährlich; Entscheidungsgremium des Verbandes; beschließt die Strategie des Verbandes; Nationalrat: Bezirksverbände entsenden Vertreter; tagt vierteljährlich; Verantwortlich für die Umsetzung der Entscheidungen der Hauptversammlung; Finanzaufsicht; bildet Ausschüsse (z.B. Hauptausschuss, Finanzausschuss); Präsidium: k.A.
Zahl der Beschäftigten:	31
Kontakt:	109, Great Russell Street UK-WC1B 3LD London Tel: +44 207 637 18 65 Fax: +44 207 436 74 51 E-Mail: nalc@nalc.gov.uk Website: http://www.nalc.gov.uk
Präsident:	Earl of Lytton
Geschäftsführer:	John Findlay
Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas:	ja ⁴¹⁹

⁴¹⁸ Alle Angaben zum Verband: Nationaler Verband der Kommunalräte: <http://www.nalc.gov.uk>.

⁴¹⁹ http://www.ccre.org/membres_en.htm.

Italien

Name:	Nationaler Verband der italienischen Gemeinden Associazione Nazionale dei Comuni Italiani (ANCI)
Gründung:	1901 ⁴²⁰
Initiatoren:	k.A.
Mitglieder:	ca. 7.000 Kommunen ⁴²¹
Finanzierung:	Umlagen/Mitgliedsbeiträge ⁴²²
Kernkompetenzen:	- Interessenvertretung der Kommunen (z.B. durch Repräsentation der Mitglieder gegenüber dem Staat)⁴²³ - Unterstützung und Beratung der Mitglieder - Untersuchung von kommunalen Problemen, Entwicklungen, Veränderungen - Informationsvermittlung - Förderung und Koordination internationaler Beziehungen und Kooperationen
Organe:	Hauptversammlung: Regionalversammlungen entsenden Delegierte; tagt alle fünf Jahre; bestimmt die allgemeinen Leitlinien des Verbandes;⁴²⁴ Präsident: wird von der Hauptversammlung gewählt; repräsentiert den Verband; steht der Hauptversammlung und dem Managementausschuss vor; Nationalrat: wird von der Hauptversammlung gewählt; tagt jährlich; berät die programmatischen Leitlinien des Verbandes; verantwortlich für den Haushalt; Managementausschuss: wird vom Nationalrat gewählt; tagt alle zwei Monate; bereitet den Haushalt vor; führt die Beschlüsse des Nationalrates aus;
Zahl der Beschäftigten:	k.A.
Kontakt:	Via dei Prefetti 46 I-00186 Roma Tel: +39 06 680091 Fax + 39 06 6873547 E-Mail: info@anci.it Website: http://www.anci.it
Präsident:	Leonardo Domenica
Geschäftsführer:	Dr. Angelo Rughetti
Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas:	nein ⁴²⁵

⁴²⁰ Nationaler Verband der italienischen Gemeinden: <http://www.anci.it>.

⁴²¹ Difu-Befragung, 2007

⁴²² Ebenda.

⁴²³ Alle Angaben zu den Kernkompetenzen: Nationaler Verband der italienischen Gemeinden: <http://www.anci.it>.

⁴²⁴ Alle Angaben zu den Organen: Ebenda.

Niederlande

Name:	Niederländischer Gemeindeverband Vereniging van Nederlandse Gemeenten (VNG)
Gründung:	1928 ⁴²⁶
Initiatoren:	Stadt Den Haag ⁴²⁷
Mitglieder:	- 485 Kommunen - Niederländische Antillen - Aruba ⁴²⁸
Finanzierung:	Umlagen/Mitgliedsbeiträge ⁴²⁹
Kernkompetenzen:	- Repräsentation der Mitgliederinteressen gegenüber der staatlichen Ebene, der EU und anderen öffentlichen Organisationen ⁴³⁰ - regelmäßige Beratungen mit staatlichen Ministerien und der Provinzebene - Bereitstellung von Dienstleistungen und Beratung für die Mitglieder (z.B. Musterverordnungen) - Informationsbereitstellung (z.B. wöchentliches Magazin, Newsletter, Rundschreiben, Website, Publikationen zu bestimmten Themen) - Förderung des Wissens- und Erfahrungsaustauschs (Konferenzen, jährliche Hauptversammlung)
Organe:	Generalversammlung: Vertreter der Mitgliedskommunen; tagt jährlich; Abnahme des Jahresberichts und der Jahresabschlussrechnung; nimmt Stellung zur generellen Strategie des Verbandes; ⁴³¹ Präsidium: neun Mitglieder; wird vom Hauptausschuss benannt; besteht aus Präsident, Stellvertreter, Sekretär, Schatzmeister und fünf Mitgliedern; bereitet die Entscheidungen des Hauptausschusses vor und überprüft deren Umsetzung; Vorstand: vier Mitglieder; wird vom Präsidium ernannt; Exekutivorgan des Verbandes; Hauptausschuss: 43 Mitglieder; wird von der Generalversammlung gewählt; tagt alle zwei Monate; leitendes Gremium des Verbandes; u.a. verantwortlich für den Haushalt;
Zahl der Beschäftigten:	300 ⁴³²

⁴²⁵ http://www.ccre.org/membres_en.htm.

⁴²⁶ Difu-Befragung, 2007.

⁴²⁷ Ebenda.

⁴²⁸ Alle Angaben zu den Mitgliedern: Ebenda.

⁴²⁹ Ebenda.

⁴³⁰ Alle Angaben zu den Kernkompetenzen: Niederländischer Gemeindeverband: <http://www.vng.nl>.

⁴³¹ Alle Angaben zu den Organen: Ebenda.

⁴³² Difu-Befragung, 2007.

Kontakt:	De Willemschhof Nassaulaan 12 NL-2514 JS Den Haag Tel: +31 70 373 8393 Fax: + 31 70 363 5682 E-Mail: vng@vng.nl Website: http://www.vng.nl
Präsident:	Wim Deetman
Geschäftsführer:	Ralph J.J.M. Pans
Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas:	ja ⁴³³

⁴³³ http://www.ccre.org/membres_en.htm.

Österreich

Name:	Österreichischer Städtebund
Gründung:	1915 ⁴³⁴
Initiatoren:	Vertreter der finanzpolitischen Städtekommission ⁴³⁵
Mitglieder:	247 Gemeinden ⁴³⁶
Finanzierung:	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge - Anteile aus Ertragsanteilen ⁴³⁷
Kernkompetenzen:	- Wahrnehmung der Interessen der Städte und Gemeinden bei den Verhandlungen über die Verteilung der Finanzmittel und Besteuerungsrechte zwischen Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzausgleich)⁴³⁸ - Interessenvertretung gegenüber den Ländern - Stellungnahme zu bundesgesetzlichen Regelungen aus Sicht der Gemeinden und Städte sowie Teilnahme an Beratungsgremien auf Bundesebene (z.B. in den Bereichen Umwelt oder Sozialwesen) - Erfahrungsaustausch in ca. 30 fachlich ausgerichteten Ausschüssen (Beratung innovativer Maßnahmen in den Städten oder zu neuen gesetzlichen Regelungen) - Österreichischer Städtetag: jährliche Fachkonferenz mit Informationen zu politisch wichtigen Themen - Informationsvermittlung (z.B. monatliche Zeitschrift, Rundschreiben, Website, Statistisches Jahrbuch österreichischer Städte) - Internationale Aktivitäten (z.B. „Ostkooperation“: Organisation von Studienaufenthalten in Österreich für Bürgermeister und kommunale Entscheidungsträger aus Osteuropa; Know-how-Transfer-Center [KTC]: Schulungen in kommunal und regional relevanten Angelegenheiten in mittel- und osteuropäischen Ländern)
Organe:	Städtetag: höchstes Gremium des Österreichischen Städtebundes; findet jährlich statt;⁴³⁹ Hauptausschuss: ca. 60 Mitglieder; wird vom Städtetag gewählt; leitet die Verbandstätigkeiten; ernennt den Generalsekretär; Geschäftsleitung: 20 Personen; wird vom Städtetag gewählt; erledigt die wichtigen Geschäfte des Verbandes; Ausschüsse: beratende Funktion für bestimmte Verwaltungsbereiche; Generalsekretär:

⁴³⁴ Difu-Befragung, 2007.

⁴³⁵ Ebenda.

⁴³⁶ Ebenda.

⁴³⁷ Ebenda.

⁴³⁸ Alle Angaben zu den Kernkompetenzen: Österreichischer Städtebund: <http://www.cities.gv.at>.

	Vorbereitung und Vollzug der Beschlüsse der Organe; Ausarbeitung von Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen;
Zahl der Be- schäftigten:	20 ⁴⁴⁰
Kontakt:	Rathaus A-1082 Wien Tel: +43 1 4000 89 980 Fax: +43 1 4000 71 35 E-Mail: post@stb.or.at Website: http://www.cities.gv.at
Präsident:	Dr. Michael Häupl
Geschäftsführer:	Mag. Dr. Thomas Weninger (Generalsekretär)
Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas:	ja ⁴⁴¹

⁴³⁹ Alle Angaben zu den Organen: Österreichischer Städtebund 2003.

⁴⁴⁰ Difu-Befragung, 2007.

⁴⁴¹ http://www.ccre.org/membres_en.htm.

Österreich

Name:	Österreichischer Gemeindebund ⁴⁴²
Gründung:	1947
Initiatoren:	k.A.
Mitglieder:	2.344 Gemeinden
Finanzierung:	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge
Kernkompetenzen:	- Vertretung der Interessen der österreichischen Gemeinden auf nationaler und internationaler Ebene - Einbringung des politischen Gewichts und inhaltlicher Kompetenz bei der Gestaltung der rechtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene zum Vorteil der Mitglieder - Unterstützung der politischen Organe und Kooperation mit den Landesverbänden - Koordination und Bündelung der Initiativen der Mitglieder und von Organen, Parteien und Institutionen, die gemeinsame Zielsetzungen im Interesse der Mitgliedsgemeinden verfolgen - Beratung in allen kommunalen Fragen und Bildung von Netzwerken (v.a. zu Organen und Institutionen der EU)
Organe:	Bundesvorstand: 65 Personen (Vertreter aus den Landesverbänden und Generalsekretär); tagt mindestens zweimal pro Jahr; oberstes Organ des Gemeindebundes; steht unter dem Vorsitz des Präsidenten; Präsidium: Präsident, Stellvertreter, Obleute der Landesverbände; Generalsekretär und Vertreter des Gemeindebundes in internationalen Gremien gehören dem Präsidium ohne Stimmrecht an; wird vom Bundesvorstand gewählt; Fachausschüsse: können vom Präsidium für die Beratung einzelner Sachgebiete eingesetzt werden; Generalsekretär: führt die laufenden Geschäfte; leitet das Büro in Wien sowie die Außenstelle in Brüssel;
Zahl der Beschäftigten:	14
Kontakt:	Löwelstraße 6 A-1010 Wien Tel: +43 -1- 512 14 80 Fax : +43 - 1- 512 14 80 - 72 E-Mail: oesterreichischer@gemeindebund.gv.at Website: http://www.gemeindebund.at
Präsident:	Herbert Mödlhammer
Geschäftsführer:	votr. HR Dr. Robert Hink (Generalsekretär)
Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas:	ja ⁴⁴³

⁴⁴² Alle Angaben zum Verband: Österreichischer Gemeindebund: <http://www.gemeindebund.at>.

⁴⁴³ http://www.ccre.org/membres_en.htm.

Polen

Name:	Polnischer Städteverband ⁴⁴⁴ Związek Miast Polskich (ZMP)
Gründung:	1917 (Verbot nach dem 2. Weltkrieg, Restitution 1991)
Initiatoren:	k.A.
Mitglieder:	265 Städte
Finanzierung:	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge
Kernkompetenzen:	- Interessenvertretung gegenüber Ministerien und Parlament - Informationsvermittlung (u.a. Website, Publikationen, Beilagen in Fachzeitschriften) - Informationsaustausch (Konferenzen, Seminare für die Vertreter der Städte) - Unterstützung der Städte bei Messen, Konferenzen, Workshops, Ausstellungen - Durchführung von Wettbewerben - Forschung (Studien zu unterschiedlichen Fragestellungen wie Bildung, Steuern, Baubereich, Wirtschaft; Selbstverwaltungs-Analyse-System zur Beobachtung der zentralen Bereiche des öffentlichen Lebens in den Mitgliedsstädten: Gesundheitswesen, Sozialleistungen, Bildung, Kultur, Verkehr)
Organe:	Generalversammlung: konstituierendes Gremium; tagt jährlich; Vorstand: 21 Mitglieder; tagt monatlich; repräsentiert den Verband; legt den Haushalt fest; organisiert Aktivitäten des Verbandes; bezieht Stellung zu aktuellen Gesetzesfragen; Verbandsbüro: verwaltet die Arbeit des Verbandes und seiner Organe; Direktor wird vom Vorstand bestimmt;
Zahl der Beschäftigten:	ca. 28
Kontakt:	- ul. Robocza 46 a - PL-61-517 Poznan - Tel: +48 61 633 50 50 - Fax: +48 61 633 50 60 - E-Mail: kasiah@zmp.poznan.pl - Website: http://www.zmp.poznan.pl
Präsident:	Ryszard Grobelny
Geschäftsführer:	Andrzej Porawski
Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas:	ja ⁴⁴⁵

⁴⁴⁴ Alle Angaben zum Verband: Polnischer Städteverband: <http://www.zmp.poznan.pl>.

⁴⁴⁵ http://www.ccre.org/membres_en.htm.

Polen

Name:	Union der polnischen Metropolen Unia Metropolii Polskich (UMP)
Gründung:	1990 ⁴⁴⁶
Initiatoren:	Fünf Bürgermeister ⁴⁴⁷
Mitglieder:	12 Städte (Białystok, Bydgoszcz, Gdańsk, Katowice, Kraków, Lublin, Łódź, Poznań, Rzeszów, Szczecin, Warszawa, Wrocław) ⁴⁴⁸
Finanzierung:	Umlagen/Mitgliedsbeiträge ⁴⁴⁹
Kernkompetenzen:	- Interessenvertretung der Mitgliedsstädte⁴⁵⁰ - Unterstützung der Entwicklung territorialer und wirtschaftlicher Selbstverwaltung - Stärkung der Zivilgesellschaft - Förderung von Initiativen und Aktionen zum Aufbau regionaler und lokaler Strukturen (besonders in großstädtischen Gebieten) - Gemeinsame Lösung von Problemen großer Städte - Kooperation mit Regierungsbehörden und nationalen, ausländischen und internationalen Organisationen zur Förderung der Position von Metropolen im Nationalstaat sowie im europäischen Integrationsprozess - Organisation von Seminaren, Workshops, Erörterungen - Erstellung von Analysen und Veröffentlichung von Materialien
Organe:	Stiftungsrat: Bürgermeister der Mitgliedsstädte (12 Personen); bestimmt Zielsetzung und Aktivitäten der Stiftung;⁴⁵¹ Vorstand: sechs Vertreter der Mitgliedsstädte; wird vom Stiftungsrat bestimmt; Fachausschüsse: bereiten Stellungnahmen und Positionen für den Stiftungsrat und den Vorstand vor;
Zahl der Beschäftigten:	7 ⁴⁵²
Kontakt:	Plac Defilad 1 PO BOX 43 PL-00-901 Warszawa Tel: +48 22 656 7616 Fax: +48 22 656 60 18 E-Mail: kw@metropolie.pl Website: http://www.selfgov.gov.pl
Präsident:	Prof. Dr. Hanna Gronkiewicz-Waltz
Geschäftsführer:	Andrzej Lubiowski
Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas:	nein ⁴⁵³

⁴⁴⁶ Difu-Befragung, 2007.

⁴⁴⁷ Ebenda.

⁴⁴⁸ Ebenda.

⁴⁴⁹ Ebenda.

⁴⁵⁰ Alle Angaben zu den Kernkompetenzen: Union der polnischen Metropolen: <http://www.selfgov.gov.pl>.

⁴⁵¹ Alle Angaben zu den Organen: Ebenda.

⁴⁵² Difu-Befragung, 2007.

⁴⁵³ http://www.ccre.org/membres_en.htm.

Rumänien

Name:	Rumänischer Bund lokaler Behörden Federația Autorităților Locale din România (FALR)
Gründung:	2001 ⁴⁵⁴
Initiatoren:	vier Gemeindeverbände ⁴⁵⁵
Mitglieder:	- Rumänischer Gemeindeverband (Asociația Municipiilor din România AMR) - Verband der Rumänischen Städte (Asociația Orașelor din România AOR) - Verband der Rumänischen Kommunen (Asociația Comunelor din România ACoR) ⁴⁵⁶
Finanzierung:	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge - Drittmittel - Einkommen aus Projekten, Zuschüsse ⁴⁵⁷
Kernkompetenzen:	- Interessenvertretung gegenüber Zentralregierung und Parlament sowie nationalen und internationalen Organisationen ⁴⁵⁸ - Unterstützung und Dienstleistungen für Kommunen und Mitgliedsverbände - Förderung des Informations- und Erfahrungsaustausches (Konferenzen, Seminare, Publikationen) - Beteiligung an der Modernisierung und Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung
Organe:	Hauptversammlung: Vertreter der Mitgliedsverbände; tagt jährlich; beschließendes Organ; legt Strategie und Programme des Verbandes fest; ⁴⁵⁹ Präsidium: 15 Mitglieder; von der Hauptversammlung gewählt; tagt vierteljährlich; repräsentiert den Verband und stellt die Aufgabenerfüllung sicher; verabschiedet Deklarationen und entwirft Vorschläge;
Zahl der Be- schäftigten:	3 ⁴⁶⁰
Kontakt:	Str Eforiei, nr. 5, sector 5, cod 050036, camera 503, RO-Bucuresti Tel: +40 21 3150590 Fax: +40 21 3150590 E-Mail: falr@falr.ro Website: http://www.falr.ro
Präsident:	Cristian Anghel
Geschäftsführer:	Ileana Tiganus (Liaison Officer)
Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas:	nein ⁴⁶¹

⁴⁵⁴ Difu-Befragung, 2007.

⁴⁵⁵ Ebenda.

⁴⁵⁶ Ebenda.

⁴⁵⁷ Alle Angaben zur Finanzierung: Ebenda.

⁴⁵⁸ Alle Angaben zu den Kernkompetenzen: Rumänischer Bund lokaler Behörden: <http://www.falr.ro>.

⁴⁵⁹ Alle Angaben zu den Organen: Ebenda.

⁴⁶⁰ Difu-Befragung, 2007.

⁴⁶¹ http://www.ccre.org/membres_en.htm.

Schweiz

Name:	Schweizerischer Städteverband (SSV)
Gründung:	1897 ⁴⁶²
Initiatoren:	Große Städte ⁴⁶³
Mitglieder:	125 Städte, Gemeinden, Agglomerationsgemeinden ⁴⁶⁴
Finanzierung:	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge - Einnahmen aus Dienstleistungen
Kernkompetenzen:	- Interessenvertretung auf nationaler und internationaler Ebene (z.B. Mitarbeit in Expertenkommissionen des Bundes und der Kantone) - Mitwirkung in den Vernehmlassungsverfahren ⁴⁶⁵ - Regelmäßige Gespräche mit Bundesämtern und Bundesrat - Erfahrungsaustausch in Arbeitsgruppen, Kommissionen, Konferenzen - Schulung und Weiterbildung (technischer, administrativer, politischer Bereich) - Publikationen (Richtlinien und Empfehlungen, Jahrbuch „Statistik der Schweizer Städte“, Newsletter) - Umfrage- und Dokumentationsdienst ⁴⁶⁶
Organe:	Delegiertenversammlung: tagt jährlich; Beratung und Beschlussfassung;⁴⁶⁷ Vorstand: Präsident und 15 weitere Mitglieder; wird von der Delegiertenversammlung gewählt; leitet den Verband; bereitet die Durchführung der Delegiertenversammlung vor und führt deren Beschlüsse aus; vertritt den Verband nach außen; trifft Grundsatzentscheide; Geschäftsleitung: max. 5 Mitglieder des Vorstandes; wird vom Vorstand gebildet; Geschäftsführung des Verbandes; Sekretariat: wird vom Vorstand gewählt; erfüllt die Verbandsaufgaben gemäß den Weisungen des Vorstandes; Rechnungsführung; wird vom Direktor geleitet;
Zahl der Beschäftigten:	7 ⁴⁶⁸

⁴⁶² Difu-Befragung, 2007.

⁴⁶³ Ebenda.

⁴⁶⁴ Ebenda.

⁴⁶⁵ „Vernehmlassungsverfahren ist die Phase innerhalb des Gesetzgebungsprozesses, in der Vorhaben des Bundes auf ihre sachliche Richtigkeit, Vollzugstauglichkeit und Akzeptanz hin geprüft werden. Die Vorlage wird zu diesem Zweck den Kantonen, Parteien, Dachverbänden der Gemeinden, Städte und der Berggebiete, den Dachverbänden der Wirtschaft sowie weiteren, im Einzelfall interessierten Kreisen unterbreitet“ (Die Bundesbehörden der Schweizerischen Eidgenossenschaft: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/index.html>).

⁴⁶⁶ Alle Angaben zu den Kernkompetenzen: Schweizerischer Städteverband: <http://www.staedteverband.ch>; Schweizerischer Städteverband 2007.

⁴⁶⁷ Ebenda.

⁴⁶⁸ Difu-Befragung, 2007.

Kontakt:	Florastrasse 13 CH-3000 Bern 6 Tel: +41 31 356 32 32 Fax: +41 31 356 32 33 E-Mail: info@staedteverband.ch Website: http://www.staedteverband.ch
Präsident:	Dr. Marcel Guignard
Geschäftsführer:	Dr. Urs Geissmann (Direktor) Renate Amstutz (Direktorin ab 01.07.2008)
Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas:	nein ⁴⁶⁹

⁴⁶⁹ http://www.ccre.org/membres_en.htm.

Schweiz

Name:	Schweizerischer Gemeindeverband ⁴⁷⁰
Gründung:	1953
Initiatoren:	k.A.
Mitglieder:	1.911 Gemeinden
Finanzierung:	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge⁴⁷¹ - Einnahmen aus der Verbandszeitschrift (Inserate, Abonnements) - Verkauf von Adressen und Publikationen
Kernkompetenzen:	- Interessenvertretung der Gemeinden auf Bundesebene - Beratungs- und Informationsleistungen (u.a. durch Fachmagazin, Newsletter, Medienmitteilungen, Publikationen, Website) - Tagungen und Informationsveranstaltungen - politische Stellungnahmen
Organe:	Generalversammlung: oberstes Organ des Verbandes; stimmberechtigte Delegierte werden von den Mitgliedern bestimmt; Vorstand: 15 Mitglieder kommunaler Exekutivbehörden, Vorstandsmitglieder von politischen Gemeindevereinigungen sowie Angehörige der eidgenössischen Räte; führt den Verband im Rahmen der politischen Vorgaben der Generalversammlung; Direktion: Geschäftsführung des Verbandes;
Zahl der Beschäftigten:	7
Kontakt:	Solothurnstrasse 22 CH-3322 Urtenen-Schönbühl Tel: +41 31 858 31 16 Fax: +41 31 858 31 15 E-Mail: verband@chgemeinden.ch Website: http://www.chgemeinden.ch
Präsident:	Dr. Ulrich Isch
Geschäftsführer:	Ulrich König (Direktor)
Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas:	nein ⁴⁷²

⁴⁷⁰ Alle Angaben zum Verband: Schweizerischer Gemeindeverband: <http://www.chgemeinden.ch>

⁴⁷¹ Open Society Institute – OSI / Local Government and Public Service Reform Initiative – LGI: Association of Swiss Communes: http://www.lgassociations.info/full_organizations.lga?org=12.

⁴⁷² http://www.ccre.org/membres_en.htm.

Schweden

Name:	Schwedischer Verband der Gemeinden und Regionen Sveriges Kommuner och Landsting (SKL)
Gründung:	2007 (Zusammenschluss des Schwedischen Gemeindeverbandes und des Verbandes Schwedischer Landkreise) ⁴⁷³
Initiatoren:	- Schwedischer Gemeindeverband (Svenska Kommunförbundet) - Verband Schwedischer Landkreise (Landstingsförbundet) ⁴⁷⁴
Mitglieder:	- 2 Regionen - 18 Kreise - 290 Gemeinden ⁴⁷⁵
Finanzierung:	Umlagen/Mitgliedsbeiträge ⁴⁷⁶
Kernkompetenzen:	- Unterstützung und Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung ⁴⁷⁷ - Vertretung der Interessen der Mitglieder (z.B. durch Einflussnahme auf Politikinitiativen auf nationaler und europäischer Ebene) - Wahrnehmung der Mitgliederinteressen als Arbeitgeberorganisation - Bereitstellung von Dienstleistungen und Unterstützung für die Mitglieder - Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit - Förderung des Dialogs und Erfahrungsaustauschs zwischen den Mitgliedern und nach außen
Organe:	Kongress (Mitgliederversammlung): Mitglieder entsenden Vertreter; tagt jährlich; höchstes Entscheidungsgremium des Verbandes; ⁴⁷⁸ Präsidium: 21 Mitglieder und 21 Vertreter; wird vom Kongress gewählt; leitet die Verbandsaktivitäten; kontrolliert die Verbandsorgane; wird unterstützt durch Delegationen und Ausschüsse; Hauptausschuss: sieben Mitglieder; wird vom Präsidium ernannt und vom Präsidenten geleitet; unterstützt das Präsidium;
Zahl der Beschäftigten:	ca. 400 ⁴⁷⁹
Kontakt:	Hornsgatan 20 SE-118 82 Stockholm Tel: +46 8 452 70 00 Fax: +46 8 452 70 50 E-Mail: info@skl.se Website: http://www.skl.se
Präsident:	Anders Knappe
Geschäftsführer:	Håkan Sörman

⁴⁷³ Difu-Befragung, 2007.

⁴⁷⁴ Ebenda.

⁴⁷⁵ Ebenda.

⁴⁷⁶ Ebenda.

⁴⁷⁷ Alle Angaben zu den Kernkompetenzen: Swedish Association of Local Authorities and Regions (SALAR) o.J., S. 22.

⁴⁷⁸ Alle Angaben zu den Organen: Schwedischer Verband der Gemeinden und Regionen: <http://www.skl.se>.

⁴⁷⁹ Difu-Befragung, 2007.

Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas:	ja ⁴⁸⁰
---	-------------------

⁴⁸⁰ http://www.ccre.org/membres_en.htm.

Spanien

Name:	Spanischer Verband der Städte und Provinzen Federación Española de Municipios y Provincias (FEMP)
Gründung:	1981 ⁴⁸¹
Initiatoren:	Gruppe von Bürgermeistern ⁴⁸²
Mitglieder:	7.204 (Gemeinden, Provinzen, Spanische Inseln) ⁴⁸³
Finanzierung:	- Umlagen/Mitgliedsbeiträge ⁴⁸⁴
Kernkompetenzen:	- Förderung und Bewahrung der kommunalen Autonomie⁴⁸⁵ - Repräsentation der kommunalen Interessen gegenüber anderen öffentlichen Verwaltungseinheiten - Bereitstellung zahlreicher Dienstleistungen für Kommunen - Entwicklung und Stärkung des europäischen Gedankens auf kommunaler Ebene durch Förderung von Autonomie und Solidarität zwischen Kommunen - Förderung der internationalen Kooperation zwischen Kommunen und deren Verbänden (besonderer Fokus auf Europa, Lateinamerika, arabische Länder) - Beobachtung nationaler Programme auf kommunaler Ebene
Organe:	Hauptversammlung: höchstes Organ des Verbandes; setzt sich aus Vertretern der Mitglieder zusammen; tagt alle vier Jahre;⁴⁸⁶ Bundesrat: 119 Mitglieder; gewählte Vertreter der Hauptversammlung; setzt sich aus Mitgliedern des Vorstandes und Vertretern der 16 Regionalverbände zusammen; tagt zweimal im Jahr; höchstes Organ des Verbandes zwischen den Hauptversammlungen; setzt die Entscheidungen der Hauptversammlung um; entwickelt die Aktivitäten des Verbandes; Vorstand: 25 Mitglieder; wird von der Hauptversammlung gewählt; tagt monatlich; Vorbereitung und Koordination der Arbeit des Bundesrates; Umsetzung der Entscheidungen des Bundesrates; Präsident: repräsentiert den Verband; Generalsekretariat:

⁴⁸¹ The Spanish Federation of Municipalities and Provinces (FEMP): A detailed presentation of FEMP ([http://www.ccre.org/docs/what_is_femp\[1\].ppt](http://www.ccre.org/docs/what_is_femp[1].ppt)).

⁴⁸² Ebenda.

⁴⁸³ Spanischer Verband der Städte und Provinzen: <http://www.femp.es>.

⁴⁸⁴ The Spanish Federation of Municipalities and Provinces (FEMP): A detailed presentation of FEMP ([http://www.ccre.org/docs/what_is_femp\[1\].ppt](http://www.ccre.org/docs/what_is_femp[1].ppt)).

⁴⁸⁵ Alle Angaben zu den Kernkompetenzen: ebenda.

⁴⁸⁶ Alle Angaben zu den Organen: ebenda.

	repräsentiert den Verband; verantwortlich für die Verwaltung des Verbandes; setzt die Vereinbarungen des Hauptausschuss und des Bundesrats um;
Zahl der Beschäftigten:	104 ⁴⁸⁷
Kontakt:	Calle Nuncio 8 ES-28005 Madrid Tel: +34 913 64 37 00 Fax: +34 913 65 79 40 E-Mail: femp@femp.es Website: http://www.femp.es
Präsident:	Pedro Castro Vázquez
Geschäftsführer:	Gabriel Álvarez Fernández
Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas:	ja ⁴⁸⁸

⁴⁸⁷ Spanischer Verband der Städte und Provinzen: <http://www.femp.es>.

⁴⁸⁸ http://www.ccre.org/membres_en.htm.

Tschechische Republik

Name:	Verband der Tschechischen Städte und Gemeinden Svaz měst a obcí České republiky (SMO ČR)
Gründung:	1907 ⁴⁸⁹
Initiatoren:	Stadt Kolin und 100 weitere Städte ⁴⁹⁰
Mitglieder:	2.475 Kommunen ⁴⁹¹
Finanzierung:	Umlagen/Mitgliedsbeiträge ⁴⁹²
Kernkompetenzen:	- Förderung der Selbstverwaltungsdemokratie in der öffentlichen Verwaltung in der Tschechischen Republik und der Europäischen Union⁴⁹³ - Information der Regierung, des Parlaments und der EU-Institutionen über Auswirkungen von ihnen vorbereiteter Maßnahmen auf die Lebensqualität der Bürger oder die Entwicklung der einzelnen Regionen - Mitwirkung an der Gestaltung regionaler Politik - regelmäßige Konsultationen mit Regierungsvertretern - Förderung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Städte und Gemeinden - Information und Weiterbildung der Gemeinderäte und Mitarbeiter der örtlichen Selbstverwaltung - Informations- und Beratungsservice für die Mitglieder (regelmäßiger Informationsdienst, Website)
Organe:	Hauptversammlung:⁴⁹⁴ höchstes Organ des Verbandes; tagt alle vier Jahre (innerhalb von sechs Monaten nach den landesweiten Kommunalwahlen); legt Prioritäten und Hauptrichtungen des Verbandes fest; nimmt Stellung zu aktuellen Problemen der Städte und Gemeinden; Rat: 95 Mitglieder; tagt mindestens zweimal im Jahr; leitet und kontrolliert die Tätigkeit des Verbandes; verabschiedet die Zwischenergebnisse der Wirtschaftsführung des Verbandes und entwirft den Verbandshaushalt für das Folgejahr; formuliert Beschlüsse zu verschiedenen Fragestellungen der Selbstverwaltung; Verbandsvorstand: 11 Mitglieder; wird vom Rat gewählt; operative Tätigkeit des Verbandes in der Zeit zwischen den Ratsversammlungen; formuliert Beschlüsse des Verbandes zu aktuellen Fragestellungen der Selbstverwaltung;

⁴⁸⁹ Difu-Befragung, 2007.

⁴⁹⁰ Ebenda.

⁴⁹¹ Ebenda.

⁴⁹² Ebenda.

⁴⁹³ Alle Angaben zu den Kernkompetenzen: Union of Towns and Municipalities of the Czech Republic o.J.

⁴⁹⁴ Alle Angaben zu den Organen: Ebenda.

	berichtet dem Rat; Kammern: vertreten die Anforderungen der einzelnen Gemeindearten; jede Gemeinde ist Mitglied einer der Kammern (Kammer der statutarischen Städte, Städtelkammer, Gemeindekammer); Verbandsbüro: Umsetzung der Entscheidungen der Verbandsorgane und der von der Hauptversammlung festgelegten Prioritäten; Bearbeitung der Stellungnahmen des Verbandes; Organisation von Seminaren, Konferenzen und Bezirkzusammenkünften; Leitung durch den geschäftsführenden Vizevorsitzenden;
Zahl der Be- schäftigten:	17 ⁴⁹⁵
Kontakt:	Prague Congress Centre 5. května 1640/65 CZ-140 21 Praha 4 Tel: +420 234 709 711 Fax: +420 234 709 786 E-Mail: smocr@smocr.cz Website: http://www.smocr.cz
Präsident:	Oldrich Vlasak
Geschäftsführer:	Jaromir Jech
Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas:	ja ⁴⁹⁶

⁴⁹⁵ Union of Towns and Municipalities of the Czech Republic 2007.

⁴⁹⁶ http://www.ccre.org/membres_en.htm.

Ungarn

Name:	Ungarische Nationalvereinigung lokaler Gebietskörperschaften Települési Önkormányzatok Országos Szövetsége (TÖOSZ)
Gründung:	1989 ⁴⁹⁷
Initiatoren:	152 Gemeinderäte ⁴⁹⁸
Mitglieder:	1.707 Siedlungen ⁴⁹⁹
Finanzierung:	Umlagen/Mitgliedsbeiträge ⁵⁰⁰
Kernkompetenzen:	- Interessenvertretung der Kommunen⁵⁰¹ - Stellungnahme zu Gesetzesentwürfen und anderen staatlichen Vorhaben - Förderung der kommunalen Selbstverwaltung - Informationsvermittlung - fachliche und organisatorische Unterstützung der Kommunen - Unterstützung der Mitglieder bei Beschwerden und Rechtsangelegenheiten - Teilnahme an internationalen Kooperationen von Kommunen und Förderung internationaler Beziehungen der Mitglieder
Organe:	Hauptversammlung/Delegiertenversammlung: höchstes Entscheidungsorgan; bestimmt und ändert die Statuten; legt die Aufgaben und das Arbeitsprogramm fest; entscheidet über das jährliche Budget; entscheidet über die Gründung und Organisation von Ausschüssen;⁵⁰² Vorstand: 12 Mitglieder; Hauptentscheidungsorgan zwischen zwei Delegiertenversammlungen; wird von der Delegiertenversammlung bestimmt; leitet die Aktivitäten des Verbandes; koordiniert die Arbeit der Ausschüsse und Kammern; Aufbau und Erhaltung internationaler Beziehungen; Vertretung der Arbeitgeberinteressen; entscheidet über wirtschaftliche Aktivitäten des Verbandes; Kontrollausschuss: fünf Mitglieder; wird von der Delegiertenversammlung gewählt; stellt die satzungsgemäße Arbeit des Verbandes und seiner Organe sicher; überwacht die finanziellen Aktivitäten; Sekretariat: zehn Personen; bereitet vor und implementiert die Entscheidungen der Verbandsorgane; arbeitet die Meinung und Vorschläge der Mitglieder aus;

⁴⁹⁷ Difu-Befragung, 2007.

⁴⁹⁸ Ebenda.

⁴⁹⁹ Ebenda.

⁵⁰⁰ Ebenda.

⁵⁰¹ Alle Angaben zu den Kernkompetenzen: The role of the Hungarian National Association of Local Authorities (TÖOSZ) in the provision of e-government at local level in Hungary, Bratislava, 21. November 2005. (http://www.itapa.sk/data/att/463_prezentacia.pdf)

	sorgt für Informationsaustausch innerhalb und außerhalb des Verbandes;
Zahl der Beschäftigten:	10 ⁵⁰³
Kontakt:	Eötvös u. 10 I/28 HU-1067 Budapest Tel: +36 1 413 0482 Fax: +36 1 321 2946 E-Mail: toosz@toosz.hu Website: http://www.toosz.hu
Präsident:	Molnár Gyula
Geschäftsführer:	Dr. Gábor Zongor
Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas:	ja ⁵⁰⁴

⁵⁰² Alle Angaben zu den Organen: Open Society Institute- OSI/ Local Government and Public Service Reform Initiative – LGI: Hungarian National Association of Local Authorities; http://www.lgassociations.info/full_organizations.lga?org=1#.

⁵⁰³ Difu-Befragung, 2007.

⁵⁰⁴ http://www.ccre.org/membres_en.htm.

II.3 Forschungs- und Beratungsinstitute

II.3.1 Einführender Überblick

Eine vergleichende Betrachtung der einzelnen Untersuchungsländer in Bezug auf kommunale Forschungs- und Beratungsinstitutionen wird durch die unterschiedlichen nationalen Ausgangsbedingungen erschwert. Zwar gibt es in allen Staaten Einrichtungen, die sich mit Forschung und Beratung im Bereich Stadtentwicklung beschäftigen, allerdings weisen diese deutliche qualitative und quantitative Unterschiede auf.

Im Rahmen der vorliegenden Studie war nicht beabsichtigt, sämtliche kommunalrelevanten Forschungs- und Beratungseinrichtungen in den einzelnen Untersuchungsländern zu erfassen. Der Schwerpunkt wurde auf Institutionen gelegt, die ein breiteres Spektrum an kommunalen Themen abdecken. Damit wurden kleinere Einheiten, wie beispielsweise Universitätsinstitute, die zweifelsohne auch eine wichtige Rolle spielen, nur unvollständig erfasst. Zentrales Ziel der Recherche war die Untersuchung der Frage, ob es auch in anderen EU-Staaten Institutionen gibt, die von der kommunalen Ebene getragen werden und/oder explizit auf die speziellen Bedarfe von Kommunen ausgerichtet sind.

Die Ergebnisse der Untersuchung haben deutlich werden lassen, dass das nationalstaatliche Spektrum der Angebote groß ist: Es reicht von Staaten mit einem breiten Angebot an Forschungs- und Beratungsinstitutionen bis zu Ländern, in denen das Angebot eher bescheiden ist. Die höchste Dichte an einschlägigen Einrichtungen besteht offenbar in Großbritannien und den Niederlanden. In beiden Ländern gibt es neben einer großen Zahl universitärer Einrichtungen auch vielfältige andere Institutionen, die im Bereich der unmittelbaren Unterstützung von Kommunen durch Forschung und Beratung tätig sind.

In Großbritannien sind dies zum einen eine Vielzahl renommierter Universitätsinstitute im Bereich der Stadtforschung und zum anderen ein privates Netzwerk (The New Local Government Network) sowie zwei Einrichtungen, die vom Verband der lokalen Gebietskörperschaften (Local Government Association) getragen werden und deren Zielsetzung ausdrücklich die Unterstützung der Kommunen ist (Improvement and Development Agency for Local Government, Local Government Analysis and Research).

Auch in den Niederlanden ist der universitäre Sektor, der sich mit Fragen der kommunalen Entwicklung und unterschiedlichen Aspekten der Stadt- und Regionalforschung beschäftigt, relativ gut ausgebildet. Vom niederländischen Gemeindeverband wurde zudem das SGBO-Forschungs- und Beratungsinstitut gegründet. Das NICIS-Institut basiert auf einer Kooperation zwischen niederländischen Kommunen und verschiedenen nationalen Ministerien.

Besonderes Merkmal von Frankreich ist der große Einfluss des Staates. So wurde neben einer Reihe staatlicher Einrichtungen auch das regional orientierte Institut für städtische Planung und Entwicklung der Region Île-de-France (IAURIF) auf Regierungsinitiative hin gegründet. Auch das kommunal getragene Institut ETD Enterprise, Territoire, Développement wird staatlich finanziert.

In Italien gibt es zwar zahlreiche Universitätsinstitute, die sich mit unterschiedlichen Aspekten öffentlicher Verwaltung, urbaner Steuerung oder kommunaler Finanzen beschäftigen, jedoch scheint es an Institutionen mit multisektoralen Ansätzen zu mangeln. Beratungs- und Unter-

stützungsleistungen erhalten die Kommunen vor allem durch die Agentur FORMEZ, die von staatlichen, regionalen und kommunalen Institutionen finanziert wird.

In den neuen EU-Mitgliedstaaten Ungarn, Polen, Rumänien und der Tschechischen Republik ist das kommunale Beratungs- und Forschungsangebot quantitativ begrenzt. Dies gilt auch für Spanien.

Schweden, Dänemark, Finnland, die Schweiz und Österreich, die alle zu den „kleineren“ Staaten der Untersuchung gehören, weisen hingegen – auch im Verhältnis zu ihrer Größe – ein beachtliches Angebot an Forschungs- und Beratungseinrichtungen auf.

Im Hinblick auf die Trägerschaft stehen in allen Ländern wissenschaftliche Einrichtungen im Vordergrund (die Trägerschaft liegt hier in der Regel bei Universitäten oder Akademien der Wissenschaften). 33 und damit mehr als die Hälfte von insgesamt 64 einbezogenen Institutionen fallen in diese Kategorie.

Tab. 9: Trägerschaften ausgewählter Forschungs- und Beratungsinstitute^{a)}

	Gesamt	kommunal	uni- versitär	staatlich	privat	andere
Dänemark	3	1	1	1 ^{b)}	-	-
Finnland	4	1	1	-	2	-
Frankreich	4	1	-	3 ^{c)}	-	1 (regional)
Groß- britannien	12	2	6		4	-
Italien	4	2	2	1 ^{d)}	-	-
Niederlande	6	2	4	1 ^{e)}	-	-
Österreich	5	1	1	-	2	1 (AdW) ^{f)}
Polen	4	-	2	1	-	1 (AdW)
Rumänien	4	-	-	1	2	1 (AdW)
Schweden	4	-	3	1		-
Schweiz	4	-	3	-	1	-
Spanien	3	1	3 ^{g)}	-	-	-
Tschechien	4	1	1	1	-	1 (AdW)
Ungarn	3	-	-	1	1	1 (AdW)
Gesamt	64	12	27	11	12	6

Quelle: eigene Zusammenstellung.

- a) Bei gemeinschaftlicher Trägerschaft unterschiedlicher Ebenen sind die jeweiligen Institute beiden Rubriken zugeordnet und mit einer Fußnote versehen. Zur Errechnung der Gesamtzahlen der Institute in den einzelnen Ländern (zweite Spalte) wurden sie selbstverständlich nur einmal gezählt.
- b) Das Dänische Bauforschungsinstitut wird vom Ministerium für Ökonomie und wirtschaftliche Angelegenheiten und der Universität Aalborg getragen.
- c) An dem Institut ETD sind sowohl staatliche als auch kommunale Institutionen beteiligt.
- d) An dem Institut FORMEZ sind neben einem Ministerium auch kommunale Spitzenverbände beteiligt.
- e) Das Niederländische Institut für städtische Innovationsforschung (NICIS) wird von Städten und Ministerien getragen.
- f) AdW: Akademie der Wissenschaften.
- g) Das Barcelona-Institut für Regional- und Stadtforschung wird von universitären und kommunalen Akteuren getragen.

Der im Zentrum der Untersuchung stehenden Frage entsprechend kam Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft besondere Beachtung zu. In neun der 14 Untersuchungsländer wurden zwölf Institute in kommunaler Trägerschaft bzw. mit kommunaler Beteiligung identifiziert (vgl. Tab. 9). Eine Sonderrolle nehmen dabei die kommunalen Institute in Österreich und Spanien ein. Zwar werden diese Institute kommunal getragen oder weisen eine kommunale Beteiligung auf, die kommunale Trägerschaft beschränkt sich aber jeweils auf nur eine Stadt. So wird das Europaforum Wien ausschließlich von der Stadt Wien getragen, auch wenn neben Wien weitere österreichische Städte zu den Auftraggebern des Institutes gehören. Als kommunaler Partner im Trägerkonsortium des Barcelona-Instituts für Regional- und Stadtforschung, das sich auf die Region Katalonien konzentriert, fungiert allein die Stadt Barcelona. Diese beiden Institute können daher, obwohl kommunal getragen, nur bedingt mit einer Einrichtung wie dem Difu verglichen werden.

Tab. 10: Institute in kommunaler Trägerschaft

Land	Institut	Themenfelder
Dänemark	Institut für Kommunalforschung AKF	- Lebensbedingungen und soziale Initiativen - Bildung - Umweltschutz - Gesundheit - Integration ethnischer Minderheiten - Arbeitsmarkt - öffentliche Wirtschaft und Organisation - Regionalentwicklung
Finnland	Efeko	- Management und Führung - Management in der Verwaltung - Gesundheit und Soziales - Bildung und Kultur - Umwelt und Technologie
Frankreich	ETD Enterprise, Territoire, Développement	- Wirtschaftsentwicklung - nachhaltige Entwicklung - räumliche Planung und Verwaltung - Umwelt und Energie - kommunale Dienstleistungen
Großbritannien	Local Government Analysis and Research (LGAR)	- Kommunalpolitik - Kriminalität und Sicherheit - Bildungswesen - Umwelt - strategische Planung - kommunale Finanzen - Bevölkerung und Migration - Soziales
	Improvement and Development Agency for Local Government (IDEA)	- Stärkung lokaler Demokratie - Leistungssteigerung lokaler Räte - Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen

Fortsetzung Tabelle 10: Institute in kommunaler Trägerschaft

Land	Institut	Themenfelder
Italien	CITTALIA Sr ^{a)}	- Kommunalpolitik - Governance - kommunale Selbstverwaltung - Sozialpolitik
	FORMEZ	- Reform der öffentlichen Verwaltung - Wirtschaftsentwicklung - soziale Entwicklung - Governance - E-Government
Niederlande	Niederländisches Institut für städtische Innovationsforschung (NICIS)	- Stadtforschung - öffentliche Verwaltung - Wirtschaft und Innovation - Bildung und Arbeit - Sicherheit - Sozialwesen und Integration - Wohnen - Governance
	SGBO-Forschungs- und Beratungsinstitut	- soziale Entwicklung - Sicherheit - Stadtentwicklung - Arbeitsmarkt - Governance - Organisation und Dienstleistungen
Österreich	Europaforum Wien	- grenzüberschreitende Kooperation in der erweiterten EU - Standortwettbewerb der Städte - Stadtentwicklung und Infrastrukturpolitik in der EU - europäische Städtepolitik und Städtenetzwerke - Gesellschaft und Integration - Reform und Entwicklung von Demokratie und Institutionen in Europa
Spanien	Barcelona-Institut für Regional- und Stadtforschung	- Lebensbedingungen - Kriminalität und Sicherheit - räumliche Planung - Wirtschaft und Arbeitsmarkt - Mobilität und Verkehr - Wahrnehmung und Nutzung des Territoriums
Tschechien	MEPCO Internationales Beratungszentrum für Kommunen	- Aufbau und Stärkung der öffentlichen Verwaltung - sozio-ökonomische Entwicklung - Kooperation zwischen unterschiedlichen Akteuren

Quelle: eigene Zusammenstellung.

a) Des Weiteren sind dem Verband das Institut für kommunale Finanzen und Wirtschaft (IFEL Istituto per la Finanza e l'Economia Locale) sowie das Unternehmen ANCITEL, das den Kommunen Service- und Beratungsleistungen vor allem im IT-Bereich bietet, angegliedert.

In Bezug auf die Mitarbeiterzahlen bestehen deutliche Unterschiede zwischen den ermittelten Instituten. Diese reichen von weniger als zehn bis zu 100 und mehr Mitarbeitern. Die zwölf Institute mit 100 und mehr Mitarbeitern verteilen sich auf neun Länder: Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Rumänien, Schweiz, Tschechien, Ungarn.⁵⁰⁵

Tab. 11: Mitarbeiterzahl der Forschungs- und Beratungsinstitute

Zahl der Mitarbeiter	Anzahl der Institute
0-9	8
10-49	28
50-99	13
100 und mehr	12
k.A.	3

Quellen: eigene Erhebung,
vgl. Datenblätter Forschungs- und
Beratungsinstitute, Kap. II.3.1.

⁵⁰⁵ In Frankreich, den Niederlanden und Ungarn wurden jeweils zwei Institute mit 100 und mehr Mitarbeitern ermittelt.

II.3.2 Länderübersichten

Dänemark

Neben dem Dänischen Bauforschungsinstitut und dem Dänischen Stadtplanungsinstitut kommt dem Institut für Kommunalforschung AKF besondere Bedeutung zu. Das AKF beschäftigt sich mit der Erforschung von Themen, die für den öffentlichen Sektor, insbesondere für Kommunen und Regionen, relevant sind. Das Institut wird von einer kommunalen Stiftung getragen.

- Institut für Kommunalforschung (AKF)
- Dänisches Bauforschungsinstitut (SBI)
- Dänisches Stadtplanungsinstitut

Finnland

Für Finnland wurden mit der Stadtforschung GmbH und der Net Effect GmbH zwei relativ kleine private Unternehmen ermittelt, die sich mit politik- und verwaltungsorientierter Beratung sowie der Durchführung städtischer und regionaler Analysen beschäftigen. Das Unternehmen Efeko ist ein Forschungs- und Beratungsinstitut, das vom Verband der Städte, Gemeinden und Regionen Finnlands getragen wird und vor allem Kommunen und Regionen professionelles Fachwissen und die Unterstützung von Umstrukturierungsprozessen anbietet. Das Zentrum für urbane und regionale Studien der Technischen Universität Helsinki wurde als gemeinsame Initiative verschiedener finnischer Universitäten 1968 gegründet.

- Stadtforschung GmbH
- Net Effect GmbH
- Zentrum für urbane und regionale Studien (YTK)
- Efeko GmbH

Frankreich

Neben einer Vielzahl von Universitätsinstituten, die sich mit unterschiedlichen Aspekten von Stadtentwicklung im weiteren Sinne beschäftigen, existieren in Frankreich einige interdisziplinär ausgerichtete Forschungszentren. Das staatliche Forschungszentrum Technologie, Raum und Gesellschaft (LATTS) beschäftigt sich mit der interdisziplinären Analyse sozio-politischer Faktoren und Auswirkungen an der Schnittstelle zwischen Technologie, Raum und Gesellschaft. Das Forschungszentrum für Infrastruktur, Stadt- und Verkehrsplanung (CERTU) verfolgt das Ziel, für eine Vielzahl städtischer Themen Wissen zu generieren und zu vermitteln. CERTU versteht sich dabei als Bindeglied zwischen Forschung und Praxis sowie als Schnittstelle zwischen nationaler und lokaler Ebene. Das Institut für städtische Planung und Entwicklung der Region Île-de-France (IAURIF) ist eine öffentliche gemeinnützige Planungsinstitution, die dem Regionalrat der Île-de-France-Region angegliedert ist. Das Institut ETD Enterprise, Territoire, Développement unterstützt kommunale und regionale Gebietskörperschaften bei der räumlichen Entwicklung. Es wird staatlich finanziert, aber im Rahmen einer Verbandsstruktur von Vertretern kommunaler und regionaler Gebietskörperschaften getragen.

- Forschungszentrum Technologie, Raum und Gesellschaft (LATTS)
- Institut für städtische Planung und Entwicklung der Region Île-de-France (IAURIF)
- ETD Enterprise, Territoire, Développement
- Forschungszentrum für Infrastruktur, Stadt- und Verkehrsplanung (CERTU)

Großbritannien

In Großbritannien gibt es eine Vielzahl an Universitätsinstituten, die sich mit Fragen der Stadtentwicklung und der lokalen Verwaltung beschäftigen. Daneben betreibt der Verband der lokalen Gebietskörperschaften (LGA) zum einen seit 2006 ein eigenes Forschungsinstitut (Local Government Analysis and Research LGAR) sowie eine Beratungsagentur für Kommunen (Improvement and Development Agency for Local Government IDeA), deren Ziele die Stärkung der lokalen Demokratie, die Leistungssteigerung lokaler Räte und die Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen sind. Das New Local Government Network (NLGN) ist ein unabhängiges und gemeinnütziges Netzwerk, das von kommunalen Vertretern 1996 gegründet wurde und Kommunen in ihrem Modernisierungsprozess unterstützt sowie die Stärkung des kommunalen Sektors fördert. Das Netzwerk arbeitet eng mit einzelnen Kommunen zusammen, der Vorstand besteht vorwiegend aus kommunalen Vertretern und Universitäten.

- Cities Research Centre
- European Institute for Urban Affairs
- Office for Public Management (opm)
- Institute for Public Policy Research (ippr)
- Centre for Local and Regional Government Research (CLRGR)
- Institute for Political and Economic Governance (IPEG)
- The Institute of Local Government Studies (INLOGOV)
- Local Government Centre
- Centre for Urban and Regional Studies (CURS)
- The New Local Government Network (NLGN)
- Improvement and Development Agency for Local Government (IDeA)
- Local Government Analysis and Research (LGAR)

Italien

Neben zahlreichen Universitätslehrstühlen, die sich mit Einzelaspekten der Stadtentwicklung befassen, sind auf der universitären Seite die Forschungsgruppe Regional- und Stadtökonomie der Fachhochschule Mailand und das Universitätsinstitut für räumliche Studien und Planung der Fachhochschule wie auch der Universität Turin als Einrichtungen mit einem breiteren Themenspektrum zu nennen. Die Agentur FORMEZ, die 1965 gegründet wurde, leistet Unterstützung und Beratung für öffentliche Verwaltungen. An der Agentur, die als Verband strukturiert ist, sind u.a. das Ministerium für Reformen und Innovationen in der öffentlichen Verwaltung, der Nationale Verband der italienischen Gemeinden und die Union der italienischen Provinzen beteiligt. Mit dem Institut CITTALIA Srl hat der Nationale Verband der italienischen Gemeinden im Jahre 2007 ein eigenes Forschungsinstitut gegründet. Des Weiteren sind dem Verband das Institut für kommunale Finanzen und Wirtschaft (IFEL Istituto per la Finanza e l'Economia Locale) sowie das Unternehmen ANCITEL, das den Kommunen Service- und Beratungsleistungen vor allem im IT-Bereich bietet, angegliedert.

- CITTALIA Srl
- Universitätsinstitut für räumliche Studien und Planung (DIT)
- Forschungsgruppe Regional- und Stadtökonomie
- FORMEZ

Niederlande

In den Niederlanden existiert eine Vielzahl von Universitätsinstituten im Bereich Stadtentwicklung. Die als Unternehmen des Niederländischen Gemeindeverbandes 1964 gegründete und seit 2001 unabhängig agierende SGBO Forschungs- und Beratungsagentur bietet Unterstützungsleistungen für Kommunen an. Das NICIS-Institut wurde als Kooperation zwischen mehreren Ministerien und 31 niederländischen Städten zur Förderung der Stadtentwicklung durch Forschung und Beratung sowie zum interkommunalen Erfahrungsaustausch gegründet.

- Niederländisches Institut für städtische Innovationsforschung (NICIS)
- Europäisches Institut für Vergleichende Stadtforschung (Euricur)
- Amsterdamer Institut für Metropolen (AMIDSt)
- Stadt und Regionalforschungszentrum Utrecht (URU)
- SGBO Forschungs- und Beratungsinstitut
- Forschungsinstitut für Wohn-, Stadt- und Mobilitätsstudien (OTB)

Österreich

Neben dem Department für Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung an der Technischen Universität Wien, das aus sieben Fachbereichen besteht und sich mit spezifischen planungsrelevanten Forschungsthemen beschäftigt, führt das Institut für Stadt- und Regionalforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in erster Linie grundlagenorientierte Forschungsprojekte durch. Das Österreichische Institut für Raumplanung beschäftigt sich als gemeinnütziger Verein mit Forschung und Beratung im Bereich Stadt- und Regionalentwicklung. Das von der Stadt Wien zur Unterstützung der eigenen Arbeit bei Fragen des EU-Integrationsprozesses und der europäischen Standortkonkurrenz gegründete Institut Europaforum Wien bietet heute auch über die Stadtgrenzen hinweg Forschungs- und Beratungsleistungen an.

- Department für Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung
- Österreichisches Institut für Raumplanung (ÖIR)
- Institut für Stadt- und Regionalforschung (ISR)
- Europaforum Wien – Zentrum für Städtedialog und Europapolitik
- SRZ Stadt + Regionalforschung GmbH

Polen

Neben wissenschaftlichen Einrichtungen, wie dem Institut für Kommunalentwicklung und -politik und dem Zentrum für Europäische Regional- und Kommunalforschung der Universität Warschau sowie dem Institut für Stadt- und Bevölkerungsgeographie der Polnischen Akademie der Wissenschaften beschäftigt sich das Institut für Stadtentwicklung in Krakau als staatliche Einrichtung mit unterschiedlichen Aspekten der Stadt- und Regionalentwicklung.

- Institut für Kommunalentwicklung und -politik (ZriPL)
- Zentrum für Europäische Regional- und Kommunalforschung (EUROREG)
- Institut für Stadt- und Bevölkerungsgeographie
- Institut für Stadtentwicklung (IRM)

Rumänien

Sowohl das Institut für öffentliche Politik als auch die Rumänische Akademische Gesellschaft haben ihren Schwerpunkt im Bereich der Politikforschung und der Demokratieförderung. Ein staatliches Forschungsinstitut im Bereich Stadt- und Territorialplanung stellt das Nationale

Forschungs- und Entwicklungsinstitut für Stadt- und Raumplanung INCD-URBANPROJECT unter der fachlichen Leitung des Ministeriums für staatliche Bauten und Territorialplanung dar.

- Nationales Forschungs- und Entwicklungsinstitut für Stadt- und Raumplanung (INCD-URBANPROJECT)
- Institut für öffentliche Politik (IPP)
- Rumänische Akademische Gesellschaft Societatea Academica din Romania (SAR)
- Forschungsinstitut für Lebensqualität

Schweden

In Schweden dominieren universitäre Einrichtungen, wie das Institut für Wohnungswesen und Stadtforschung (IBF) der Universität Uppsala, das Zentrum für Stadt- und Regionalwissenschaften (CUREs) der Universität Örebro und die Abteilung für Stadt- und Regionalwissenschaften (DURS) des Königlichen Instituts für Technologie. NORDREGIO ist ein Forschungsinstitut, das vom Nordischen Ministerrat gegründet wurde und seinen Schwerpunkt im Bereich der Regionalentwicklung Nordeuropas hat.

- Institut für Wohnungswesen und Stadtforschung (IBF)
- Zentrum für Stadt- und Regionalwissenschaften (CUREs)
- NORDREGIO – Nordisches Zentrum für Räumliche Entwicklung
- Abteilung für Stadt- und Regionalwissenschaften (DURS) des Königlichen Instituts für Technologie

Schweiz

Für die Schweiz wurden drei universitäre und ein privates Institut ausgewählt. Das Netzwerk Stadt und Landschaft der ETH Zürich ist eine interdisziplinäre Einrichtung, an der fünf Institute beteiligt sind. Das Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Hochschule Lausanne versteht sich als interdisziplinäres Forschungszentrum, das theoretisches und praktisches Fachwissen über den bewohnten Raum verbindet. Das private Institut INTERFACE (Luzern) zielt darauf ab, durch Politikstudien gesellschaftliches und politisches Handeln effizienter, effektiver und nachhaltiger zu gestalten.

- Geografisches Institut der Universität Neuchâtel (IGG)
- INTERFACE GmbH – Institut für Politikstudien
- Institut für Stadt- und Regionalplanung (INTER)
- NSL – Netzwerk Stadt und Landschaft

Spanien

In Spanien wurden drei Institute ausgewählt, die entweder rein universitär sind oder über eine gemeinschaftliche Trägerschaft aus universitären und öffentlichen Einrichtungen verfügen. Das Interuniversitäre Institut für kommunale Entwicklung der Universität Jaume I und der Universität Valencia beschäftigt sich mit vielfältigen Aspekten der Stadt- und Regionalentwicklung. Das Barcelona Institut für Regional- und Stadtforschung steht für ein Forschungskonsortium, an dem Universitäten, öffentliche Verwaltungen und die Industrie- und Handelskammer Barcelona beteiligt sind. Das Forschungszentrum für Wohlfahrtsökonomik der Universität Barcelona untersucht öffentliche Entscheidungsprozesse aus einer ökonomischen Perspektive.

- Interuniversitäres Institut für kommunale Entwicklung (IIDL)
- Barcelona Institut für Regional- und Stadtforschung
- Zentrum für Forschung in Wohlfahrtsökonomik (CREB)

Tschechische Republik

Neben den beiden wissenschaftlichen Einrichtungen, dem Institut für Humangeographie und Regionalentwicklung der Universität Ostrava und dem Soziologischen Institut der Akademie der Wissenschaften, besteht in der Tschechischen Republik das Institut für Raumentwicklung als staatliche Institution im Bereich Stadt- und Regionalentwicklung. Zu erwähnen ist außerdem das Institut MEPCO, eine Tochtergesellschaft des Verbandes der Tschechischen Städte und Gemeinden und des Niederländischen Gemeindeverbandes.

- MEPCO Internationales Beratungszentrum für Kommunen
- Institut für Raumentwicklung (ÚÚR)
- Institut für Humangeographie und Regionalentwicklung
- Soziologisches Institut der Akademie der Wissenschaften

Ungarn

Für Ungarn wurden ein privates und ein staatliches Institut sowie eine Einrichtung der Akademie der Wissenschaften ausgewählt. Während das Zentrum für Regionalstudien (Akademie der Wissenschaften) sowie die Ungarische gemeinnützige Gesellschaft für Regionalentwicklung und Stadtplanung VÁTI Kht. (Staatsunternehmen) mit relativ vielen Mitarbeitern ein breites inhaltliches Spektrum im Bereich der Stadt- und Regionalentwicklung abdecken, konzentriert sich das private Metropolitan Research Institute als kleines Forschungsinstitut auf ausgewählte Aspekte der Stadtentwicklung.

- VÁTI Kht. – Ungarische gemeinnützige Gesellschaft für Regionalentwicklung und Stadtplanung
- Zentrum für Regionalstudien (MTA)
- Metropolitan Research Institute GmbH

Dänemark

Name:	Institut für Kommunalforschung ⁵⁰⁶ Anvendt KommunalForskning AKF	kommunal
Zahl der Mitarbeiter:	80	
Gründungsjahr:	1975	
Initiatoren:	Kommunale Stiftung für Bildung und Forschung Det Kommunale Momsfond	
Zielsetzung:	Durchführung sozialwissenschaftlicher Forschungsprojekte in für den öffentlichen Sektor, insbesondere Kommunen und Regionen, relevanten Bereichen	
Trägerschaft:	Kommunale Stiftung für Bildung und Forschung	
Finanzierung:	- Kommunale Stiftung für Bildung und Forschung (Grundfinanzierung) - Forschungsförderung - Einnahmen aus Auftragsforschung	
Zentrale Themenfelder:	- Lebensbedingungen und soziale Initiativen - Bildung - Umweltschutz - Gesundheit - Integration ethnischer Minderheiten - Arbeitsmarkt - öffentliche Wirtschaft und Organisation - Regionalentwicklung	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Organisationen (z.B. EU) - staatliche Institutionen (Ministerien, Behörden) - Kommunen, Kreise, Regionen - gemeinnützige Organisationen - Unternehmen	
Aufbau/Struktur:	- Direktorium: Mitglieder werden von der Kommunalen Stiftung für Bildung und Forschung bestimmt - drei Forschungsgruppen: Beschäftigung, Bildung, Integration; Gesundheit, Lebensbedingungen, soziale Initiativen; Organisation des öffentlichen Sektors	
Kontakt:	Nyropsgade 37 DK-1602 Copenhagen V Tel.: +45 43 33 34 00 Fax: +45 43333401 E-Mail: akf@akf.dk Website: http://www.akf.dk	
Institutsleiter:	Prof. PhD Mette Wier	

⁵⁰⁶ Alle Angaben zum Institut: <http://www.akf.dk>.

Dänemark

Name:	Dänisches Bauforschungsinstitut ⁵⁰⁷ Statens Byggeforskningsinstitut (SBI)	staatlich / universitär
Zahl der Mitarbeiter:	100	
Gründungsjahr:	1947	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	Entwicklung forschungsbasierten Wissens zur Verbesserung von Gebäuden und bebauter Umwelt	
Trägerschaft:	- Ministerium für Ökonomie und wirtschaftliche Angelegenheiten - Universität Aalborg	
Finanzierung:	- staatliche Mittel - Einnahmen aus wirtschaftlichen Aktivitäten (Verkauf von Publikationen, Computerprogrammen) - Einnahmen aus EU-Programmen	
Zentrale Themenfelder:	- Wohnungswesen und Stadterneuerung - Bauen und Gesundheit - Energie und Umwelt - Bauplanung und Technologie	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Wissensvermittlung	
Auftraggeber:	k.A.	
Aufbau/Struktur:	sechs Abteilungen	
Kontakt:	Dr. Neergaards Vej 15 DK-2970 Hørsholm Tel.: +45 45 86 55 33 Fax +45 45 86 75 35 E-Mail: sbi@sbi.dk Website: http://www.sbi.dk/	
Institutsleiter:	Dr. Lone Møller Sørensen	

⁵⁰⁷ Alle Angaben zum Institut: <http://www.sbi.dk>.

Dänemark

Name:	Dänisches Stadtplanungsinstitut ⁵⁰⁸ Dansk Byplanlaboratorium	privat
Zahl der Mitarbeiter:	14	
Gründungsjahr:	1921	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	- Verbesserung und Förderung von Stadt- und Regionalplanung in Dänemark und international - Informationen für Planer, Studenten, öffentliche Behörden und interessierte Bürger zu aktuellen Planungsfragen - Förderung neuen Wissens innerhalb der Planung und des Interesses an Planungsfragen	
Trägerschaft:	privates, unabhängiges Institut	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Stadt- und Regionalplanung - Raumplanung	
Leistungen/Produkte:	- Publikationen - Bibliothek - Beteiligung an Entwicklungsprojekten - Veranstaltung von Kursen, Seminaren, Konferenzen, Exkursionen - kontinuierliche Teilnahme an der Planungsdebatte	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU) - staatliche Institutionen (Ministerien)	
Aufbau/Struktur:	- Exekutivausschuss (11 Personen): höchstes Organ des Institutes - Repräsentationsausschuss (60 Personen): berät den Exekutivausschuss	
Kontakt:	Nørregade 36, 1 DK-1165 Copenhagen K Tel.: +45 3313 7281 Fax: +45 3314 3435 E-Mail: db@byplanlab.dk Website: http://www.byplanlab.dk	
Institutsleiter:	Ellen Højgaard Jensen	

⁵⁰⁸ Alle Angaben zum Institut: <http://www.byplanlab.dk/english>.

Finnland

Name:	Stadtforschung GmbH ⁵⁰⁹ Kaupunkitutkimus TA Oy	privat
Zahl der Mitarbeiter:	4	
Gründungsjahr:	2001	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	Durchführung städtischer und regionaler Analysen	
Trägerschaft:	unabhängiges Unternehmen	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Landnutzung und Stadtstrukturen - Wirtschaftsentwicklung - Arbeitsmarkt - Wohnungsmarkt - Bevölkerungsentwicklung	
Leistungen/Produkte:	- städtische und regionale Analysen - Forschung - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU) - staatliche Institutionen (Ministerien) - Kommunen - Unternehmen - andere Organisationen im Bereich Stadt- und Regionalentwicklung	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Mannerheimintie 44 A FI-00260 Helsinki Tel.: +358-9-561 2493 Fax: +358-9-493 353 E-Mail: seppo.laakso@kaupunkitutkimusta.fi Website: http://www.kaupunkitutkimusta.fi	
Institutsleiter:	Dr. soc.sc. (econ.) Seppo Laakso	

⁵⁰⁹ Alle Angaben zum Unternehmen: <http://www.kaupunkitutkimusta.fi>.

Finnland

Name:	Net Effect GmbH ⁵¹⁰ Net Effect Oy	privat
Zahl der Mitarbeiter:	ca. 10	
Gründungsjahr:	1999	
Initiatoren:	- Petri Uusikylä - Petri Virtanen	
Zielsetzung:	politik- und verwaltungsorientierte Beratung	
Trägerschaft:	Privatunternehmen	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Organisationsentwicklung - Verwaltungsreform - Kommunale und regionale Entwicklung - Good Governance - Beschäftigung - Sozialpolitik	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Evaluierung - Organisationsentwicklung - Publikationen - Weiterbildung (Projektmanagement, strategische Planung)	
Auftraggeber:	- staatliche Institutionen (Ministerien, Behörden) - Kommunen - gemeinnützige Organisationen (dritter Sektor, NGOs) - Bildungseinrichtungen	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Mikonkatu 15 A, 3. krs FI-0100 Helsinki Tel.: +358 9 612 90 50 Fax: +359 9 612 90 511 E-Mail: info@neteffect.fi Website: http://www.neteffect.fi	
Institutsleiter:	Marja-Liisa Niinikoski, LL.M., M.A. (Educ.)	

⁵¹⁰ Alle Angaben zum Unternehmen: <http://www.neteffect.fi>.

Finnland

Name:	Zentrum für urbane und regionale Studien ⁵¹¹ TKK/Yhdyskuntasuunnittelun tutkimus- ja koulutuskeskus YTK	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	ca. 30	
Gründungsjahr:	1968	
Initiatoren:	gemeinsame Initiative verschiedener finnischer Universitäten	
Zielsetzung:	Förderung der Entwicklung der Planungstheorie und der informierten Diskussionen über die bebaute Umwelt	
Trägerschaft:	Technische Universität Helsinki (Teknillinen korkeakoulu TKK)	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Stadt- und Regionalplanung - Kommunikative Planung - Öffentlichkeitsbeteiligung in der Umweltplanung - Wohnungswesen und Stadtteilentwicklung - städtische Strukturen und Segregation - Stadtkultur	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Beratung - Weiterentwicklung von Planungsverfahren - Informationsvermittlung	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU, Nordischer Ministerrat) - staatliche Institutionen (Ministerien) - Forschungsförderung (z.B. Finnische Akademie der Wissenschaft)	
Aufbau/Struktur:	Direktorium: elf Mitglieder (Vertreter der Technischen Universität Helsinki und mindestens drei anderer finnischer Universitäten sowie der wichtigsten staatlichen und kommunalen Planungsinstitutionen)	
Kontakt:	HUT / Centre for Urban and Regional Studies P.O. BOX 9300 FI-02015 HUT Tel.: +35 89 451 4080 Fax: +35 89 451 4071 E-Mail: sirpa.kasurinen@hut.fi (Sekretariat) Website: http://www.tkk.fi/Units/Separate/YTK	
Institutsleiter:	Dr. Panu Lehtovuori	

⁵¹¹ Alle Angaben zum Institut: <http://www.tkk.fi/Units/Separate/YTK/>.

Finnland

Name:	Efeko Ltd ⁵¹² Efeko Oy	kommunal
Zahl der Mitarbeiter:	87	
Gründungsjahr:	2005 (Zusammenschluss zweier Unternehmen)	
Initiatoren:	- Verband der Städte, Gemeinden und Regionen Finnlands (Suomen Kuntaliitto) - Universität Helsinki (Helsinki University Holding Ltd.)	
Zielsetzung:	Bereitstellung professionellen Fachwissens, Unterstützung von Umstrukturierungsprozessen	
Trägerschaft:	Verband der Städte, Gemeinden und Regionen Finnlands (Suomen Kuntaliitto)	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Management und Führung - Management in der Verwaltung - Gesundheit und Soziales - Bildung und Kultur - Umwelt und Technologie	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Weiterbildung - Beratung - Evaluierung - Informationmanagementsysteme	
Auftraggeber:	- Kommunen, Regionen - privater Sektor	
Aufbau/Struktur:	Regionalbüro in Lappeenranta	
Kontakt:	PL 900 FI-00611 Helsinki Tel.: +35 10 409 2000 Fax: +35 10 409 2395 E-Mail: etunimi.sukunimi@fcg.fi Website: http://www.efeko.fi	
Institutsleiter:	Ari Kolehmainen	

⁵¹² Alle Angaben zum Unternehmen: <http://www.efeko.fi>.

Frankreich

Name:	Forschungszentrum Technologie, Raum und Gesellschaft ⁵¹³ LATTS - Laboratoire Techniques, Territoires et Sociétés	staatlich
Zahl der Mitarbeiter:	89	
Gründungsjahr:	1985	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	Sozialwissenschaftliche Analyse sozio-politischer Faktoren und Auswirkungen an der Schnittstelle zwischen Technologie, Raum und Gesellschaft	
Trägerschaft:	Staatliches Zentrum für wissenschaftliche Forschung (Centre National de la Recherche Scientifique CNRS)	
Finanzierung:	- öffentliche Mittel - Stiftungen	
Zentrale Themenfelder:	- Unternehmen - öffentliche Verwaltungen - kommunale Institutionen (z.B. kommunale Selbstverwaltung) - Kooperationen - territoriale Dynamiken und technische Systeme	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Weiterbildung - Partnerschaften mit Ministerien und Kommunen - Beitrag zur öffentlichen Debatte - Bewertung öffentlicher Politik - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU) - staatliche Institutionen (z.B. Ministerien) - Kommunen, Departements	
Aufbau/Struktur:	vier Forschungsgruppen: - Arbeit und Organisation - Geschichte, Technik und Rationalität - Netzwerke, Institutionen und Territorien - Technologie, Innovation, Organisation	
Kontakt:	Ecole nationale des ponts et chaussées 6 et 8 avenue Blaise Pascal - Cité Descartes Champs-sur-Marne F-77455 Marne-la-Vallée cedex 2 Tel.: +33 1 64 15 30 00 Fax: +33 1 64 15 38 47 E-Mail: corinne.hermant@enpc.fr (Sekretariat) Website: http://latts.cnrs.fr/site/index.php	
Institutsleiter:	Jean-Marc Offner	

⁵¹³ Alle Angaben zum Institut: <http://latts.cnrs.fr/site/index.php>.

Frankreich

Name:	Institut für städtische Planung und Entwicklung der Region Île-de-France ⁵¹⁴ Institut d'Aménagement et d'Urbanisme de la Région d'Île de France (IAURIF)	regional
Zahl der Mitarbeiter:	ca. 200	
Gründungsjahr:	1960	
Initiatoren:	Gründung auf Regierungsinitiative	
Zielsetzung:	Erstellung von Regional- und Entwicklungsplanungen und Entwicklung von Werkzeugen zur Implementierung	
Trägerschaft:	angegliedert an den Île-de-France-Regionalrat; öffentliche gemeinnützige Planungsbehörde	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- wirtschaftliche Entwicklung - kommunale Finanzen - Stadtentwicklung und -planung - Umwelt, Ökologie, Landschaft - nachhaltige Entwicklung - Verkehr und Infrastruktur - neue Technologien	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Beratung - Daten- und Informationsbereitstellung - Publikationen - Planungen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen - staatliche Institutionen - Regionalrat der Île-de-France - Kommunen (national und international)	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	15 Rue Falguière F-75740 Paris Cedex 15 Tel.: +33 1 77 49 53 85 Fax: +33 1 77 49 76 26 E-Mail: k.A. Website: http://www.iaurif.org	
Institutsleiter:	François Dugeny	

⁵¹⁴ Alle Angaben zum Institut: <http://www.iaurif.org>.

Frankreich

Name:	ETD Enterprise, Territoire, Développement ⁵¹⁵	kommunal / staatlich
Zahl der Mitarbeiter:	26	
Gründungsjahr:	1999	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	Unterstützung kommunaler und regionaler Gebietskörperschaften bei der räumlichen Entwicklung	
Trägerschaft:	Vertreter kommunaler und regionaler Gebietskörperschaften	
Finanzierung:	- Delegation für Raumordnung und Regionalpolitik (Délégation Interministérielle à l'Aménagement et à la Compétitivité des Territoires, DIACT) - Caisse des Dépôts (staatliches Kreditinstitut)	
Zentrale Themenfelder:	- Wirtschaftsentwicklung - nachhaltige Entwicklung - räumliche Planung und Verwaltung - Umwelt und Energie - kommunale Dienstleistungen	
Leistungen/Produkte:	- Analyse und Beobachtung räumlicher Entwicklung - Beratung - Erfahrungsaustausch - Informationsvermittlung - Publikationen	
Auftraggeber:	- Regionen - Départements - kommunale Zusammenschlüsse	
Aufbau/Struktur:	als Verband organisiert (Mitglieder sind kommunale und regionale Gebietskörperschaften)	
Kontakt:	30 rue des Favorites F-75015 Paris Tel.: +33 1 43 92 67 67 Fax: +33 1 45 79 54 98 E-Mail: a.laperriere@etd.asso.fr Website: http://www.projetdeterritoire.com	
Institutsleiter:	François Collignon	

⁵¹⁵ Alle Angaben zum Institut: <http://www.projetdeterritoire.com>.

Frankreich

Name:	Forschungszentrum für Infrastruktur, Stadt- und Verkehrsplanung ⁵¹⁶ CERTU – Centre d'études sur les réseaux, les transports, l'urbanisme et les constructions	staatlich
Zahl der Mitarbeiter:	170	
Gründungsjahr:	1994	
Initiatoren:	Fusion zweier separater Ministerialabteilungen	
Zielsetzung:	Erstellung und Vermittlung von Wissen zu einer Vielzahl städtischer Themen; Teilnahme an Forschungsvorhaben in den Bereichen, an denen Kommunalverwaltungen und das Ministerium für öffentliche Bauten gleichermaßen interessiert sind, z.B. städtische Einrichtungen, Verkehrssysteme, Infrastrukturnetze, Stadtplanung und Umwelt; Bindeglied zwischen Forschung und Praxis; Schnittstelle zwischen nationaler und lokaler Ebene;	
Trägerschaft:	Ministerium für öffentliche Bauten, Transport und Wohnungen	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Stadtplanung und Wohnungswesen - Mobilität und Verkehr - Straßen und öffentliche Räume - städtische Systeme und Technologien - Umwelt - öffentliche Einrichtungen	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Statistiken - Publikationen - Weiterbildung - Konferenzen	
Auftraggeber:	k.A.	
Aufbau/Struktur:	Steuerungsausschuss: Vertreter von Regierung, Kommunen, Experten, Nutzer und Verkehrsunternehmen	
Kontakt:	9 rue Juliette Récamier F-69 456 Lyon Cedex 06 Tel.: +33 4 72 74 58 05 Fax : +33 4 72 74 59 80 E-Mail: inter.certu@equipement.gouv.fr Website: http://www.certu.fr	
Institutsleiter:	Paul Martin	

⁵¹⁶ Alle Angaben zum Institut: <http://www.certu.fr>.

Großbritannien

Name:	Cities Research Centre ⁵¹⁷	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	ca. 20	
Gründungsjahr:	k.A.	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	Erforschung der Herausforderungen des urbanen Wandels unter besonderer Berücksichtigung von Governance, Nachhaltigkeit und Demokratie	
Trägerschaft:	Universität von Westengland in Bristol (Fakultät für gebaute Umwelt) University of the West of England (Faculty of the Built Environment)	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Stadterneuerung - Stadtteilentwicklung - Modernisierung kommunaler Verwaltungen - regionale/lokale Kooperation und Governance - Nachhaltigkeit und Lebensqualität	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Beratung - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU) - staatliche Institutionen - regionale und lokale Behörden - gemeinnützige Organisationen (z.B. Stiftungen, Forschungsräte)	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	University of the West of England Frenchay Campus Coldharbour Lane UK-BS16 1QY Bristol Tel.: +44 117 3283998 Fax: k.A. E-Mail: Marilyn.Taylor@uwe.ac.uk Website: http://www.built-environment.uwe.ac.uk/research/cities	
Institutsleiter:	Prof. Dr. Marilyn Taylor	

⁵¹⁷ Alle Angaben zum Zentrum: <http://www.built-environment.uwe.ac.uk/research/cities>.

Großbritannien

Name:	European Institute for Urban Affairs ⁵¹⁸	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	8	
Gründungsjahr:	1987	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	Unterstützung von Entscheidungsträgern bei städtischen Themen	
Trägerschaft:	Liverpool John Moores University	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- integrierte Erneuerungsstrategien - Partnerschaft, Führung und institutionelle Zusammenstellungen - Internationalisierung und Europäisierung - kommunale Wirtschaftsförderungsstrategien - Armut/Armutsbekämpfung - Arbeitsmarkt - Gemeinwesenentwicklung	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Politikentwicklung - Programmevaluierungen - Fallstudien - Datenanalysen - Strategieberatung - Gruppenmoderationen - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU) - staatliche Institutionen - Kommunen, Regionen - gemeinnützige Organisationen (z.B. Stiftungen, Städteverband, Forschungsrat) - Unternehmen (z.B. Wohnungsgesellschaften)	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Jean Parry Liverpool John Moores University 51 Rodney Street UK-L1 9AT Liverpool Tel.: +44 151-231-5172 Fax: +44 0151-708-0650 E-Mail: J.Parry@ljmu.ac.uk Website: http://www.ljmu.ac.uk/eiua/	
Institutsleiter:	Professor Michael Parkinson	

⁵¹⁸ Alle Angaben zum Institut: <http://www.ljmu.ac.uk/eiua/>.

Großbritannien

Name:	Office for Public Management (opm) ⁵¹⁹	privat
Zahl der Mitarbeiter:	53	
Gründungsjahr:	1989	
Initiatoren:	- Greg Parston - Laurie McMahon	
Zielsetzung:	Unterstützung bei der Erreichung sozialer Ziele, Effektivitätssteigerung von Organisationen, Aufbau von Kooperationen	
Trägerschaft:	unabhängiges, gemeinnütziges Unternehmen (gehört zu 100% den Angestellten)	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Organisationsentwicklung - Managemententwicklung - Partizipation - Governance	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Beratung - Evaluierung	
Auftraggeber:	- staatliche Institutionen - Kommunen - Gesundheits- und Pflegeorganisationen - Bildungseinrichtungen - Medien - gemeinnützige Organisationen	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	252B Gray's Inn Road London WC1X 8XG Tel.: +44 845 055 3900 Fax: +44 845 055 1700 E-Mail: office@opm.co.uk Website: http://www.opm.co.uk	
Institutsleiter:	Dr. Hilary Thompson	

⁵¹⁹ Alle Angaben zum Institut: <http://www.opm.co.uk>.

Großbritannien

Name:	Institute for Public Policy Research (ippr) ⁵²⁰	privat
Zahl der Mitarbeiter:	ca. 60	
Gründungsjahr:	1998	
Initiatoren:	- Lord Hollick - Lord Eatwell	
Zielsetzung:	Entwicklung innovativer Forschung und von Politikideen für eine demokratische und nachhaltige Welt	
Trägerschaft:	gemeinnützige Einrichtung	
Finanzierung:	- Gatsby Foundation - Unterstützung durch Stiftungen, Wirtschaft, Gewerkschaften, gemeinnützige Organisationen, Privatpersonen	
Zentrale Themenfelder:	- Kommunalpolitik - Klimawandel - Demokratie und Macht - Wirtschaft - Bildung - Gesundheits- und Sozialwesen/Sozialpolitik - Migration	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Beratung - Konferenzen - Publikationen	
Auftraggeber:	k.A.	
Aufbau/Struktur:	- weiteres Büro in Newcastle - mehrere Forschungsgruppen - Zentrum für Städte (Centre for Cities): spezieller Fokus auf die wirtschaftliche Entwicklung der Städte; Erstellung praxisnaher Politiklösungen zur Unterstützung der Kommunen bei der Wirtschaftsförderung (seit 2007 unabhängig)	
Kontakt:	30 - 32 Southampton Street Covent Garden UK-WC2E 7RA London Tel.: +44 20 7470 6100 Fax: +44 20 7470 6111 E-Mail: i.kearns@ippr.org Website: http://www.ippr.org	
Institutsleiter:	Ian Kearns	

⁵²⁰ Alle Angaben zum Institut: <http://www.ippr.org>.

Großbritannien

Name:	Centre for Local and Regional Government Research (CLRGR) ⁵²¹	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	19	
Gründungsjahr:	1997	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	Spitze der aktuellen politischen Entwicklungen und wissenschaftlichen Debatte auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene	
Trägerschaft:	Universität Cardiff	
Finanzierung:	externe Forschungszuschüsse	
Zentrale Themenfelder:	Modernisierung der Kommunalpolitik und -verwaltung	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Weiterbildung - Beratung - Evaluierung	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU) - staatliche Institutionen - Kommunen - gemeinnützige Organisationen (z.B. Stiftungen)	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Cardiff Business School Aberconway Building Colum Drive UK-CF10 3EU Cardiff Tel.: +44 29 2087 5130 Fax: +44 29 2087 4419 E-Mail: martinsj@cardiff.ac.uk Website: http://www.cf.ac.uk/carbs/research/groups/clrgr/index.html	
Institutsleiter:	Prof. Stephen Martin	

⁵²¹ Alle Angaben zum Institut: <http://www.cf.ac.uk/carbs/research/groups/clrgr/index.html>.

Großbritannien

Name:	Institute for Political and Economic Governance (IPEG) ⁵²²	privat
Zahl der Mitarbeiter:	20	
Gründungsjahr:	2002	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	Verbindung von Forschung, Politik und Praxis im Bereich Governance	
Trägerschaft:	Universität Manchester	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Bürgerengagement - Stadtteilentwicklung - Governance (lokal, regional, global) - Reform öffentlicher Dienstleistungen - kommunale und regionale Wirtschaft - innovative Forschungsmethoden	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre	
Auftraggeber:	staatliche Institutionen	
Aufbau/Struktur:	Angegliederte Institute: - Centre for Local Governance (CfLG) - Centre for Democracy and Elections (CDE) - The Manchester Regional Economics Centre (MREC)	
Kontakt:	University of Manchester Oxford Road, UK-M13 9PL Manchester Tel.: +44 161 275 0798 / 0792 Fax: +44 161 275 0793 E-Mail: ipeg@manchester.ac.uk Website: http://www.ipeg.org.uk	
Institutsleiter:	Professor Peter John	

⁵²² Alle Angaben zum Institut: <http://www.ipeg.org.uk>.

Großbritannien

Name:	Institute of Local Government Studies (INLOGOV) ⁵²³	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	k.A.	
Gründungsjahr:	1968 ⁵²⁴	
Initiatoren:	Universität Birmingham	
Zielsetzung:	Stärkung lokaler Kapazitäten, Fähigkeiten und Kreativität; Bereitstellung wissenschaftlicher Ergebnisse für Entscheidungsträger; Übersetzung von Ideen in Strategien für lokale Dienstleistungen;	
Trägerschaft:	Universität Birmingham	
Finanzierung:	Drittmittel	
Zentrale Themenfelder:	- politische und strategische Führung - Governance - Evaluierung und Effizienzmanagement	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Weiterbildung - Beratung	
Auftraggeber:	- staatliche Institutionen - Kommunen, Kreise - Unternehmen	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	School of Public Policy University of Birmingham Edgbaston UK-B15 2TT Birmingham Tel.: +44 121 414 5008 Fax: k.A. E-Mail: c.e.rance@bham.ac.uk Website: http://www.inlogov.bham.ac.uk	
Institutsleiter:	Martin Willis	

⁵²³ Alle Angaben zum Institut: <http://www.inlogov.bham.ac.uk>.

⁵²⁴ <http://www.idd.bham.ac.uk/history.htm>.

Großbritannien

Name:	Local Government Centre ⁵²⁵	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	über 20	
Gründungsjahr:	1988	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	Forschung zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen kommunaler und regionaler Governance	
Trägerschaft:	Universität Warwick (Warwick Business School)	
Finanzierung:	selbst finanzierend	
Zentrale Themenfelder:	- Kommunalpolitik - kommunale und regionale Governance - Stadterneuerung - Politikevaluierung - lokale Ökonomie - Kooperationen - Armutsbekämpfung	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen(z.B. EU) - staatliche Institutionen - Kommunen, kommunale Verbände - gemeinnützige Organisationen (z.B. Stiftungen)	
Aufbau/Struktur:	Partnerschaft zwischen der Universität und 20 Kommunen (Warwick University Local Authorities Research Consortium) im Bereich Forschung und Best-Practice-Beispiele seit zehn Jahren ⁵²⁶	
Kontakt:	Warwick Business School University of Warwick UK-CV4 7AL Coventry Tel.: +44 24 7657 2546 Fax: +44 24 7657 2545 E-Mail: lgc@wbs.ac.uk Website: www2.warwick.ac.uk/fac/soc/wbs/research/lgc	
Institutsleiter:	Professor John Mawson	

⁵²⁵ Alle Angaben zum Institut: www2.warwick.ac.uk/fac/soc/wbs/research/lgc.

⁵²⁶ <http://www2.warwick.ac.uk/fac/soc/wbs/research/lgc/research/consortium>.

Großbritannien

Name:	Centre for Urban and Regional Studies (CURS) ⁵²⁷	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	32	
Gründungsjahr:	1966	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	multidisziplinäre Stadt- und Regionalforschung	
Trägerschaft:	Universität Birmingham (School of Public Policy)	
Finanzierung:	selbst finanzierend	
Zentrale Themenfelder:	- Stadt- und Regionalentwicklung - Stadterneuerung - Wohnungswesen - Governance und Politikprozesse - Armut und soziale Segregation - Sozialpolitik	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU) - staatliche Institutionen - gemeinnützige Organisationen (z.B. Stiftungen)	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	J G Smith Building The University of Birmingham Edgbaston UK-B15 2TT Birmingham Tel.: + 44 121 414 5028 Fax: + 44 121 414 3279 E-Mail: C.Fox@bham.ac.uk Website: http://www.curs.bham.ac.uk/	
Institutsleiter:	Peter Lee	

⁵²⁷ Alle Angaben zum Institut: <http://www.curs.bham.ac.uk>.

Großbritannien

Name:	New Local Government Network (NLGN) ⁵²⁸	privat
Zahl der Mitarbeiter:	14	
Gründungsjahr:	1996	
Initiatoren:	Vertreter von Kommunen	
Zielsetzung:	Transformation öffentlicher Dienstleistungen, Revitalisierung kommunaler politischer Führerschaft, Verfechter des „New Localism“	
Trägerschaft:	unabhängig, gemeinnützig	
Finanzierung:	- Mitglieder des öffentlichen Sektors - Kooperationspartner des privaten Sektors	
Zentrale Themenfelder:	- lokale Governance - Direktwahl der Bürgermeister	
Leistungen/Produkte:	- Vernetzung - Forschung - Lobbying - Wissensvermittlung	
Auftraggeber:	- staatliche Institutionen	
Aufbau/Struktur:	Vorstand (board) besteht v.a. aus Vertretern von Kommunen und Universitäten	
Kontakt:	New City Court First Floor 20 St. Thomas Street UK-SE1 9RS London Tel.: +44 20 7357 0051 Fax: +44 20 7357 0404 E-Mail: info@nlgn.org.uk Website: http://www.nlgn.org.uk	
Institutsleiter:	Chris Leslie	

⁵²⁸ Alle Angaben zum Institut: <http://www.nlgn.org.uk>.

Großbritannien

Name:	Improvement and Development Agency for local government (IDeA) ⁵²⁹	kommunal
Zahl der Mitarbeiter:	180	
Gründungsjahr:	1999	
Initiatoren:	Verband der lokalen Gebietskörperschaften Local Government Association (LGA)	
Zielsetzung:	Verbesserung kommunaler Körperschaften	
Trägerschaft:	Verband der lokalen Gebietskörperschaften Local Government Association (LGA)	
Finanzierung:	- staatliche Zuweisungen - Einnahmen aus Serviceleistungen	
Zentrale Themenfelder:	- Stärkung lokaler Demokratie - Leistungssteigerung lokaler Räte - Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen	
Leistungen/Produkte:	- Publikationen - Informationsangebote - Vernetzung - Erfahrungsaustausch - Beratung - Weiterbildung	
Auftraggeber:	Kommunen	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Layden House, 76-86 Turnmill Street, UK-EC1M 5LG London Tel.: +44 20 7296 6880 Fax: +44 20 7296 6666 E-Mail: ihelp@idea.gov.uk Website: http://www.idea.gov.uk	
Institutsleiter:	Lucy de Groot	

⁵²⁹ Alle Angaben zum Institut: <http://www.idea.gov.uk>.

Großbritannien

Name:	Local Government Analysis and Research (LGAR) ⁵³⁰	kommunal
Zahl der Mitarbeiter:	k.A.	
Gründungsjahr:	2006	
Initiatoren:	Verband der lokalen Gebietskörperschaften Local Government Association (LGA)	
Zielsetzung:	Unterstützung von Kommunen und dem Verband der lokalen Gebietskörperschaften durch die Erstellung von Analysen und die Bereitstellung von Daten	
Trägerschaft:	Verband der lokalen Gebietskörperschaften Local Government Association (LGA)	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Kommunalpolitik - Kriminalität und Sicherheit - Bildungswesen - Umwelt - strategische Planung - kommunale Finanzen - Bevölkerung und Migration - Soziales	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Wissensvermittlung - Beratung - Publikationen	
Auftraggeber:	Verband der lokalen Gebietskörperschaften	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Local Government House Smith Square London SW1P 3HZ Tel.: +44 20 7664 3344 Fax: k.A. E-Mail: info@local.gov.uk Website: http://www.lgar.local.gov.uk	
Institutsleiter:	Tim Allen	

⁵³⁰ Alle Angaben zum Institut: <http://www.lgar.local.gov.uk>.

Italien

Name:	CITTALIA Srl ⁵³¹	kommunal
Zahl der Mitarbeiter:	10	
Gründungsjahr:	2007	
Initiatoren:	Nationaler Verband der italienischen Gemeinden Associazione Nazionale dei Comuni Italiani (ANCI)	
Zielsetzung:	Förderung der kommunalen Selbstverwaltung; Untersuchung des Wandels der Kommunalpolitik; Beitrag zur Stärkung der Kommunen als Motor von Innovationen, Kultur und Identität	
Trägerschaft:	Nationaler Verband der italienischen Gemeinden Associazione Nazionale dei Comuni Italiani (ANCI)	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Kommunalpolitik - Governance - kommunale Selbstverwaltung - Sozialpolitik	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Konferenzen - Publikationen	
Auftraggeber:	k.A.	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Via Frattina 81 I-Roma Tel.: +39 06 6798558 Fax: +39 06 69190728 E-Mail: info@cittalia.it Website: http://www.cittalia.it	
Institutsleiter:	Leonardo Domenici	

⁵³¹ Alle Angaben zum Institut: <http://www.cittalia.it>.

Italien

Name:	Interuniversitäres Institut für räumliche Studien und Planung ⁵³² Dipartimento Interateneo Territorio (DITER)	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	90	
Gründungsjahr:	1986	
Initiatoren:	- Fachhochschule Turin (Politecnico di Torino) - Universität Turin (Università di Torino)	
Zielsetzung:	Forschung und Ausbildung in allen Bereichen räumlicher Entwicklung	
Trägerschaft:	- Fachhochschule Turin - Universität Turin	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- städtische Transformationsprozesse - Stadtplanung - Landschafts-/Umweltplanung	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre	
Auftraggeber:	k.A.	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Viale Mattioli 39 I-10125 Torino Tel.: +39 011 564 7402 Fax: +39 011 564 7499 E-Mail: eupolis@polito.it Website: http://www.diter.polito.it	
Institutsleiter:	Prof. Agata Spaziante	

⁵³² Alle Angaben zum Institut: <http://www.diter.polito.it>.

Italien

Name:	Forschungsgruppe Regional- und Stadtökonomie ⁵³³ Gruppo di Ricerca Economia Regionale e Urbana	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	6	
Gründungsjahr:	k.A.	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	k.A.	
Trägerschaft:	Fachhochschule Mailand (Institut für Management, Ökonomie und Verfahrenstechnik) Politecnico di Milano (DIG Dipartimento di Ingegneria Gestionale)	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Regionalentwicklung - Stadtentwicklung - ökonomische Analysen des Technologiesektors - Infrastruktur und lokale Entwicklung	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU) - staatliche Institutionen (z.B. Ministerien) - Kommunen, Regionen	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	DIG - Dipartimento di Ingegneria Gestionale Politecnico di Milano Via Giuseppe Colombo 40 I-20133 Milano Tel.: +39 02 2399 2711 Fax: +39 02 2399 2730 E-Mail: segreteria.dep@polimi.it. Website: http://www.econreg.altervista.org	
Institutsleiter:	Prof. Dr. Roberto Camagni	

⁵³³ Alle Angaben zur Forschungsgruppe: <http://www.econreg.altervista.org>.

Italien

Name:	FORMEZ CENTRO DI FORMAZIONE STUDI ⁵³⁴	staatlich / kommunal
Zahl der Mitarbeiter:	105	
Gründungsjahr:	1965	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	Unterstützung, Begleitung und Weiterbildung öffentlicher Verwaltungen	
Trägerschaft:	private Agentur	
Finanzierung:	- Ministerium für Reformen und Innovationen in der öffentlichen Verwaltung (Ministro per le Riforme e le Innovazioni nella P.A.) - Regionalregierungen - Nationaler Verband der italienischen Gemeinden (ANCI) - Union der italienischen Provinzen (UPI) - Nationale Union der Berggemeinschaften (UNCCEM)⁵³⁵	
Zentrale Themenfelder:	- Reform der öffentlichen Verwaltung - Wirtschaftsentwicklung - soziale Entwicklung - Governance - E-Government	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Weiterbildung - Beratung - technische Unterstützung	
Auftraggeber:	- staatliche Verwaltung - Kommunen, Provinzen, Regionen	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Via Salaria 229 I-00199 Roma Tel.: +39 06 06 84891 Fax: +39 06 84893415 E-Mail: informazione@formez.it Website: http://www.formez.it	
Institutsleiter:	Marco Bonamico	

⁵³⁴ Alle Angaben zum Institut: <http://www.formez.it>.

⁵³⁵ Europäische Union 2003.

Niederlande

Name:	Niederländisches Institut für städtische Innovationsforschung ⁵³⁶ NICIS Institute – Netherlands Institute for City Innovation Studies	kommunal / staatlich
Zahl der Mitarbeiter:	k.A.	
Gründungsjahr:	2005	
Initiatoren:	- 31 große Städte - 9 Ministerien	
Zielsetzung:	Förderung von Stadtentwicklung durch Forschung und Übersetzung in praxisbezogenes Wissen; Anregung des Erfahrungsaustauschs zwischen den Städten	
Trägerschaft:	- 31 große Städte - neun Ministerien	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Stadtforschung - öffentliche Verwaltung - Wirtschaft und Innovation - Bildung und Arbeit - Sicherheit - Sozialwesen und Integration - Wohnen - Governance	
Leistungen/Produkte:	- Forschung (u.a. Evaluierung) - Beratung - Weiterbildung - Trendstudien - Konferenzen - Publikationen (u.a. Newsletter)	
Auftraggeber:	- staatliche Institutionen (z.B. Ministerien) - Kommunen - Wirtschaft	
Aufbau/Struktur:	NICIS Institute unterhält das Sekretariat des European Urban Knowledge Network (EUKN)	
Kontakt:	Postbus 90750 NL-2509 LT Den Haag Tel.: +31 70 3440966 Fax: +31 70 3440967 E-Mail: info@nicis.nl Website: http://www.nicis.nl	
Institutsleiter:	Wim Hafkamp	

⁵³⁶ Alle Angaben zum Institut: <http://www.nicis.nl>.

Niederlande

Name:	Europäisches Institut für Vergleichende Stadtforschung ⁵³⁷ European Institute for Comparative Urban Research (EURICUR)	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	18	
Gründungsjahr:	1989	
Initiatoren:	- Bürgermeister von Barcelona - Bürgermeister von Rotterdam - Erasmus Universität Rotterdam	
Zielsetzung:	Anregung internationaler vergleichender Forschung in Angelegenheiten, die von Interesse für Städte sind	
Trägerschaft:	Erasmus Universität Rotterdam	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Städte in der Informations- und Wissensgesellschaft - Governance (städtisch/großstädtisch) - Public-Private- und Public-Public-Partnership - lokale, nationale und europäische Stadtpolitik - Stadt- und Regionalmarketing - Stadterneuerung - Infrastruktur und Stadtentwicklung - Tourismus, Freizeit, Sport, Kultur in Städten - soziale Kohäsion und Sicherheit in Städten	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Weiterbildung - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU) - staatliche Institutionen (z.B. Ministerien) - Kommunen - Verbände (z.B. Handelskammern) - Unternehmen	
Aufbau/Struktur:	EURICUR ist Teil eines Städtenetzwerks (Repräsentanten der Städte und der Universitäten im Institut einbezogen); unterhält enge Kooperation mit dem Eurocities-Netzwerk; Partnerorganisationen in Nordamerika (NAMICUR) und China (SECURC);	
Kontakt:	Erasmus University Rotterdam P.O. Box 1738 Room H12-27 NL-3000 DR Rotterdam Tel.: +31 10 4081186 Fax: +31 10 4089153 E-Mail: info@euricur.nl Website: http://www.euricur.nl	
Institutsleiter:	Prof. Dr. Leo van den Berg	

⁵³⁷ Alle Angaben zum Institut: <http://www.euricur.nl>.

Niederlande

Name:	Amsterdamer Institut für Metropolen- und Internationale Entwicklungsforschung ⁵³⁸ Amsterdam Institute for Metropolitan and International Development Studies (AMIDSt)	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	58	
Gründungsjahr:	2004	
Initiatoren:	Zusammenschluss von zwei Instituten: - Amsterdam Studienzentrum für großstädtische Umwelt, AME - Amsterdam Forschungsinstitut für globale Fragen und Entwicklungsstudien, AGIDS	
Zielsetzung:	Entscheidende Rolle in der internationalen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Debatte zu der räumlichen Dimension sozialer Realität	
Trägerschaft:	Universität Amsterdam (Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften) Universiteit van Amsterdam (Faculteit der Maatschappij- en Gedragwetenschappen)	
Finanzierung:	- Universität Amsterdam (Grundfinanzierung) - Forschungsförderung	
Zentrale Themenfelder:	- Polarisierung - Nachhaltigkeit - Governance - transnationale Migration	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU) - staatliche Institutionen (z.B. Ministerien, Forschungsfonds) - Kommunen	
Aufbau/Struktur:	Fünf Forschungsgruppen: - urbane Entwicklung und soziale Beziehungen - städtischer Raum, Institutionen, Netzwerke - Raum und Wirtschaft - Territorien, Identität, Repräsentation - Lebensgrundlagen, Umwelt, Governance	
Kontakt:	AMIDSt Office Roeterseiland, Building G Nieuwe Prinsengracht 130 NL-1018 VZ Amsterdam Tel.: +31 20 - 525 4062/ 4063 Fax: +310 20 - 525 4051 E-Mail: amidst-fmg@uva.nl Website: http://www.fmg.uva.nl/amidst	
Institutsleiter:	Prof. Robert Kloosterman	

⁵³⁸ Alle Angaben zum Institut: <http://www.fmg.uva.nl/amidst>.

Niederlande

Name:	Stadt- und Regionalforschungszentrum Utrecht ⁵³⁹ Urban and Regional research centre Utrecht (URU)	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	ca. 100	
Gründungsjahr:	1997 (als Urban Research Centre Utrecht; Umbenennung 2003) ⁵⁴⁰	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	Beitrag zum tieferen Verständnis urbaner und regionaler Veränderungen sowie dem raum-zeitlichen Verhalten von Individuen, Haushalten, Unternehmen in unterschiedlichen geographischen Kontexten	
Trägerschaft:	Universität Utrecht (Abteilung für Humangeographie und Stadt- und Regionalplanung, Fakultät für Geowissenschaften) Universiteit Utrecht (Departement Sociale Geografie en Planologie, Faculteit Geowetenschappen)	
Finanzierung:	- Universität Utrecht (Grundfinanzierung) - Forschungsfonds - Aufträge	
Zentrale Themenfelder:	- Stadtgeographie - Stadtplanung - Wirtschaftsgeographie - Entwicklung und Präsentation der Geographie - historische Kartographie	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU) - gemeinnützige Organisationen (z.B. Stiftungen)	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	PO Box 0.115 NL-3508 C Utrecht Tel.: +31 30 53 399 Fax: +31 30 53 037 E-Mail: r.vvankempen@geo.uu.nl Website: http://www.geo.uu.nl/uru	
Institutsleiter:	Prof. Dr. Ronald van Kempen	

⁵³⁹ Angaben zum Institut: <http://www.geo.uu.nl/uru>.

⁵⁴⁰ Urban and Regional research centre (URU), Utrecht: Self-Assessment Report 2000-2006. Utrecht 2007, S. 11 (<http://researchgroup.geo.uu.nl/55/URUrapport2007WEB.pdf>).

Niederlande

Name:	SGBO Forschungs- und Beratungsinstitut ⁵⁴¹ SGBO Onderzoeks- en adviesbureau	kommunal
Zahl der Mitarbeiter:	70	
Gründungsjahr:	1964	
Initiatoren:	Niederländischer Gemeindeverband (Vereniging van Nederlandse Gemeenten VNG)	
Zielsetzung:	k.A.	
Trägerschaft:	seit 2001 unabhängig	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- soziale Entwicklung - Sicherheit - Stadtentwicklung - Arbeitsmarkt - Governance - Organisation und Dienstleistungen	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Beratung	
Auftraggeber:	- staatliche Institutionen (z.B. Ministerien) - Kommunen - gemeinnützige Organisationen	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Postbus 30435 NL-2500 GK Den Haag Tel.: +31 70 373 8357 Fax: +31 070 363 9345 E-Mail: info@sgbo.nl Website: http://www.sgbo.nl	
Institutsleiter:	k.A.	

⁵⁴¹ Alle Angaben zum Institut: <http://www.sgbo.nl>.

Niederlande

Name:	Forschungsinstitut für Wohn-, Stadt- und Mobilitätsstudien ⁵⁴² Onderzoeksinstituut OTB	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	125	
Gründungsjahr:	1985	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	Wissenschaftlicher Beitrag zur Lösung sozialer Probleme im Bereich Wohnungswesen, Bauwesen und bebaute Umwelt	
Trägerschaft:	Technische Universität Delft	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Wohnungswesen - Stadterneuerung - Immobilienmanagement - Stadtpolitik - Umweltplanung	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Beratung - Wissenstransfer - Publikationen - Konferenzen	
Auftraggeber:	- staatliche Institutionen (z.B. Ministerien) - Unternehmen (z.B. Wohnungsgesellschaften, Projektentwickler, Investoren) - gemeinnützige Organisationen	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Postbus 5030 NL-2600 GA Delft Tel.: +31 15 2783005 Fax: +31 15 2784422 E-Mail: mailbox@otb.tudelft.nl Website: http://www.otb.tudelft.nl	
Institutsleiter:	Prof. Dr. Peter J. Boelhouwer	

⁵⁴² Alle Angaben zum Institut: <http://www.otb.tudelft.nl>.

Österreich

Name:	Department für Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung ⁵⁴³	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	87	
Gründungsjahr:	2004	
Initiatoren:	Fakultät für Architektur und Raumplanung, Technische Universität Wien	
Zielsetzung:	Entwicklung von Kompetenzzentren in spezifischen planungsrelevanten Forschungsthemen, die über Österreich hinaus sichtbar werden und Bedeutung erlangen sollen	
Trägerschaft:	Technische Universität Wien (Fakultät für Architektur und Raumplanung)	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	Interdisziplinäre Forschungsschwerpunkte: - Urbanistik - Entwicklung ländlicher und alpiner Regionen - europäische Raumentwicklung - räumliche Simulation und Modellbildung	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Beratung - Netzwerk Raumplanung (Kommunikations-, Informations- und Kooperationsplattform für Raumplaner) ⁵⁴⁴	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU) - staatliche Institutionen (z.B. Ministerien) - Kommunen	
Aufbau/Struktur:	Sieben Fachbereiche: - Rechtswissenschaften - Stadt- und Regionalforschung - Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik - örtliche Raumplanung - Verkehrssystemplanung - Soziologie - Regionalplanung und Regionalentwicklung	
Kontakt:	Sekretariat: AR Brigitte Sadegh Operngasse 11/6 A-1040 Wien Tel.: +43 1 58801-26601 Fax: +43 1 58801-26699 E-Mail: sekretariat+e280@tuwien.ac.at Website: http://raum.tuwien.ac.at	
Institutsleiter:	Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Wolfgang Feilmayr	

⁵⁴³ Alle Angaben zum Institut: <http://raum.tuwien.ac.at>.

⁵⁴⁴ Ziel dieser Website ist die Förderung des Dialogs zwischen Theorie und Praxis sowie zwischen Raumplanern und Fachgebieten (<http://www.netzwerk-raumplanung.at>).

Österreich

Name:	Österreichisches Institut für Raumplanung (ÖIR) ⁵⁴⁵	privat
Zahl der Mitarbeiter:	ca. 20	
Gründungsjahr:	1957	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	Die räumliche Dimension in Politik und Gesellschaft durch Planung, Forschung und Beratung ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen und innovative Problemlösungen zu finden	
Trägerschaft:	gemeinnütziger Verein; Privatisierung 1999	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Stadt- und Regionalentwicklung - Verkehrsplanung - Raumentwicklung in Europa, EU-Programmplanung - Beurteilung von Planungen und Projekten - Regional- und Umweltökonomie - Design und Management von Planungsprozessen	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Planung - Politikberatung - Management von Planungsprozessen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU) - Bundes- und Landesbehörden - Kommunen	
Aufbau/Struktur:	ÖIR-Managementdienste GmbH ist ein europäisches Beratungsunternehmen innerhalb der ÖIR-Gruppe, das auf Arbeiten im europäischen Kontext spezialisiert ist. ÖIR-Informationsdienste GmbH ist eine Ausgründung aus dem ÖIR.⁵⁴⁶	
Kontakt:	Franz-Josefs-Kai 27 A-1010 Wien Tel.: +43 1 533 87 47-0 Fax: +43 1 533 87 47-66 E-Mail: oir@oir.at Website: http://www.oeir.org	
Institutsleiter:	Dipl.-Ing. Adolf Andel	

⁵⁴⁵ Angaben zum Institut: <http://www.oeir.org>.

⁵⁴⁶ <http://www.europaforum.or.at/site/wienerwissen/de/institut-oeir.htm>.

Österreich

Name:	Europaforum Wien - Zentrum für Städtedialog und Europapolitik ⁵⁴⁷	kommunal
Zahl der Mitarbeiter:	8	
Gründungsjahr:	1995	
Initiatoren:	Stadt Wien auf Initiative des damaligen Planungsstadtrates und heutigen Europaparlamentsabgeordneten Dr. Hannes Swoboda	
Zielsetzung:	Unterstützung der Wiener Stadtregierung und -verwaltung bei Fragen, die sich aus dem EU-Integrationsprozess und der europäischen Standortkonkurrenz ergeben	
Trägerschaft:	gemeinnütziger Verein	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- grenzüberschreitende Kooperation in der erweiterten EU - Standortwettbewerb der Städte - Stadtentwicklung und Infrastrukturpolitik in der EU - europäische Städtepolitik und Städtenetzwerke - Gesellschaft und Integration - Reform und Entwicklung von Demokratie und Institutionen in Europa	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Beratung - Managen öffentlicher Beteiligungsprozesse - Konferenzen - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU) - Bundes- und Landesbehörden - Kommunen - Österreichische Akademie der Wissenschaften - Wirtschaftskammer Wien	
Aufbau/Struktur:	gemeinnütziger Verein; Präsident: Dr. Michael Häupl (Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien)	
Kontakt:	Rahlgasse 3 A-1060 Wien Tel.: +43 1 585 85 10 - 0 Fax: +43 1 585 85 10 - 30 E-Mail: institut.efw@europaforum.or.at Website: http://www.europaforum.or.at	
Institutsleiter:	Dr. Eugen Antalovsky	

⁵⁴⁷ Alle Angaben zum Institut: <http://www.europaforum.or.at>.

Österreich

Name:	Institut für Stadt- und Regionalforschung (ISR) ⁵⁴⁸	Akademie der Wissenschaften
Zahl der Mitarbeiter:	16	
Gründungsjahr:	1988 (1946 gegründete Kommission für Raumforschung und Wiederaufbau als Vorläufer, 1954 umbenannt in Kommission für Raumforschung)	
Initiatoren:	Österreichische Akademie der Wissenschaften	
Zielsetzung:	Dokumentation, Analyse und Interpretation der regionalen, zwischen- und innerstädtischen Disparitäten der Gesellschaft und der Raumnutzung (grundlagenorientiert und ohne direkten planerischen Verwertungszusammenhang)	
Trägerschaft:	Österreichische Akademie der Wissenschaften	
Finanzierung:	Drittmittel	
Zentrale Themenfelder:	- räumliche Organisation und bauliche Strukturen städtischer Gesellschaften - postsuburbane Entwicklungstendenzen - regionaler Wandel im (östlichen) Europa	
Leistungen/Produkte:	- Forschung (v.a. wissenschaftliche Grundlagenforschung) - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU) - Bundesbehörden - Kommunen	
Aufbau/Struktur:	Kuratorium (19 Personen, international besetzt)	
Kontakt:	Postgasse 7/4/2 A-1010 Wien Tel.: +43 51 581 - 3520 Fax: +43 51 581 - 3533 E-Mail: isr@oeaw.ac.at Website: http://www.oeaw.ac.at/isr	
Institutsleiter:	Prof. Dr. Heinz Fassmann	

⁵⁴⁸ Alle Angaben zum Institut: <http://www.oeaw.ac.at/isr>.

Österreich

Name:	SRZ Stadt + Regionalforschung GmbH ⁵⁴⁹	privat
Zahl der Mitarbeiter:	7	
Gründungsjahr:	1991	
Initiatoren:	Mitarbeiter des ehemaligen Instituts für Stadtforschung in Wien	
Zielsetzung:	k.A.	
Trägerschaft:	Privatunternehmen	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Arbeitswissenschaft - Demografie und Statistik - Gender - Raumordnung, Raumplanung, Regionalentwicklung - Sozialpolitik - Stadtentwicklung, Stadterneuerung - Wohnungswirtschaft, Wohnungspolitik - Wohnzufriedenheit	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Beratung - Planungsarbeiten - Evaluationen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU) - Bundes- und Landesbehörden - Kommunen - Verbände	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Lindengasse 26 Tel.: +43 1 523 89 53 Fax: +43 1 523 89 535 E-Mail: srz@srz-gmbh.com Website: http://www.srz-gmbh.com	
Institutsleiter:	Bernhard Schöffmann	

⁵⁴⁹ Alle Angaben zum Institut: <http://www.srz-gmbh.com>.

Polen

Name:	Institut für Kommunalentwicklung und -politik ⁵⁵⁰ Zakład Rozwoju i Polityki Lokalnej (ZRiPL)	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	7	
Gründungsjahr:	1977 (Fakultät) ⁵⁵¹	
Initiatoren:		
Zielsetzung:	Durchführung interdisziplinärer Forschung und Lehre im Bereich Stadt- und Regionalentwicklung	
Trägerschaft:	Universität Warschau (Fakultät für Geographie und Regionalforschung) Uniwersytet Warszawski (Wydział Geografii i Studiów Regionalnych)	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Stadt- und Regionalentwicklung - kommunale Wirtschaftsentwicklung - europäische Integration	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Konferenzen - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. Weltbank, EU, Open Society Institute, British Department for International Development) - staatliche Institutionen - Kommunen, Regionen	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Uniwersytet Warszawski Wydział Geografii i Studiów Regionalnych ul. Krakowskie Przedmieście 30 pok. 204 b 204 c PL-00-927 Warszawa Tel.: +48 22 50 20 650 Fax: +48 22 50 20 629 E-Mail: pswian@uw.edu.pl (Paweł Swianiewicz) Website: http://zripl.wgsr.uw.edu.pl	
Institutsleiter:	Prof. Dr. Paweł Swianiewicz	

⁵⁵⁰ Angaben zum Institut: <http://zripl.wgsr.uw.edu.pl>.

⁵⁵¹ Swianiewicz 2006.

Polen

Name:	Zentrum für Europäische Regional- und Kommunalforschung ⁵⁵² Centrum Europejskich Studiów Regionalnych i Lokalnych (EUROREG)	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	20	
Gründungsjahr:	1991	
Initiatoren:	hervorgegangen aus dem Institut für Raumökonomie der Universität Warschau	
Zielsetzung:	Interdisziplinäre Forschung und Lehre im Bereich Regional- und Kommunalforschung und -politik	
Trägerschaft:	Universität Warschau	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Stadt- und Regionalentwicklung - Stadt- und Regionalplanung - Transformationsprozess in Zentral- und Osteuropa	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Beratung (Unterstützung von Kommunen und Regionen bei der Entwicklung strategischer Planungen) - Konferenzen - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Organisationen (z.B. EU, Weltbank, OECD) - staatliche Institutionen (z.B. Regierung, Forschungsförderung) - Kommunen, Regionen	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	ul. Krakowskie Przedmieście 30 PL-00-927 Warszawa Tel.: +48-22 826 16 54 Fax: +48-22 826 21 68 E-Mail: euroreg@uw.edu.pl Website: http://www.euroreg.uw.edu.pl	
Institutsleiter:	Prof. Dr. hab. Grzegorz Gorzelak	

⁵⁵² Alle Angaben zum Zentrum: <http://www.euroreg.uw.edu.pl>.

Polen

Name:	Institut für Stadt- und Bevölkerungs- geographie ⁵⁵³ Zakład Geografii Miast i Ludności	Akademie der Wissenschaften
Zahl der Mitarbeiter:	17	
Gründungsjahr:	1956	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	k.A.	
Trägerschaft:	Polnische Akademie der Wissenschaften (Institut für Geographie und räumliche Organisation) Polska Akademia Nauk (Instytut Geografii i Przestrzennego Zagospodarowania)	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- räumliche Strukturen von Städten und ihre sozio- ökonomische Transformation in Polen und Zentraleuropa - Migration und Bevölkerungsentwicklung - Verkehrs-, Handels- und Dienstleistungsgeographie - ökonomische und infrastrukturelle Verbindungen Polens in Europa - Wahlverhalten	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU) - staatliche Institutionen (z.B. Regierung, Forschungsförderung)	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	ul. Twarda 51/55 PL-00-818 Warszawa Tel.: +48 22 6978822 Fax: +48 22 6206221 E-Mail: m.janusz@twarda.pan.pl Website: http://www.igipz.pan.pl/miasto	
Institutsleiter:	Prof. Dr. hab. Grzegorz Węclawowicz	

⁵⁵³ Alle Angaben zum Institut: <http://www.igipz.pan.pl/miasto>.

Polen

Name:	Institut für Stadtentwicklung ⁵⁵⁴ Instytut Rozwoju Miast (IRM)	staatlich
Zahl der Mitarbeiter:	78	
Gründungsjahr:	2002	
Initiatoren:	Zusammenschluss zweier Forschungseinrichtungen	
Zielsetzung:	Unterstützung staatlicher, regionaler und kommunaler Regierungen im Bereich räumlicher Planung und Wohnungswesen; Forschung zu sozio-ökonomischen und räumlichen Prozessen der Stadtentwicklung;	
Trägerschaft:	öffentliche Einrichtung unter der Aufsicht des Ministeriums für Infrastruktur (Ministerstwo Infrastruktury)	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- räumliche Planung - Landnutzung - kommunale Wirtschaft - Wohnungswesen	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Weiterbildung - Konferenzen - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU, BMBF⁵⁵⁵) - staatliche Institutionen (z.B. Ministerien) - Kommunen, Regionen	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	ul. Cieszyńska 2 PL-30-015 Krakow Tel.: +48 12 634-29-53 16 Fax: +48 12 633-94-05 E-Mail: sekretariat@irm.krakow.pl Website: http://www.irm.krakow.pl	
Institutsleiter:	Prof. Dr. hab. Zygmunt Ziobrowski	

⁵⁵⁴ Alle Angaben zum Institut: <http://www.irm.krakow.pl>.

⁵⁵⁵ Deutsches Bundesministerium für Bildung und Forschung

Rumänien

Name:	Nationales Forschungs- und Entwicklungs- institut für Stadt- und Raumplanung ⁵⁵⁶ Institutul National De Cercetare – Dezvoltare Pentru Urbanism Di Amenajarea Teritoriului - INCD-URBANPROIECT	staatlich
Zahl der Mitarbeiter:	130	
Gründungsjahr:	1991	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	Untermauerung der langfristigen Regierungsstrategie und der zentralen Politiken im Bereich Stadt- und Territorialplanung; Erstellung der fachlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Stadt- und Territorialplanung	
Trägerschaft:	- unabhängiges Unternehmen - Nationale Agentur für Wissenschaft, Technologie und Innovation (Agentia Nationala pentru Stiinta, Tehnologie si Inovare) (Koordination) - Ministerium für Entwicklung, öffentliche Bauvorhaben und Wohnen (Ministerul Dezvoltarii, Lucrarilor Publice si Locuintelor (fachliche Leitung)	
Finanzierung:	- öffentliche Mittel - private Mittel	
Zentrale Themenfelder:	- Stadt- und Territorialplanung - Denkmalschutz - Wassermanagement - Risikomanagement - Tourismus	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Weiterbildung von Wissenschaftlern - Beratung - Pilotprojekte im Bereich Stadtentwicklung - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Organisationen (z.B. EU) - Kommunen, Kreise	
Aufbau/Struktur:	zwei Abteilungen: - Stadtplanung - Raumplanung	
Kontakt:	Str. Nicolae Filipescu, nr. 53-55 RO-020961 Bucuresti 37 Tel.: +40 021 316 7842 Fax: +40 021 316 4906 E-Mail: office@incdurban.ro Website: http://www.incdurban.ro	
Institutsleiter:	Doina Mihaela Bubulete	

⁵⁵⁶ Alle Angaben zum Institut: <http://www.incdurban.ro>; <http://estia.arch.auth.gr/estia/eng/partners/ro/ro-partners.pdf>.

Rumänien

Name:	Institut für öffentliche Politik ⁵⁵⁷ Institutul pentru Politici Publice (IPP)	privat
Zahl der Mitarbeiter:	11	
Gründungsjahr:	2001	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Rumänien durch Forschung, offene Diskussionen und Politikanalysen ⁵⁵⁸	
Trägerschaft:	privat	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- öffentliche Verwaltungsreform⁵⁵⁹ - kommunale und regionale Governance⁵⁶⁰ - Stadtentwicklung und Kommunalpolitik⁵⁶¹ - Parteienfinanzierung⁵⁶² - Wahlsystem und Wahlforschung⁵⁶³	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Beratung - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. ausländische Botschaften) - gemeinnützige Organisationen (z.B. Stiftungen, Open Society Institute, German Marshall Fund, USAID⁵⁶⁴)	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Str. Sfintii Voievozi nr. 55 Sector 1 Bucharesti Romania Tel.: + 40 21 212 31 26 Fax: + 40 21 212 31 08 E-Mail: office@ipp.ro Website: http://www.ipp.ro	
Institutsleiter:	Violeta Alexandru	

⁵⁵⁷ Angaben zum Institut: <http://www.ipp.ro>.

⁵⁵⁸ PASOS – Policy Association for an Open Society 2005, S. 137 ff.

⁵⁵⁹ Ebenda.

⁵⁶⁰ <http://www.ipp.ro>.

⁵⁶¹ Ebenda.

⁵⁶² PASOS – Policy Association for an Open Society 2005, S. 137 ff.

⁵⁶³ Policy Dokumentation Center: <http://pdc.ceu.hu/countries.Romania.html>.

⁵⁶⁴ United States Agency for International Development (<http://www.usaid.gov>).

Rumänien

Name:	Rumänische Akademische Gesellschaft ⁵⁶⁵ Societatea Academica din Romania (SAR)	privat
Zahl der Mitarbeiter:	14	
Gründungsjahr:	1996	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	Förderung von Freiheit, Demokratie und Good Governance in Osteuropa	
Trägerschaft:	privat	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Politikforschung - europäische Integration in osteuropäischen Staaten - Good Governance - Steuerreform	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Beratung - Konferenzen - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Organisationen (z.B. EU, Britische Botschaft) - gemeinnützige Organisationen (z.B. Volkswagen Stiftung)	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Mihai Eminescu 61 RO-020071 Bucharesti 2 Tel.: +40 21 2111424 Fax: +40 21 2111477 E-Mail: office@sar.org.ro Website: http://www.sar.org.ro	
Institutsleiter:	Alina Mungiu Pippidi (Präsident) Suzana Dobre (Direktor)	

⁵⁶⁵ Alle Angaben zur Gesellschaft: <http://www.sar.org.ro>.

Rumänien

Name:	Forschungsinstitut für Lebensqualität ⁵⁶⁶ Institutul de Cercetare a Calității Vieții	Akademie der Wissenschaften
Zahl der Mitarbeiter:	72	
Gründungsjahr:	1990	
Initiatoren:	- Rumänische Akademie - Nationalinstitut für Wirtschaftsforschung der Rumänischen Akademie	
Zielsetzung:	soziologische Forschung in den Bereichen Lebensqualität, Armut, Sozialpolitik und soziale Entwicklung	
Trägerschaft:	Rumänische Akademie (Academia Română)	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Sozialpolitik - Armutsbekämpfung - sozio-ökonomische Bedingungen - Wohnungswesen	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Beratung - Datenbank (Sozialdaten) - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU, Weltbank, UNDP, ILO, UNESCO, UNICEF) - staatliche Institutionen - gemeinnützige Organisationen (z.B. Stiftungen) - private Einrichtungen - nationale Forschungsförderung	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Casa Academiei Romane Calea 13 Septembrie 13, sector 5 RO-050711 Bucharesti Tel.: +40 21 3182461 Fax: +40 21 3182462 E-Mail: iccv@iccv.ro Website: http://www.iccv.ro	
Institutsleiter:	Prof. Dr. Cătălin Zamfir	

⁵⁶⁶ Alle Angaben zum Institut: <http://www.iccv.ro>.

Schweden

Name:	Institut für Wohnungswesen und Stadtforschung ⁵⁶⁷ Institutet för bostads- och urbanforskning (IBF)	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	ca. 40	
Gründungsjahr:	1994	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	Forschung in den Bereichen Wohnungswesen und bebaute Umwelt	
Trägerschaft:	Universität Uppsala (Sozialwissenschaftliche Fakultät) Uppsala universitet (Samhällsvetenskapliga fakulteten)	
Finanzierung:	- Universität Uppsala (Grundfinanzierung) - nationale und internationale Drittmittel	
Zentrale Themenfelder:	- Bau- und Wohnungsökonomie - Wohnungswesen - Stadtentwicklung/Stadtplanung - Regionalentwicklung - Migration - Wohnungswesen und Gesundheit - öffentlicher Sektor - Globalisierung - nachhaltige Entwicklung	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Konferenzen - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU) - staatliche Institutionen	
Aufbau/Struktur:	Sekretariat des Europäischen Netzwerkes für Wohnforschung (European Network for Housing Research, ENHR) ist am Institut angesiedelt	
Kontakt:	P O Box 785 SE-801 29 Gävle Tel.: +46 26 420 65 00 Fax: +46 26 420 65 01 E-Mail: ibf@ibf.uu.se Website: http://www.ibf.uu.se	
Institutsleiter:	Prof. Dr. Roger Andersson	

⁵⁶⁷ Alle Angaben zum Institut: <http://www.ibf.uu.se>.

Schweden

Name:	Zentrum für Stadt- und Regionalwissenschaften ⁵⁶⁸ Centrum för Urbana och Regionala Studier (CUREs)	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	30	
Gründungsjahr:	1988 (bis 2004: Zentrum für Wohn- und Stadtforschung/Centrum för Stadsmiljöforskning)	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	umfassender Ansatz zur Erforschung von Stadt- und Regionalentwicklung mit Fokus auf Nachhaltigkeit, Effizienz und Demokratie	
Trägerschaft:	Universität Örebro (Abteilung Sozial- und Politikwissenschaften) Örebro universitet (Samhällsvetenskapliga institutionen)	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Governance und Demokratie (lokal und regional) - Wachstums- und Stagnationsregionen - Ökologie und Klimawandel - soziale Transformationen und öffentliches Gesundheitswesen	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Konferenzen - Publikationen	
Auftraggeber:	- staatliche Institutionen (v.a. Forschungsförderung) - gemeinnützige Organisationen (z.B. Stiftungen)	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Department of Social and Political Sciences (Samhällsvetenskapliga institutionen) Örebro University SE-701 82 Örebro Tel.: +46 19 303000 Fax: k.A. E-Mail: cures@sam.oru.se Website: http://www.oru.se/cures	
Institutsleiter:	Prof. Dr. Ingemar Elander	

⁵⁶⁸ Alle Angaben zum Zentrum: <http://www.oru.se/cures>.

Schweden

Name:	NORDREGIO - Nordisches Zentrum für Räumliche Entwicklung ⁵⁶⁹ NORDREGIO - Nordic Center for Spatial Development	staatlich
Zahl der Mitarbeiter:	30	
Gründungsjahr:	1997	
Initiatoren:	Nordischer Ministerrat ⁵⁷⁰ Nordiska ministerrådet	
Zielsetzung:	Beschreibung und Analyse räumlicher Entwicklung in den nordischen Ländern zur Unterstützung gemeinsamer nordischer Interessen bezüglich Regionalentwicklung und -planung	
Trägerschaft:	Nordischer Ministerrat	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Regionalentwicklung - Regionalplanung - räumliche Auswirkungen von Globalisierung, EU-Ost-erweiterung und Umweltpolitik	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Weiterbildung - Beratung - Konferenzen - Publikationen	
Auftraggeber:	Institutionen im Bereich Regionalplanung und -entwicklung in den nordischen Ländern	
Aufbau/Struktur:	- Aufsichtsrat: wird vom Nordischen Ministerrat bestimmt; verantwortlich für langfristige strategische Planung - Expertenrat: berät den Aufsichtsrat	
Kontakt:	P.O. Box 1658 SE-111 86 Stockholm Tel.: +46 8 463 54 00 Fax: +46 8 463 54 01 E-Mail: nordregio@nordregio.se Website: http://www.nordregio.se	
Institutsleiter:	Ole Damsgaard	

⁵⁶⁹ Alle Angaben zum Institut: <http://www.nordregio.se>

⁵⁷⁰ Der Nordische Ministerrat wurde 1971 gegründet und ist das Forum für Regierungskooperationen der Staaten Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden (<http://www.norden.org/web/3-1-raad/3-1-5-nmr/uk/index.asp?lang=.>)

Schweden

Name:	Abteilung für Stadt- und Regionalwissenschaften ⁵⁷¹ Division of Urban and Regional Studies (DURS)	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	48	
Gründungsjahr:	2005	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	Untersuchung lokaler und regionaler Planung in Theorie und Praxis	
Trägerschaft:	Königliches Institut für Technologie KTH - Kunglia Tekniska Högsolan	
Finanzierung:	- universitäre Mittel - Drittmittel	
Zentrale Themenfelder:	- Stadtentwicklung und -planung - Regionalentwicklung und -planung - Umwelt und nachhaltige Entwicklung - Infrastrukturplanung - Wohnungswesen - Governance - Kulturmanagement und Stadtmarketing - Stadtgestaltung und Einzelhandel	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU) - staatliche Institutionen - Kommunen - gemeinnützige Organisationen (z.B. Stiftungen) - privater Sektor	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Drottning Kristinas väg 30 SE-114 28 Stockholm Tel.: +46 8 790 7980 Fax: +46 8 790 6761 E-Mail: cars@infra.kth.se Website: http://www.infra.kth.se/SP	
Institutsleiter:	Prof. Dr. Göran Cars	

⁵⁷¹ Alle Angaben zum Institut: <http://www.infra.kth.se/SP>.

Schweiz

Name:	Geografisches Institut der Universität Neuchâtel ⁵⁷² Institut de Géographie de l'Université de Neuchâtel (IGG)	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	8	
Gründungsjahr:	1974	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	k.A.	
Trägerschaft:	Universität Neuchâtel	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Urbanisierung - Globalisierung - internationale Migration - nachhaltige Entwicklung und Klimawandel	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Publikationen	
Auftraggeber:	- staatliche Institutionen (z.B. Bundesbehörden) - Nationalfonds⁵⁷³ - gemeinnützige Organisationen (z.B. Stiftungen)	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Espace Louis-Agassiz 1 CH-2000 Neuchâtel Tel.: + 41 32 718 18 12 Fax: + 41 32 718 17 01 E-Mail: secretariat.geographie@unine.ch Website: http://www2.unine.ch/geographie	
Institutsleiter:	Prof. Dr. Etienne Piguet Prof. Dr. Ola Söderström	

⁵⁷² Alle Angaben zum Institut: <http://www2.unine.ch/geographie>.

⁵⁷³ Der Schweizerische Nationalfonds (SNF) ist die wichtigste Schweizer Institution zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung im Auftrag des Bundes (<http://www.snf.ch>).

Schweiz

Name:	INTERFACE GmbH – Institut für Politikstudien ⁵⁷⁴	privat
Zahl der Mitarbeiter:	ca. 20	
Gründungsjahr:	1991	
Initiatoren:	PD Dr. Andreas Balthasar (Gründer)	
Zielsetzung:	Gesellschaftliches und politisches Handeln durch Wissenschaft für die Praxis in ausgewählten Politikfeldern effizienter, effektiver und nachhaltiger machen	
Trägerschaft:	Privatunternehmen	
Finanzierung:	Auftragsforschung	
Zentrale Themenfelder:	- Verkehr, Umwelt und Energie - soziale Sicherheit und Integration - Bildung und Familie - Reformen - Gesundheit	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Beratung - Evaluierung - Publikationen	
Auftraggeber:	- staatliche Institutionen (z.B. Bundesbehörden) - Kantone - Kommunen - Universitäten und Bildungsinstitutionen - Nationalfonds⁵⁷⁵ - private Institutionen (Vereine, Verbände, Stiftungen)	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Seidenhofstrasse 12 CH-6003 Luzern Tel.: +41 41 226 04 26 Fax: +41 41 226 04 36 E-Mail: interface@interface-politikstudien.ch Website: http://www.interface-politikstudien.ch	
Institutsleiter:	PD Dr. Andreas Balthasar	

⁵⁷⁴ Alle Angaben zum Institut: <http://www.interface-politikstudien.ch>.

⁵⁷⁵ Der Schweizerische Nationalfonds (SNF) ist die wichtigste Schweizer Institution zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung im Auftrag des Bundes (<http://www.snf.ch>).

Schweiz

Name:	Institut für Stadt- und Regionalplanung ⁵⁷⁶ Institut du développement territorial (INTER)	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	112	
Gründungsjahr:	k.A.	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	interdisziplinäres Forschungszentrum, das theoretisches und praktisches Fachwissen bezüglich des bewohnten Raumes verbindet	
Trägerschaft:	Technische Hochschule Lausanne Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne (EPFL)	
Finanzierung:	- Grundfinanzierung (Technische Hochschule Lausanne) - Drittmittel	
Zentrale Themenfelder:	- Stadt- und Regionalentwicklung/-planung - Verkehr - Landschaftsplanung - soziale Aspekte städtischer und technologischer Entwicklung - räumliche Entscheidungsprozesse - Urbanisierung und Informationsgesellschaft	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Konferenzen - Publikationen	
Auftraggeber:	k.A.	
Aufbau/Struktur:	Vorstand: Exekutive des Institutes; Rat: jeweils ein Vertreter der beteiligten Institute; bestimmt die strategische Ausrichtung; Hauptversammlung: alle Mitglieder des Institutes;	
Kontakt:	Luana Huguenin EPFL INTER BP 2240 Bâtiment BP, Station 16 CH-1015 Lausanne Tel.: +41 21 693 8002 Fax: k.A. E-Mail: luana.huguenin@epfl.ch Website: http://inter.epfl.ch	
Institutsleiter:	Prof. Jacques Lévy	

⁵⁷⁶ Alle Angaben zum Institut: <http://inter.epfl.ch>.

Schweiz

Name:	NSL – Netzwerk Stadt und Landschaft ⁵⁷⁷	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	ca. 55	
Gründungsjahr:	2002 (vormals Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung ORL, gegründet 1961)	
Initiatoren:	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETH Zürich)	
Zielsetzung:	- Entwicklung von Grundlagen für eine menschengerechte und nachhaltige sowie ästhetisch und kulturell anspruchsvolle Gestaltung unserer Umwelt - Mittler zwischen Hochschule und Praxis - Erhebung von umweltrelevanten Daten, ihre Verknüpfung und ihre Übersetzung in Handlungsstrategien	
Trägerschaft:	ETH Zürich	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Stadt und Landschaft (Gleichzeitigkeit ihrer Phänomene, Wahrnehmung und Funktion, Zielsetzungen, Gestaltung und Entwicklungssteuerung) - Forschungsschwerpunkt „Zukunft urbaner Kulturlandschaften“ (Bauplanung und Baubetrieb, regionaler Stoffhaushalt, Städtebau, Landschaftsarchitektur sowie Verkehrsplanung und Raumplanung)	
Leistungen/Produkte:	- Forschung (der einzelnen Institute und spezifische NSL-Projekte) - Lehre - Publikationen (u.a. Zeitschrift DISP Dokumente und Informationen zur schweizerischen Orts-, Regional- und Landesplanung)	
Auftraggeber:	k.A.	
Aufbau/Struktur:	beteiligte Institute: - Institut für Städtebau (ISB) - Studio Basel / Institut Stadt der Gegenwart - Institut für Landschaftsarchitektur (ILA) - Institut für Raum- und Landschaftsentwicklung (IRL) - Institut für Verkehrsplanung und Transportsysteme (IVT)	
Kontakt:	ETH Zürich, Koordinationsstelle NSL Claudia Gebert HIL H 43.2 Wolfgang-Pauli-Str. 15 CH-8093 Zürich Tel.: +41 44 633 36 33 Fax: +41 44 633 15 67 E-Mail: gebert@nsl.ethz.ch Website: http://www.nsl.ethz.ch	
Institutsleiter:	Prof. Dr. Günther Vogt	

⁵⁷⁷ Alle Angaben zum Netzwerk: <http://www.nsl.ethz.ch>.

Spanien

Name:	Interuniversitäres Institut für kommunale Entwicklung ⁵⁷⁸ Instituto Interuniversitario de Desarrollo Local (IIDL)	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	35	
Gründungsjahr:	2004	
Initiatoren:	Universität Jaume I de Castelló (UJI) Universität Valencia - Estudi General (UEG)	
Zielsetzung:	k.A.	
Trägerschaft:	Universität Jaume I de Castelló (UJI) Universität Valencia - Estudi General (UEG)	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Stadt- und Regionalentwicklung/-planung - Wohnungswesen - Infrastrukturplanung - Verkehrswesen - öffentliche Verwaltung - Kommunalpolitik - Tourismus	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Publikationen	
Auftraggeber:	k.A.	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Universität Jaume I Silvia Valls Tel.: +34 964 387 179 Fax: k.A. E-Mail: iidl@uji.es Website: http://www.xipmultimedia.com/iidl	
Institutsleiter:	D ^a Ana M ^a Fuertes Eugenio	

⁵⁷⁸ Alle Angaben zum Institut: <http://www.xipmultimedia.com/iidl>.

Spanien

Name:	Barcelona Institut für Regional- und Stadtforschung ⁵⁷⁹ Institut d'Estudis Regionals i Metropolitans de Barcelona	universitär / kommunal
Zahl der Mitarbeiter:	50	
Gründungsjahr:	1984	
Initiatoren:	- regionale Behörde (Corporació Metropolitana de Barcelona) - Autonome Universität Barcelona - Industrie- und Handelskammer Barcelona	
Zielsetzung:	Untersuchung ökonomischer, sozialer und territorialer Fragen in der urbanen und regionalen Umwelt; Förderung der Forschung und Lehre urbaner und regionaler Aspekte in Katalonien	
Trägerschaft:	Forschungskonsortium: Universitäten, öffentliche Verwaltungen	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Lebensbedingungen - Kriminalität und Sicherheit - räumliche Planung - Wirtschaft und Arbeitsmarkt - Mobilität und Verkehr - Wahrnehmung und Nutzung des Territoriums	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Beratung - Publikationen - Dokumentationszentrum	
Auftraggeber:	k.A.	
Aufbau/Struktur:	Leitungsrat: Vorsitz: Präsident des Städteverbandes der Metropolregion Barcelona; Stellvertreter: Rektor der Universität Barcelona, Vertreter der Generalitat von Katalonien, Präsident der Provinzregierung und Präsident der Industrie- und Handelskammer Barcelona;	
Kontakt:	Universitat Autònoma de Barcelona Campus of Bellaterra ES-08193 Bellaterra (Cerdanyola del Vallès) Tel.: +34 93 581 44 30 Fax: +34 93 581 44 33 E-Mail: iermb@uab.es Website: http://www.iermb.uab.es	
Institutsleiter:	Dra. Carme Miralles-Guasch	

⁵⁷⁹ Alle Angaben zum Institut: <http://www.iermb.uab.es>.

Spanien

Name:	Forschungszentrum für Wohlfahrtsökonomik ⁵⁸⁰ Centre de recerca en economia del benestar (CREB)	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	25	
Gründungsjahr:	1999	
Initiatoren:	- Stiftung Wissenschaftspark Barcelona - Universität Barcelona - andere Institutionen	
Zielsetzung:	Untersuchung öffentlicher Entscheidungsprozesse aus ökonomischer Perspektive	
Trägerschaft:	- Stiftung Wissenschaftspark Barcelona (Fundació Parc Científic de Barcelona) - Universität Barcelona (Universitat de Barcelona)	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Steuersystem - soziale Sicherungssysteme - Gesundheitsökonomie - Arbeitslosigkeit - Evaluation von Bildungspolitik - Wohnungswesen	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Evaluierung - Marktstudien/Managementanalysen - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Organisationen (z.B. EU) - staatliche Institutionen (z.B. Ministerien) - Kommunen - Unternehmen	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Parc Científic de Barcelona, Torre D C/ Baldiri Reixac, 4-6 ES-08028 Barcelona Tel.: +34 93 403 45 37 Fax: +34 93 403 45 40 E-Mail: creb@eco.ub.es Website: http://www.eco.ub.es/~creb	
Institutsleiter:	Antonio Manresa Sanchez	

⁵⁸⁰ Alle Angaben zum Zentrum: <http://www.eco.ub.es/~creb>.

Tschechien

Name:	MEPCO Internationales Beratungszentrum für Kommunen ⁵⁸¹ MEPCO International Advisory Centre of Municipalities	kommunal
Zahl der Mitarbeiter:	7	
Gründungsjahr:	2004	
Initiatoren:	- Verband der Tschechischen Städte und Gemeinden - Niederländischer Gemeindeverband	
Zielsetzung:	Unterstützung regionaler und kommunaler Gebietskörperschaften hinsichtlich Effektivität und Qualität der Verwaltung	
Trägerschaft:	- Verband der Tschechischen Städte und Gemeinden - Niederländischer Gemeindeverband	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Aufbau und Stärkung der öffentlichen Verwaltung - sozio-ökonomische Entwicklung - Kooperation zwischen unterschiedlichen Akteuren	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Beratung - Weiterbildung - Projektmanagement	
Auftraggeber:	- internationale Organisationen (z.B. EU) - staatliche Institutionen (z.B. Ministerien) - Kommunen, Regionen	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Thákurova 1 Severní křídlo, místnosti č. 223-226 CZ-160 41 Praha 6 Tel.: +420 220 515 047 Fax: +420 233 313 233 E-Mail: mepco@mepco.cz Website: http://www.mepco.cz	
Institutsleiter:	Ing. Zdeněk Hušek	

⁵⁸¹ Alle Angaben zum Zentrum: <http://www.mepco.cz>.

Tschechien

Name:	Institut für Raumentwicklung ⁵⁸² Ústav územního rozvoje (ÚÚR)	staatlich
Zahl der Mitarbeiter:	45	
Gründungsjahr:	1994	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	k.A.	
Trägerschaft:	Ministerium für Regionalentwicklung Ministerstvo pro místní rozvoj (direkt geleitete Organisationseinheit)	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Stadt- und Raumplanung - Stadterneuerung - Dorferneuerung - Bauordnung - Regionalpolitik - Wohnen und Wohnungspolitik - Tourismus - Denkmalpflege	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Unterstützung des Ministeriums - Beratung - Informationssysteme - Nationalzentrum für Wohnen und Siedlungsentwicklung (HABITAT) - Fachbibliothek - Publikationen und Informationsmaterialien - Monitoring der Gebietsentwicklung	
Auftraggeber:	- internationale Organisationen (z.B. EU, OECD) - staatliche Institutionen (z.B. Ministerien) - Kommunen	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Jakubské nám. 3 PO BOX 234 CZ- 601 00 Brno Tel.: + 420 542 423 111 Fax: + 420 542 423 190 E-Mail: sekretariat@uur.cz Website: http://www.uur.cz	
Institutsleiter:	Ing. Alena Navrátilová	

⁵⁸² Alle Angaben zum Institut: <http://www.uur.cz>.

Tschechien

Name:	Institut für Humangeographie und Regionalentwicklung ⁵⁸³ Katedra sociální geografie a regionálního rozvoje	universitär
Zahl der Mitarbeiter:	31	
Gründungsjahr:	1990	
Initiatoren:	Universität Ostrava (Teilung der geographischen Abteilung)	
Zielsetzung:	k.A.	
Trägerschaft:	Universität Ostrava (Wissenschaftliche Fakultät) Ostravská univerzita v Ostravě (Přírodovědecká fakulta)	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Migration in der Tschechischen Republik - sozio-ökonomische Regionalentwicklung - Stadt- und Regionalmarketing - geographische Aspekte der europäischen Integration - lokale und regionale Transformationsprozesse	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Konferenzen - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU) - staatliche Institutionen (z.B. Ministerien) - gemeinnützige Organisationen (z.B. Stiftungen)	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Chittusiho 10 CZ-710 00 Ostrava Tel.: +420 597 09 2333 Fax: +420 596 241 082 E-Mail: petr.rumpel@osu.cz Website: http://prf.osu.eu/ksg	
Institutsleiter:	RNDr. Ph.D. Petr Rumpel	

⁵⁸³ Alle Angaben zum Institut: <http://prf.osu.eu/ksg>.

Tschechien

Name:	Soziologisches Institut ⁵⁸⁴ Sociologický ústav	Akademie der Wissenschaften
Zahl der Mitarbeiter:	104	
Gründungsjahr:	1990	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	k.A.	
Trägerschaft:	Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik Republik Akademie věd České republiky	
Finanzierung:	u.a. Drittmittel	
Zentrale Themenfelder:	- Stadt- und Regionalentwicklung - Wohnungswesen - politisches System der Tschechischen Republik - Governance - Arbeitsmarkt, Sozialpolitik	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - soziologisches Datenarchiv - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen - staatliche Institutionen (z.B. Ministerien, Forschungsfonds) - gemeinnützige Organisationen (z.B. Stiftungen)	
Aufbau/Struktur:	zehn Forschungsabteilungen: u.a. Kommunal- und Regionalstudien, Wirtschaftssoziologie, tschechische Grenzregionen, politische Soziologie Forschungsgruppe „Wohnungswesen“ („Socio-economics of Housing“)	
Kontakt:	Jilská 1 CZ-110 00 Praha 1 Tel.: +420 221 183 111 Fax: +420 222 220 143 E-Mail: socmail@soc.cas.cz Website: http://www.soc.cas.cz	
Institutsleiter:	PhDr. Marie Čermáková	

⁵⁸⁴ Alle Angaben zum Institut: <http://www.soc.cas.cz>.

Ungarn

Name:	VÁTI Kht. - Ungarische gemeinnützige Gesellschaft für Regionalentwicklung und Stadtplanung ⁵⁸⁵ VÁTI Kht. - VÁTI Magyar Regionális Fejlesztési és Urbanisztikai Közhasznú Társaság	staatlich
Zahl der Mitarbeiter:	350	
Gründungsjahr:	1967 (Vorläufer 1950 gegründet)	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	- Verbesserung der anthropogenen und natürlichen Umwelt - Förderung der Verwendung nationaler und europäischer Finanzmittel	
Trägerschaft:	Staatsunternehmen (gemeinnützig)	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Regionalplanung - Stadtplanung - Verkehrsplanung - Umweltschutz, Kulturtechnik, Landschaftsarchitektur - Architektur und Denkmalpflege - strategische Planung und Analyse	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Weiterbildung - Beratung - Planung (Erstellung von Rahmenplänen, Entwicklungskonzepten und Umweltverträglichkeitsprüfungen) - Publikationen	
Auftraggeber:	- öffentlicher Sektor (nationale, regionale, lokale Ebene) - Unternehmen	
Aufbau/Struktur:	nationales Netzwerk mit zwölf Regionalbüros	
Kontakt:	Gellérthegey u. 30-32 H-1016 Budapest Tel.: +361 224 3100 F Fax: +361 224 3105 E-Mail: vati@vati.hu Website: http://www.vati.hu	
Institutsleiter:	Ágnes Csanádi	

⁵⁸⁵ Alle Angaben zur Gesellschaft: <http://www.vati.hu>.

Ungarn

Name:	Zentrum für Regionalstudien ⁵⁸⁶ MTA Regionális Kutatások Központja	Akademie der Wissenschaften
Zahl der Mitarbeiter:	115	
Gründungsjahr:	1983	
Initiatoren:	Ungarische Akademie der Wissenschaften	
Zielsetzung:	- multidisziplinäre Forschung zu urbanen und regionalen Themen - Verbesserung der ungarischen Raumpolitik sowie der räumlichen Strukturen	
Trägerschaft:	Ungarische Akademie der Wissenschaften Magyar Tudományos Akadémia (MTA)	
Finanzierung:	k.A.	
Zentrale Themenfelder:	- Stadt- und Regionalentwicklung - räumliche Prozesse - Globalisierung - europäische Integration	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Lehre - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU) - staatliche Institutionen - Kommunen, Regionen - gemeinnützige Organisationen (z.B. Stiftungen)	
Aufbau/Struktur:	vier Institute: - Transdonau Forschungsinstitut - Westungarisches Forschungsinstitut - Zentral- und Nordungarisches Forschungsinstitut - Große Ebene Forschungsinstitut	
Kontakt:	P.O. Box 199 H-7601 Pécs Tel.: +36 72 523 800 Fax: +36 72 523 803 E-Mail: horvath@rkk.hu Website: http://www.rkk.hu	
Institutsleiter:	Dr. Gyula Horváth	

⁵⁸⁶ Alle Angaben zum Zentrum: <http://www.rkk.hu>.

Ungarn

Name:	Metropolitan Research Institute ⁵⁸⁷ Városkutatás Kft.	privat
Zahl der Mitarbeiter:	12	
Gründungsjahr:	1989	
Initiatoren:	k.A.	
Zielsetzung:	k.A.	
Trägerschaft:	Privatunternehmen	
Finanzierung:	Drittmittel	
Zentrale Themenfelder:	- Stadtentwicklung - Wohnungspolitik - kommunale Finanzen	
Leistungen/Produkte:	- Forschung - Aus- und Weiterbildung - Beratung - Konferenzen - Publikationen	
Auftraggeber:	- internationale Institutionen (z.B. EU, UN, Weltbank, USAID⁵⁸⁸) - öffentliche Institutionen (z.B. Ministerien) - Kommunen - gemeinnützige Organisationen (z.B. Stiftungen)	
Aufbau/Struktur:	k.A.	
Kontakt:	Lonyay u. 34. III. 21 HU-1093 Budapest Tel.: +36 1 217 9041 Fax: +36 1 216 3001 E-Mail: mri@mri.hu Website: http://www.mri.hu	
Institutsleiter:	Dr. József Hegedüs Dr. Iván Tosics	

⁵⁸⁷ Alle Angaben zum Institut: <http://www.mri.hu>.

⁵⁸⁸ United States Agency for International Development (<http://www.usaid.gov>).

III. Ergebnisse der schriftlichen Befragung

Die folgenden Aussagen über aktuelle kommunale Themenfelder und Herausforderungen für die absehbare Zukunft (bis zum Jahre 2030) beruhen auf der bei 20 kommunalen Spitzenverbänden durchgeführten Umfrage. Infolge der nur geringen Zahl der Befragten und des begrenzten Rücklaufs (13) können diese Aussagen keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben. Sie geben einen ersten Überblick, der allerdings durch Ergebnisse anderer Erhebungen bestätigt wird.

III.1 Übergeordnete Ergebnisse

Aktuelle zentrale Themen der Städte

Auf die Frage nach den Themen, mit denen Städte heute konfrontiert sind, sollten nur die fünf wichtigsten von 16 thematischen Vorgaben angegeben werden (vgl. Frage 2, Fragebogen im Anhang).

Die von den Beteiligten am häufigsten genannten Themen sind die Bereiche wirtschaftliche Entwicklung, Umweltfragen und Kommunale Finanzen. In knapp der Hälfte der untersuchten Staaten werden auch die Bereiche Verkehr, demographischer Wandel und Wohnungsversorgung/-mangel zu den aktuell relevanten Themen gezählt.

Themen wie Arbeitsmarkt, räumliche Segregation, Migration/Integration, Kriminalität/Sicherheit, Verwaltungsstrukturen/Modernisierung sowie soziale Polarisierung/Armut wurden nur von einem Drittel der Befragten genannt.

Am unteren Ende der Bedeutungsskala finden sich die Themen Europa/Europäische Integration, interkommunale Kooperation sowie Stadtteilentwicklung (mit zwei bis drei Nennungen), Daseinsvorsorge, großstädtische Verwaltungsstrukturen und Infrastruktur (mit je einer Nennung). Innenstadtentwicklung und Einzelhandelsentwicklung wurden in keinem der untersuchten Länder zu den zentralen aktuellen Themen gezählt (vgl. Tab. 12).

Tab. 12: Aktuelle zentrale Themen der Städte

	Anzahl der Nennungen
Wirtschaftliche Entwicklung	10
Umweltfragen	10
Kommunale Finanzen	9
Verkehr	7
Demographischer Wandel	6
Wohnungsversorgung/-mangel	6
Arbeitsmarkt	5
Migration/Integration	5
Räumliche Segregation	4
Kriminalität/Sicherheit	4
Verwaltungsstrukturen/Modernisierung	4
Soziale Polarisierung/Armut	4
Europa/Europäische Integration	3
Interkommunale Kooperation	2
Stadtteilentwicklung	2
Daseinsvorsorge	1
großstädtische Verwaltungsstrukturen	1
Infrastruktur	1
Innenstadtentwicklung	0
Einzelhandelsentwicklung	0

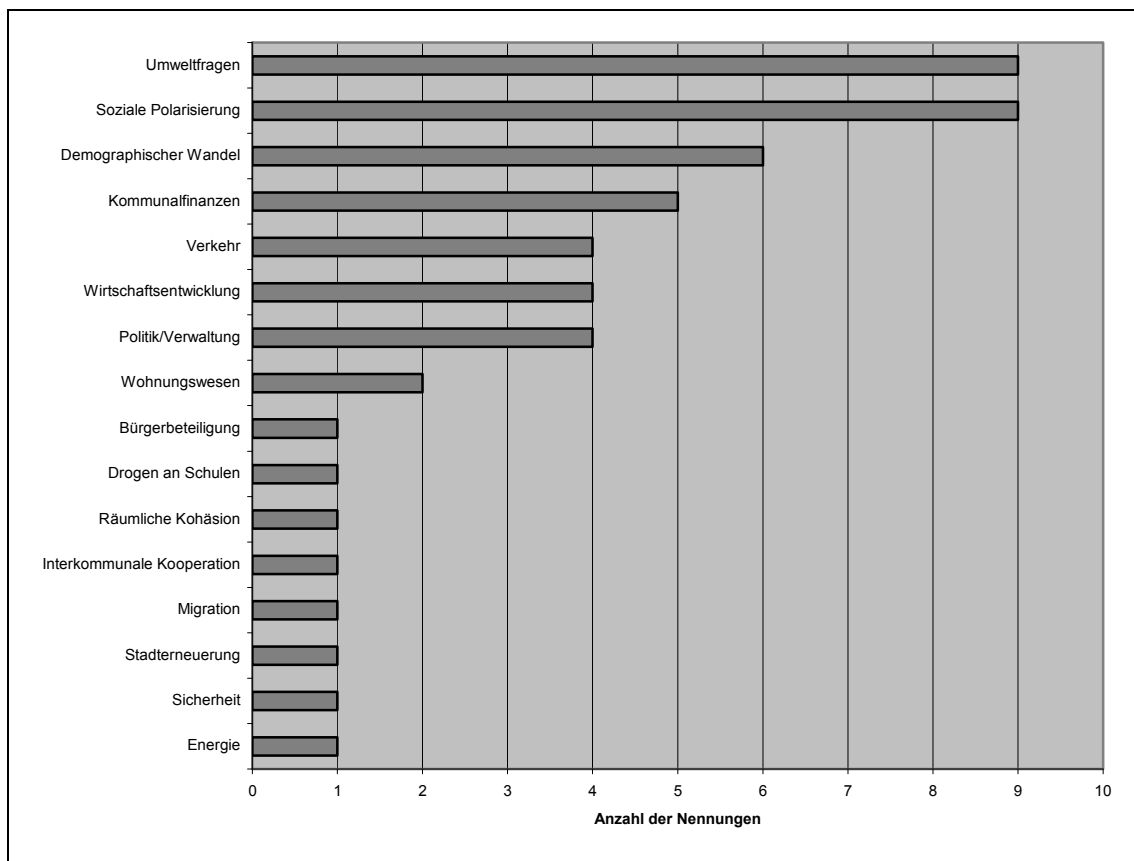
Quelle: Difu-Befragung, 2007

Kommunale Herausforderungen für die nähere Zukunft

Die am häufigsten genannten Herausforderungen für die Zukunft sind Umweltfragen, soziale Polarisierung sowie demographischer Wandel. Die Themen Kommunalfinanzen, Politik/Verwaltung, Wirtschaftsentwicklung sowie Verkehr erhielten vier bis fünf Nennungen. Der Bereich Wohnungswesen wurde zweimal genannt, eine Reihe weiterer Themen lediglich einmal (vgl. Abb. 6)⁵⁸⁹.

Insgesamt fällt die relativ große Heterogenität der Themenbereiche auf. Eine übereinstimmende Einschätzung künftiger Herausforderungen ist in den einzelnen Staaten der Untersuchung nicht zu erkennen. Allein bei den Themen soziale Polarisierung und Umweltfragen gibt es eine weitgehende Gemeinsamkeit: Mehr als zwei Drittel der Befragten sehen hier die zentralen Herausforderungen der Zukunft.

Abb. 6: Kommunale Herausforderungen der näheren Zukunft



Quelle: Difu-Befragung, 2007

⁵⁸⁹ Bei dieser offenen Frage nach den zentralen Herausforderungen für die nähere Zukunft (bis zum Jahr 2030) waren bis zu fünf Nennungen möglich (vgl. Frage 3, Fragebogen im Anhang). Um die breite Palette der Antworten zu strukturieren, wurden die genannten Themen 16 Bereichen zugeordnet (vgl. Abb. 6).

Partner für Forschungs- und Beratungsleistungen

Im Gegensatz zu Abschnitt II.3, der einen allgemeinen Überblick über die kommunal-relevanten Forschungs- und Beratungsinstitute in den Untersuchungsländern gibt, geht es im Folgenden um die Perspektive der Städte und die Beantwortung der Frage, welche Forschungs- und Beratungseinrichtungen von diesen konkret in Anspruch genommen werden. Untersucht wurde auch die Frage der Trägerschaft. Handelt es sich um staatliche Institutionen, von der kommunalen Ebene getragene Einrichtungen, Universitätsinstitute oder private Berater?

Insgesamt wurden von den 13 am Rücklauf beteiligten kommunalen Verbänden 120 Kooperationspartner genannt. Die Zahl der Nennungen reicht von einer bis zu 19 Einrichtungen. Acht der befragten 13 Verbände haben zwischen sechs und zwölf Institutionen angegeben.

In Bezug auf die Trägerschaft wurden 31 Universitätsinstitute, 28 kommunale, 26 staatliche und 23 private Einrichtungen genannt. Die Zusammensetzung fällt von Land zu Land unterschiedlich aus. Ungeachtet dieser Angaben wurden staatliche Institutionen am häufigsten als Kooperationspartner genannt: von elf der 13 befragten Verbände. Bei jeweils zehn waren es kommunale und universitäre, bei neun private Einrichtungen.

Tab. 13: Kooperationspartner von kommunalen Verbänden und Städten in den Untersuchungsländern

	staatlich	kommunal	universitär	privat	andere
Dänemark	- Ministerium für Finanzen - Ministerium für kommunale Behörden	- Institut für Kommunal-forschung AKF	- Universität Kopenhagen - Universität Aarhus - CBS (Copenhagen Business School)	- verschiedene	-
Finnland	- Finnischer National-fonds für Forschung und Entwicklung (SITRA) - Regierungsinstitut für Wirtschaftsforschung - STAKES ^{a)}	-	- Universität Tampere - Universität Turku - Technische Universität Helsinki	- Finnische Beratungs-gruppe ^{b)}	-

Quelle: Difu-Befragung 2007.

a) Nationales Forschungs- und Entwicklungszentrum für Wohlfahrt und Gesundheit

b) FCG Finnish Consulting Group

Fortsetzung: Tabelle 13: Kooperationspartner von kommunalen Verbänden und Städten in den Untersuchungsländern

	staatlich	kommunal	universitär	privat	andere
Frankreich	- Ministerien - SGAE - Generalsekretariat für europäische Angelegenheiten - Ständige Vertretung Frankreichs bei der EU - interministerielle Strukturen (DIV^{c)}, DIACT^{d)})	- Institut für Dezentralisation (ID) - Verbände: AMF^{e)}, ADCF^{f)}, CUF^{g)}, GART^{h)}, USHⁱ⁾	- CERTU^{j)} - PUCA^{k)} - FNAU^{l)}	-	- CNfPT^{m)} - HALDEⁿ⁾ - MEDEF^{o)}
Großbritannien	- UK Research Councils	- IDeA^{p)}	- viele	- viele	-
Italien	- FORMEZ	- CITTALIA Sr^{q)} - ANCITEL^{r)} - IFEL^{s)} - ANCI IDEALI^{t)}	-	-	-
Niederlande	-	- SGBO Forschungs- und Beratungsinstitut	-	-	-
Österreich	- Österreichische Raumordnungskonferenz - Statistik Austria	- einzelne Energieagenturen - Kommunal-kredit	- Finanzwissenschaftliches Institut (TU Wien) - Institut f. Verkehrswissenschaften - Universität für Bodenkultur	- Kommunalwissenschaftliches Dokumentationszentrum - PUMA^{u)} - WIFO^{v)}	-
Polen	- Nationales Amt für Statistik - Ministerium für Finanzen	-	-	-	-

Quelle: Difu-Befragung 2007.

- c) Délégation Interministérielle à la Ville
 d) Delegation für Raumordnung und Wettbewerbsfähigkeit der Gebiete
 e) Französischer Bürgermeisterverband
 f) Versammlung französischer Gemeinschaften
 g) Cités Unies France
 h) Groupement des Autorités Responsables de Transport
 i) Union Sociale de l'Habitat
 j) Centre d'Études sur les Réseaux, les Transports, l'Urbanisme et les Constructions Publiques
 k) Le Plan Urbanisme Construction Architecture
 l) Fédération Nationale des Agences d'Urbanisme
 m) Centre National de la Fonction Publique Territoriale
 n) Haute Autorité de Lutte contre les Discriminations et pour l'Égalité
 o) Mouvement des Entreprises de France
 p) Improvement and Development Agency for local government
 q) Forschungsinstitut des italienischen Gemeindeverbandes
 r) Unternehmen des italienischen Gemeindeverbandes
 s) Istituto per la Finanza e l'Economia Locale
 t) Stiftung des italienischen Gemeindeverbandes
 u) Public Management Consulting
 v) Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Fortsetzung: Tabelle 13: Kooperationspartner von kommunalen Verbänden und Städten in den Untersuchungsländern

	staatlich	kommunal	universitär	privat	andere
Rumänien	- Ministerium für Inneres und öffentliche Verwaltung^{w)} - Nationales Institut für Verwaltung - Zentrale Koordinierungsstelle für die Implementierung der Strukturfondsinstrumente	-	-	- Gruppe für lokale Entwicklung - Stiftung für Zivilgesellschaft - Strukturentwicklungs-Beratungsgruppe	-
Schweden	- Boverket^{x)} - FORMAS^{y)}	- SALAR ^{z)}	-	-	-
Schweiz	-	-	- einzelne Universitäten und Hochschulen	-	- verschiedene kantonale Organisationen
Tschechien	- Amt für Statistik - Innenministerium - Ministerium für lokale Entwicklung - Landwirtschaftsministerium	- MEPCO Internationales Beratungszentrum für Kommunen - SMO CR^{aa)} - AKCR (Verband der Regionen) - Tourismusverbände	- Rechtsschulen	- PR-Agenturen	- persönliche Kontakte
Ungarn	- Ministerium für kommunale Selbstverwaltung und Regionalentwicklung - Entwicklungsagentur - Ministerium für Umwelt und Wasserwesen	- andere Gemeindeverbände	- CORVINUS Universität (Fakultät für öffentliche Verwaltung)	- verschiedene Organisationen	-

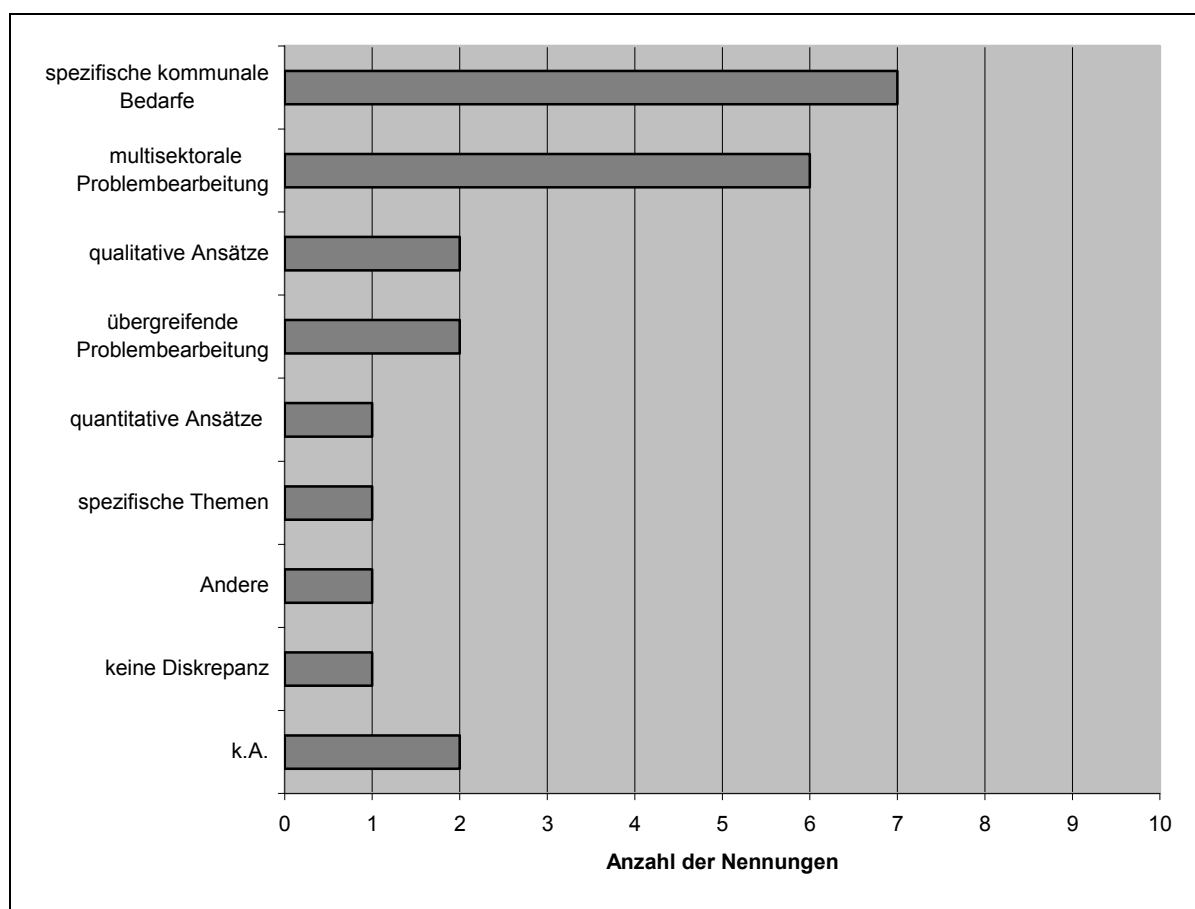
Quelle: Difu-Befragung 2007.

- w) Central Unit for Public Administration Reform
 x) The National Board of Housing, Building and Planning
 y) Swedish Research Council for Environment
 z) Schwedischer Verband der Gemeinden und Regionen
 aa) Verband der Tschechischen Städte und Gemeinden

Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten

Zwischen den spezifischen Bedarfen der Städte und den gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten gibt es – mit Ausnahme von Italien, Großbritannien und der Schweiz – eine Reihe von Diskrepanzen. Zurückgeführt werden diese insbesondere auf die mangelnde Ausrichtung von Forschungs- und Beratungsangeboten auf die spezifischen Bedarfe der Kommunen sowie das Fehlen einer multisektoralen Problembearbeitung.

Abb. 7: Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten in Bezug auf:

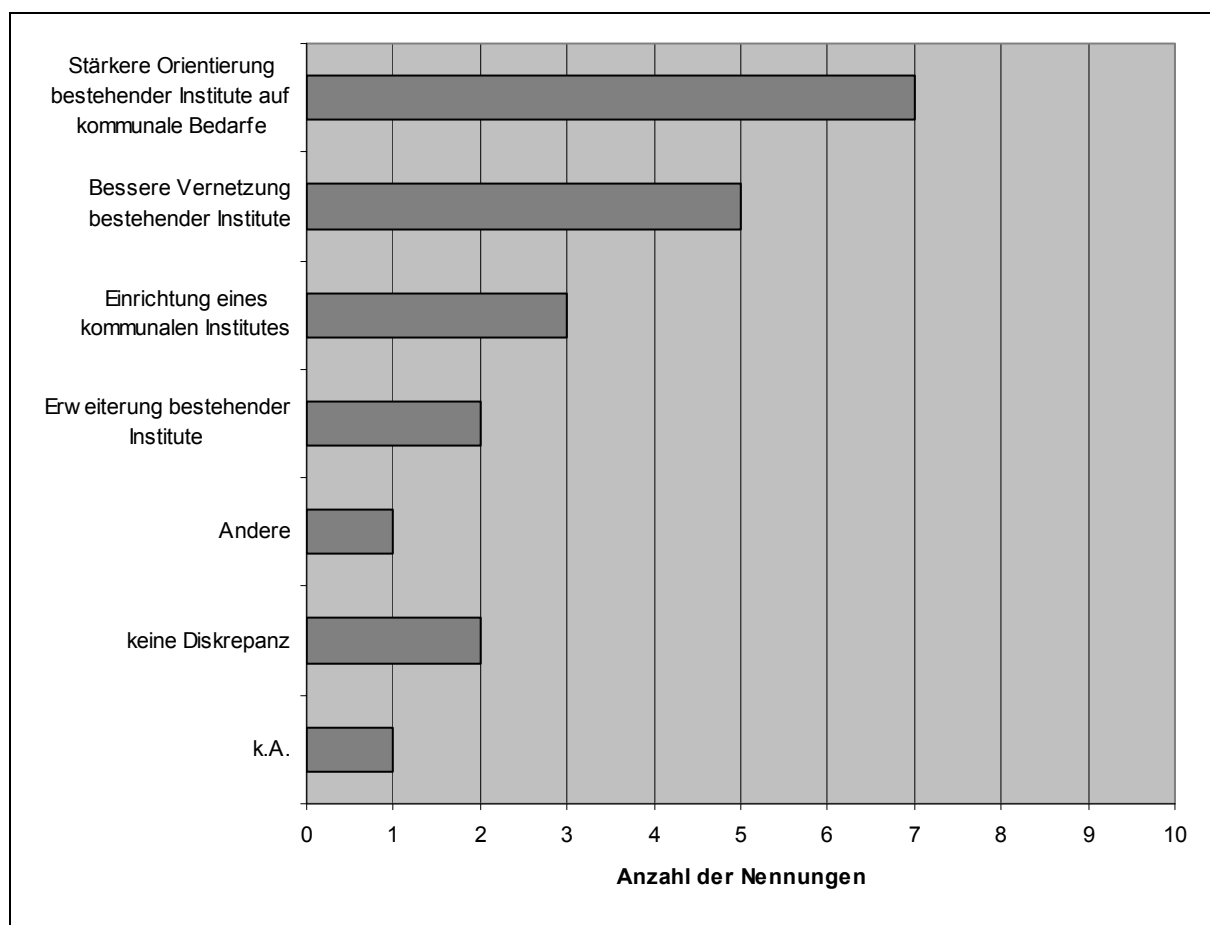


Quelle: Difu-Befragung, 2007

Möglichkeiten zur Schließung der Diskrepanz/Empfehlungen zur Verbesserung der Situation

Möglichkeiten zur Schließung vorhandener Diskrepanzen und damit zu einer Verbesserung der gegenwärtigen Forschungs- und Beratungssituation werden in mehreren Ländern vor allem in einer besseren Vernetzung bestehender Einrichtungen und ihrer Leistungen sowie ihrer stärkeren Orientierung an den spezifischen Bedarfen und Ansprüchen der Kommunen gesehen. Diese Position wird von Seiten Dänemarks, Finnlands, Frankreichs, der Niederlande und Österreichs geteilt. Eine Erweiterung bestehender Institute wurde in zwei Ländern gefordert (Ungarn, Tschechien). Kein Handlungsbedarf scheint hingegen in Großbritannien, Italien und der Schweiz zu bestehen; Diskrepanzen zwischen Forschungs- und Beratungsbedarfen einerseits und entsprechenden Angeboten andererseits wurden hier nicht genannt (vgl. Abb. 8).

Abb. 8: Möglichkeiten zur Schließung der Diskrepanz/Empfehlungen zur Verbesserung der Situation

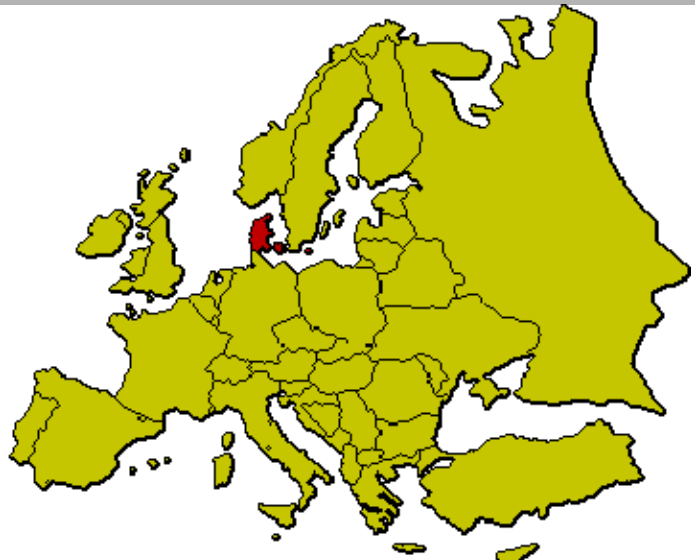


Quelle: Difu-Befragung, 2007

III.2 Länderspezifische Ergebnisse

Die schriftliche Befragung der nationalen Kommunalverbände hatte zum Ziel, Informationen über die aktuellen und die zukünftigen Herausforderungen der Städte zu erhalten. Des Weiteren sollten die wichtigsten Kooperationspartner der Kommunen und der Kommunalverbände in den Bereichen Forschung und Beratung sowie eine Einschätzung der gegenwärtigen Situation und mögliche Verbesserungsvorschläge erhoben werden.

Dänemark



Quelle: <http://www.flaggen-server.de>

Adressat: Dänischer Gemeindeverband

Die genannten kommunalen Probleme weisen ein breites – Wirtschaft, Soziales, Infrastruktur, Umweltfragen, räumliche Entwicklung und Steuerung/Führung/Verwaltung umfassendes - Spektrum auf. Besondere Schwerpunkte lassen sich damit nicht erkennen.⁵⁹⁰

Als künftige Herausforderungen für dänische Kommunen werden vor allem Themen wie Steuerung/Führung/Verwaltung sowie sozialer Zusammenhalt genannt (vgl. Tab. 14.1).

⁵⁹⁰ Dies hat auch damit zu tun, dass anders als verlangt nicht fünf, sondern zehn Problembereiche genannt wurden.

Tab. 14.1: Aktuelle Situation, zukünftige Herausforderungen der Städte in Dänemark

Aktuelle Probleme	Zukünftige Herausforderungen
Wirtschaftliche Entwicklung	Gemeindeautonomie
Arbeitsmarkt	Sozialer Zusammenhalt
Demographischer Wandel	Führung und Top-Management
Migration/Integration	Rekrutierung von qualifiziertem Verwaltungspersonal
Soziale Polarisierung/Armut	Servicequalität und wirtschaftliche Effektivität
Räumliche Segregation	
Wohnungsversorgung/-mangel	
Verkehr	
Umweltfragen	
Kommunale Finanzen	
Verwaltungsstrukturen/Modernisierung	

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Aufgabenschwerpunkte des dänischen Gemeindeverbandes liegen in den Bereichen Lobbying, Beratung und Information, während den Bereichen Forschung und Weiterbildung ein eher geringer Stellenwert beigemessen wird. Besonders herausgestellt wird die Vertretung der Kommunen als Arbeitgeberverband (vgl. Tab. 15.1).

Tab. 15.1 Aufgabenspektrum des dänischen Gemeindeverbandes

Aufgabe	Stellenwert
Lobbying	••••
Beratung	•••••
Forschung	•
Weiterbildung	•••
Information	••••
Vertretung der Kommunen als Arbeitgeberverband	•••••

• = unwichtig, ••••• = sehr wichtig
Quelle: Difu-Befragung, 2007

Dänische Kommunen und dänischer Gemeindeverband werden durch Institutionen in kommunaler, universitärer, staatlicher und privater Trägerschaft unterstützt (vgl. Tab. 16.1).

Tab. 16.1 Kooperation mit Forschungs- und Beratungseinrichtungen (Dänemark)

Trägerschaft	Anzahl der Kooperationen
Staatlich	2
Kommunal	1
Universität	3
Privat	1
Sonstige	-

Quelle: Difu-Befragung, 2007

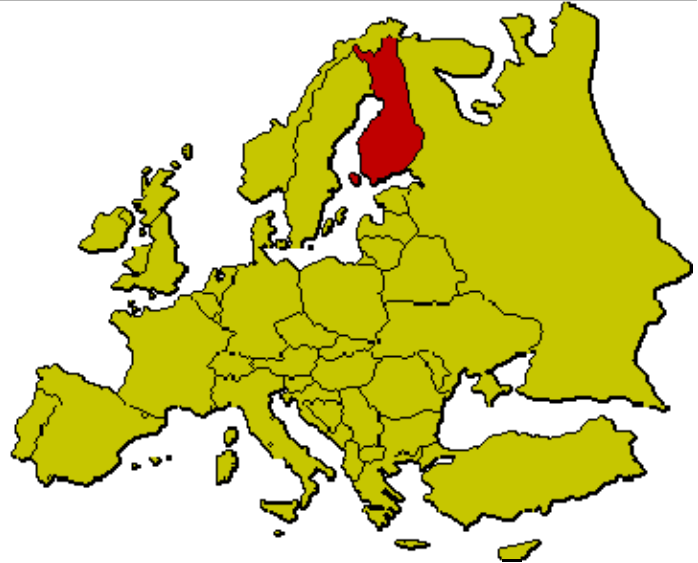
Eine Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten wird in zwei Bereichen gesehen: bei der multisektoralen Problembearbeitung und der Ausrichtung auf die spezifischen Bedarfe in Kommunen. Gefordert wird eine stärkere Orientierung bestehender Institute auf die spezifischen Bedarfe und Ansprüche von Kommunen (vgl. Tab. 17.1).

Tab. 17.1 Handlungsbedarf (Dänemark)

Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten hinsichtlich	Verbesserungsvorschläge
multisektoraler Problembearbeitung	Stärkere Orientierung bestehender Institute auf die spezifischen Bedarfe und Ansprüche der Kommunen
Ausrichtung auf die spezifischen Bedarfe der Kommunen	

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Finnland



Quelle: <http://www.flaggen-server.de>

Adressat: Verband der Städte, Gemeinden und Regionen Finnlands.

Die genannten kommunalen Probleme betreffen Bereiche wie wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarkt, demographischen Wandel, räumliche Segregation und kommunale Finanzen. Im Hinblick auf künftige Herausforderungen werden überwiegend die gleichen Themenbereiche genannt (vgl. Tab. 14.2).

Tab. 14.2: Aktuelle Situation, zukünftige Herausforderungen der Städte in Finnland

Aktuelle Themen	Zukünftige Herausforderungen
Wirtschaftliche Entwicklung	Demographischer Wandel
Arbeitsmarkt	Binnenwanderung
Demographischer Wandel	Wirtschaftliche Entwicklung
Räumliche Segregation	Kommunale Finanzen
Kommunale Finanzen	

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Aufgabenschwerpunkte des Verbandes der Städte, Gemeinden und Regionen Finnlands liegen in den Bereichen Lobbying und Weiterbildung. Den Aufgaben Beratung und Information wird wenig bzw. keine Relevanz beigemessen (vgl. Tab. 15.2).

Tab. 15.2: Aufgabenspektrum des Verbandes der Städte, Gemeinden und Regionen Finnlands

Aufgabe	Stellenwert
Lobbying	•••••
Beratung	••
Forschung	•••
Weiterbildung	••••
Information	-
Andere	-

•= unwichtig, •••••= sehr wichtig
Quelle: Difu-Befragung, 2007

Die finnischen Kommunen und der Verband der Städte, Gemeinden und Regionen Finnlands erhalten Unterstützung in Form von Beratung und Forschung durch staatliche und universitäre Einrichtungen, wie auch durch private (vgl. Tab. 16.2).

Tab. 16.2: Kooperation mit Forschungs- und Beratungseinrichtungen (Finnland)

Trägerschaft	Anzahl der Kooperationen
Staatlich	3
Kommunal	-
Universität	3
Privat	1
Sonstige	-

Quelle: Difu-Befragung, 2007

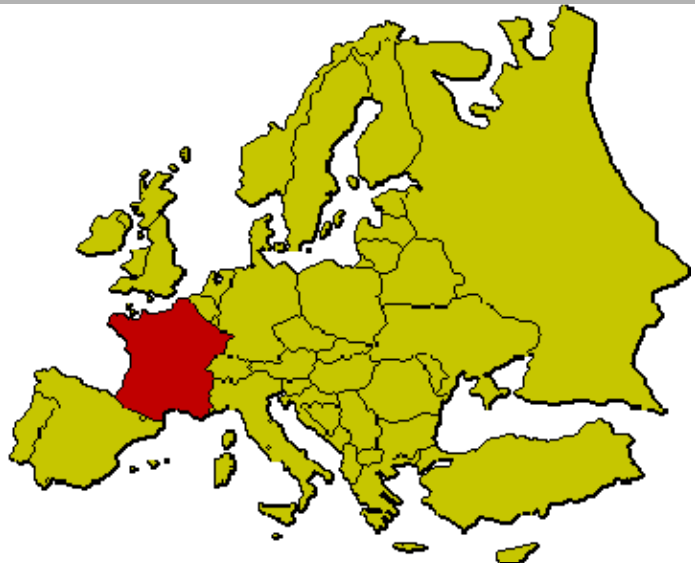
Es wird eine Diskrepanz zwischen den kommunalen Bedarfen und den gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten bei der übergreifenden sowie multisektoralen Problembearbeitung und der Ausrichtung auf die spezifischen Bedarfe der Kommunen gesehen. Als Verbesserungsvorschläge werden eine bessere Vernetzung bestehender Institute sowie die stärkere Orientierung bestehender Institute auf die spezifischen Bedarfe und Ansprüche der Kommunen genannt (vgl. Tab. 17.2).

Tab. 17.2 Handlungsbedarf (Finnland)

Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten hinsichtlich	Verbesserungsvorschläge
übergreifender Problembearbeitung	Bessere Vernetzung bestehender Institute und ihrer Arbeit
multisektoraler Problembearbeitung	Stärkere Orientierung bestehender Institute auf die spezifischen Bedarfe und Ansprüche der Kommunen
Ausrichtung auf die spezifischen Bedarfe der Kommunen	

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Frankreich



Quelle: <http://www.flaggen-server.de>

Adressat: Vereinigung der Bürgermeister der französischen Großstädte.

Die genannten kommunalen Probleme weisen ein breites – Wirtschaft, Soziales, Infrastruktur, Umweltfragen, räumliche Entwicklung und Steuerung/Führung/Verwaltung umfassendes – Spektrum auf. Besondere Schwerpunkte sind nicht zu erkennen⁵⁹¹.

Als zentrale künftige Herausforderungen werden Umweltfragen/Verkehr, soziale und räumliche Kohäsion, Finanzfragen, Wirtschaftsentwicklung sowie Wohnungsfragen genannt (vgl. Tab. 14.3).

Tab. 14.3: Aktuelle Situation, zukünftige Herausforderungen der Städte in Frankreich

Aktuelle Probleme	Zukünftige Herausforderungen
Wirtschaftliche Entwicklung	Umweltfragen/Verkehr
Arbeitsmarkt	Soziale und räumliche Kohäsion
Migration/Integration	Finanzfragen
Soziale Polarisierung/Armut	Wirtschaftsentwicklung
Räumliche Segregation	Wohnungsfragen
Wohnungswesen	
Verkehr	
Umwelt	
Kommunale Finanzen	
Interkommunale Kooperation	
Europa	

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Die Aufgabenschwerpunkte der Vereinigung der Bürgermeister der französischen Großstädte liegen in den Bereichen Lobbying, Beratung und Information. Den Aufgaben Forschung und Weiterbildung wird nur mittlere Bedeutung beigemessen (vgl. Tab. 15.3).

⁵⁹¹ Dies hat auch damit zu tun, dass anders als verlangt nicht fünf, sondern zehn Problembereiche genannt wurden.

Tab. 15.3 Aufgabenspektrum der Vereinigung der Bürgermeister der französischen Großstädte

Aufgabe	Stellenwert
Lobbying	•••••
Beratung	•••••
Forschung	•••
Weiterbildung	••
Information	•••••
Andere	-

•= unwichtig, •••••= sehr wichtig
Quelle: Difu-Befragung, 2007

Die französischen Kommunen und die Vereinigung der Bürgermeister der französischen Großstädte erhalten Unterstützung durch staatliche und universitäre wie durch private Einrichtungen (vgl. Tab. 16.3). Außerdem bestehen Kooperationsbeziehungen zu Einrichtungen der kommunalen Ebene, z.B. zu anderen kommunalen Spitzenverbänden.

Tab. 16.3: Kooperation mit Forschungs- und Beratungseinrichtungen (Frankreich)

Trägerschaft	Anzahl der Kooperationen
Staatlich	3
Kommunal	6
Universität	3
Privat	1
Sonstige	3

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Eine Diskrepanz zwischen den kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten wird insbesondere in Bezug auf ihre Ausrichtung auf die spezifischen Bedarfe der Kommunen gesehen, aber auch bei speziellen Themen wie der Rolle der Städte in Europa.

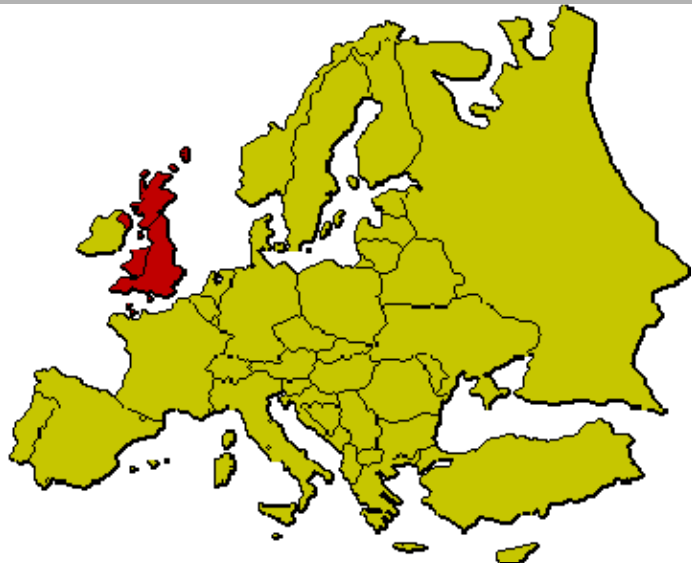
Als Verbesserungsvorschläge werden die bessere Vernetzung bestehender Institute sowie die stärkere Orientierung bestehender Institute auf die spezifischen Bedarfe und Ansprüche der Kommunen genannt (vgl. Tab. 17.3).

Tab. 17.3: Handlungsbedarf (Frankreich)

Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten hinsichtlich	Verbesserungsvorschläge
Ausrichtung auf die spezifischen Bedarfe der Kommunen	Bessere Vernetzung bestehender Institute und ihrer Arbeit
spezielle Themen: Rolle der Städte in Europa	Stärkere Orientierung bestehender Institute auf die spezifischen Bedarfe und Ansprüche der Kommunen

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Großbritannien



Quelle: <http://www.flaggen-server.de>

Adressat: Verband der lokalen Gebietskörperschaften.

Als aktuelle Probleme der Kommunen in Großbritannien werden wirtschaftliche Entwicklung, demographischer Wandel, soziale Polarisierung/Armut, Wohnungsversorgung/-mangel sowie Umweltfragen gesehen. Die künftigen Herausforderungen unterscheiden sich nur wenig von den aktuellen Problemen. Als wesentliche Bereiche werden hier demographischer Wandel, Umweltfragen, Wohnungsversorgung und nachhaltiges Wirtschaftswachstum benannt (vgl. Tab. 14.4).

Tab. 14.4: Aktuelle Situation, zukünftige Herausforderungen der Städte in Großbritannien

Aktuelle Probleme	Zukünftige Herausforderungen
Wirtschaftliche Entwicklung	Demographischer Wandel
Demographischer Wandel	Umweltfragen
Soziale Polarisierung/Armut	Wohnungsversorgung
Wohnungsversorgung/-mangel	Nachhaltiges Wirtschaftswachstum
Umweltfragen	

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Aufgabenschwerpunkte des Verbandes der lokalen Gebietskörperschaften (LGA) sind die Bereiche Beratung und Weiterbildung. Interessanterweise spielen die Bereiche Lobbying, Information und Forschung nur eine geringe Rolle (vgl. Tab. 15.4)

Tab. 15.4: Aufgabenspektrum des Verbandes der lokalen Gebietskörperschaften

Aufgabe	Stellenwert
Lobbying	•
Beratung	•••••
Forschung	••
Weiterbildung	•••••
Information	••
Andere	-

•= unwichtig, •••••= sehr wichtig
Quelle: Difu-Befragung, 2007

Die Kommunen in England und Wales sowie der Verband der lokalen Gebietskörperschaften erhalten vor allem von universitären und privaten Einrichtungen Unterstützung bei Forschung und Beratung, staatliche und kommunale Einrichtungen spielen hingegen nur eine geringe Rolle (vgl. Tab. 16.4).

Tab. 16.4: Kooperation mit Forschungs- und Beratungseinrichtungen (Großbritannien)

Trägerschaft	Anzahl der Kooperationen
Staatlich	1
Kommunal	1
Universität	5 ⁵⁹²
Privat	5 ⁵⁹³
Sonstige	-

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Zu Diskrepanzen zwischen den kommunalen Bedarfen und den gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten sowie zu Verbesserungsvorschlägen werden keine Angaben gemacht (vgl. Tab. 17.4).

Tab. 17.4: Handlungsbedarf (Großbritannien)

Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten hinsichtlich	Verbesserungsvorschläge
k.A.	k.A.

Quelle: Difu-Befragung, 2007

⁵⁹² Die Partner werden im Fragebogen nicht einzeln aufgeführt, da es dafür zu viele sind.

⁵⁹³ Die Partner werden im Fragebogen nicht einzeln aufgeführt, da es dafür zu viele sind.

Italien



Quelle: <http://www.flaggen-server.de>

Adressat: Nationaler Verband der italienischen Gemeinden.

Die aktuellen Probleme der Kommunen in Italien liegen in den Bereichen Wirtschaftsentwicklung, Kriminalität/Sicherheit, Umweltfragen, kommunale Finanzen und Verwaltungsstrukturen/Modernisierung. Als künftige Herausforderungen für italienische Städte werden interkommunale Kooperation, demographischer Wandel, Migration, Wirtschaftsentwicklung und soziale Polarisierung genannt (vgl. Tab. 14.5).

Tab. 14.5: Aktuelle Situation, zukünftige Herausforderungen der Städte in Italien

Aktuelle Probleme	Zukünftige Herausforderungen
Wirtschaftsentwicklung	Interkommunale Kooperation
Kriminalität/Sicherheit	Demographischer Wandel
Umweltfragen	Migration
Kommunale Finanzen	Wirtschaftsentwicklung
Verwaltungsstrukturen/Modernisierung	Soziale Polarisierung

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Aufgabenschwerpunkte des Nationalen Verbandes der italienischen Gemeinden sind die Bereiche Lobbying und Beratung sowie Information. Den Aufgaben Forschung und Weiterbildung wird nur mittlere Bedeutung beigemessen (vgl. Tab. 15.5).

Tab. 15.5: Aufgabenspektrum des Nationalen Verbandes der italienischen Gemeinden

Aufgabe	Stellenwert
Lobbying	•••••
Beratung	•••••
Forschung	•••
Weiterbildung	•••
Information	••••
Andere	-

• = unwichtig, ••••• = sehr wichtig

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Die italienischen Kommunen und der Nationale Verband der italienischen Gemeinden erhalten Unterstützung durch staatliche und kommunale Einrichtungen (vgl. Tab. 16.5).

Tab. 16.5: Kooperation mit Forschungs- und Beratungseinrichtungen (Italien)

Trägerschaft	Anzahl der Kooperationen
Staatlich	1
Kommunal	4
Universität	-
Privat	-
Sonstige	-

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Zu Diskrepanzen zwischen den kommunalen Bedarfen und den gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten sowie zu Verbesserungsvorschlägen werden keine Angaben gemacht (vgl. Tab. 17.5).

Tab. 17.5: Handlungsbedarf (Italien)

Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten hinsichtlich	Verbesserungsvorschläge
k.A.	k.A.

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Niederlande



Quelle: <http://www.flaggen-server.de>

Adressat: Niederländischer Gemeindeverband.

Die aktuellen Probleme der niederländischen Kommunen werden in den Bereichen Arbeitsmarkt, Kriminalität/Sicherheit, Verkehr, Umweltfragen, kommunale Finanzen sowie Europa/Europäische Integration gesehen und weisen eine große Bandbreite auf. Als Bereiche künftiger Herausforderungen wird neben Stadterneuerung und Umweltfragen die Stellung der Kommunen im Verhältnis zu anderen Akteuren genannt (starke Kommunalverwaltungen, weniger Gesetzgebung und Kontrolle/Aufsicht) (vgl. Tab. 14.6).

Tab. 14.6: Aktuelle Situation, zukünftige Herausforderungen der Städte in den Niederlanden

Aktuelle Probleme	Zukünftige Herausforderungen
Arbeitsmarkt	Starke Kommunen (Verwaltungen)
Kriminalität/Sicherheit	Umweltfragen
Verkehr	Weniger Gesetzgebung und Kontrolle/Aufsicht
Umweltfragen	Stadterneuerung
Kommunale Finanzen	
Europa/Europäische Integration	

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Aufgabenschwerpunkte des Niederländischen Gemeindeverbandes werden in den Bereichen Lobbying und Information gesehen, während den Bereichen Forschung und Weiterbildung mittlere Bedeutung und der Beratung nur geringe Bedeutung beigemessen wird (vgl. 15.6).

Tab. 15.6: Aufgabenspektrum des Niederländischen Gemeindeverbandes

Aufgabe	Stellenwert
Lobbying	•••••
Beratung	•
Forschung	•••
Weiterbildung	•••
Information	•••••
Andere	-

•= unwichtig, •••••= sehr wichtig

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Auf die Frage nach Institutionen, die bei Forschung und Beratung die Kommunen und den Niederländischen Gemeindeverband unterstützen, wird lediglich ein kommunales Institut (SGBO Forschungs- und Beratungsinstitut), das vom Niederländischen Gemeindeverband gegründet wurde, genannt (vgl. Tab. 16.6).

Tab. 16.6: Kooperation mit Forschungs- und Beratungseinrichtungen (Niederlande)

Trägerschaft	Anzahl der Kooperationen
Staatlich	-
Kommunal	1
Universität	-
Privat	-
Sonstige	-

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Zwischen den kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Beratungsangeboten besteht offenbar eine Diskrepanz in Bezug auf die Ausrichtung an den spezifischen Bedarfen der Kommunen. Als Verbesserungsvorschlag wird eine bessere Vernetzung bestehender Institute und ihrer Arbeit genannt (vgl. Tab. 17.6)⁵⁹⁴.

Tab. 17.6: Handlungsbedarf (Niederlande)

Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten hinsichtlich	Verbesserungsvorschläge
Ausrichtung auf die spezifischen Bedarfe der Kommunen	Bessere Vernetzung bestehender Institute und ihrer Arbeit

Quelle: Difu-Befragung, 2007

⁵⁹⁴ Eine bessere Vernetzung bestehender Institute als genannter Verbesserungsvorschlag erscheint unlogisch, da lediglich ein Institut als Kooperationspartner der Städte und des Verbands genannt wurde. Offenbar wurden in die Überlegungen weitere Institute einbezogen.

Österreich



Quelle: <http://www.flaggen-server.de>

Adressat: Österreichischer Städtebund.

Die aktuellen Problembereiche der österreichischen Kommunen sind demographischer Wandel, Verkehr, Umweltfragen, Europa/europäische Integration sowie Daseinsvorsorge. Als künftige Herausforderungen werden die Bereiche Integration, Absicherung der Daseinsvorsorge, Klimawandel und Mobilität sowie Finanzen erwartet (vgl. Tab. 14.7).

Tab. 14.7: Aktuelle Situation, zukünftige Herausforderungen der Städte in Österreich

Aktuelle Probleme	Zukünftige Herausforderungen
Demographischer Wandel	Integration
Verkehr	Absicherung Daseinsvorsorge
Umweltfragen	Klimawandel/Mobilität
Europa/Europäische Integration	Finanzen
Daseinsvorsorge	

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Aufgabenschwerpunkte des Österreichischen Städtebundes sind Lobbying, Beratung und Information sowie Mitwirkung beim Finanzausgleich und Begutachtung von Gesetzen. Die Bereiche Forschung und Weiterbildung nehmen einen geringeren Stellenwert ein (vgl. Tab. 15.7).

Tab. 15.7: Aufgabenspektrum des Österreichischen Städtebundes

Aufgabe	Stellenwert
Lobbying	•••••
Beratung	•••••
Forschung	••
Weiterbildung	•••
Information	•••••
Finanzausgleich	•••••
Begutachtung von Gesetzen	•••••

• = unwichtig, ••••• = sehr wichtig

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Der Österreichische Städtebund und die österreichischen Kommunen werden in den Bereichen Forschung und Beratung von staatlichen, kommunalen, universitären und privaten Institutionen unterstützt (vgl. Tab. 16.7).

Tab. 16.7: Kooperation mit Forschungs- und Beratungseinrichtungen (Österreich)

Trägerschaft	Anzahl der Kooperationen
Staatlich	2
Kommunal	3
Universität	3
Privat	3
Sonstige	-

Quelle: Difu-Befragung, 2007

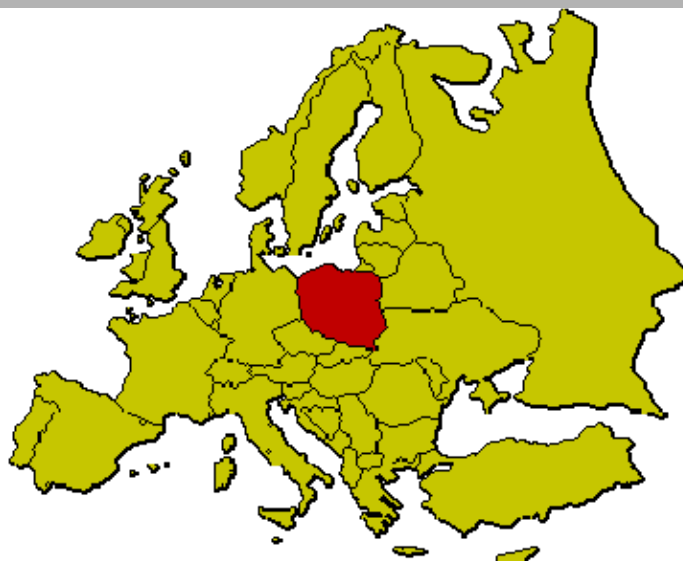
Es wird eine Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten sowohl bei der Ausrichtung auf die spezifischen Bedarfe der Kommunen als auch bei qualitativen Ansätzen gesehen. Als mögliche Verbesserungsmaßnahmen werden eine bessere Vernetzung bestehender Institute und ihrer Arbeit sowie eine stärkere Orientierung bestehender Institute auf die spezifischen Bedarfe und Ansprüche der Kommunen und die Bereitstellung praxisbezogener Informationen genannt (vgl. Tab. 17.7).

Tab. 17.7: Handlungsbedarf (Österreich)

Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten hinsichtlich	Verbesserungsvorschläge
Ausrichtung auf die spezifischen Bedarfe der Kommunen	Bessere Vernetzung bestehender Institute und ihrer Arbeit
qualitativer Ansätze	Stärkere Orientierung bestehender Institute auf die spezifischen Bedarfe und Ansprüche der Kommunen
	Praxisbezogene Informationen

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Polen



Quelle: <http://www.flaggen-server.de>

Adressat: Union der polnischen Metropolen.

Demographischer Wandel, Wohnungsversorgung/-mangel, Stadtteilentwicklung, Infrastruktur sowie großstädtische Verwaltungsstrukturen stellen die zentralen aktuellen Probleme der polnischen Kommunen dar. Die künftigen Herausforderungen werden im demographischen Wandel und einem „Brain drain“ gesehen (vgl. Tab. 14.8).

Tab. 14.8: Aktuelle Situation, zukünftige Herausforderungen der Städte in Polen

Aktuelle Probleme	Zukünftige Herausforderungen
Demographischer Wandel	Demographischer Wandel
Wohnungsversorgung/-mangel	„Brain drain“
Stadtteilentwicklung	
Infrastruktur	
Großstädtische Verwaltungsstrukturen	

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Die Aufgabenschwerpunkte des Verbandes „Union der polnischen Metropolen“ liegen in den Bereichen Kooperation der Mitgliedsstädte, Beratung und Information. Forschung spielt nur eine geringe Rolle (vgl. Tab. 15.8).

Tab. 15.8: Aufgabenspektrum der Union der polnischen Metropolen

Aufgabe	Stellenwert
Lobbying	-
Beratung	•••
Forschung	•
Weiterbildung	-
Information	•••
Kooperation der Mitglieder	•••••

• = unwichtig, ••••• = sehr wichtig

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Der Städteverband und die von ihm vertretenen Städte werden von staatlichen, universitären und privaten Institutionen unterstützt (vgl. Tab. 16.8).

Tab. 16.8: Kooperation mit Forschungs- und Beratungseinrichtungen (Polen)

Trägerschaft	Anzahl der Kooperationen
Staatlich	2
Kommunal	-
Universität	5 ⁵⁹⁵
Privat	5 ⁵⁹⁶
Sonstige	-

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Es wird eine Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten vor allem bei der Ausrichtung auf die spezifischen Bedarfe der Kommunen und bei quantitativen Ansätzen (statistische Erhebungen) gesehen. Eine Möglichkeit zur Verbesserung dieses Defizits wäre die Einrichtung eines Instituts, das vom Verband und/oder den Städten getragen wird (vgl. Tab. 17.8).

Tab. 17.8: Handlungsbedarf (Polen)

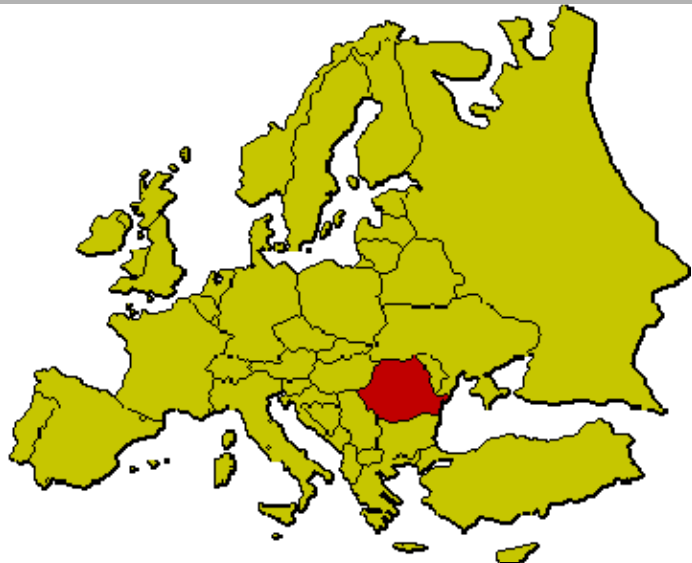
Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten hinsichtlich	Verbesserungsvorschläge
Ausrichtung auf die spezifischen Bedarfe der Kommunen	Einrichtung eines Instituts, das vom Verband und/oder den Städten getragen wird
quantitativer Ansätze (statistische Erhebungen)	

Quelle: Difu-Befragung, 2007

⁵⁹⁵ Die Partner werden im Fragebogen nicht einzeln aufgeführt, da es dafür zu viele sind.

⁵⁹⁶ Die Partner werden im Fragebogen nicht einzeln aufgeführt, da es dafür zu viele sind.

Rumänien



Quelle: <http://www.flaggen-server.de>

Adressat: Rumänischer Bund lokaler Behörden.

Die aktuellen Probleme der Kommunen in Rumänien liegen in den Bereichen Wirtschaftsentwicklung, Wohnungswesen, Umweltfragen, Stadtteilentwicklung sowie Europa/europäische Integration (vgl. Tab. 14.9). Künftige Herausforderungen werden in Stadtteilintegration, Drogen an Schulen, Abfallwirtschaft, Mangel an Grünbereichen und anderen Umweltfragen sowie dem niedrigen Beteiligungsinteresse der Bürger an städtischen Angelegenheiten gesehen.

Tab. 14.9: Aktuelle Situation, zukünftige Herausforderungen der Städte in Rumänien

Aktuelle Probleme	Zukünftige Herausforderungen
Wirtschaftsentwicklung	Stadtteilintegration
Wohnungswesen	Drogen an Schulen
Umweltfragen	Abfallwirtschaft
Stadtteilentwicklung	Mangel an Grünbereichen und andere Umweltfragen
Europa/Europäische Integration	Niedriges Beteiligungsinteresse der Bürger an städtischen Angelegenheiten

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Die Aufgabenschwerpunkte des Verbandes liegen in den Bereichen Lobbying, Information und Internationale Kooperation. Den Aufgaben Beratung, Weiterbildung und Forschung kommt nur geringe Bedeutung zu (vgl. Tab. 15.9).

Tab. 15.9: Aufgabenspektrum des Rumänischen Bundes lokaler Behörden

Aufgabe	Stellenwert
Lobbying	••••
Beratung	•••
Forschung	••
Weiterbildung	•••
Information	•••••
Andere	-
Internationale Kooperation	•••••
Öffentlichkeitsarbeit	•••••

•= unwichtig, •••••= sehr wichtig

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Die rumänischen Kommunen und der Verband „Rumänischer Bund lokaler Behörden“ erhalten Unterstützung durch staatliche und private Einrichtungen (vgl. Tab. 16.9).

Tab. 16.9: Kooperation mit Forschungs- und Beratungseinrichtungen (Rumänien)

Trägerschaft	Anzahl der Kooperationen
Staatlich	3
Kommunal	-
Universität	-
Privat	3
Sonstige	-

Quelle: Difu-Befragung, 2007

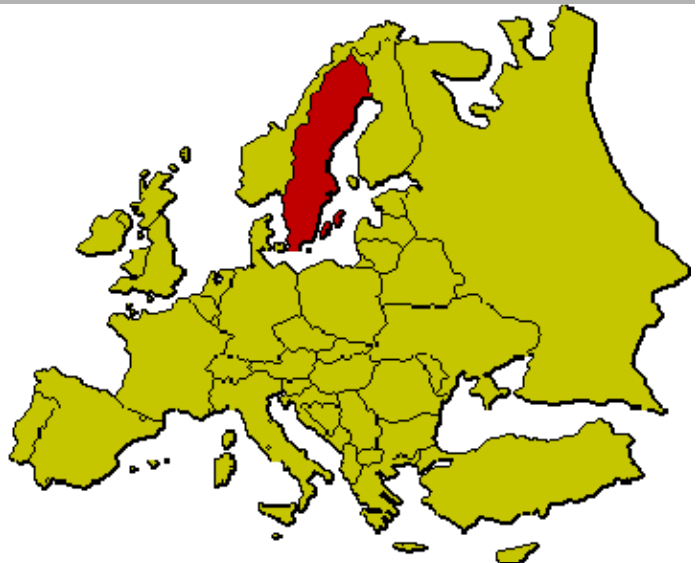
Eine Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten wird in Bezug auf multisektorale Problembearbeitung, Ausrichtung auf die spezifischen Bedarfe der Kommunen sowie qualitative Ansätze gesehen. Als Verbesserungsvorschläge werden eine stärkere Orientierung bestehender Institute auf die spezifischen Bedarfe und Ansprüche der Kommunen sowie die Einrichtung eines Instituts, das von der kommunalen Ebene getragen wird, genannt (vgl. Tab. 17.9).

Tab. 17.9: Handlungsbedarf (Rumänien)

Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten hinsichtlich	Verbesserungsvorschläge
multisektoraler Problembearbeitung	Stärkere Orientierung bestehender Institute auf die spezifischen Bedarfe und Ansprüche der Kommunen
Ausrichtung auf die spezifischen Bedarfe der Kommunen	Einrichtung eines Instituts, das vom Verband und/oder den Städten getragen wird
qualitative Ansätze	

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Schweden



Quelle: <http://www.flaggen-server.de>

Adressat: Schwedischer Verband der Gemeinden und Regionen.

Die aktuellen Probleme der Kommunen in Schweden werden in den Bereichen wirtschaftlicher Entwicklung, Migration/Integration, räumlicher Segregation sowie Verkehr und Umweltfragen gesehen. Künftige Herausforderungen werden in den gleichen Bereichen erwartet (vgl. Tab. 14.10).

Tab. 14.10: Aktuelle Situation, zukünftige Herausforderungen der Städte in Schweden

Aktuelle Probleme	Zukünftige Herausforderungen
Wirtschaftliche Entwicklung	Wirtschaftliche Entwicklung
Migration/Integration	Migration/Integration
Räumliche Segregation	Räumliche Segregation
Verkehr	Verkehr
Umweltfragen	Umweltfragen

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Aufgabenschwerpunkte des Schwedischen Verbandes der Gemeinden und Regionen liegen in den Bereichen Lobbying und Beratung sowie bei Weiterbildung und Information (vgl. Tab. 15.10).

Tab. 15.10: Aufgabenspektrum des Schwedischen Verbandes der Gemeinden und Regionen

Aufgabe	Stellenwert
Lobbying	•••••
Beratung	•••••
Forschung	-
Weiterbildung	••••
Information	••••
Andere	-

• = unwichtig, ••••• = sehr wichtig

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Die schwedischen Kommunen und der Schwedische Verband der Gemeinden und Regionen erhalten Unterstützung bei Forschung und Beratung durch staatliche und kommunale Einrichtungen (vgl. Tab. 16.10).

Tab. 16.10: Kooperation mit Forschungs- und Beratungseinrichtungen (Schweden)

Trägerschaft	Anzahl der Kooperationen
Staatlich	2
Kommunal	1
Universität	-
Privat	-
Sonstige	-

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Eine Diskrepanz zwischen den kommunalen Bedarfen und den gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten besteht offenbar bei der übergreifenden und multisektoralen Problembearbeitung sowie der Ausrichtung auf die spezifischen Bedarfe der Kommunen. Als Verbesserungsvorschlag wird die Einrichtung einer Institution oder eines Forums⁵⁹⁷ genannt (vgl. Tab. 17.10).

Tab. 17.10: Handlungsbedarf (Schweden)

Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten hinsichtlich	Verbesserungsvorschläge
übergreifender Problembearbeitung	Einrichtung einer Institution/eines Forums
multisektoraler Problembearbeitung	
Ausrichtung auf die spezifischen Bedarfe der Kommunen	

Quelle: Difu-Befragung, 2007

⁵⁹⁷ Mit der Nennung „Einrichtung einer Institution/eines Forums“ wurde die vorgegebene Antwortkategorie „Einrichtung eines Instituts, das von Ihrem Verband und/oder den Städten getragen wird“ abgeändert.

Schweiz



Quelle: <http://www.flaggen-server.de>

Adressat: Schweizerischer Städteverband.

Die genannten aktuellen Probleme der Kommunen in der Schweiz weisen ein breites – Wirtschaft, Soziales, Sicherheit, Verkehr, Umweltfragen, räumliche Entwicklung und Steuerung/Führung/Verwaltung umfassendes - Spektrum auf, so dass keine besonderen Schwerpunkte ausgemacht werden können⁵⁹⁸.

Als die zukünftigen Herausforderungen der schweizerischen Kommunen werden interkommunale Kooperation, Verkehr, Migration, soziale Polarisierung sowie Finanzen genannt (vgl. Tab. 14.11).

Tab. 14.11: Aktuelle Situation, zukünftige Herausforderungen der Städte in der Schweiz

Aktuelle Probleme	Zukünftige Herausforderungen
Wirtschaftliche Entwicklung	Interkommunale Kooperation
Demographischer Wandel	Verkehr
Migration/Integration	Migration
Soziale Polarisierung/Armut	Soziale Polarisierung
Räumliche Segregation	Finanzen
Kriminalität/Sicherheit	
Wohnungsversorgung/-mangel	
Verkehr	
Umweltfragen	
Kommunale Finanzen	
Verwaltungsstrukturen/Modernisierung	
Interkommunale Kooperation	

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Die Aufgabenschwerpunkte des Schweizerischen Städteverbandes liegen in den Bereichen Lobbying und Beratung. Den Bereichen Information und Weiterbildung wird geringerer Stellenwert beigemessen (vgl. Tab. 15.11).

⁵⁹⁸ Dies hat auch damit zu tun, dass anders als verlangt nicht fünf, sondern zehn Problembereiche genannt wurden.

Tab. 15.11: Aufgabenspektrum des Schweizerischen Städteverbandes

Aufgabe	Stellenwert
Lobbying	•••••
Beratung	•••••
Forschung	-
Weiterbildung	••
Information	•••
Andere	-

•= unwichtig, •••••= sehr wichtig
Quelle: Difu-Befragung, 2007

Der Schweizerische Städteverband und die schweizerischen Städte unterhalten Kooperationen mit universitären und kantonalen Institutionen in den Bereichen Forschung und Beratung (vgl. Tab. 16.11).

Tab. 16.11: Kooperation mit Forschungs- und Beratungseinrichtungen (Schweiz)

Trägerschaft	Anzahl der Kooperationen
Staatlich	-
Kommunal	-
Universität	5 ⁵⁹⁹
Privat	-
Sonstige: kantonale Organisationen	5 ⁶⁰⁰

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Es wird keine Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten und damit auch kein Verbesserungsbedarf gesehen (vgl. Tab. 17.11).

Tab. 17.11: Handlungsbedarf (Schweiz)

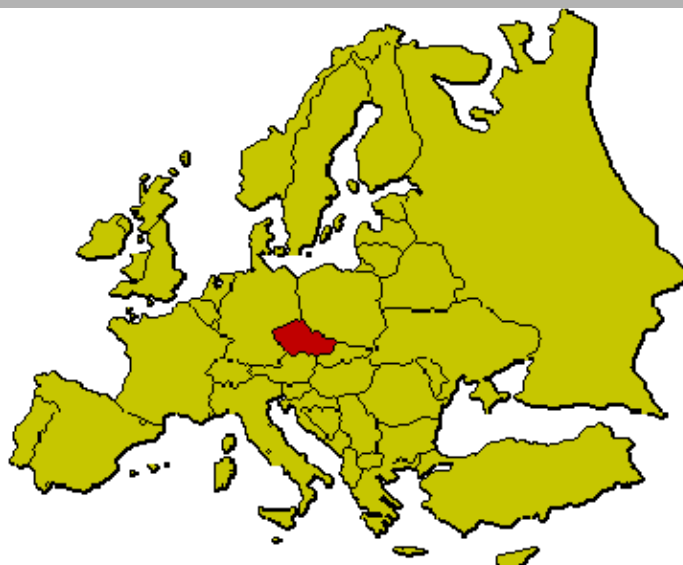
Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten hinsichtlich	Verbesserungsvorschläge
Keine Diskrepanzen	Kein Bedarf

Quelle: Difu-Befragung, 2007

⁵⁹⁹ Die Partner werden im Fragebogen nicht einzeln aufgeführt.

⁶⁰⁰ Die Partner werden im Fragebogen nicht einzeln aufgeführt.

Tschechien



Quelle: <http://www.flaggen-server.de>

Adressat: Verband der Tschechischen Städte und Gemeinden.

Aktuelle Probleme der Kommunen in der Tschechischen Republik werden in den Bereichen wirtschaftliche Entwicklung, Kriminalität/Sicherheit, Verkehr, Umweltfragen sowie kommunale Finanzen gesehen. Als künftige Herausforderungen werden Aufgaben in den Bereichen lokale Steuern/Finanzen, Abfall-/Wasseraufbereitung, nachhaltiger städtischer Verkehr, Sozialpolitik (Minderheiten, Ausländer) sowie Sicherheit erwartet (vgl. Tab. 14.12).

Tab. 14.12: Aktuelle Situation, zukünftige Herausforderungen der Städte in Tschechien

Aktuelle Probleme	Zukünftige Herausforderungen
Wirtschaftliche Entwicklung	Lokale Steuern/Finanzen
Kriminalität/Sicherheit	Abfall- /Wasseraufbereitung
Verkehr	Nachhaltiger städtischer Verkehr
Umweltfragen	Sozialpolitik (Minderheiten, Ausländer)
Kommunale Finanzen	Sicherheit

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Die Schwerpunkte der Aktivitäten des Verbandes der Tschechischen Städte und Gemeinden liegen in den Bereichen Lobbying, Information und Beratung, Forschung und Weiterbildung nehmen einen geringen Stellenwert ein (vgl. Tab. 15.12).

Tab. 15.12: Aufgabenspektrum des Verbandes der Tschechischen Städte und Gemeinden

Aufgabe	Stellenwert
Lobbying	•••••
Beratung	••••
Forschung	••
Weiterbildung	•
Information	•••••
Andere	-

• = unwichtig, ••••• = sehr wichtig

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Die tschechischen Kommunen und der Verband der Tschechischen Städte und Gemeinden erhalten sowohl von staatlichen und kommunalen als auch von universitären und privaten Institutionen Unterstützungsleistungen im Bereich Forschung und Beratung (vgl. Tab. 16.12).

Tab. 16.12: Kooperation mit Forschungs- und Beratungseinrichtungen (Tschechien)

Trägerschaft	Anzahl der Kooperationen
Staatlich	4
Kommunal	4
Universität	5 ⁶⁰¹
Privat	5 ⁶⁰²
Sonstige: persönliche Kontakte	5 ⁶⁰³

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Bezüglich des Verhältnisses von kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten werden Defizite bei der multisektoralen Problembearbeitung sowie der kommunalen und praxisbezogenen Ausrichtung gesehen. Diese Situation ließe sich durch eine stärkere Orientierung bestehender Institute auf die spezifischen Bedarfe und Ansprüche der Kommunen sowie eine Erweiterung der Institutsarbeiten um spezifische Themen, quantitative oder qualitative Ansätze verbessern (vgl. Tab. 17.12).

Tab. 17.12: Handlungsbedarf (Tschechien)

Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten hinsichtlich	Verbesserungsvorschläge
multisektoraler Problembearbeitung	Stärkere Orientierung bestehender Institute auf die spezifischen Bedarfe und Ansprüche der Kommunen
Fokus auf staatlicher Verwaltung statt kommunaler Selbstverwaltung; keine praxisnahen Ansätze	Erweiterung bestehender Institute im Hinblick auf spezifische Themen, quantitative oder qualitative Ansätze

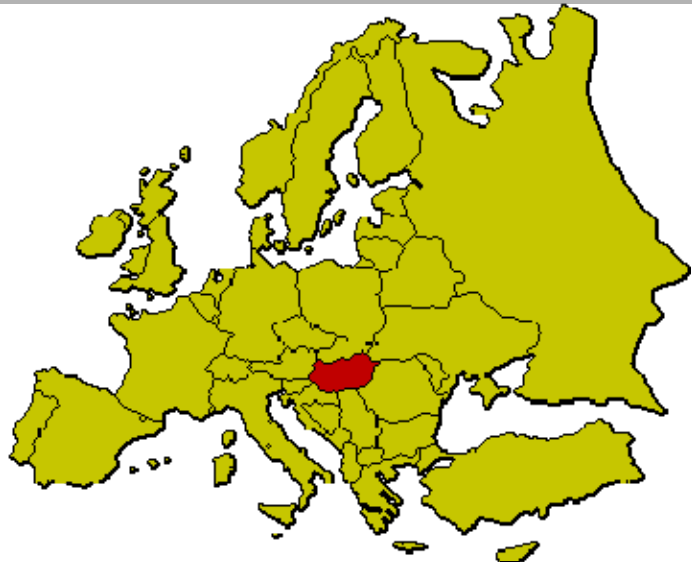
Quelle: Difu-Befragung, 2007

⁶⁰¹ Die Partner werden im Fragebogen nicht einzeln aufgeführt.

⁶⁰² Die Partner werden im Fragebogen nicht einzeln aufgeführt.

⁶⁰³ Die Partner werden im Fragebogen nicht einzeln aufgeführt.

Ungarn



Quelle: <http://www.flaggen-server.de>

Adressat: Ungarische Nationalvereinigung lokaler Gebietskörperschaften.

Die zentralen Probleme der ungarischen Kommunen sind wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitsmarkt, Umweltfragen, kommunale Finanzen sowie Verwaltungsstrukturen/Modernisierung. Künftige Herausforderungen werden in den Bereichen Reform der öffentlichen Verwaltung, Finanzierung Abfallmanagement, Energieversorgung, soziale Polarisierung sowie demographischer Wandel gesehen (vgl. Tab. 14.13).

Tab. 14.13: Aktuelle Situation, zukünftige Herausforderungen der Städte in Ungarn

Aktuelle Probleme	Zukünftige Herausforderungen
Wirtschaftliche Entwicklung	Reform öffentlichen Verwaltung
Arbeitsmarkt	Finanzierung Abfallmanagement
Umweltfragen	Energieversorgung
Kommunale Finanzen	Soziale Polarisierung
Verwaltungsstrukturen/Modernisierung	Demographischer Wandel

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Das Aufgabenspektrum der Ungarischen Nationalvereinigung lokaler Gebietskörperschaften umfasst die Bereiche Lobbying, Beratung, Forschung, Weiterbildung und Information (vgl. Tab. 15.13).

Tab. 15.13: Aufgabenspektrum der Ungarischen Nationalvereinigung lokaler Gebietskörperschaften

Aufgabe	Stellenwert
Lobbying	•••••
Beratung	•••••
Forschung	••••
Weiterbildung	••••
Information	•••••
Andere	-

• = unwichtig, ••••• = sehr wichtig

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Die Ungarische Nationalvereinigung lokaler Gebietskörperschaften und die ungarischen Kommunen kooperieren mit kommunalen⁶⁰⁴, staatlichen und privaten Einrichtungen, in geringerem Maße auch mit Universitäten (vgl. 14.13).

Tab. 16.13: Kooperation mit Forschungs- und Beratungseinrichtungen (Ungarn)

Trägerschaft	Anzahl der Kooperationen
Staatlich	3
Kommunal	7
Universität	1
Privat	4
Sonstige	4

Quelle: Difu-Befragung, 2007

Eine Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten wird in Bezug auf multisektorale Problembearbeitung gesehen. Zur Verbesserung der Situation werden eine bessere Vernetzung bestehender Institute und ihrer Arbeit, eine stärkere Orientierung bestehender Institute auf die spezifischen Bedarfe und Ansprüche der Kommunen sowie eine Erweiterung bestehender Institute im Hinblick auf spezifische Themen sowie quantitative und qualitative Ansätze vorgeschlagen (vgl. Tab. 17.13).

Tab. 17.13: Handlungsbedarf (Ungarn)

Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten hinsichtlich	Verbesserungsvorschläge
multisektoraler Problembearbeitung	Bessere Vernetzung bestehender Institute und ihrer Arbeit
	Stärkere Orientierung bestehender Institute auf die spezifischen Bedarfe und Ansprüche der Kommunen
	Erweiterung bestehender Institute im Hinblick auf spezifische Themen, quantitative und qualitative Ansätze

Quelle: Difu-Befragung, 2007

⁶⁰⁴ Die hohe Zahl ergibt sich aus der Nennung von sieben anderen Kommunalverbänden.

IV. Fazit und Ausblick

Ziel der Studie war die Untersuchung der bestehenden Forschungs- und Beratungsangebote für Kommunen in europäischen Nationalstaaten. Hierzu wurden in 14 ausgewählten Ländern eine schriftliche Befragung der kommunalen Spitzenverbände sowie Literatur- und Internetrecherchen durchgeführt. Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse der Untersuchung kurz dargestellt und daraus abzuleitende Empfehlungen für das weitere Vorgehen formuliert.

IV.1 Zusammenfassung der Ergebnisse

Die 14 in die Untersuchung einbezogenen Nationalstaaten weisen deutliche quantitative Unterschiede auf: dies betrifft ihre flächenmäßige Größe (von 41.293 bis 547.026 qkm) ebenso wie ihre Einwohnerzahlen (von 5,2 Mio. bis 60,6 Mio.). Auch bei den Kommunen bestehen deutliche Unterschiede: in Bezug auf Anzahl, Größenverteilung sowie Stellung im nationalen Verwaltungsaufbau.

In allen Ländern der Untersuchung sind die Kommunen verfassungsmäßig verankert. Unterschiede lassen sich beim Grad der kommunalen Autonomie erkennen. Jedoch scheint es tendenziell eine Annäherung der nationalstaatlichen Kommunalverfassungssysteme zu geben. So haben beispielsweise die Kommunen in zentralistisch ausgerichteten Staaten wie Frankreich in jüngerer Zeit an Eigenständigkeit gewonnen.

Die zentralen Probleme, mit denen die Kommunen gegenwärtig konfrontiert sind, sind vielfältig. Die Bereiche Wirtschaftliche Entwicklung, Umweltfragen und Kommunale Finanzen werden am häufigsten genannt. Lediglich zwei von 16 vorgegebenen Themenbereichen wurden von keinem der Befragten genannt. Als zentrale Herausforderungen der näheren Zukunft werden vor allem Themen wie Soziale Polarisierung, Umweltfragen sowie Demographischer Wandel gesehen.

Die Interessen der Städte und Gemeinden werden in allen Staaten der Untersuchung durch mindestens einen nationalen kommunalen Spitzenverband vertreten. Die Mitarbeiterzahl dieser Verbände schwankt zwischen sieben und 400. Wichtigste Aufgabe der meisten Verbände ist die Interessenvertretung der Verbandsmitglieder (Lobbying). Aufgaben wie Beratung und Information spielen ebenfalls eine maßgebliche Rolle. Weiterbildung und Forschung scheinen hingegen zu den weniger wichtigen Aufgaben zu gehören.

In allen Staaten der Untersuchung gibt es Forschungs- und Beratungsinstitute, die sich mit für Kommunen relevanten Themen beschäftigen. Von der kommunalen Ebene getragene Forschungs- und Beratungsinstitute ähnlich dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) bestehen in Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Dänemark, Finnland, Frankreich und Tschechien.

IV.2 Kommunale Forschungs- und Beratungsbedarfe

Die vorliegende Untersuchung sollte Aufschluss geben über:

- konkrete Herausforderungen und Probleme, mit denen die Kommunen ausgewählter europäischer Nationalstaaten konfrontiert sind,
- Breite und Orientierung der Angebote kommunalrelevanter Forschungs- und Beratungseinrichtungen (Decken diese das breite Spektrum kommunaler Aufgaben ab? Inwieweit orientieren sie ihre Arbeit an den Interessen der Kommunen?) und damit
- potentielle Diskrepanzen zwischen aktuellen Herausforderungen einerseits und Forschungs- und Beratungsangeboten andererseits.

Ziel war es herauszufinden, ob und inwieweit Bedarf an einer kommunal getragenen Einrichtung – wie beispielsweise dem Deutschen Institut für Urbanistik – besteht und wie dieser befriedigt werden sollte.

Diskrepanzen zwischen bestehenden Forschungs- und Unterstützungsangeboten und den spezifischen Bedarfen der Kommunen wurden zwar – mit Ausnahme von Großbritannien, Italien und der Schweiz – von allen befragten kommunalen Spitzenverbänden genannt, die Vorstellungen über Verbesserungsbedarfe weisen allerdings deutliche Unterschiede auf.

1. Staaten mit geringem Veränderungsbedarf

In sieben Staaten der Untersuchung – Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande und Tschechien – bestehen bereits Forschungs- und Beratungsinstitute, die von Kommunen oder kommunalen Spitzenverbänden getragen werden oder an denen kommunale Akteure beteiligt sind⁶⁰⁵. In diesen Staaten scheint der Bedarf an einer Einrichtung zusätzlicher kommunaler Forschungs- und Beratungsinstitute gering zu sein. In Dänemark (Institut für Kommunalforschung AKF), Finnland (Efeko GmbH), Frankreich (ETD Enterprise, Territoire, Développement), Großbritannien (Improvement and Development Agency for local government IDeA, Local Government Analysis and Research LGAR), Italien (CITTALIA Srl, FORMEZ), den Niederlanden (Niederländisches Institut für städtische Innovationsforschung NICIS, SGBÖ Forschungs- und Beratungsinstitut) und Tschechien (MEPCO Internationales Beratungszentrum für Kommunen) bestehen bereits kommunal getragene Institute. Im Gegensatz zu Großbritannien, Italien und den Niederlanden, in denen es mehrere Institute gibt, die sowohl von der kommunalen Ebene getragen werden als auch thematisch breit gefächerte Unterstützungsangebote für die Gemeinden anbieten, ist das Angebot an Forschungs- und Beratungseinrichtungen in der Tschechischen Republik noch relativ gering. Allerdings ist mit der Gründung des MEPCO-Institutes bereits ein Schritt zur Schließung vorhandener Defizite getan worden.

2. Staaten mit mittlerem Bedarf

In Österreich, Spanien, Ungarn und der Schweiz besteht zwar eine große Anzahl unterschiedlicher Forschungs- und Beratungseinrichtungen, die sich mit für Kommunen relevanten Fragestellungen befassen, allerdings existieren in diesen Ländern keine Institute, die von der kommunalen Ebene getragen werden und mit dem Difu zu vergleichen sind. Die zwar kommunal getragenen Institute in Österreich und Spanien – das Europaforum Wien und das Barcelona Institut für Regional- und Stadtforschung – besitzen lediglich lokale bis regionale Bedeutung und sind somit für die Bewertung der Situation in den beiden betreffenden Staaten nur von geringer Bedeutung. Von den kommunalen

⁶⁰⁵ Wie in Kap. II.3 ausgeführt, besitzen die beiden kommunalen Institute in Österreich und Spanien durch ihre lokale bzw. regionale Konzentration eine andere Ausrichtung als das Difu.

Spitzenverbänden wurde im Rahmen der schriftlichen Befragung die Einrichtung eines kommunal getragenen Forschungs- und Beratungsinstitutes nicht als möglicher Verbesserungsvorschlag genannt.

3. Staaten mit großem Verbesserungsbedarf

Am weitestgehenden sind die Forderungen aus Polen, Rumänien und Schweden. Diese Länder verfügen den Befragungsergebnissen zufolge über ein nur relativ begrenztes Angebot an Forschungs- und Beratungseinrichtungen, die sich mit kommunalrelevanten Fragestellungen befassen. Eine Möglichkeit zur Verbesserung dieser Situation und zur Reduzierung der Diskrepanzen zwischen kommunalen Bedarfen und bestehenden Beratungsangeboten sehen die kommunalen Spitzenverbände dieser Länder daher in der Einrichtung neuer Institute, die von den Kommunen bzw. den kommunalen Verbänden getragen werden.

In Ländern wie Dänemark, Finnland, Frankreich, den Niederlanden und Österreich zielen die gemachten Verbesserungsvorschläge auf eine Veränderung bestehender Institute: sei es durch bessere Vernetzung, stärkere Orientierung an den Bedarfen der Kommunen oder thematische Erweiterung. Eine Erweiterung bestehender Institute wurde in zwei Ländern genannt (Ungarn, Tschechien).

Kein Handlungsbedarf scheint in Großbritannien, Italien und der Schweiz zu bestehen; hier scheinen auch keine Diskrepanzen zwischen Forschungs- und Beratungsbedarfen einerseits und entsprechenden Angeboten andererseits zu bestehen (vgl. Kap. III.2).

Damit scheint die dieser Untersuchung zugrunde liegende Annahme, dass neue EU-Mitgliedstaaten einen besonders großen Bedarf aufweisen, tendenziell bestätigt. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die bereits bestehende Kooperation zwischen dem Niederländischen Gemeindeverband (VNG) und dem Verband der Tschechischen Städte und Gemeinden, die mit dem Institut MEPCO eine bilaterale Institution gegründet haben. Andere Kooperationsaktivitäten scheinen sich vornehmlich auf den Bereich des Erfahrungsaustausches zu konzentrieren (z.B. die Aktivitäten des Österreichischen Städtebundes) und keine Forschungsleistungen zu beinhalten.

IV.3 Ausblick

Die Relevanz der vorliegenden Studie haben zwei jüngere Initiativen aus dem kommunalen Raum bestärkt, die gleichfalls kommunale Forschungs- und Beratungsbedarfe sowie -angebote im europäischen Raum zum Thema haben. In beiden Fällen geht es darum, die Beziehungen zwischen kommunaler Praxis und einschlägigen Forschungs- und Beratungsinstituten zu beleuchten und im Sinne eines Know-how-Transfers einen internationalen Erfahrungsaustausch anzustoßen.

Eine Initiative, für die der britische Kommunalverband steht, führte zu einem Treffen von Vertreterinnen und Vertretern kommunaler Spitzenverbände aus mehreren EU-Staaten (Dänemark, Finnland, Großbritannien und Schweden) wie auch von RGRE (Rat der Gemeinden und Regionen Europas) und Difus Anfang Dezember 2008 in Brüssel. Im Zentrum dieses Treffens stand die wechselseitige Information über kommunalnahe Forschungsaktivitäten, kommunale Forschungs- und Beratungsschwerpunkte wie auch die Beziehungen zwischen Forschung und kommunaler Praxis in den beteiligten Staaten. Ob und in welcher Weise dieser Erfahrungsaustausch fortgesetzt werden soll, blieb vorerst jedoch offen.

Etwa zeitgleich fand ein Gespräch zwischen den Spitzen des Deutschen Städtetages und der Leitung des European Institute of Public Administration (EIPA) in Maastricht statt. Die Themen dieses Treffens reichten gleichfalls von kommunalnahen Forschungseinrichtungen und ihren Aktivitäten über zentrale kommunale Probleme und Themenstellungen bis zu Fragen der Vermittlung von Forschungsergebnissen in die kommunale Praxis. Als Ergebnis dieser Sitzung soll gleichfalls ein internationaler Erfahrungsaustausch initiiert werden. Als Beteiligte sind hier im Gegensatz zur Initiative des britischen Kommunalverbandes weniger Vertreterinnen und Vertreter kommunaler Spitzenverbände als Akteure aus kommunalnahen Forschungs- und Beratungsinstituten vorgesehen.

Die beiden Initiativen zeigen ebenso wie die Ergebnisse der vorliegenden Studie, dass kommunalorientierte Forschung – und damit das Kernstück der Difu-Arbeit – in einer steigenden Zahl von EU-Ländern an Bedeutung gewinnt.

V. Literaturverzeichnis

- Adensamer, Veronika, und Andreas Höferl*, Der Finanzausgleich. Eine kurze Einführung, Wien 2004.
- Alba, Carlos, und Carmen Navarro*, Twenty-five years of democratic local government in Spain, in: Kersting, Norbert, und Angelika Vetter (Hrsg.), Reforming Local Government in Europe. Closing the Gap between Democracy and Efficiency, Opladen 2003, S. 197-220.
- Arbeit, Ute*, Schweiz: Vielfältige Lösungen, in: ver.di/Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), Kommunal-finanzen in Europa, Berlin 2003, S. 55-59.
- Association of Finnish Local and Regional Authorities und Ministry of the Interior*: The Creditworthi-ness of Finnish Municipalities, Helsinki 2003.
- Ausschuss der Regionen*, Der Dezentalisierungsprozess in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den Beitrittsländern, CoR-Studien 1/2005, Brüssel 2005.
- Atkinson, Rob, Ian Smith und David Sweeting*, English urban governance in transformation: a paradox of decentralisation and (re)centralisation, in: Revista Crítica de Ciências Sociais, 2007, No. 77.
- BayernLB*, Länderanalyse Schweiz. Datenblatt Januar 2008.
(http://www.bayernlb.de/ar/Internet/de/Downloads/0100_CorporateCenter/5700Laender/LaenderanalysenL-Z/Schweiz/Schweiz-D0108.pdf).
- Bobbio, Luigi*, Italy: after the storm, in: Denters, Bas, und Lawrence E. Rose (Hrsg.), Comparing Local Governance. Trends and Developments, Houndsmills u.a. 2005, S. 29-46.
- Borraz, Olivier, und Patick Le Galés*, France: the intermunicipal revolution, in: Denters, Bas, und Lawrence E. Rose (Hrsg.), Comparing Local Governance. Trends and Developments, Houndsmills u.a. 2005, S. 12-28.
- Brosio, Giorgio, und Stefano Piperno*, Assessing regional and local government expenditure needs in Italy. Small achievements and big prospective issues, Paper prepared for the Seminar on ex-penditure needs to be held in Copenhagen, September 13 and 14, 2007.
- Bundesamt für Statistik (BFS)*, Bevölkerung - Die wichtigsten Zahlen, Neuchâtel 2008a.
(<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/01/key.html>).
- Bundesamt für Statistik (BFS)*, Schweiz - die Gemeinden, Institutionelle Gliederungen der Schweiz, Neuchâtel 2008b. (http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/infothek/nomenklaturen/blank/blank/gem_liste/01.html).
- CIA - Central Intelligence Agency*, The World Factbook, Washington 2008.
(<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook>).
- Coman, Pena, Eugen Crai, Monica Radulescu und Gabriella Stanciulescu*, Local Government in Romania, in: Kandeve, Emilia (Hrsg.), Stabilization of Local Governments: Local Governments in Central and Eastern Europe, Budapest 2001, S. 351-416.
- Council of European Municipalities and Regions*, Local and regional structures in Europe, o.O. o.J.
(http://www.ccre.org/bases/T_599_28_3524.pdf).
- Department for Communities and Local Government*, Local Government Finance Statistics Eng-land No.17, London 2007. (<http://www.local.communities.gov.uk/finance/stats/lgfs/2007/lgfs17/>).

- Denters, Bas, und Lawrence E. Rose* (Hrsg.), *Comparing Local Governance. Trends and Developments*, Houndsmills u.a. 2005.
- Denters, Bas, und Pieter-Jan Klok*, The Netherlands: in search of responsiveness, in: *Denters, Bas, und Lawrence E. Rose* (Hrsg.), *Comparing Local Governance. Trends and Developments*, Houndsmills u.a. 2005, S. 65-82.
- Deubert, Michael, und Gabriele Liegmann*, *Rechtsgrundlagen kommunaler Selbstverwaltung und regionaler Strukturen in Europa*, Köln 1989.
- Dexia*, *Die substaatlichen Haushalte in der Europäischen Union*, Paris 2006.
- ELG Research Team (Stoker, Gerry et al.)*, *The New Council Constitutions. The Outcomes and Impact of the Local Government Act 2000. A Summary of the ELG Research Findings*, London 2007.
(<http://www.communities.gov.uk/documents/localgovernment/pdf/496755>).
- Europäische Union*, Ein Instrument im Dienst der italienischen Gebietskörperschaften. Durch FORMEZ wird Europa „ansteckend“, in: *Inforegio Panorama*, 11, September 2003, S. 7
(http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/panorama/pdf/mag11/mag11_de.pdf).
- European Union*, *State of European Cities Report. Adding value to the European Urban Audit*, 2007.
- Erichsen, Hans-Uwe, Werner Hoppe und Adalbert Leidinger* (Hrsg.), *Kommunalverfassungen in Europa*, Schriftenreihe des Freiherr-vom-Stein-Institutes, Bd. 11, Köln 1988.
- Fromont, Michel*, Die französische Kommunalverfassung, in: *Erichsen, Hans-Uwe et al.* (Hrsg.), *Kommunalverfassungen in Europa*, Schriftenreihe des Freiherr-vom-Stein-Institutes, Bd. 11, Köln 1988, S. 81-90.
- Gabriel, Oskar W., und Frank Brettschneider* (Hrsg.), *Die EU-Staaten im Vergleich*, Opladen 1994.
- Gabriel, Oskar W., und Everhard Holtmann* (Hrsg.), *Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland*, 3. überarb. Auflage, München und Wien 2005.
- Hangartner, Yvo*, Die kommunale Selbstverwaltung in der Schweiz, in: *Erichsen, Hans-Uwe et al.* (Hrsg.), *Kommunalverfassungen in Europa*, Schriftenreihe des Freiherr-vom-Stein-Institutes, Bd. 11, Köln 1988, S. 91-108.
- Heinz, Werner* (Hrsg.): *Stadt & Region – Kooperation oder Koordination? Ein internationaler Vergleich*, Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 93, Stuttgart, Berlin, Köln 2000.
- Hesse, Joachim Jens* (Hrsg.), *Local government and urban affairs in international perspective. Analyses of twenty Western industrialised countries*, Schriften zur kommunalen Wissenschaft und Praxis; 3, Baden-Baden 1991.
- Hesse, Joachim Jens, und Arthur Benz*, *Die Modernisierung der Staatsorganisation. Institutionspolitik im internationalen Vergleich: USA, Großbritannien, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 1991.
- Hoffmann-Martinot, Vincent*, Zentralisierung und Dezentralisierung, in: *Kimmel, Adolf, und Henrik Unterwedde* (Hrsg.), *Länderbericht Frankreich*, Bonn 2005, S. 323-341.
- Holstila, Eero*, Finland: Towards Urban Innovation Policy, in: *van den Berg, Leo et al.* (Hrsg.), *National Policy Responses to Urban Challenges in Europe*, Aldershot 2007, S. 125-144.

- Horváth, Tamás M. (Hrsg.)*, Decentralization. Experiments and Reforms, Budapest 2000.
(http://lgi.osi.hu/publications/2000/25/Chapter_0.pdf).
- Illner, Michal*, Thirteen years of reforming sub-national government in the Czech Republic, in:
Kersting, Norbert, und Angelika Vetter (Hrsg.), Reforming Local Government in Europe. Closing
the Gap between Democracy and Efficiency, Opladen 2003, S. 261-282.
- Ismayr, Wolfgang (Hrsg.)*, Die politischen Systeme Westeuropas, 3. Auflage, Wiesbaden 2003.
- Ismayr, Wolfgang (Hrsg.)*, Die politischen Systeme Osteuropas, Wiesbaden 2004.
- Johnson, Nevil*, Die kommunale Selbstverwaltung in England, in: Erichsen, Hans-Uwe et al.
(Hrsg.), Kommunalverfassungen in Europa, Schriftenreihe des Freiherr-vom-Stein-Institutes,
Bd. 11, Köln 1988, S.19-37.
- Kandeva, Emilia (Hrsg.)*, Stabilization of Local Governments: Local Governments in Central and
Eastern Europe, Budapest 2001. (<http://lgi.osi.hu/publications/2001/81/Stab-1-18.pdf>).
- Kempf, Udo*, Das politische System Frankreichs. in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), Die politischen
Systeme Westeuropas, 3. Auflage, Opladen 2003, S. 301-348.
- Kersting, Norbert, und Angelika Vetter (Hrsg.)*, Reforming Local Government in Europe. Closing
the Gap between Democracy and Efficiency, Opladen 2003.
- Kimmel, Adolf, und Henrik Unterwedde (Hrsg.)*, Länderbericht Frankreich, Bonn 2005.
- Københavns Kommune Koncernservice Ledelsesinformation*, Orientering, Ledelsinformation,
16. maj 2007, Kopenhagen 2007.
(<http://www.sk.kk.dk/data2007/Orientering/bevaegelser/BEFOLKNING%202007%20KBH.pdf>).
- Kommunalkredit Austria AG, Österreichischer Gemeindebund und Österreichischer Städtebund*,
Gemeindefinanzbericht 2008, Wien 2008.
- Kowalczyk, Andrzej*, Local Government in Poland, in: Horváth, Tamás M. (Hrsg.), Decentralization.
Experiments and Reforms, Budapest 2000, S. 217-253.
- Lacina, Karel, und Zdena Vajdova*, Local Government in the Czech Republic. in: Horváth, Tamás
M. (Hrsg.), Decentralization. Experiments and Reforms, Budapest 2000, S. 255-296.
- Laffin, Martin*, The National Representation of Local Interests: The Local Government Association
in England. A Working Paper, Paper prepared for the European Group on Public Administration
Conference, Madrid, 19th-21st September 2007.
(<http://egpa2007.inap.map.es/egpa2007/workshops/SGV/SG5%20Laffin.pdf>).
- Lefèvre, Christian*: Intraregionale Zusammenarbeit zwischen Kernstädten und ihrem Umland in
Frankreich, in: Heinz, Werner (Hrsg.), Stadt & Region – Kooperation oder Koordination? Ein
internationaler Vergleich, Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 93, Stuttgart,
Berlin, Köln 2000, S. 277-357.
- Lepszy, Norbert*, Das politische System der Niederlande, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), Die
politischen Systeme Westeuropas, 3. Auflage, Wiesbaden 2003, S. 349-387.
- Linder, Wolf*, Das politische System der Schweiz, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), Die politischen
Systeme Westeuropas, 3. Auflage, Wiesbaden 2003, S. 487-520.
- Local Government Association*, Local Government Structures (Factsheet), o.O o.J.
(<http://www.lga.gov.uk/lga/aio/38679>).

- Martínez Soria, José*, Kommunale Selbstverwaltung im Vergleich, in: Mann, Thomas, und Günter Püttner (Hrsg.), Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Dritte, völlig neu bearbeitete Auflage, Band 1: Grundlagen und Kommunalverfassung, Berlin, Heidelberg 2007, S. 1015-1043.
- Mann, Thomas, und Günter Püttner (Hrsg.)*, Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Dritte, völlig neu bearbeitete Auflage, Band 1: Grundlagen und Kommunalverfassung, Berlin, Heidelberg 2007.
- Martini, Alexander*, Gemeinden in Europa. Kommunale Selbstverwaltung und Gemeinschaftsrecht, Köln 1992.
- MF ČR*, Územní rozpočty v roce 2004, in: Obec a finance, No. 3, Vol. 2005.
(<http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/NISPAcee/UNPAN025604.pdf>).
- Ministry of the Interior and Health*, The local government reform – In brief, Copenhagen 2005, S. 13. (http://www.im.dk/publikationer/government_reform_in_brief/Kommunal_UK_screen.pdf).
- Ministry of the Interior and Health*, Municipalities and Counties in Denmark - Tasks and Finance, Copenhagen 2002. (<http://im.dk/publikationer/Municipalities/html/hele.pdf>).
- OECD*: Economic survey of Hungary 2007, o.O. 2007.
- Österreichischer Städtebund*, Statuten des Österreichischen Städtebundes, Schriftenreihe des Österreichischen Städtebundes, 4.2003, Wien 2003.
(http://staedtebund.wien.at/de/publikationen/Schriftenreihe/4_2003_statuten.pdf).
- Page, Edward C.*, Localism and centralism in Europe. The political and legal bases of local self-government, Oxford u.a. 1992.
- Page, Edward C., und Michael Goldsmith (Hrsg.)*, Central and Local Government Relations. A Comparative Analysis of West European Unitary States, London u.a. 1987.
- PASOS - Policy Association for an Open Society*, Public Policy Centres 2005/6. A Directory of Think-Tanks in Central and Eastern Europe and Central Asia, Praha 2005.
(http://lgi.osi.hu/cimg/0/0/3/1/4/PASOS_Directory_2006.pdf).
- Pop, Luana*, Autonomy of Local Government Administration in Romania, in: Soós, Gabor et al. (Hrsg.), The State of Local Democracy in Central Europe, Budapest 2002, S. 285-369.
- Rack, Reinhard*, Die Österreichische Kommunalverfassung, in: Erichsen, Hans-Uwe et al. (Hrsg.), Kommunalverfassungen in Europa, Schriftenreihe des Freiherr-vom-Stein-Institutes, Bd. 11, Köln 1988, S. 51-64.
- Rat der Gemeinden und Regionen Europas und Dexia*, 89 200 substaatliche Gebietskörperschaften in der Europäischen Union, Edition 2006.
(http://www.ccre.org/docs/nuancier_allem.pdf).
- Rose, Lawrence E., und Krister Stahlberg*, The Nordic Countries: still the 'promised land'? in: Deters, Bas, und Lawrence E. Rose (Hrsg.), Comparing Local Governance. Trends and Developments, Houndsmills u.a. 2005, S. 83-99.
- Ruiter, D.W.P.*, Die niederländische Kommunalverfassung, in: Erichsen, Hans-Uwe et al. (Hrsg.), Kommunalverfassungen in Europa, Schriftenreihe des Freiherr-vom-Stein-Institutes, Bd. 11, Köln 1988, S. 38-50.
- Schley, Nicole, Sabine Busse und Sebastian J. Brökelmann*, Knauers Handbuch Europa, München 2004.

- Schweizerische Eidgenossenschaft*, Der Bund kurz erklärt 2008, Bern 2008.
- Soós, Gábor, Local government reforms and the capacity for local governance in Hungary, in: Kersting, Norbert, und Angelika Vetter (Hrsg.), *Reforming Local Government in Europe. Closing the Gap between Democracy and Efficiency*, Opladen 2003, S. 241-260.
- Soós, Gábor, Gábor Tóka und Glen Wright (Hrsg.), *The State of Local Democracy in Central Europe*, Budapest 2002. (<http://lgi.osi.hu/publications/2002/100/Soos-front.pdf>).
- Sosa Wagner, Francisco, Die spanische Gemeindeverwaltung. in: Erichsen et al. (Hrsg.), *Kommunalverfassungen in Europa*, Schriftenreihe des Freiherr-vom-Stein-Institutes, Bd. 11, Köln 1988, S. 120-134.
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), *Europa in Zahlen*, Eurostat-Jahrbuch 2006-07, Luxemburg 2007.
- Schweizerischer Städteverband, Geschäftsbericht 2006, Bern 2007. (<http://www.staedteverband.ch/SSV/portraet/pdf/gb06.pdf>).
- Swianiewicz, Pavel, Institutional Member Profile, in: European Urban Research Association, The EURA Newsletter, Issue 19, November 2006, S. 17-19.
- Swianiewicz, Pavel, Poland: a time of transition, in: Denters, Bas, und Lawrence E. Rose (Hrsg.), *Comparing Local Governance. Trends and Developments*, Houndsmills u.a. 2005, S. 100-118.
- Swedish Association of Local Authorities and Regions (SALAR), *Levels of Democracy in Sweden*, Stockholm o.J. (http://brs.skl.se/brsbibl/kata_documents/doc38078_1.pdf).
- The Association of Finnish Local and Regional Authorities und The Ministry of the Interior, *The Creditworthiness of Finnish Municipalities*, Helsinki 2003, S. 7.
- Union of Towns and Municipalities of the Czech Republic, Annual Report 2006, Prag 2007. (<http://www.smocr.cz/en/important-info/annual-report-2006.aspx>).
- Union of Towns and Municipalities of the Czech Republic, Svaz měst a obcí České republiky, Prag o.J. (<http://www.smocr.cz/en/press/the-booklet-of-smocr.aspx>).
- United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division, *World Urbanization Prospects. The 2005 Revision*, New York 2006, S. 33.
- van den Berg, Leo, Eric Braun und Jan van der Meer (Hrsg.), *National Policy Responses to Urban Challenges in Europe*, Aldershot 2007.
- van den Berg, Leo, Eric Braun und Jan van der Meer (Hrsg.), *National Urban Policies in the European Union. Responses to urban issues in the fifteen member states*, Aldershot 1998.
- van den Berg, Leo, Eric Braun und Jan van der Meer, The Netherlands, in: van den Berg, Leo et al. (Hrsg.), *National Urban Policies in the European Union. Responses to urban issues in the fifteen member states*, Aldershot 1998, S. 254-289.
- Vataja, Pentti, Die Selbstverwaltung der Gemeinden in Finnland, in: Erichsen, Hans-Uwe et al. (Hrsg.), *Kommunalverfassungen in Europa*, Schriftenreihe des Freiherr-vom-Stein-Institutes, Bd. 11, Köln 1988, S. 1-18.
- ver.di/Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), *Kommunalfinanzen in Europa*, Berlin 2003. (<http://www.kommunaler-wettbewerb.de/kofi/docs/201.pdf>).

Vodicka, Karel, Das politische System Tschechiens, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas, Wiesbaden 2004, S. 247-284.

Walter-Rogg, Melanie, Volker Kunz und Oscar W. Gabriel, Kommunale Selbstverwaltung in Deutschland, in: Gabriel, Oscar W., und Everhard Holtmann (Hrsg.), Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, 3. überarb. Auflage, München und Wien 2005, S. 411-455.

Wegener, Alexander, Polen: Restaurierung der kommunalen Selbstverwaltung. in: ver.di/Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), Kommunalfinanzen in Europa, Berlin 2003, S. 63-67.

Werner, Jan, und Anwar Shah, Equalisation and Local Taxation in Denmark, Norway and Sweden, o.O. 2005. (<http://info.worldbank.org/etools/docs/library/241117/EqualisationandLocalTaxation.pdf>).

Wilson, David, The United Kingdom: an increasingly differentiated polity?, in: Denters, Bas, und Lawrence E. Rose (Hrsg.), Comparing Local Governance. Trends and Developments, Houndsmills u.a. 2005, S. 155-173.

Internetquellen

<http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/index.html>

http://www.ccre.org/docs/constitution_czech_republic_municipalities_regions.doc

http://www.ccre.org/docs/constitution_hungary_local_governments.doc

http://www.ccre.org/docs/constitution_poland_local_regional_government.doc

http://www.ccre.org/docs/constitution_romania_local_public_administration.doc

[http://www.ccre.org/docs/what_is_femp\[1\].ppt](http://www.ccre.org/docs/what_is_femp[1].ppt)

http://www.ccre.org/membres_en.htm

http://www.ccre.org/membres_en.htm

http://www.ccre.org/suede_en.htm

<http://www.cities-localgovernments.org/gold/Upload/KL%20Denmark.pdf>

<http://www.citypopulation.de>

<http://www.connet.org/uk/cid/organisation.jsp?id=889>

<http://www.finlex.fi/pdf/saadkaan/S9990731.PDF>

<http://www.flaggen-server.de>

http://www.itapa.sk/data/att/463_prezentacia.pdf

<http://www.kommunaler-wettbewerb.de/kofi/seiten/fr-000.html>

<http://www.lgassociations.info/country.lga?show=country&c=33>

http://www.lgassociations.info/full_organizations.lga?org=1#

http://www.lgassociations.info/full_organizations.lga?org=12

http://www.lgassociations.info/view_organizations.lga?org=29

http://www.mygeo.info/landkarten/europa/clipart_europa_bw.png

<http://www.norden.org/web/3-1-raad/3-1-5-nmr/uk/index.asp?lang=>

http://www.oecd.org/document/42/0,3343,en_2649_37427_38616362_1_1_1_37427,00.html

<http://pdc.ceu.hu/countries.Romania.html>

<http://www.snf.ch>

<http://www.tageo.com/index-e-fr-cities-FR.htm>

http://www.undp.ro/profile_romania.php

<http://www.usaid.gov>

Anhang

Fragebogen

Fragebogen

Organisation: _____

Name: _____ **Funktion:** _____

Tel.: _____

Fax: _____

E-Mail: _____

Bitte senden Sie den ausgefüllten Fragebogen bis zum 5. Oktober 2007
zurück an die folgende Adresse:

Dr. phil. Werner Heinz
Deutsches Institut für Urbanistik
Abteilung Köln
Lindenallee 11
D-50968 Köln
Deutschland

Fragen richten Sie bitte an:

Dipl.-Geogr. Christoph Hagen
Tel.: + 49 221 340 308-0
E-Mail: ab-koeln@difu.de

I. Informationen zu Ihrem Verband

In bezug auf Ihren Verband verfügen wir über die folgenden Angaben. Über notwendige Korrekturen oder zusätzliche Informationen würden wir uns freuen.

Gründungsjahr: _____

Initiatoren: _____

Verbandsmitglieder (Zahl): _____

Finanzierungsstrukturen: ☐ Umlagen/Mitgliedsbeiträge ☐ staatliche Zuschüsse
☐ Drittmittel
☐ Andere: _____

Zahl der Beschäftigten: _____

1. Was sind die Hauptaufgaben Ihres Verbandes?

Bitte bewerten Sie die einzelnen Aufgaben von 1 bis 5, 1= unwichtig,
5= sehr wichtig

	1	2	3	4	5
Lobbying					
Beratung					
Forschung					
Weiterbildung					
Information					
Andere:					

II. Zentrale Themen in _____ Städten

2. Mit welchen zentralen Themen sind die _____ Städte heute konfrontiert? Bitte wählen Sie die 5 wichtigsten Themen aus.

- | | |
|--|---|
| ☐ Wirtschaftliche Entwicklung | ☐ Innenstadtentwicklung |
| ☐ Arbeitsmarkt | ☐ Stadtteilentwicklung |
| ☐ Demographischer Wandel | ☐ Einzelhandelsentwicklung |
| ☐ Migration/Integration | ☐ Kommunale Finanzen |
| ☐ Soziale Polarisierung/Armut | ☐ Verwaltungsstrukturen/Modernisierung |
| ☐ Räumliche Segregation | ☐ Interkommunale Kooperation |
| ☐ Kriminalität/Sicherheit | ☐ Europa/Europäische Integration |
| ☐ Wohnungsversorgung/-mangel | ☐ Andere: _____ |
| ☐ Verkehr | _____ |
| ☐ Umweltfragen | _____ |
| | _____ |
| | _____ |

3. Wo sehen Sie die zentralen kommunalen Herausforderungen für die nähere Zukunft (bis zum Jahr 2030)?

Bitte geben Sie bis zu 5 Themen an.

III. Forschung, Beratung, Weiterbildung für _____ Städte

4. Wer sind die wichtigsten Partner in Bezug auf Forschungs- und Beratungsleistungen für Ihre Organisation und die _____ Städte?

Bitte geben Sie den Namen der jeweiligen Organisation sowie die wichtigsten Kooperationsthemen an.

	<u>Name</u>	<u>Thema(en)</u>
Staatliche Institutionen:	_____	_____
	_____	_____
	_____	_____
von der kommunalen Ebene getragene Institute:	_____	_____
	_____	_____
	_____	_____
Universitätsinstitute:	_____	_____
	_____	_____
	_____	_____
Private Berater:	_____	_____
	_____	_____
	_____	_____
Andere:	_____	_____
	_____	_____
	_____	_____

5. Gibt es eine Diskrepanz zwischen kommunalen Bedarfen und gegenwärtigen Forschungs- und Unterstützungsangeboten hinsichtlich:

- ☐ übergreifender Problembearbeitung
- ☐ multisektoraler Problembearbeitung
- ☐ Ausrichtung auf die spezifischen Bedarfe der Kommunen
- ☐ spezifischer Themen, wie z.B. _____
- _____
- ☐ quantitativer Ansätze (statistische Erhebungen)
- ☐ qualitativer Ansätze
- ☐ Andere: _____
- _____

6. Welche Möglichkeiten sehen Sie, diese Diskrepanz zu schließen? Was würden Sie zur Verbesserung der Situation empfehlen?

- ☐ Bessere Vernetzung bestehender Institute und ihrer Arbeit
- ☐ Stärkere Orientierung bestehender Institute auf die spezifischen Bedarfe und Ansprüche der Kommunen
- ☐ Einrichtung eines Instituts, das von Ihrem Verband und/oder den Städten getragen wird
- ☐ Erweiterung bestehender Institute im Hinblick auf spezifische Themen, quantitative oder qualitative Ansätze
- ☐ Andere: _____
- _____

Vielen Dank!

Questionnaire

Organization: _____

Name: _____ **Function:** _____

Tel.: _____

Fax: _____

E-Mail: _____

Please return the completed questionnaire till October 5th 2007 to:

Dr. phil. Werner Heinz
Deutsches Institut für Urbanistik
Abteilung Köln
Lindenallee 11
D-50968 Köln
Germany

If you have any questions please contact:

Dipl.-Geogr. Christoph Hagen
Tel.: + 49 221 340 308-0
E-Mail: ab-koeln@difu.de



I. Data about your association

Concerning your association we dispose of the following information. Necessary corrections or additional information are welcome.

Founding year: _____

Initiators: _____

Association Members (and their number): _____

Financial Structure: ☐ Levies/member contributions ☐ State Grants
 ☐ Private Monies ☐ Other _____

Number of employees: _____

1. What are the main tasks of your association?

Please select from 1 to 5, 1= less important, 5= very important

	1	2	3	4	5
Lobbying					
Consultancy					
Research					
Training					
Information					
Other:					



II. Central issues facing _____ cities

2. Which are the central issues facing _____ cities today?

Please select the 5 most important issues.

- | | |
|--|---|
| ☐ Economic Development | ☐ City Centre Development |
| ☐ Labour Market | ☐ Neighborhood Development |
| ☐ Demographic Change | ☐ Retail Sector Development |
| ☐ Migration/Integration | ☐ Local Finances |
| ☐ Social Polarization/Poverty | ☐ Administration Structure/Modernization |
| ☐ Spatial Segregation | ☐ Interlocal Cooperation |
| ☐ Crime/Security | ☐ Europeanization/European Integration |
| ☐ Housing (shortage) | ☐ Other: _____ |
| ☐ Urban Traffic | _____ |
| ☐ Environmental Issues | _____ |
| | _____ |
| | _____ |

3. Which will be the main challenges for _____ cities in the future (till the year 2030)?

Please indicate up to 5 issues.



III. Research, consultancy and training provided for _____ cities

4. Who are the main partners / actors providing your organization and _____ cities with scientific research, practical assistance and advice?

Please name the organizations you've worked with and the main topic(s) of cooperation.

	<u>Name</u>	<u>Topic(s)</u>
State-run institutions:	_____	_____
	_____	_____
	_____	_____
Institutes created by local authorities:	_____	_____
	_____	_____
	_____	_____
University institutes:	_____	_____
	_____	_____
	_____	_____
Private consultants:	_____	_____
	_____	_____
	_____	_____
Other:	_____	_____
	_____	_____
	_____	_____



5. Are there any gaps between local authorities' needs and present research and assistance as to:

- ☐ comprehensive problem orientation
- ☐ multi-sector orientation
- ☐ orientation to the specific needs of local authorities
- ☐ specific topics (which are these? _____
_____)
- ☐ quantitative approaches (statistical surveys)
- ☐ qualitative approaches
- ☐ other _____

6. What possibilities do you see to close this gap between local authorities' needs and present research and assistance? What would you recommend for the improvement of this situation?

- ☐ A better coordination of existing institutes and their work
- ☐ A stronger orientation of existing institutes towards the specific needs and requirements of local authorities
- ☐ The creation of an institute which is run by your association and/or the cities
- ☐ Upgrading of existing institutes concerning specific topics, quantitative or qualitative approaches
- ☐ Other _____

Thank You!

Anschreiben



Deutsches Institut für Urbanistik



Deutsches Institut für Urbanistik • Lindenallee 11 • D-50968 Köln

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
Abteilung Köln
Lindenallee 11
D-50968 Köln
Phone: +49 221 340308-0
Fax: +49 221 340308-28
E-Mail: ab-koeln@difu.de

14.09.2007

Sehr geehrter Herr _____,

Städte und Gemeinden in Europa sehen sich gegenwärtig einer Vielzahl von Herausforderungen und einer ambivalenten Entwicklung gegenüber. Zum einen werden sie und ihre Aktivitäten durch die unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen der einzelnen Nationalstaaten bestimmt, zum anderen lässt sich eine sukzessive Angleichung infolge zunehmend ähnlich werdender Herausforderungen, Problemstellungen oder auch Förderprogramme beobachten.

In diesem Zusammenhang führt das Deutsche Institut für Urbanistik, zentrales Forschungs- und Beratungsinstitut der deutschen Städte, das vor mehr als 30 Jahren vom Deutschen Städtetag gegründet wurde, eine Untersuchung durch, die um folgende Fragen kreist:

- Wie gehen die Städte mit der skizzierten Situation um?
- Welchen zentralen Problemen und Herausforderungen stehen sie gegenüber?
- Welche externe Unterstützung nehmen sie zur Bewältigung dieser Probleme in Anspruch?

Die Untersuchung, für die wir 12 europäische Nationalstaaten ausgewählt haben, wird in Abstimmung und enger Kooperation mit dem Deutschen Städtetag durchgeführt.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unser Projekt unterstützen und sich an unserer Umfrage beteiligen würden. Als Anlage haben wir einen kurzen Fragebogen beigelegt. Wir bitten Sie, den ausgefüllten Fragebogen bis zum 5. Oktober 2007 zurückzusenden.

Herzlichen Dank im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Werner Heinz

Deutsches Institut für Urbanistik

Walter Leitemann

Deutscher Städtetag



Deutsches Institut für Urbanistik
German Institute of Urban Affairs



German Association of Cities

Deutsches Institut für Urbanistik • Lindenallee 11 • D-50968 Köln

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
Abteilung Köln
Lindenallee 11
D-50968 Köln
Phone: +49 221 340308-0
Fax: +49 221 340308-28
E-Mail: ab-koeln@difu.de

14.09.2007

Dear Mr. _____,

In the course of the present Europeanization cities in the different EU-member states are experiencing an ambivalent development. On the one hand they and their activities are determined by the specific traditional and structural prerequisites of their country, on the other they are experiencing a harmonization in the course of an increasing similarity as to challenges, problems, funding structures etc.

In this context the German Institute of Urban Affairs, which is the central research and consultancy institute of German cities and which was founded by the German Association of Cities more than 30 years ago, is doing a study which circles around the following questions:

- How do cities handle this situation?
- Which are the crucial challenges and problems they are facing?
- Which outside assistance is used in order to deal with these problems?

The study which includes 12 different EU-member states is concerted and done in close cooperation with the German Association of Cities.

We would very much appreciate if you would support our project and take part in our survey. Please find attached a short questionnaire. We would like to ask you to return the completed questionnaire till October 5th 2007.

Thank you in advance.

Yours sincerely,

Dr. Werner Heinz
German Institute of Urban Affairs

Walter Leitemann
German Association of Cities

Teilnehmer der schriftlichen Befragung kommunaler Spitzenverbände

Teilnehmer der schriftlichen Befragung kommunaler Spitzenverbände

Land	Verband	Kontaktperson ⁶⁰⁶
Dänemark	Gemeindeverband Kommunernes Landsforening (KL)	Peter Gorm Hansen, Generaldirektor
Finnland	Verband der Städte, Gemeinden und Regionen Finnlands Suomen Kuntaliitto r.y.	Risto Parjanne, Generaldirektor
Frankreich	Vereinigung der Bürgermeister der französischen Großstädte Association des Maires de Grandes Villes de France (AMGVF)	Christian Lalu, Direktor, Sarah Abric, Beauftragte für Europa und Raumordnung
Großbritannien	Verband der lokalen Gebietskörperschaften Local Government Association (LGA)	Ian Hughes, Programmdirektor
Italien	Nationaler Verband der italienischen Gemeinden Associazione Nazionale dei Comuni Italiani (ANCI)	Maria Baroni, Generalsekretärin der Stiftung Anci Ideali
Niederlande	Niederländischer Gemeindeverband Vereniging van Nederlandse Gemeenten (VNG)	Gerard R. de Goede, Leiter EU-Abteilung
Österreich	Österreichischer Städtebund	Dr. Thomas Weninger, Generalsekretär
Polen	Union der polnischen Metropolen Unia Metropolii Polskich (UMP)	Dr. Aleksander Nelicki, Stellvertretender Direktor
Rumänien	Rumänischer Bund lokaler Behörden Federația Autorităților Locale din România (FALR)	Adrian Miroiu, Projektkoordinator
Schweiz	Schweizerischer Städteverband	Dr. Urs Geissmann, Direktor
Schweden	Schwedischer Verband der Gemeinden und Regionen Sveriges Kommuner och Landsting (SKL)	Ulf Johansson, Abteilungsleiter
Tschechische Republik	Verband der Tschechischen Städte und Gemeinden Svaz měst a obcí České republiky (SMO ČR)	Jan Potměšil, Rechtsabteilung
Ungarn	Ungarische Nationalvereinigung lokaler Ge- bietskörperschaften Települési Önkormányzatok Országos Szövetsége (TÖOSZ)	Veronika Krausz, Sekretariat für internationale Angelegenheiten

⁶⁰⁶ Die hier angegebenen Kontaktpersonen haben den Fragebogen für ihren Verband ausgefüllt.